



Albrechts Wortbruch: Doch WAA im Wendland S. 9

C 21734 E

# Arbeiterkampf

Jg. 12 Nr. 228 13.12.82

ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES

4 DM  
Förderpr.  
DM 5

Skandal um das US-Hauptquartier

## Die Ratten verlassen das Schiff

## Arbed Saarstahl: Arbeiter geben Kapitalisten Kredit

Der Klassenkampf zwischen Kapitalisten und Arbeitern hat schon kurz nach dem Antritt der Rechtskoalition in Bonn einen neuen Meilenstein erhalten. Erstmals ist es den Kapitalisten mit massiver Unterstützung durch die Regierung gelungen, einen bestehenden Tarifvertrag während der Laufzeit aufzukündigen und den Arbeitern einen Teil ihres vertraglich zugesicherten Lohns zu rauben. 20.000 Arbeiter bei Arbed-Saarstahl sollen nach einem Vortrag, der zwischen dem Stahlkapitalisten und der IG-Metall ausgetauscht wurde, 1983 und 1984 auf die Hälfte ihres Weltmarktpreises verzichten und diesen Betrag ihren Kapitalisten als

Kredit für die Aufrechterhaltung des Betriebes zur Verfügung stellen. Gelungen ist dieser Coup dadurch, daß die Bundesregierung, unter wesentlicher Federführung des Grafen Lambdorff, massiv gedroht hatte, sämtliche Subventionen für Arbed-Saarstahl zu streichen, wenn die Gewerkschaft nicht auf dieses Diktat eingehen würde. Drohend stand der Konkurs des Betriebs an der Wand, 20.000 Arbeiter liefen Gefahr entlassen zu werden. Gewerkschaften und Arbeiter beugten sich, womit ein Vorgeschmack gegeben wurde, was die nächsten Jahre noch bringen können.

Ausführlicher Artikel auf Seite 4

In Mitteleuropa wird ein großer Krieg vorbereitet, der noch in diesem Jahrzehnt stattfinden soll. Unser Land soll zu den Hauptschauplätzen gehören. Die Anzeichen für die Vorbereitung werden immer zahlreicher und erdrückender.

Aktueller Vorgang: Die britische Zeitung „Guardian“ meldet, daß US-Verteidigungsminister Weinberger kürzlich in einem Geheimpapier die Anweisung gegeben habe, das US-Hauptquartier für Europa von Stuttgart-Vaihingen nach Großbritannien zu verlegen. Dort soll bis 1986 ein unterirdisches „überlebensfähiges europäisches Kommando- und Kontrollsystem“ entstehen. Kostenschätzung bisher: 2,5 Milliarden Mark. Grund der Verlegung, laut dem vom „Guardian“ zitierten Geheimpapier: „Das Umfeld der künftigen Kriegsführung wird sich wahrscheinlich erheblich von allem unterscheiden, was wir bisher kennengelernt haben. Der Kampf gegen sowjetische Streitkräfte und gegen Streitkräfte, die von der Sowjetunion ausgerüstet werden, wird von größerer Festigkeit und längerer Dauer sein und mit Waffen größerer Genauigkeit und möglicherweise höherer Feuerkraft und Beweglichkeit geführt werden. Es wird eine intensive elektronische Kriegsführung geben und wahrscheinlich den Einsatz von chemischen, biologischen und atomaren Waffen“. - Kurz gesagt: Die Amis haben Angst, daß in dem bevorstehenden Krieg ihr europäisches Hauptquartier ausgeschaltet wird, wenn es zu nahe an der Front liegt, zumal sie selbst vorhaben, als erstes die sowjetischen Militärzentren mit Atomschlägen auszuschalten, wie es in „Victory is possible“ dargelegt wurde. Eine solche Verlegung leuchtet ein. Trotzdem wird selbstverständlich erst einmal dementiert. Der Sprecher der Bundesregierung, Sudhoff, erklärt kategorisch: „Solche Pläne existieren nicht“. Anscheinend weiß er es ganz genau. Verteidigungsminister Wörner gibt sich nicht so sicher: „Ich halte das ganze für eine vollständige Falschmeldung“. Er nehme doch an, sagt Wörner, daß die Amerikaner die Bundesregierung an einer solchen Entscheidung beteiligen und sie vorher befragen würden. Wörners vorsichtige Zurückhaltung erweist sich sehr rasch als sinnvoll. An ihrem allerersten Dementi („Das Hauptquartier in Stuttgart wird nirgendwo anders hin verlegt“) hält die US-Regierung nur wenige Stunden fest.

Fortsetzung auf Seite 2

Die Ausländerpolitik der Regierung Kohl/Genscher

## Massenausweisung wird vorbereitet

4,5 Millionen Ausländer leben in der BRD, 2 Millionen davon sind im erwerbsfähigen Alter. Hergeworfen wurden sie zu Zeiten wirtschaftlicher Hochkonjunktur, als das Kapital billige Arbeitskräfte für die eigene Expansion brauchte. Jetzt, zu Zeiten der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems, würden die Kapitalisten und ihre bürgerlichen Parteien diese Mitbürger am liebsten wieder abschieben. Doch noch haben diese Menschen ein Minimum an Rechten, was diesen „einfachen“, br-

italen Weg erschwert. Doch schon wird an der Veränderung und Brechung von Gesetzen und Verträgen gearbeitet, um einen weiteren Zuzug von Ausländern im Zuge der Familienzusammenführung zu verhindern und um die hier lebenden Ausländer systematisch aus dem Lande zu vertreiben. Nachdem erst im letzten Jahr das Nachzugsalter von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt wurde, soll es jetzt sogar auf 6 Jahre heruntergedrückt werden. Massive materielle Anreize sollen darüberhinaus die

„Rückkehrbereitschaft“ unter den ausländischen Mitbürgern fördern. Und die immer heftiger werdende Ausländerfeindlichkeit wird für diese „Rückkehrbereitschaft“ ihr übriges tun.

Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung deuten darauf hin, daß es nicht bei diesen Versuchen bleiben wird, sondern daß ein Programm für eine Massenausweisung von Ausländern in Vorbereitung ist.

Weiteres auf Seite 17



### Aus dem Inhalt:

■ Die Wende  
Sicherheitsstaat total  
Seite 13

■ Die Wende  
Jetzt wird abgesahnt!  
Zur Wohnungspolitik der  
CDU/FDP-Regierung  
Seite 4

■ Ostermarsch '83  
Zu den Vorbereitungen für  
Blockadeaktionen an den  
Stationierungsorten der  
„Nachrüstung“  
Seite 6

■ Albrecht bricht sein Wort  
Zu den Plänen, jetzt doch in  
Niedersachsen eine WAA zu  
bauen  
Seite 9

■ Grüne Partei: Wieder alle  
Widersprüche zugekleistert  
Die Grüne Partei nach der  
Hagener Wirtschaftserklärung  
Seite 21 ff.

■ „Bombardiert das Haupt-  
quartier“: Moderne Zeiten  
in der GAL?  
Zu den Auseinandersetzungen  
in der GAL-Hamburg um Tole-  
rierung der SPD, Parliamen-  
tarismus und das Verhältnis zu  
außerparlamentarischen Be-  
wegungen  
Seite 19, 20

■ Der Abschied vom Proleta-  
riat oder: Welche Chancen  
hat die Alternativökonomie  
Seite 35

■ Wechsel in Bonn  
und „neue Mehrheiten“  
Die sozialen Umschichtungen  
im Parteiengefüge, der Auf-  
stieg der Grünen und die  
Schwierigkeiten der Kommuni-  
sten  
Seite 37, 38

■ Internationale Frauentag:  
Gegen Imperialismus  
und Patriarchat  
Seite 27

■ Abschied vom lieben Gott  
Zum 350. Geburtstag  
von Spinoza  
Am 24. November 1632 wurde  
in Amsterdam der jüdische  
Philosoph Baruch de Spinoza  
geboren. Über kaum eine hi-  
storische Persönlichkeit ist,  
gemessen an ihrer Bedeutung,  
hierzulande so wenig bekannt  
wie über diesen Mann. Er hat,  
mit geradezu unglaublicher  
Kühnheit und Konsequenz a l-  
l e s bestritten, was bis dahin  
traditionell über Gott und Welt  
gedacht und geschrieben wur-  
de.  
Seite 42, 43

Wir wünschen  
allen Lesern  
einen fröhlichen  
Rutsch ins neue Jahr.  
Wir kommen wieder  
mit altem Schwung  
am 10. Januar 1983.



# Die Ratten verlassen das Schiff

Forts. von vorhergehender Seite

Aus den dann beginnenden Halb-Dementis, dummen Ausreden, stückweisen Entblößungen und Teilwahrheiten ergibt sich: Ja, es existiert ein Geheimpapier, Ja, es soll eine neue Kommando-Zentrale in Großbritannien entstehen. Baubeginn Mitte 1983. Ja, es geht dabei um die Planung für mögliche Kriegsfälle. Ja, es gibt Überlegungen über Ausweichplätze für das europäische Hauptquartier, die man jedoch aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich diskutieren sollte. Aber das Hauptquartier in Stuttgart-Vaihingen soll selbstverständlich nicht verlegt werden. Man will nur vorbeugend einen Ersatz schaffen, falls das Hauptquartier durch Kriegseinwirkungen zerstört wird.

Bilanz: Die neue Kommando-Zentrale in Großbritannien soll sowieso erst 1986 fertiggestellt sein. Bis dahin muß also das Hauptquartier bei Stuttgart-Vaihingen bleiben, und bis dahin kann man auch an der Legende festhalten, daß an eine Verlegung eigentlich gar nicht gedacht sei und daß man die riesigen unterirdischen Anlagen in Großbritannien vielleicht nur für die Zucht von Champignons oder für die Aufstellung von zwei zusätzlichen Schreibmaschinen nutzen will. Sobald jedoch die Anlagen in Großbritannien bezugsfähig sind, wird der große Umzug stattfinden. Oder glaubt noch jemand, die Verlegung würde erst dann stattfinden, wenn das Hauptquartier bei Stuttgart-Vaihingen bereits zerstört oder ganz akut gefährdet ist?

Daß diese Kriegsvorbereitungen unter großer Geheimhaltung stattfinden - so geheim, daß möglicherweise auch die Bundesregierung bisher nicht vollständig informiert ist - ist gut verständlich. Vielleicht beginnt sich die Bevölkerung Mitteleuropas ja doch etwas ungemütlich zu fühlen, wenn sie mit solcher Eindeutigkeit und Gradlinigkeit Massensterben und Zerstörung auf sich zukommen sieht. Wenn sich die Arme in ihren verbunkerten Hauptquartieren schon nicht mehr sicher genug fühlen, was soll sich dann erst die weit schutzlosere Bevölkerung denken? Geplant ist der kommende europäische Krieg in erster Linie als „Blitzkrieg“. Das heißt, daß vor allem vom Gebiet der Bundesrepublik aus, massive Schläge mit Raketen und Flugzeug-Geschwadern gegen die 2. und 3. Verteidigungslinie des Warschauer Pakts bereits zur Einleitung des Krieges geführt werden. Auf diese Weise sollen sofort möglichst vollständig gegnerische Flugplätze, Stützpunkte usw. ver-

nichtet werden. 5000 Ziele in der DDR und Polen sind dafür bereits fest eingeplant. Um diesen „Blitzkrieg“ führen zu können, soll in den nächsten Jahren die sogenannte konventionelle Rüstung der NATO in Mitteleuropa erheblich ausgebaut und mit den im Falkland- und Libanon-Krieg erfolgreich getesteten modernsten (= zielgenaueren) Waffensystemen versehen werden. Propagandistisch wird diese sehr konkrete Kriegsrüstung unter dem Stichwort laufen, man wolle „die Atomschwelle anheben“ und damit den Frieden etwas sicherer machen. Und selbstverständlich wird die Vorbereitung des „Blitzkrieges“ unter dem Motto laufen, man wolle sich gegen die aggressiven Russen verteidigen. Das war bei den Nazis ja auch nicht anders. Um den „Blitzkrieg“ führen zu können, ist außerdem ein massiver Ausbau der militärischen Infrastruktur in der BRD notwendig. Dieser Ausbau ist ebenfalls für die nächsten Jahre geplant. Grundlage dafür ist das im März dieses Jahres zwischen den USA und der BRD abgeschlossene „Wartime Host Nation Support“-Abkommen. Der Inhalt des Abkommens ist in groben Zügen: Die USA wollen „im Krisen- oder Kriegsfall“ ihre Truppen in der BRD von 4 auf 10 Divisionen aufstocken, also mehr als verdoppeln. Das bedeutet beispielsweise, daß mehr als 1000 Kampfflugzeuge zusätzlich in die BRD geschickt werden. Mit dem Abkommen verpflichtet sich die BRD u.a. zur Bereitstellung eines „Unterstützungskorps“ von rund 100.000 Mann, das „im Kriegs- oder Krisenfall“ die Verlegung der US-Truppen unterstützen und sich dem Schutz von US-Stützpunkten beteiligen soll. 26 Militärflughäfen im Gebiet der BRD sollen in den nächsten Jahren kriegsmäßig ausgebaut werden. Dazu gehört an erster Stelle der großzügige Ausbau des Flughafens Frankfurt (Stichwort: Startbahn West!), der den USA „im Krisen- oder Kriegsfall“ völlig zur Verfügung stehen soll. Insgesamt sieht das Abkommen die kriegsmäßige Herrichtung der BRD vor.

In diesem Zusammenhang ist außerdem die „Nachrüstung“ mit atomaren Mittelstreckenraketen zu sehen, die Ende 1983 beginnen soll und für die Bauvorbereitungen anscheinend schon begonnen haben. Damit kann dann die Sowjetunion direkt von Mitteleuropa aus atomar bedroht werden - ein zusätzliches starkes Drohmittel, aber auch ein zusätzliches großes Risiko, daß aus dem geplanten „Blitzkrieg“ zumindest für Mitteleuropa ein Atomfinale werden könnte. Da ist es schon besser - und hier schließt sich der Kreis - wenn man im Ernstfall mit dem militärischen Hauptquartier nicht gerade im Zentrum des Krieges liegt.

Man kann die verschiedenen Gebiete der Vorbereitungen durchanalysieren und wird immer wieder zum gleichen Ergebnis kommen: Bis spätestens 1990 sind alle Vorbereitungen im Wesentlichen abgeschlossen und es kann losgehen! Ob wir dann zu diesem Krieg „hingehen“ wollen oder nicht, wird die uninteressanteste Frage der Welt sein.

## Das Neueste von der »Nachrüstung«

Nun ist es auch amtlich und öffentlich bestätigt worden: Alle Medien, Atomkriegsgegner und auch der ARBEITERKAMPF (s. Nr. 226/7), die behaupteten, es sollten viel mehr Pershing II in die BRD kommen als die öffentlich bekanntgegebenen 108 Raketen, hatten recht. Richard Perle, Abteilungsleiter für „internationale Sicherheitsfragen im Pentagon“ hat es eingestanden (s. FR, 29.11.82). Dieses Eingeständnis soll allerdings jetzt der Behauptung Glaubwürdigkeit verleihen, daß ab jetzt nur noch mit 108 Raketen zu rechnen sei, sonst könnte ja die CDU/CSU als „Raketenpartei“ abgestempelt werden.

Halbamtlich bestätigt wird auch die These, daß die Pershing II auch dann schon stationiert werden sollen, wenn sie noch nicht technisch ausgereift und tatsächlich einsatzfähig sind. Der als „erfolgreich“ herausgestrichene 3. Startversuch einer Pershing II stellte sich inzwischen ebenfalls als Fehlschuß heraus. Immerhin hatte sich die Rakete 320 km hoch und 100 km weit vom Fleck bewegt, war dann aber wegen Versagens der entscheidenden Endphasenlenkung 12 km vom Zielort entfernt niedergegangen. Ein ehemaliger US-Stabschef erklärte dem Spiegel (6.12.) dazu, daß man die Pershing auch „notfalls“ dann schon aufstellen müsse, „selbst wenn sie nicht hundertprozentig funktionieren“. Das habe man auch eine Zeitlang mit den „Titan“ und „Atlas“-Raketen so betrieben.

### Mehr Cruise missiles als geplant?

Unklar bleibt allerdings die Frage, wieviel Cruise missiles in die BRD kommen sollen.

Wir hatten schon davon berichtet (in AK 226), daß für die BRD zwar angeblich „nur“ 96 CM vorgesehen sind, dies würde 6 Geschwadern entsprechen, aber ständig von 7 Geschwadern (= 112 Raketen) die Rede ist.

Bekannt ist auch, daß die 48 CM für Holland und Belgien, falls diese sich weigern, sie aufzunehmen, erst einmal in die BRD verfrachtet werden sollen. Offiziell heißt es, es würden 464 CM in Europa stationiert. Warum dann allerdings 705 Marschflugkörper ausgeliefert werden sollen, müßte dann erst noch erklärt werden. Diese Zahl gibt nämlich die „Europäische Wehrkunde“ 1/82 (S.33).

Bekannt ist auch, daß der „Rogers“-Plan eine erhebliche Aufstockung der Cruise missiles für die BRD vorsieht, die dann allerdings „konventionell“ bestückt werden sollen.

### CM-Stationierungsort Wüschheim?

Einen neuen CM-Stationierungsort hat der „Stern“ in die Debatte gebracht.

Danach soll die 270-Seelen-Gemeinde Wüschheim im Hunsrück durch die „Nachrüstung“ „wachgeküßt“ werden. Genauere Informationen könnten Wörner, Apel, Vogel (Rheinlandpfälzischer Ministerpräsident und Mitglieder des „Bundessicherheitsrates“) liefern. Große Gebiete im Waldgelände um Wüschheim seien bereits zum Sicherheitsgebiet erklärt worden. Die Bodenproben seien entnommen, die Baupläne untersucht und vermessen, unter Tarnnamen würden Bauzeichnungen angelegt. In Wüschheim solle nur die Hälfte der US-Soldaten stationiert werden, die andere im ursprünglich angegebenen Wiersdorf bei Bitburg. Dort soll dann auch in fünf Jahren die zentrale Reparatur- und Testbasis aller CM in Europa aufgebaut werden.

## Stammheim nicht vergessen!

Und wenn es diesem bundesdeutschen Staatsapparat auch noch so juckt, die „Selbstmorde“ in Stammheim werden ihm nicht vergessen.

In der „Volkskrant“, einer niederländischen, sozialdemokratisch orientierten Tageszeitung, wurden diese „Selbstmorde“ Anfang dieses Jahres im Rahmen der Berichterstattung zur Aufführung des Filmes „Bleieruo Zeit“ ebenso in Zweifel gezogen wie jetzt in einem Artikel des Bonner Korrespondenten der „Volkskrant“, in dem er anlässlich der letzten Festnahmen „die kurze aber heftige Geschichte der RAF“ darstellt (20.11.82).

Er schreibt: „Einige Stunden nach der Aktion in Mogadischu wurden in Stammheim Andreas Baurer, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe tot in ihren Zellen aufgefunden. Baurer und Raspe hatten Schußwunden an für einen Selbstmord merkwürdigen Stellen im Kopf. Ensslin schien an der Schnur ihres Plattenspieler aufgehängt zu sein. Irmgard Möller wurde mit durchgeschnittenen Pulsadern, aber lebend, gefunden. Sie bestreitet bis auf den heutigen Tag, einen Selbstmordversuch unternommen zu haben. RAF-Sympathisanten behaupten: Mord. Die Regierung schloß auf Selbstmord.“

Dem „Volkskrant“-Korrespondenten dürfte eine wie auch immer geartete Sympathie mit den RAF-Anhängern nicht so sehr auf die politische Beweggründe der RAF hinzuweisen. An Schleyer beispielsweise interessiert ihn nicht so sehr dessen Übergang vom Leben zum Tod, als vielmehr dessen irdisches Dasein:

„Schleyer war für die RAF eine widerwärtige Figur, eine präzise Abspiegelung eines „nahtlosen Übergangs von der Hitlerzeit zur Bundesrepublik“. Schon 1931 war Schleyer Mitglied der Hitlerjugend geworden (also schon lange, bevor das zur Pflicht wurde) und später Mitglied von NSDAP und SS. Bis 1945 war er SS-Führer und Direktor des „Zentralbüros für die Industrie in Böhmen und Mähren“, Prag. Schleyer saß neben Reinhard Heydrich im Auto, als dieser berüchtigte Gestapo-Chef 1942 von Partisanen in Prag ermordet wurde. Nach dem Krieg verlief Schleyers Karriere nur noch steiler. 1951 kam er in die Direktion des Autokonzerns Daimler-Benz. 1973 wurde er Vorsitzender der westdeutschen Arbeitgebervereinigung und Anfang 1977 Vorsitzender des BDI.“

Nach dieser erschöpfenden Auskunft zur Person kann der „Volkskrant“-Korrespondent sich tatsächlich mit der abschließenden Ein-Satz-Information bescheiden: „Dreißend-vierzig Tage später wurde das RAF-Kommando Siegfried Hausner dem ein Ende machen, was in seiner Erklärung „die elende und korrupte Existenz von Hanna-Martin Schleyer“ genannt wurde.“

Niederlande-Kommission

29.1.1983

## Demonstrationen gegen Neo-Nazismus und CDU-Regierung

Aus Anlaß der 50. Wiederkehr der faschistischen „Machtergreifung“ vom 30.1.32 haben Persönlichkeiten und Repräsentanten von diversen Organisationen und Initiativen bundesweit zur Durchführung von Demonstrationen am 29. in Hamburg, Frankfurt, München und Köln aufgerufen. In AK 226 riefen wir zur Unterstützung dieser von der DKP/VVN und ihrem Bündnispektrum ausgehenden Initiative auf und schlugen gleichzeitig vor, sowohl in den Demonstrationen als auch besonders außerhalb dieser Orte die Demonstrationen zum Anlaß für (vorbereitende) antifaschistische Aktivitäten zu machen.

Demonstrationen zum Anlaß für (vorbereitende) antifaschistische Aktivitäten vor Ort zu machen, die sich vor allem gegen das reaktionäre Programm der jetzigen CDU/CSU/FDP-Regierung richten - ohne dabei die SPD aus der Verantwortung für die heutige Situation zu lassen.

Der bundesweite Aufrufkreis hat sich seit dem ersten Aufruf quantitativ noch wesentlich erweitert: Er reicht inzwischen einerseits weit in das gewerkschaftliche und sozialdemokratische Lager hinein, andererseits beteiligen sich auch die Kräfte der radikalen Linken - lediglich die „Volksfront“ der „KPD(ML)“ scheint wieder mal eine Sondertour fahren zu wollen.

Eine qualitative Erweiterung des Aufrufkreises für die beabsichtigten Demonstrationen schien sich in den letzten Novemberwochen anzudeuten: An allen geplanten Demonstrationenorten kam es zu informellen, z.T. sogar offiziellen Gesprächen zwischen örtlichen Vertretern des Aufrufkreises und den entsprechenden DGB-Landesverbänden, die darauf schließen ließen, daß der DGB sich entweder an den jeweiligen Demonstrationen beteiligen oder sie wenigstens „wohlwollend unterstützen“ wolle.

Inzwischen ist klar, daß die Demonstrationen nicht offiziell von den DGB-Landesverbänden unterstützt werden, sondern lediglich einzelne Gewerkschafter den Aufruf als Einzelperson unterschreiben. Ausnahme ist eine Regional-Demonstration in Mössingen/Kreis Tübingen, ein Ort der für diesen Tag historische Bedeutung hat, weil die Belegschaft des Mössinger Textilbetriebs Pausa als erste den Beschluß faßte, gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler in den Generalstreik zu treten. In Mössingen führen DGB und Aufrufkreis ge-

meinsam eine Demonstration mit anschließender Saalveranstaltung durch. Die zweite Ausnahme ist Hamburg: Die Hamburger Initiative, an der sich neben Jusos, DKP, VVN und weiteren auch die GAL, der KB und die antifaschistische Aktion beteiligen, ließ sich in der Hoffnung auf eine weitgehende Kooperationsbereitschaft leider dazu hinreißen, den DGB aufzufordern, die für Hamburg geplante Demonstration als DGB-Demonstration, wenn auch auf der Grundlage des bundesweiten Aufrufs und unter gleichberechtigter Beteiligung von Seiten der Initiative benannter Redner/innen durchzuführen.

Als Ergebnis der DGB-Beratung: Beteiligung von Seiten der Initiative benannter Redner/innen durchzuführen. Das Ergebnis: der DGB, in Absprache mit der SPD, erfüllte Punkt eins der Aufforderung: Die Demonstration zum 29. ist als DGB-Demonstration angemeldet. Punkt zwei und drei, nämlich inhaltliche Ausrichtung des Aufrufs und vorgesehene Redner, sind auch jetzt noch, einen Monat nach der Aufforderung seitens der Initiative, unklar. Auch ein zweiter Vorstoß der Initiative vom 26.11. blieb bis heute unbeantwortet.

Es steht alles so aus, als ob die Sozialdemokraten in SPD und DGB auf dem besten Wege sind, den Aufrufkreis der Initiative und den jetzigen Vorbereitungskreis zum bloßen Anhängsel einer von ihnen bestimmten Demonstration zu machen. Es ist zu hoffen, daß es nicht dazu kommt, sondern daß der Initiativkreis zu eigener Initiative in Kooperation mit dem DGB zurückfinden kann, ohne daß aus der beabsichtigten Manifestation antifaschistischer Einheit am 29.1.83 in Hamburg eine Demonstration der Zerrissenheit wird. Wie immer dieser Clinch im Sonderfall Hamburg in den nächsten Tagen ausgehen mag, halten wir es generell, auch für Hamburg, für angebracht, noch vor der Weihnachtspause in die Mobilisierung und Vorbereitungen einzusteigen. Das gilt natürlich insbesondere auch für kleiner Orte, die ja wesentlich schwierigere Mobilisierungsbedingungen haben als die großen Versammlungsorte Hamburg, Köln, München, Frankfurt.

Um im nächsten AK einen umfassenderen Überblick über Aktivitäten zum 50. Jahrestag (und evtl. danach) geben zu können, bitten wir euch um Berichte.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

### Das Letzte von R. Bahro

#### Das Letzte von R. Bahro

Knapp zwei Wochen hat Rudolf Bahro gebraucht, zu seiner gewohnten Form zurückzufinden. Hatte er sich am Ende des Hagerer Parteitags uneingeschränkt positiv zu der beschlossenen wirtschaftspolitischen Erklärung geäußert (um seine Wahl in den Bundestag nicht zu gefährden?), hat er jetzt angekündigt, daß er die in

Hagen vereinbarte friedliche Koexistenz unvereinbarer Positionen nicht hinnehmen will. In einem Brief an die Bundeswirtschafts-A.G., datiert vom 26.11., schreibt Bahro u.a.:

„In unserer Hagerer Erklärung zur Wirtschaftspolitik ist die Frage nicht eindeutig entschieden, ob wir Alternativen im System oder der Alternative zu u.m. System Priorität einräumen wollen. (...) Alles was wir bieten, muß sich klar gegen den industrialistischen Block richten, der weitermachen möchte wie bisher. Systemimmanente Maßnahmen müssen auch als solche kenntlich sein und es muß aus dem Kontext klar sein, daß wir darüber hinaus wollen, daß wir die zweite kosmische Geschwindigkeit wollen, die die „Erdranziehung“ des Industriesystems überwindet. (...) Wer sich jetzt gegen „grünen Purismus“ wendet, sollte im Hinblick darauf, wie man eine Position durchführt, noch einmal das kommunistische Manifest nachlesen. Marx und Engels haben es damals ausdrücklich verschmäht, mit den Konsequenzen hinter dem Berge zu halten und ihre Konzeption mit irgendeiner anderen zu vermischen. (...) Rainer Trampert will die Menschen in den Fabriken nicht zum Aussteigen auffordern, weil er ihnen dann nicht sagen kann, wohin. Er geht eben nicht davon aus, daß der Zug in Richtung Abgrund rollt. Aber ich bin nicht sicher, ob er den Ausstieg überhaupt wünschenswert fände, wenn er möglich wäre ...“

#### Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/435320, Abowervaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift: Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich 100, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abwurf, sonst PScha Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00 Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 6000 Eigentumsverbehalt: Nach diesem Eigentumsverbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Abesenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.



# Über die Schwierigkeiten bei der Enttarnung zweier Agenten

Vergleichsweise simpel und „harmlos“ ist die Spitzelbeobachtung der Demo-Vorbereitung zum Schacht Konrad (s. Kasten). Ein bislang nicht Bekanntes bietet seine „Hilfe“ bei der Vorbereitung der Demo an und kann sich so bei den Aktiven in aller Ruhe umschauen. Als bekannt wird, daß er unter falschem Namen arbeitet, liegt die Sache auf, der Spitzel setzt sich ab. Ungleich komplexer, komplizierter und folgenreicher ist der Fall, den wir hier vorstellen wollen. Seit Jahr und Tag ist sehr vielen aktiven Linken in Hamburg das Ehepaar „Egon“ und „Paula“ bekannt. Bekannt ist, daß beide „nicht-richtig“ verfolgte Antifaschisten sind. Sie waren Mitglieder in der inzwischen verbotenen KPD und sind jetzt Mitglieder des örtlichen SB, „Egon“ bekleidet zudem überregionale SB-Funktionen. Sie hatten immer sehr weiten Einblick in die Hamburger linke Szene. Sie vertrauten das SB bei der Kirchentagsdemonstrationsvorbereitung 1981, sie machten Gefangenearbeit (wie auch andere Hamburger SB'ler), sie arbeiteten 1981 bei den Anti-Impi-Frauen intensiv mit, er in der Anti-NATO-Gruppe.

1981, mit 6.9. datiert, erschien ein „Brief der Raf an Hamburg“ über das Ehepaar: „Wir lassen sie jetzt hochgehen“ schreibt die RAF, sie seien „das ganze Geheimnis der Fahndungs-panne“ im vorigen Jahr, der „Fuß“, den Baum bei uns drin haben wollte“. Sie seien ein paar mal bei ihnen gewesen und nach ihrer „Rekonstruktion“ die Stelle, wo die VS sie unter Beobachtung hatte. (Die beobachteten „Terroristen“ waren den Fahndern wieder aus den Maschen geschlüpft, die „Springer“-Presse und BKA-Kreise spielten das später zu einem Baum- und SPD-VS-Skandal hoch.)

Bei der Gefangenearbeit, beim letzten Hungerstreik - so das RAF-Flugblatt - hatten Egon und Paula sich mitten unter die Szene platziert. Zudem sei bei ihren Recherchen herausgekommen, daß sie schon in den 60er Jahren „feste Agenten“ gewesen seien. Das Flugblatt ist dann noch mit den üblichen Dingen aufgemotzt. Das alles bekannte und weniger erstaunliche Eintreten Egons

der Anti-NATO-Gruppe mitgearbeitet, als am 15.9. das RAF-Flugblatt in deren Hände fiel. Die Überprüfung der beiden durch die betreffenden Gruppen brachte dann folgendes Ergebnis: „Nachdem wir sorgfältig unsere eigenen Erfahrungen mit den beiden, insbesondere mit Paula, zusammengetragen haben, sind wir zu dem gleichen Ergebnis gekommen, wie die RAF“ schreiben die „Frauen gegen den imperialistischen Krieg“ in ihrer Stellungnahme, die in verschiedensten autonomen Blättern veröffentlicht wurde. Zum großen Teil wird den „beiden Schweinen“ just das vorgehalten und jetzt als besonders „kaltes“ Vorgehen angeklagt, was sicherlich vor der Enthüllung als eher nützliche und angenehme Eigenschaften der beiden angesehen wurden. So hatten sie überall in Hamburg Verbindungen zu linken Gruppen (wir ersparen uns hier die lange Aufzählung). Ansonsten heißt es: „Im wesentlichen hat sich P. Giordano durch verschiedene technische Möglichkeiten, die sie uns angeboten hat, und unter Ausnutzung unserer Hochachtung vor ihrem Alter und Erfahrung im NS-Faschismus bei uns reingedeckelt. Dadurch konnte sie ein Jahr lang systematisch all unsere Aktivitäten, Schwierigkeiten und Beziehungen erfassen und auswerten. Sie boten uns Möglichkeiten für die Arbeit an, die uns fehlten.“

Sie beschafften Pressematerial aus dem Springer-Archiv, in dem Egon arbeitet, Kontakte für Veranstaltungsräume, die SB-Technik und Räume, Aufbewahrungsräume für Transparente und Material, ihr Haus für Termine, ihr Auto etc.

Sie drängte auf ein Wochenende unter dem Motto „wie bin ich rot geworden“, um sich genauer kennenzulernen (jetzt wird daraus der Vorwurf, sie hätten dies gemacht, um „Psychogramme“ als Teil der „Ursachenforschung des Terrorismus“ zu betreiben).

Weiterhin boten sie ihre Wohnung an, um von dort aus die nahe gelegene Führungsakademie der Bundeswehr zu beobachten, wo doch so wichtige Persön-

um von dort aus die nahe gelegene Führungsakademie der Bundeswehr zu beobachten, wo doch so wichtige Persönlichkeiten täglich aus- und eingingen. Jetzt ist dies natürlich ein versuchter provokatorischer Akt. Ihnen fiel auch nachträglich auf, daß sich die SB-Größen offen gegen jede Solidarisierung mit der RAF aussprachen und sich offen in der „Frankfurter Rundschau“ zur Verdammung der RAF durch die Linke äußern durften. Dieser Widerspruch sei nie von ihnen thematisiert worden, allerdings ein Widerspruch, der zumindest den Großteil des Hamburger SB treffen würde.

Mit diesem Eifer, aber vor allem mit besonders markanten Worten und Aburteilungen und auch direkten Attacken lösten sie bei anderen eher den Gegeneffekt aus, nämlich weiterhin ihre menschliche Hochachtung vor den politischen Erfahrungen der beiden, wegen des Nazismus herauszustellen bzw. sich an diesen Methoden der „Enttarnung“ zu stoßen. Viele mochten unter diesem Gesichtswinkel einfach nicht glauben, daß sie VS-Agenten aufgesessen seien. Zieht man nur die obigen Darlegungen heraus, so war das auch kein Wunder; ein Beweis wurde nicht erbracht, im Gegenteil wurde eben die Geschichte jetzt unter der Voraussetzung durchgegangen, daß sie Agenten seien, und siehe da, es kamen ganz besonders gerissene heraus. Zum Schluß ihres Papiers schreiben die Frauen selbst von ihren Schwierigkeiten mit der Identifizierung, und meinen dann, es müßten „Mittel gegen die Methoden der Erfassung, Kontrolle und die politische und direkte Infiltration“ entwickelt werden. Dies bezieht sich aber nicht auf Egon und Paula - da stand die Sache für sie eindeutig fest. Allerdings verblieben zwei wesentliche Vorwürfe nach dieser Geschichte:

1.) hatten die autonomen Kreise über persönliche Kontakte zu alten betroffenen KPD-Genossen alte Gerichtsakten zur Verfügung gestellt bekommen, aus denen die alte VS-Tätigkeit von Egon klar belegt wird, die schon im RAF-Flugblatt auftauchte. Egon sollte damals „Kronzeuge“ in einem Verfahren gegen Mitglieder der illegalen KPD werden, die illegales Propaganda-Material verbreitet hatten. Da Egon nicht einmal Augenzeuge war, die Betroffenen den Vorgang bestritten, wurden sie freigesprochen. Zu Egon schreibt das Gericht, daß seine Person „kein ausreichendes Beweismittel“ sei (heute sind Gerichte da nicht so „zimperlich“). Er habe „für den östlichen und westlichen Nachrichtendienst gegen Entgelt gearbeitet. Er ist deshalb

## 2. Akt: Enttarnung durch die Medien

Im November 82, rund um die neue RAF-Fahndung, kommen „Egon“

und „Paula“ in die „Bunte“ und in den „Spiegel“. Li. Spiegel hörte der VS mit Wanzon ein Szene-Café in Hamburg ab und erfährt dadurch, daß die RAF Hamburger Quartiere suche für ihre „Top-Genossen“. Der Verfassungsschutz ließ zwei Agenten, „Egon“ und „Paula“, ein Ehepaar mit KPD-Vergangenheit, als Quartiergeber an die Szene heranspielen. Und tatsächlich: Christian Klar und Adelheid Schulz suchten bei Lochtes Leuten Unterschlupf und enthielten ihren Gastgeber bald darauf freimütig ihre Identität.

Sie erzählen sogar, welches Projekt sie im Auge hatten: Man müsse „die Schaltzentrale ausschalten“. Bis Frankfurt wurde Klar dann verfolgt und sei dort den VS-Beobachtern durch die Maschen geschlüpft. Dabei muß, glaubt man, der „Spiegel“-Version, eine besondere Rolle gespielt haben, daß der Beobachter (im Gegensatz zu den Hamburgern) gar nicht gewußt habe, daß es sich bei seinem Objekt um Klar gehandelt hatte. Zimmermann würde sagen: „mangelnde CSU-Motivation“.

Vier Wochen später sei in Hamburg dann auch noch Adelheid Schulz aus einer am Eingang Video-überwachten Wohnung entwischt, am 6.4.80 habe sie sie betreten und am 7. verlassen, die Beobachter müssen gegnert haben. Ob es sich um eine andere, zweite Hamburger Wohnung handelte, bleibt unklar. Laut „Bunte“ führten Egon und Paula „im feinen Vorort Blankeneses lange Zeit ein angenehmes Doppelleben“ als Agenten. Die „Bunte“ behauptet nun, daß der vom VS verursachte Auto-Auftrieb in der engen Einbahnstraße Christian Klar und Adelheid Schulz aufgefallen sei, sie hätten Verdacht gegen Egon und Paula geschöpft und seien unauffällig wieder verschwunden. Als dann im August 80 Springers-„WELT“ den „Fahndungskandal“ enthüllte und über die Hamburger Beobachtung einer „Terroristen“-Wohnung berichtete, wurde die „WELT“ von Baum (der damalige Innenminister war im Gegensatz zum BKA auf dem laufenden) gerüffelt, die „WELT“-Veröffentlichung sei eine „sehr ernste Gefahr“. Baum, der eine Kampagne gegen seine Person witterte, erklärte gegenüber dem Kanzler (Schmidt) und dem Innenausschuß, daß es sich um keine Panne handelte: „Eher beiße ich mir die Zunge ab, ehe ich auch nur die Ansätze des wahren Sachverhalts bekanntgebe. Ich gefährde kein Menschenleben“ (zitiert nach

einer damaligen „Spiegel“-Ausgabe). Die „Bunte“ druckt neben diesem Bericht „exklusiv“ das vom BKA zugespielte RAF-Flugblatt und schließt daraus messerscharf: „Tatsache ist: Klar und Schulz hätten Egon und Paula G. jederzeit, wie man in Terroristenkreisen sagt, „über den Jordan gehen“ - sprich umbringen - lassen können“. An dieser Stelle pfuscht der „Bunte“-Bericht ganz bewußt (gezeichnet von Hellmuth Rieber und Clemens Palmstroem - Nomen est omen). Denn ihre Behauptung, daß Klar und Schulz schon in Blankeneses ihre VS-Beobachtung bemerkt hätten, widerspricht den RAF-Flugblatt-Aussagen (und auch denen des „Spiegel“). Aus dem RAF-Flugblatt geht hervor, daß sie durch nachträgliche Rekonstruktion - möglicherweise erst nach der Enthüllung der „Fahndungs-panne“ durch die rechten Medien - darauf gekommen seien. Auch das angegebene Datum (ein Jahr später) ist in der „Bunte“ wegetuschelt. Aus dem Text ist aber erkennbar, daß die Schreiber wissen, daß dies Flugblatt erst ein Jahr nach der Fahndungs-panne erschien. Richtig bleibt trotzdem: Die betroffenen „Top-Agenten“ bleiben ungeschützt in der Szene, obwohl sich Baum angeblich fast in Fürsorge die Zunge abgebeissen hätte. Sie bestreiten ihre VS-Tätigkeit und auch, Quartiergeber gewesen zu sein. Auch nach den Veröffentlichungen bleiben sie weiter bei ihrer Version und auch in Blankeneses wohnen.

Dazu muß man einiges zur Veröffentlichungspraxis in den Medien sagen. Einmal ist es offensichtlich, daß Baum seine „Fürsorge“ für Menschenleben ja offensichtlich dazu ins Spiel gebracht hatte, um weiter schweigen, bzw. die Springer-Meldung gegen ihn angreifen zu können. Baum war ja im Gegensatz zum BKA eingeweiht in die Aktion, in dessen Rahmen es zur „Fahndungs-panne“ kam. Neben persönlichen Abrechnungen, die über solche Hintergrundinformationen in der

Presse betrieben werden, ging es bei der Sache um einen Streit ums Konzept. Die Hamburger VS'ler wollten eine „beobachtende Fahndung“, das BKA wurde nicht eingeweiht, um einen „vorzeitigen“ Zugriff zu verhindern. So sei auch (so der „Spiegel“ am 22.11.82) die von Herold angefangene Computerfahndung in Hamburg mit der Begründung Datenschutz gestoppt worden. Man wollte die HEW-Barzähler mit BAFÖG-Listen u.ä. vergleichen, nach der Methode habe das BKA in Frankfurt die Heißler-Wohnung herausgefiltert und ihn zur Strecke gebracht. Nach der Fahndungs-panne folgte dann der Konter. BKA-Chef Herold empfahl Baum, eine Kerze zu stiften, weil trotz der „Fahndungs-panne“ niemand von der RAF umgebracht worden sei. Bei diesen Auseinandersetzungen (über die Medien), so läßt der „Spiegel“ (am 22.11.) einen BKA-Ermittler erklären, sei „gelogen worden, daß sich die Balken bogen“. Das kann man dann auch getrost für die „Spiegel“-Berichterstattung annehmen. In einigen Bekannten-Kreisen von Paula und Egon nährte dies auch immer noch die Spekulation, daß diese Stories auch teilweise zur gezielten Desinformation der Linken erfunden und ausgestreut werden. Mehr als eine kühne Spekulation dieser Leute ist das nicht. Mehr Licht ins Detail könnte lediglich von den drei beteiligten Parteien gebracht werden, z.B. bei dem anstehenden Gerichtsverfahren, auch von der RAF, wenn sie das will, allerdings hauptsächlich von Egon, Paula oder VS- und BKA-Kreisen. Die beiden haben ihr Desinteresse bekundet. Sie haben es offenbar aufgegeben, daß ihrer Version noch jemand Glauben schenken könnte. Die Staatsschutz-Kreise werden ihre „Informationen“ offensichtlich je nach Interessenlage zum besten geben. Ihr Verhalten spricht eher dafür, daß ihnen die Fürsorge ihrer öffentlich angepriesenen Agenten eher einen Pflaster als eine Zunge wert sind.



Kay Uwe Cramm rechts auf dem Traktor

## MEK-Spitzel im Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie aufgelogen

Vom 29.9. an bespitzelte Kay Uwe Cramm für das Landeskriminalamt Hannover die Vorbereitung der Schacht-Konrad-Demonstration. Wie inzwischen bekannt wurde, wohnt er in Hannover (in der Ifflandstr. 37) und erhielt eine Ausbildung beim MEK. Einen Monat lang hatte er unter dem Decknamen Thomas Kalkhoff bei der Vorbereitung der Demo aktiv mitgemacht. Als „Kurzarbeiter bei VW“ in Wolfsburg bot er seine helfende Hand an, die gern gesehen war. Sein Interesse galt der Vorbereitung der Demonstration und den aktiv beteiligten Personen, zudem interessierte er sich für Zusammenhänge über den am 13.9. in Braunschweig erfolgten Anschlag auf die GSF, sowie den „Lauschangriff“ von BI-Freunden über die Lauschk-

tion der Bullen anläßlich einer Podiumsdiskussion am 29.9.; trotz anderslautender Zusagen hatten die Bullen die Veranstaltung auf Band mitgeschnitten und wurden dabei enttarnt (s. AK 226, S.14).

Am 30.10. - während der Demonstration am Schachtgelände - erhielt die BI Hinweise über die tatsächliche Identität von Cramm. Vor dem Plenum des Arbeitskreises am 4.11. wird Cramm schon angequatscht, er geht „nur schnell ein Bier holen“ und verschwindet.

Am 20.11. versuchen Kernkraftgegner zum 2. Male Cramm zuhause aufzusuchen. Cramm und drei weitere Beamte drehen den Spieß um, ein Streifenwagen kontrolliert die Personalien der AKW-Gegner.

Am 24.11. gibt Waldemar Burghard, Chef des LKA Hannover öffentlich den Spitzelsatz gegen den Braunschweiger Arbeitskreis zu.

(Aus Pressematerialien des Braunschweiger AK gegen Atomenergie).

## Das RAF-Flugblatt und die Folgen

1 Jahr lang hatten Paula in der Antiimpi-Frauengruppe und Egon in



Arbed-Saarstahl

# Arbeiter geben Kapitalisten Kredit

Kein Industriezweig ist heute krisengefährdeter als die Stahlindustrie, kein Bundesland auf Gedeih und Verderb mit ihr verbunden wie das Saarland, keine private Konzernexistenz hängt heute so sehr an staatlichen Krediten und Bürgschaften wie Arbed-Stahl. Geht Arbed kaputt, verlieren hier 20.000 und in den Zulieferbetrieben noch einmal 10.000 ihre Arbeit, womit die Rate im Saarland auf 30 Prozent steigen würde.

Diese Notsituation einer ganzen Region ist der ideale Ausgangspunkt der neuen Rechtskoalition, das zynische Geschäft mit der Angst zu betreiben, um das für ihre Pläne geeignete Klima zu schaffen. Ende November forderte Lambsdorff ultimativ dazu auf, daß die 20.000 Stahlarbeiter bei Arbed entweder auf einen Teil ihres Weihnachtsgeldes verzichten sollten, oder aber die Bundesregierung werde keinen Pfennig mehr in die Stahlhütte stecken. Da Arbed zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben über flüssige Kapitalreserven verfügte, die nur noch für eine Woche reichten, war dies eine offene Konkursandrohung.

In diesem Fall ging es Lambsdorff weniger um ein erneutes materielles Opfer der Betroffenen, von denen sowieso nicht mehr allzu viel zu holen sein dürfte (nach Streichungen von überhöhten Zulagen und sämtlichen Sozialleistungen folgte jetzt die Streichung der Härteausgleichszahlung für Kurzarbeiter, was zu Lohnsenkungen von ca. 10 Prozent führt und dem Konzern allein 150 Millionen Mark jährlich bringt), sondern in erster Linie um eine politische Machtdemonstration gegenüber den Gewerkschaften, um hier bundesweit ein Signal zu setzen. Schließlich ist das Weihnachtsgeld Bestandteil fester tarifvertraglicher Vereinbarungen, d.h. jeder Verzicht darauf setzt entweder seine vorzeitige Kündigung und anschließende Verschlechterung oder einen einzelbetrieblichen Bruch dieser Vereinbarungen voraus. In enger Anlehnung an jüngste Vorgänge in Großbritannien und v.a. den USA soll die Arbed-Erpressung Ausgangspunkt einer Politik sein, nach der die Gewerkschaften zukünftig gezwungen werden sollen, tariflich einheitlich festgeschriebene Verträge aufzugeben oder zu lockern, um auf diesem Wege Sonderabschläge einzelner Betriebe die Bresche zu öffnen.

Vergleichbares konnten die Gewerkschaften bislang verhindern und auch bei Arbed sah es zunächst so aus, als sei dies kein Thema für die IGM. In einer ersten Stellungnahme für die Bundestagsitzung am 1.12. teilten Loderer und Judith Klipp mit, daß sie „Eingriffe in bestehende Tarifverträge“ nicht hinnehmen und ebenso „aus prinzipiellen Gründen“ ablehnen, bestehende Tarifverträge „in kommenden Verhandlungen verschlechtern zu lassen“. Es ist ziemlich offensichtlich, daß die IGM-Führung zu diesem Zeitpunkt noch die Bereitschaft Lambsdorffs unterschätzt hat, seinen makabren Poker auf die Spitze zu treiben. Dieses änderte sich schnell, nachdem Lambsdorff mit dem Abbruch der Gespräche drohte, falls die IGM ihre Position nicht ändere, und sich gleichzeitig die Gerüchte über die Einleitung eines ordentlichen Konkursverfahrens vermehrten. Gleichzeitig erhöhte sich der Druck seitens der Belegschaften auf die IGM; zu hören war ebenfalls, daß der Betriebsrat, im Falle der Verweigerung der IGM, mit der Geschäftsführung zu einer betriebsinternen Regelung in Sachen Weihnachtsgeld bereit wäre. Die IGM war somit vollständig in die Enge getrieben und — wie auch immer ihre Entscheidung ausfallen sollte — der „schwarze Peter“ lag in jedem Fall bei ihr. Heute würde sie für die Schließung eines ganzen Werkes verantwortlich gemacht, morgen für den Lohnraub, wenn dieser nicht, wie versprochen, die Arbeitsplätze sichert. Wenige Stunden vor der entscheidenden Sitzung des Bundestages am 8.12. entschloß sich die IGM, an den Arbeitgeberverband der Saarhütten heranzutreten mit der Aufforderung, daß diese doch ihrerseits den Tarifvertrag aufkündigen sollten (von einer sonst so streng gehandhabten Ein-

haltung der Kündigungsfristen war keine Rede mehr), um damit den Weg für Neuverhandlungen freizumachen. Die jetzige Regelung sieht vor, daß für die Jahre 83 und 84, also überhaupt erst ab nächstem Jahr, jeweils die Hälfte der Weihnachtsgelder später ausbezahlt und dem Betrieb jeweils für ein Jahr als zinsloses Darlehen gewährt werden. Hierbei handelt es sich um einen Betrag von 30 Millionen Mark, der aber kaum eine Relevanz für den Erhalt von Arbeitsplätzen bei Arbed haben kann, ob diese Regelung zur Anwendung kommt, d.h. Arbed in der Form überhaupt nächstes Jahr noch existiert (die neugewährten Staatsgelder sollen zur Umstrukturierung eingesetzt werden; ob dies erst einmal „nur“ ein weiterer massiver Arbeitsplatzabbau bedeutet, oder schon demnächst mit Konkurs bzw. Fusion zu rechnen ist, vermag derzeit wohl noch keiner genau zu sagen).

Das jetzige Geschrei vom „ganz massiven Eingriff in die Tarifautonomie“ und „unverholenen Versuch der Erpressung“ ist zwar verständlich, ändert aber nichts daran, daß die IGM in vergleichbaren Fällen der Zukunft ähn-

lich hilflos dastehen wird. Der „Fall Arbed“ ist somit ein Lehrbeispiel für die Politik der Rechtskoalition: Unter brutaler Ausnutzung der durch die Krise hervorgerufenen Angst um die Arbeitsplätze geht sie zu einem massiven Angriff auf die in Jahrzehnten erkämpften Rechte der Arbeiterbewegung über. Diese ist dafür nur schlecht gerüstet. Ihre Gewerkschaft predigt seit 30 Jahren die Sozialpartnerschaft und hat den Begriff Klassenkampf schon längst gestrichen. Woher sollte jetzt plötzlich das Vertrauen der Arbeiter kommen, daß diese Gewerkschaft sich anders verhält als in all den Jahren vorher?

Der „Fall Arbed“ hat somit aber auch gezeigt, daß die Angriffe der Kapitalisten auf die materielle Existenz nicht unmittelbar zur Radikalisierung führt. Die Arbeiter bezahlen wieder einmal die Krise des Kapitalismus, nicht aufgrund eines verlorenen Kampfes, nicht aufgrund des Verrates ihrer Gewerkschaftsführung, sondern aufgrund „freiwilliger“ Entscheidung, deren Freiwilligkeit durch die Angst um die materielle Existenz erzwungen wird.

## Jetzt wird abgesahnt

### — Wende in der Wohnungspolitik

Schon lange vor der offiziellen Machtübernahme durch Kohl und Co. hatte sich im Bonner Wohnungsministerium die konservativ-liberale, schwarz-geißte Koalition eingenistet. Und kaum hatte Minister Haack seinen Schreibtisch geräumt, lag auch schon ein neues, fix und fertig ausgearbeitetes Konzept zur künftigen Wohnungspolitik vor, das zu den Antrittsgeschenken mit Sofortwirkung gehört, mit denen Kanzler Kohl das Kapital für die verkorkten letzten 13 Jahre versöhnen möchte.

Nach dem Prinzip „Wer hat, dem wird gegeben“ enthält dieses Konzept dornige gigantische Steuervergünstigungen für Eigenheimbauaspiranten, daß im Endeffekt die Mittel zur Förderung von Wohnungseigentum das dreifache von dem betragen, was zum Bau von Sozialmietwohnungen zur Verfügung steht. Gleichzeitig wird der Wohngeldetat um 100 Millionen DM gekürzt. Am meisten aber freuen sich Wohnungseigentümerverbände über die geplanten Maßnahmen zur Abschaffung des Mieterschutzes und zu unbegrenzten Mieterhöhungen.

Geordnete, d.h. marktwirtschaftliche Verhältnisse erobern die Wohnungswirtschaft zurück. Schluß ist mit dem Zustand, daß „abgesehen vom ebenfalls nicht funktionierenden Agrarsektor heute kaum ein Wirtschaftszweig in der Bundesrepublik eine solche Fülle von staatlichen Maß-

nahmen und Eingriffen aufweist wie die Wohnungswirtschaft“ (Wirtschaftsberichte, Dresdner Bank, Nr. 2, Juni 1982).

Entsprechend optimistisch und ausgelassen war dann auch die Stimmung auf einer Versammlung Ende September, zu der alles, was Rang und Namen hat in der Bauwirtschaft, anreiste, um sich von Oskar Schneider (CSU), dem neuen Bauminister, die Zukunftsperspektiven des Wohnungsbaus erläutern zu lassen: „Die nämlich sehen nach dem Koalitionspapier für die Baubranche weit rosiger aus als noch vor wenigen Monaten“ (Wirtschaftswoche Nr. 41).

Oskar Schneider, dem verehrten Publikum als „maßvoller und kenntnisreicher Wohnungsbauexperte“ vorgestellt, der sich das Vertrauen der Wohnungswirtschaft durch seine Funktion als langjähriger Leiter des Bauausschusses im Bundestag bereits erworben hat, konnte „Anstoßeffekte zur Wiederbelebung der Bauwirtschaft“ versprechen, forderte zu etwas mehr „Optimismusmentalität“ auf, und flüpfte vor lauter Freude dann ganz aus: „Ich kann allen nur raten: „Bauen, bauen, bauen!“ (FR, 7.10.82).

Ein heißer Tip, den sich die 40 Millionen Mieter und die Hunderttausende Wohnungssuchenden in der BRD ganz langsam auf der Zunge zergehen lassen sollten.



Für zwischenzeitliche Unruhe und Verwirrung sorgte eine höchst kuriose Randerscheinung in Schneiders Patenrezept: die angeblich geplante Ankerbelohnung des sozialen Wohnungsbau, die paradoxerweise mit der (rückzahlbaren) Zwangsanleihe für Besserverdienende, auch „Investitionshilfe“ genannt, geschehen sollte. Abgesehen davon, daß da wohl sowieso nur ein paar Märker zusammenkommen, ist völlig offen, was hinterher tatsächlich damit passiert. Denn, so Schneider, „ein Volksdiktat wird es nicht geben“ (Wirtschaftswoche Nr. 41).

### Maßnahmen zur Mieterhöhung und ihre Folgen

Gerade die vereinbarten Mietrechtsänderungen werden zu nicht unerheblichen Mieterhöhungen nicht nur bei den neuen, sondern auch bei alten Wohnungen führen. Davon versprechen sich die neuen Koalitionspartner eine Ankerbelohnung des frei finanzierten Mietwohnungsbau.

Aber real wird genau das Gegenteil eintreten. Hohe Gestehungskosten und Renditeerwartungen würden bei einem Neubau nämlich qm-Mieten verlangen, die trotz „Liberalisierung“ nicht zu realisieren sind. Das Mietrechtsänderungsgesetz wird aber dazu führen, daß Kaufen und andere Vermietung ihr Monopol verstärkt fortsetzen werden.

Bei der Staffelmiete z.B., die künftig auch für vor dem 1. Januar 1981 erstellte Wohnungen gilt, wird der Mieter eine Verschlechterung seines materiellen Lebensstandards eingehen müssen, weil er seine Reallohnentwicklung überhaupt nicht kalkulieren kann. Ganz unverhohlen wird die Umverteilung eines ständig wachsenden Anteils des Einkommens zugunsten der Profite des Haus- und Grundkapitals sowie der Banken und Versicherungen gesetzlich sanktioniert. Über die Staffelmiete wird der Zeitpunkt, ab dem die Investition in die Profitzone kommt, fixierbar. Die Staffelmiete stimuliert die Investition in Wohnungs- und Abschreibungsobjekte. Der Staat nimmt jetzt, entgegen ursprünglich postulierten Zielen (die Wohnungsversorgung „breiter Bevölkerungsschichten“ zu sichern) eine garantierte Profitsicherung für das investierende private Kapital vor.

Die bisher erarbeitete Vergleichsmiete beinhaltet das Entgelt, das für eine Wohnung tatsächlich gezahlt wird. Die SPD/FDP-Regierung wollte, daß die Daten für die Vergleichsmiete sich auf die letzten fünf Jahre beziehen. Die neue Rechtsregierung sieht nun eine Reduzierung auf drei Jahre vor. Als zu-

sätzlich preistreibende Maßnahme kommt hinzu, daß Vermieter nun auch eigene Wohnungen im Vergleichsverfahren zur Begründung einer Mieterhöhung heranziehen können. Gerade die Haus- und Grundeigentümer sowie die Banken sind an einer Beseitigung jeglicher mieterpreisdämpfender Einflüsse aus dem Bestand interessiert. Die Banken können durch steigende Erträge ihrer Hypothekenleistungen ausdehnen und die Haus- und Grundeigentümer können gestiegene Renten abschöpfen. Durch die neue Regelung werden die mieterpreisdämpfenden Einflüsse aus älteren Mietverhältnissen abgekappt, und dadurch den Interessen dieser Kapitalgruppen weiter entsprochen. Jede Mieterhöhung ist ein Extraprofit auf das ursprünglich investierte Kapital.

Fallen die mieterpreisdämpfenden Einflüsse weg, wird die ortsübliche Vergleichsmiete in den nächsten drei Jahren um 30 % und mehr ansteigen. Damit wird die Verringerung relativ preiswerter Bestände forciert, und die Wohnungsverversorgung verschärft. Auch werden die Belastungen nicht durch Wohngeld aufgefangen, da sich das Vergleichsmietniveau weit über die Miethöchstgrenzen für Wohngeld hinausbewegen.

Auch durch das neue Zeitmietvertragsrecht wird die Spekulation mit Wohnraum gesetzlich abgesegnet. Leerstandsbedingte Mietausfälle werden umgangen, was ein versteckter Aufruf zur Spekulation mit Wohnraum ist. In der Phase, in der Zeitmietverträge bestehen, werden die Vermieter keinen Pfennig in die Wohnungen investieren, und somit die in der Miete enthaltene Instandhaltungspauschale als Extraprofit abbassieren. Eventuell vorgenommene Eigenleistungen des Mieters werden anschließend kapitalisiert. Schon jetzt nicht fest, daß die Wohnungen mit Zeitmietverträgen in Bezug auf die Mietpreis/Standardrelation die teuersten auf dem Wohnungsmarkt werden.

Langfristig wird das Mietrechtsänderungsgesetz (MietRÄndG) zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen statt zu deren Neuschaffung führen, da die Mieter bei einem höheren Mietanteil am Einkommen naturgemäß auf andere Konsumwünsche verzichten müssen — auf die zu teure Wohnung verzichten können die Mieter allerdings nicht.

Insgesamt wird deshalb das MietRÄndG eher zu einer Verschärfung als zu einer Beseitigung der Wohnungsnot führen.



Vor den Gerichten Kriminalisierung der Startbahngegner mit allen Mitteln

## Belastungszeugen: Absprachen und Grotesken

Mit einem „rechtlichen Hinweis“ aus „Fürsorgegründen“ hat der Vorsitzende des Staatsschutzensenates am OLG-Frankfurt, Schäfer, zu erkennen gegeben, daß eine Verurteilung Alexander Schubart wegen Verstoßes gegen § 105 StGB (Nötigung von Verfassungsorganen) bevorsteht. Das Gericht möchte jetzt die Beweisaufnahme in dem Verfahren möglichst schnell beenden und strebt eine baldige Verurteilung an.

In den vergangenen Wochen gab das Gericht einer Reihe von Belastungszeugen ausführliche Gelegenheiten, von der Demonstration am 13.11.81 am Frankfurter Flughafen das Bild eines Infernos zu zeichnen. Polizeiführer, BGS-Hubschrauberpiloten und ein SEK-Einsatzleiter schilderten dem Gericht, wie friedliebende Polizeibeamte von Demonstrierenden überfallen wurden, und wie insbesondere die harmlosen Jungs vom hessischen SEK derart mit Steinwürfen, Schlägen etc. eingedockt wurden, daß ihnen nur der Rückzug, teilweise die offene Flucht geblieben sei. Schußwaffengebrauch wäre gerechtfertigt gewesen, führte SEK-Chef Pokojewski aus. Einzelne Beamte hätten während der Flucht ihre Waffe ziehen müssen. Dann wurde es erstmalig zugegeben: In ihrer Not hätten die SEK-ler sog. „Blendschockwurfskörper“, „eine Art Kanonenschlag, wie man ihn Silvester verwendet“ (Pokojewski), eingesetzt. Daß diese seit Mogadischu bekannten Blind-Granaten nicht unter den erlaubten Waffen des hessischen „Unmittelbaren-Zwang-Gesetzes“ verzeichnet sind, hinderte die SEK-ler nicht, die gefährliche Waffe bei derartigen Einsätzen einzusetzen und — auch an der Startbahnmauer — gegen Menschenmengen einzusetzen. Fast wären auch die Puma-Hubschrauber, die die SEK-ler in vollkommener friedlicher Absicht auf der Autobahn absetzten, zum Abschuss gebracht oder zumindest beschädigt worden, sekundierten dem SEK-Chef die BGS-Hubschrauberpiloten. Nun belegen allerdings Fotos und Filme der Szene, daß das SEK auf der Autobahn professionell niederkam und dann einen geknallten Prügelschlag gegen die auf die Autobahn getriebenen Startbahngegner vollzog. Die Verteidigung hat diesbezüglich Beweisangebote gestellt, die annahmeweise sogar angenommen werden. Für den Zeitplan des Verfahrens bedeutet das, daß ein Urteilsspruch noch vor Weihnachten ziemlich unwahrscheinlich geworden ist. Eine Verurteilung von Aschu wegen schweren Landfriedensbruches wurde in der Verhandlung immer unhaltbarer, und so will man sich auf die ausschließliche Prüfung einer Strafbarkeit wegen Nötigung von Verfassungsorganen (§ 105 StGB) konzentrieren, wobei es im wesentlichen auf eine Würdigung von Aschu's Rede in Wiesbaden am 14.11. ankommen wird.

Allerdings muß die Frage aufgeworfen werden, warum das Gericht nicht von vornherein auf die Erörterung des Geschehens am Flughafen verzichtet hat, so wie es die Verteidigung von Anfang an forderte. Offensichtlich sollte hier erst einmal ein möglichst schlimmes Bild über das ganze Geschehen in Szene gesetzt werden.

Damit die diesbezüglichen belastenden Zeugnisaussagen harmonisieren, hat jedenfalls bereits am 21.12.81 im Frankfurter Polizeipräsidium ein erstes Treffen hoher Polizeioffiziere stattgefunden, an dem auch, wie er im Zeugnisstand eingestehen mußte, der Vertreter der Bundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Lampe, teilgenommen hat. Zeugenbeeinflussung durch die Staatsanwaltschaft? I bewahrt! Da sei Adalbert Schäfer vor ...

Eine Verurteilung von Aschu würde einen wichtigen Schritt zur Kriminalisierung der über 2000 Startbahngegner(innen) bedeuten, die von Ermittlungsverfahren betroffen sind. Darüber hinaus würde nach einer Verurteilung wegen Verstoßes gegen den § 105 jede Protestbewegung zusätzlich bedroht sein: Würden Proteste und Aktionen gegen die Mittelstreckenraketenstationierung, gegen Sozialkürzungen, „Lohnpausen“, Entlassungen etc. nicht ebenfalls beliebig als „Nötigung von Verfassungsorganen“ auslegbar? Es besteht die Gefahr, daß über das Aschu-Gerichtsurteil jeder massenhafte aktive Protest gegen Regierungspolitik kriminalisiert werden kann.

**Ein „Militanter“ und ein Pastor vor Gericht**  
In Frankfurt sieht nach einer geplatz-

ten ersten Verhandlungsrunde zum zweiten Mal Horst S. vor Gericht, dem vorgeworfen wird, am 15.11.81 mit Steinen auf Polizisten an der Startbahnmauer geworfen zu haben. Hauptbelastungszeugen sind die Video-Aufnahmen eines Kripo-Dokumentationstrupps, auf denen nach Polizeiangaben Horst S. werfend zu sehen sein soll.

Horst selber gibt an, in ohnmächtiger Wut Stöckchen und Erdklumpen auf einen CN-Gas verspritzenden Wasserwerfer geworfen zu haben.

Die Verhandlungsführung des vorsitzenden Richters machte deutlich, daß er an der Aufnahme und Berücksichtigung widersprüchlicher Aussagen der Polizisten keinerlei Interesse hat. An frühere anderslautende Aussagen der Polizisten in der ersten Verhandlungsrunde erinnerte er sich nicht; so mußten erst die Verteidiger als Zeugen auftreten, um frühere Aussagen der Polizisten im neuen Verfahren fürs Protokoll zu sichern. Dienstliche Erklärungen der Polizisten wurden möglichst unpräzise abgefaßt, „damit sie hinterher nicht zerpflückt werden“ (O-Ton eines Hauptbelastungszeugen der Polizei). Hier geht es um den Beginn der exemplarischen Abstrafung von „Militanten“, von denen in den nächsten Monaten noch Hunderte vor Gericht stehen dürften, falls die Aschu-Verurteilung gelingt. Horst wurde zu einer Geldstrafe von 3000 DM verurteilt.

Mit einem Freispruch endete dagegen der Prozeß gegen den Umweltbeauftragten der evangelischen Kirche in Deutschland, Pastor Kurt Oser.

Oser war der versuchten Gefangenenerleichterung und des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt. Am Tag nach der versuchten Bauplatzbesetzung vom 30. Januar 81 hatten mehrere Polizei-Hondaschafften aus Frankfurt zwecks Einschüchterung der Einwohner eine „Ehrenrunde“ durch Walldorf gedreht — ein Vorgang, der sofort zu einem Menschenauflauf auf dem örtlichen Kerbplatz führte. Bis dahin war die Stadt Walldorf noch nie das Ziel geschlossener Polizeieinsätze gewesen, sondern nur von intensiver Aufklärungstätigkeit durch die allgemeine Verhältnisse „Zivis“. In den folgenden Prügelschlägen, bei denen u.a. ein elfjähriges Mädchen schwer verletzt wurde, intervenierte Oser, als er um Hilfe gerufen wurde — „Da wird jemand totgeschlagen“ — und versuchte, einem am Boden liegenden Prügeltäter zu helfen. Daran wurde dann laut Polizeiversion ein schon fast klassischer Vorfall: Oser sollte einen Polizisten von hinten angreifen haben, um den Gefangenen zu befreien.

Nun ist Oser ein reputierter Startbahngegner, gleichzeitig aber auch ein Mann der Kirche und — immer noch — SPD-Stadtvorstand. Nichts liegt ausgerechnet Oser ferner, als Polizisten anzuspüren. Vielmehr bemühte — SPD-Stadtvorstand. Nichts liegt ausgerechnet Oser ferner, als Polizisten anzuspüren. Vielmehr bemühte Oser sich verschiedentlich, durchaus militant, militante Startbahngegner zu zügeln.

Der Vorfall sorgte für einiges Aufsehen und sollte deshalb möglichst schnell — unter Wahrung der Interessen der Polizei — glattgebügelt werden. Die Staatsanwaltschaft bot schon im Vorfeld eine Einstellung des Verfahrens gegen Bußgeld an. Oser lehnte ab.

In der Hauptverhandlung vorm Amtsgericht Groß Gerau machte der Richter zweimal dasselbe Angebot — diesmal ohne Bußgeld. Oser lehnte ab. Er wollte einen Freispruch erster Güte.

Die Hauptverhandlung hatte allerdings mittlerweile auch höhere politische Dimensionen gewonnen. Die SPD sah die Möglichkeit einer „Ausöhnung“ mit einem Teil der Startbahngegner und schickte in der Anwaltsrobe ihren SPD-Landgeschäftsführer, Böner-Berater und Startbahn-Strategen Leo Giani ins Rennen.

Diesem deutlichen Hinweis konnte sich der Amtsrichter nicht verschließen und sprach Oser frei. Die Polizei, die an einer Oser-Verurteilung bis zuletzt wegen Selbst-Rechtfertigung starkes Interesse zeigte, zog den Kürzeren.

**Amoklauf gegen eine Karikatur Hessen lacht, aber ist das nur zum Lachen?**

Dieser satirische Aufkleber mit dem verüllhornten hessischen Staatswappen veranlaßt seit dem Sommer die hessische Polizei und Justiz zu einem Amoklauf, der schon an Übersatire grenzt.

Der hessische Justiz- und innenminister Günther hat messerscharf erkannt,

daß der knüppelnde Löwe in Zusammenhang mit den Polizeieinsätzen an der Startbahn-West steht.

Und da Hessen weder ein Polizeistaat ist noch Knüttelterror kennt, handelt es sich bei der Karikatur um „Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole“ (§ 90 a StGB) — meint die Landesregierung. Bisher wurden 39 Ermittlungsverfahren eingeleitet und 10 Anklagen erhoben — doch täglich kommen neue Fälle hinzu; z.B. im Verlauf einer einzigen Woche:

— Am 27.11. stellt die Polizei in der Frankfurter Innenstadt einen großen „Hessenlöwen“ am Stand der BUNTEN HILFE sicher und beschlagnahmt stapelweise Flugblätter mit dem inkriminierten Symbol. Der Stand-Anmelder wird angezeigt (siehe nebenstehenden Artikel).

— Am 28.11. werden beim wöchentlichen Bi-„Sonntagsspaziergang“ zur Startbahnbaustelle 47 Menschen festgenommen, die den „Hessenlöwen“ als Button tragen.

— Am 1.12. nehmen Kriminalpolizisten von der Tribüne des hessischen Landtags zwei GRÜNE (Jochen Vielhauer, Nachrücker der Landtagsfraktion und Milan Horacek) mit, die den „Hessenlöwen“ trugen.

Das ganze Vorgehen erinnert fatal an eine Welle von Beschlagnahmungen, Strafanzeigen etc. gegen ein Berufsverboteplakat des KB von 1976. Bekanntlich gibt es ja in der BRD keine Berufsverbote — und auch keine knüppelnden Löwen.

KB/Gruppe Frankfurt

## HESSEN



## Weekend

### Bunte Hilfe abgeräumt — Nazis stehengelassen

Es geschehen noch Zeichen und Wunder, so mochten dahinschleudernde Linke am Samstagnachmittag, 27.11., auf Frankfurts östlicher Einkaufsstraße, der Zeil, hoffen: nicht nur die mittlerweile fast üblichen zwei rechtsradikalen Flugblattverteiler brachten dort nämlich ihre Hetzpanphlete gegen die „Hölocast“-Sendung unter Konsumierenden Volk, es standen auch etliche Freunde und Helfer bereit, um den Inhalt der Flugblätter auf „strafrechtliche Relevanz“ hin zu überprüfen. Sie fanden aber nix und gaben das Papier an seine Verteiler zurück. Deren gab es mittlerweile knapp zwanzig, einige darunter in voller HSV-Fan-Montur. Anlaß genug für den polizeilichen Einsatzleiter, den Neonazi-Wortführer, der auch Fernsehen (WDR) und Presse eingeladen hatte, zu ermahnen: „Wenn's Aufloß gibt, räum ich euch ab“.

„Machen wir nicht“, antwortete der Junggermane, und so war's geblieben. Doch nichts los mit dem Rechtsstaat, konnte sich der dahinschleudernde Linke bestärkt fühlen, wenn da nicht plötzlich zwei Wannen und ein Wasserwerfer aufgefahren wären. Vielfach meinte es der Einsatzleiter doch erst mit dem Abräumen? Aufloß gab's ja genug. Soviel Hoffnungen wollten die streitbaren Verteidiger der Demokratie denn doch nicht kennen lassen; blitzschnell und entschlossen griffen sie ihr wirkliches Ziel an: den Stand der Buntten Hilfe, der mit einem Transparent des berüchtigt-beschimpften Hessenlöwen — verziert mit blutigem Schlagstock und weißem Helm — geschmückt war. Im Gegensatz zu den strafrechtlich „nicht relevanten“ Hetzblättern der Neonazis

hatte der Polizeichef hier die Rechtsgrundlage schnell bei der Hand: § 90a, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (Kunst bis zu drei Jahren).

Dieser Zugriff hat Geschichte. Anfang des Jahres wurde der von Startbahngegnern satirisch aufbereitete Hessenlöwe das erste Mal in Frankfurt beschlagnahmt, und von der Staatsanwaltschaft als — zwar überzogene, aber monetär — Meinungsäußerung durchgelassen. In Längen mußte wenige Wochen darauf ein Student 150 DM wegen Tragens des garstigen Tierchens zahlen: hier war es keine Meinungsäußerung, sondern Verunglimpfung. Weitere Schritte gegen den vorwiegend als Aufkleber verteilten Löwen folgten: In Wiesbaden wurden 200 Stück beschlagnahmt und mehrere Exemplare von Autos heruntergekratzt; Strafverfahren laufen hier vor dem Schöffengericht (Betonstrebenknacken an der Baustelle führt nur vor den Einzelrichter, in der Hierarchie ein drunter). In Offenbach gab die Staatsanwaltschaft dem Casus eine besonders pikante Note, als ein Journalist der „Offenbach Post“ unter Anklage gestellt wurde, weil er den Löwen zur Illustration eines Artikels über Verfahren gegen diesen Löwen benutzt hatte. „Zum besseren Verständnis“, meinte er — „nicht nötig“, behauptet die Staatsanwaltschaft. In Frankfurt war das Tragen des Aufklebers immer noch erlaubt. Dann unternahm, nach Auskunft geschäftl. in Frankfurt war das Tragen des Aufklebers immer noch erlaubt. Dann unternahm, nach Auskunft gewöhnlich gut unterrichteter Kreise, das Justizministerium selbst einen Vorstoß, um hessenweit die Rechtsgleichheit

wiederherzustellen: Anweisung an die Staatsanwaltschaft Frankfurt, auch hier den Löwen nicht mehr als zulässige Meinungsäußerung, sondern als Verunglimpfung zu betrachten. So geschah's, und seitdem beschlagnahmten nicht nur ordentliche Polizeibeamte, wo sie können, sondern auch Politessen, die nur Strafmandate an Falschparker verteilen, kratzen auf den Autos run, was der Kiebstoff hält, und notieren sich die Nummern. Allerdings will die Staatsanwaltschaft Frankfurt niedriger pokern als die Wiesbadener Kollegen: die Anzeigen sollen nicht vor's Schöffengericht, sondern zur Ausgabe von Strafbefehlen führen.

Die Frankfurter Polizeibeamten jedenfalls beschlagnahmten das große Transparent der Buntten Hilfe, kassierten dann noch schnell einen Fotografen ein, der angeblich Portraitfotos von einem seinerseits die Frauen der Friedensinitiativen portraittierenden Polizeibeamten gemacht haben soll (mit einem Weitwinkel aus über drei Meter Entfernung!), und fuhren derart mit Beute beladen heim ins Polizeirevier 1. Der Wasserwerfer blieb noch ein paar Stunden stehen, vermutlich um die mittlerweile in den nahe gelegenen Wienerwald Essen gegangenen Neonazis zu beschützen: ein älterer jüdischer Bürger war nämlich bereits vor Stunden festgenommen worden, als er den mit „Siegrunen“ am Revers (die wurden natürlich nicht beschlagnahmt) aufgetragenen Neonazis sagte, was sie sind: „Faschisten“. Weg war er! Pöbeleien auf der Straße läßt die deutsche Polizei nicht zu.

## Anzeige

# Wir tanzen aus der Reihe

**ROMANNZEN**

ROMANNzen  
200 S., DM 12,-

**Auf der anderen Straßenseite**

Wulf Gobel Gedichte  
100 S., DM 12,-

**Endstationen**

Selbststrod und andere Gedichte  
132 S., DM 12,-

**MANN bleibst du MANN**

oder die Last mit der Lust

Erlebnisse Gedankens Gedichte  
Fantasien

**Rhein-Main-Buch**

Leben und Treiben in Stadt und Land

Rhein-Main-Buch  
450 S., DM 12,-

**Die Fenster gehen nach innen**

auf Wulf Gobel Gedichte  
100 S., DM 12,-

**MANN bleibst du MANN**

144 S., DM 8,-



Aufruf zu Oster-Aktionen

Die Friedensbewegung ist seit 1980 ständig gewachsen. Millionen Bürgerinnen und Bürger haben sich an Demonstrationen und Unterschriftenaktionen für Abrüstung und gegen die neuen Mittelstreckenraketen beteiligt. Dennoch kann die Friedensbewegung, gerade im Hinblick auf die Verhinderung der Nachrüstung, bislang keinen greifbaren Erfolg verbuchen.

Stärker noch als die sozialliberale Koalition wird die neue CDU-geführte Regierung die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen versuchen. Unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen wird mit der Stationierungsvorbereitung an verschiedenen Orten begonnen. Diese dramatische Fortsetzung der konkreten Aufrüstungspolitik fordert die Friedensbewegung heraus. Eine intensive Arbeit in und mit den Gewerkschaften ist für die notwendige Verbreiterung der Friedensbewegung ebenso unabdingbar, wie die mühsame und unspektakuläre Überzeugungsarbeit auf der Straße. — Doch machen wir uns nichts vor: aus der Geschichte — gerade auch der Friedensbewegung — wissen wir, daß die Einstellung von Mehrheiten in der Bevölkerung und wichtigen gesellschaftlichen Institutionen wie Gewerkschaften und Kirchen usw. die Regierenden in entscheidenden Situationen allein nicht zum Einlenken zwingen kann.

Ende der 50er Jahre haben die USA und die Adenauer-Regierung die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik gegen die Mehrheit der Bevölkerung und engagierten Gewerkschaften als heute durchgesetzt. Anfang der 60er Jahre setzte sich die Mehrheit der britischen Bevölkerung für eine einseitige atomare Abrüstung ein. Auch sie ist übergegangen worden.

Will die neue Friedensbewegung ihre wichtigsten Forderungen ernst nehmen, politisch nicht ins Leere laufen, so muß sie sich auf eine direkte Konfrontation mit den Regierenden einstellen und vorbereiten, muß sie bereit sein, einen praktischen Widerstand des zivilen Ungehorsams zu entwickeln, der darauf abzielt, die Stationierung politisch zu verhindern.

Wir wissen, daß die Stationierung mit dem Spannungs- und Aufrüstungspolitik der US-Regierung und der sie unterstützenden Bundesregierung die strategische Lage in Europa verändert und die Atomkriegsgefahr erhöht. Schon seit längerem fragen sich daher immer mehr Menschen in der Friedensbewegung, was wir tun können, wenn alle verbalen Proteste nichts bewirken. Viele haben das Gefühl, daß radikalere Protest- und Aktionsformen notwendig sind, haben aber Schwierigkeiten, direkte Konfrontationen mit der Staatsgewalt in ihren Alltag zu übersetzen. Wir warnen unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger vor den neuen Atomraketen und machen ihnen die Bedrohung durch die bereits vorhandenen vor Augen. Aber es fällt uns schwer, den dramatischen Warnungen auch entschiedene Taten folgen zu lassen.

Dieses Zögern kommt nicht von ungefähr. Wer sich bislang ausschließlich an Demonstrationen und Aufklärungsarbeit beteiligt hat, für den ist die Beteiligung an Aktionen des zivilen Ungehorsams vor Atomwaffenstandorten ohne Zweifel ein großer Schritt. Wir sind nicht ohne Angst, wenn wir uns gegenwärtigen, daß solche Aktionen in bescheidenem Umfang einen Eingriff in die für NATO-Militärs notwendige ständige Verfügbarkeit und Zugänglichkeit der Atomwaffen darstellen und sie damit zur direkten Reaktion herausgefordert sind. Sie verlangen sehr viel mehr Zeit an Vorbereitung von den Einzelnen und vor allem die Bereitschaft zur Übernahme größerer Risiken.

Dies alles wissen wir. Doch glauben wir auch, daß unter dem Druck der Verhältnisse immer mehr Menschen bereit sein werden, Initiativen für einen weitergehenden Widerstand zu ergreifen, die Verantwortung für den Frieden und ein Überleben in die eigenen Hände zu nehmen.

Als Gruppen, Organisationen, Verbände und Einzelpersonen, die in der Friedensbewegung mitarbeiten, unterstützen wir diese Initiativen und wollen zu ihrer Verbreiterung beitragen.

Deshalb rufen wir dazu auf, im Rahmen des Ostermarsches 1983 zu direkten gewaltfreien Widerstandsaktionen zu kommen, die geeignet sind, den reibungslosen Betrieb der Atomwaffenlager zu stören. Behinderungen des militärischen Verkehrs zum Lager durch mehrstündige Menschen- oder Sachblockaden, Störungen der Infrastruktur seien hier nur als Beispiele angeführt für Aktionen, die von den Friedensinitiativen gemäß den Bedingungen vor Ort durchgeführt werden können. Wir stellen uns die Gestaltung der Aktionen so vor, daß sie die Beteiligung vieler Menschen ermöglichen. Gemeinsame Kundgebungen mit den TeilnehmerInnen und Teilnehmern anderer parallel laufender Ostermarschaktivitäten sind erstrebenswert.

Wir bitten alle Friedensinitiativen, diesen Vorschlag zu diskutieren, sich an den bereits vorhandenen Planungen zu beteiligen und sich dort zusammenzuschließen, wo die Grundlage für solche Aktionen noch nicht geschaffen ist. Ziviler Ungehorsam an Atomwaffenstandorten ist nicht ohne Vorbild. Mit dem Warnruf „Handelt oder geht zu Grunde“ mobilisierten vor 20 Jahren Atomwaffengeegner — u.a. auf Initiative von Bertrand Russell — zu gewaltfreien direkten Aktionen an Atomwaffenbasen. Im Juli/August 1982 fand eine 14-tägige Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen auf der Schwäbischen Alb statt. 800 Menschen konnten mit dieser Aktion, die von vielen gut vorbereiteten Bezugsgruppen durchgeführt wurde, den „freien Zugang“ zeitweilig behindern. Auch die Blockade gegen das AKW in Brokdorf sind Vorbilder für den aktiven gewaltfreien Widerstand im Rahmen des Ostermarsches.

In diesen Aktionen sehen wir ein erstes deutliches Signal, daß die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen den zivilen Ungehorsam der Friedensbewegung nach sich ziehen wird. Wir wollen ihnen zeigen, daß die bundesdeutsche Friedensbewegung zu entschiedenem Widerstand bereit ist und fähig wird.

Wenn wir das Funktionieren des atomaren Abschreckungssystems in unserem Lande an einigen Stellen zeitweilig behindern, so wird dies die Militär und Kriegsplaner noch nicht ernsthaft beeinträchtigen. Es geht aber über den Rahmen von symbolischen Aktionen bereits hinaus. Die Warnungswirkung wird unübersehbar sein, die Öffentlichkeit wird von der Ernsthaftigkeit unseres Protestes überzeugt werden können.

Und wir sammeln wichtige Erfahrungen, die in unserem Kampf für die Verhinderung der Aufrüstung, ein atomwaffenfreies Europa und weitergehende Abrüstungsschritte dann von großer Bedeutung sein werden, wenn in allen Regionen der Bundesrepublik und in Europa immer mehr Menschen beginnen, zivilen Ungehorsam und aktiven gewaltfreien Widerstand zu praktizieren. Damit rechnen wir und das macht uns Mut.

Laßt uns den Widerstand gegen Militarisierung, Vorrüstung und neue Mittelstreckenraketen deutlich machen.

„Atomwaffen aus der Welt — bei uns anfangen!“

„Der Kampf, um zu verändern — Frieden um zu leben!“

BAF-Treffen vom 27./28.11.82

Unterzeichner:.....

Vorläufige Kontaktadresse:  
Hamburger Friedenskoordination  
c/o Bernd & Christel Kruse  
Jungfrauenhof 16  
2000 Hamburg 13  
Tel.: 040/476321



Auf diesem Bild sieht man zwölf Polizisten und zwei Blockade-TeilnehmerInnen. Pro angefangene Stunde kostet dies nach der neuen Polizeiverordnung Baden-Württemberg pro Blockade 38,- DM plus Anfahrtskosten (einschließlich Wasserwerfer etc.). Tatsächlich sollen die Kosten noch höher angesetzt werden: Gegen 400 Demonstranten wurde wegen Nötigung ermittelt. Macht Kosten von 375,- für einmal wegtragen!!

Strafanzeigen wegen Aufruf zu Atomlager-Blockaden

In AK 226 druckten wir einen Aufruf ab, mit dem für den 12.12. (Jahrestag des Nato-Doppelbeschlusses) zu Blockaden an Standorten aufgerufen wurde. Die Staatsanwaltschaft erblickte darin einen Verstoß gegen den § 20.2 des baden-württembergischen Pressegesetzes. Danach können die Verbreitung strafbarer Inhalte mit bis zu einem Jahr Gefängnis geahndet werden. Zwar ist bis zur Stunde nicht bekannt, ob gegen den AK ermittelt wird oder Anzeige erstattet ist, allerdings erhielten drei Redakteure des Tübinger Stadtmagazins „Tüte“ für den Abdruck des gleichen Aufrufs eine entsprechende Anzeige. Drei alternative Laden, die den Aufruf ausgedruckt hatten, erhielten ebenfalls Strafanzeige wegen des „Verdachts der Aufforderung zu strafbaren Handlungen“ (Nötigung). Zwei Mitglieder der Koordination, die unter dem Aufruf angegeben sind, erhielten eine Polizeiladung (für vergangenen Donnerstag).

Ähnlich wie in Tübingen ließ die Staatsanwaltschaft in Ellwangen und Ulm Aufrufe für eine Kasernen-Blockade kassieren und die Urheber und Verbreiter von der Polizei feststellen. Die Staatsanwaltschaft beruft sich auf ein Urteil des Landgerichts Tübingen, mit dem am 6.9.81 zehn Menschen wegen „Nötigung“ zu einer Geldstrafe verurteilt worden waren, weil sie sich an das Tor der Ludwig-Finckh-Kaserne in Großengstingen angelehnt hätten.

Aus Protest gegen die Strafanzeigen haben inzwischen über 50 Tübinger — darunter Stadträte der AL, DKP und SPD — den Wortlaut des Aufrufs selbst unterzeichnet.

Solidarität wird zukünftig dringend notwendig sein, denn ab 11.12., einen Tag vor dem Nato-Aufrüstungsjahrestag, für den an über 30 Orten der BRD Blockadeaktionen angesagt sind, tritt eine „Gebührenpflicht“ für Demonstranten in Baden-Württemberg in Kraft. Laut Innenminister Roman Herzog wird mit der neuen Verordnung die Möglichkeit geschaffen, „Störer im polizeirechtlichen Sinn zum Kostenersatz heranzuziehen“ („Südwestpresse“, 3.12.82). Selbst wenn die „Rechtsbrecher“ im letzten Augenblick ihre Aktion abbrechen, können sie zur Kostenersatzung für die Polizei herangezogen werden. D.h., schon Aufrufe, die die Polizei zu Einsätzen veranlaßt, können den betreffenden Personen teuer zu stehen kommen.

Knast für Totalverweigerer

Inzwischen vergeht kaum eine Woche, ohne daß nicht irgendwo über einen neuen Fall von Totalverweigerung berichtet wird (2). Offenbar mit dem Ansteigen der Zahl von Totalverweigerern (lt. „faz“ (21.5.82) waren im Mai dieses Jahres etwa 70 Verfahren anhängig) erhöht sich auch das verhängte durchschnittliche Strafmaß: Urteile zwischen neun und zwölf Monaten scheinen inzwischen die Regel zu sein:

— Am 22.2.82 wurde Claus Gruschka zu neun Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil er als anerkannter KDVer einen Zivildienst ablehnt.

— Für das gleiche „Vergehen“ bekam Günter Euteneuer am 19.4.82 in Bad Neuenahr-Ahrweiler zwölf Monate Knast ohne Bewährung „aus generalpräventiven Gründen“ aufgebürdet.

— Volker Ritter, der bereits fünf Monate Knast wegen „Fahnenflucht“ abgesessen hatte und nach erneuter Einberufung zur Bundeswehr wegen „Befehlsverweigerung“ in Arrest gesteckt, jedoch nach zehntätigem Hungerstreik wieder entlassen worden war, wurde am 24.9.82 in Leer/Ostfriesland zu zehn Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt.

— Ähnliches droht Tom Mischio aus Hannover, der vorzeitig aus seiner sechsmonatigen Knaststrafe (wegen „Zivildienstverweigerung“) entlassen worden ist, jedoch für den 3.1.83 erneut eine Einberufung zum Zivildienst erhalten hat.

— Thomas Hansen mußte am 7.11.82, nachdem sein Revisionsantrag gegen das Urteil des Landgerichts vom Oberlandesgericht Oldenburg als „offensichtlich unbegründet“ verworfen worden war, seine zehnmönatige Knaststrafe im Attendorf/Westfalen antreten, obwohl eine Entscheidung über seine Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht (wegen Mehrfachbestrafung, s. auch AK 220) noch aussteht. Amnesty international hat bereits angekündigt (3), ihn in diesem Fall als „prisoner of conscience“ zu betreiben.

Einen politischen Prozeß der übelsten Sorte mit vielleicht richtungswei-

sender Bedeutung für die Behandlung von Totalverweigerern leistete sich jedoch das Amtsgericht Hildesheim Anfang Oktober dieses Jahres: Der 20jährige Juri Hertel wurde dort zu 18 Monaten und 13 Tagen (wegen angeblicher „Fremdverschleppung“) Knast ohne Bewährung (unter Anrechnung der Untersuchungshaft) verurteilt, denn dies entspreche, so Richter Fuest, „der Zeit, die man sonst hätte dienen müssen“ (1). Vorgeworfen wurden ihm „fortgesetzte Gehorsamsverweigerung und Fahnenflucht“, 65 Tage Arrest hatte er bereits bei der Bundeswehr abgesessen. Von der Staatsanwaltschaft waren allerdings 21 Monate Knast ohne Anrechnung der U-Haft gefordert worden!

Der Prozeßverlauf spricht für sich: Es wurde an drei Tagen unter Ausschluß der Öffentlichkeit (nach dem Jugendgerichtsgesetz) unter ständiger Präsenz mehrerer Dutzend „Ordnungshüter“ und Spezialisten der Politischen Polizei verhandelt, nachdem die Öffentlichkeit — übrigens gegen den Willen des Angeklagten und seines Verteidigers — mit Polizeigewalt ausgeschlossen worden war. Sämtliche Anträge der Verteidigung wurden abgelehnt, insbesondere auch ein Antrag auf Ablehnung des Richters wegen Befangenheit. Der hatte nämlich in seiner Funktion als Vollzugsleiter dem Angeklagten für seine Verteidigung wichtige Schriftstücke vorenthalten. Zum Tatverlauf selbst wurden drei Bundeswehr-offiziere gehört sowie ein Vertreter des Hildesheimer Jugendamtes (Jugendgericht!), der dem Angeklagten eine „erheblich gestörte Entwicklung aufgrund der Scheidung seiner Eltern“ und „emotionale Rückstände“ bescheinigte, obwohl er, wie die Befragung durch den Anwalt ergab, nie auch nur ein Gespräch mit Juri geführt hatte (mensch möchte von „Itzehoer Verhältnissen“ sprechen)!

Ganz besondere Beachtung verdient jedoch die Urteilsbegründung von Richter Fuest: Juri habe sich sein Bewußtsein aus einer bestimmten Literatur gebildet, die von „gewissen Kreisen

kolportiert wird“, nämlich von Leuten, die „Haß und Anarchie gegen diesen Staat“ predigten. Dieses seien dieselben Leute, die Juri riskolos zu ihrem Märtyrer machten und gleichzeitig „die Hand aufhalten und BAFÖG kassieren“. Wäre Juri nicht nur ein Verblendeter sondern würde tatsächlich denken, was er in seinem Schlußwort ausführt, so wäre er „gefährlich für diesen Staat“ und wäre auch als solcher behandelt worden (Wie das aussieht, kann mensch wohl nur erraten!). In bezug auf den Charakter des Zivildienstes ließ Richter Fuest sich zu folgenden Äußerungen hinreißen: Zivildienst „ist Pflicht!“ Und wer für sich als einzelnen das Recht herausnimmt, diesen zu verweigern, gelte als „absoluter Anarchist“. Schließlich könne laut Grundgesetz „kein Deutscher einen Angriffskrieg führen, selbst wenn er wolle“. Wer hier etwas anderes behauptet, „betreibe Polemik“. Und an die Adresse des Rechtsanwaltes meinte er: Wer (angesichts der oben geschilderten Umstände, Anm.) den Verfall der Rechtskultur beklagt, bewege sich am Rande der Rechtsstaatlichkeit und mache wissentlich falsche Anschuldigungen. Der Ausschluß der Öffentlichkeit aus diesem Prozeß sei geboten gewesen, da diese Krawallmacher vom Jugendgerichtsgesetz als Öffentlichkeit nicht vorgesehen seien (4).

Weiche Gesinnung aus solchen Äußerungen hervorspricht, braucht wohl nicht ausdrücklich erwähnt zu werden.

Freiheit für alle (Total-) Kriegsdienstverweigerer!  
Antimi-Kommission/KB-Gruppe Göttingen

Anmerkungen:

- (1) Richter Fuest in der Begründung des Urteils gegen Juri Hertel vor dem Hildesheimer Amtsgericht (faz, 20.10.82)
- (2) vgl. den AK-Artikel zum Thema in AK 220
- (3) FR, 23.7.82
- (4) nach faz, 20.10.82 und HIZ (Hildesheimer Stadtmagazin) 11/82



# Mehr Dienst für's Vaterland

Zum neuen KDV-Gesetz

Nur wenige Wochen nach Amtsantritt hat die neue Bundesregierung als erstes Demonstrationsobjekt für ihren Aufrüstungskurs die Verschärfung des Zivildienstes und die Einschränkung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in Angriff genommen. Für den CDU-Abgeordneten Breuer ist dies ein „Teil der geistig-moralischen Erneuerung“ der Bundesrepublik.

Schon seit längerer Zeit war den Herrschenden klar, daß hier eine Verschärfung notwendig ist: Trotz Abschaffung der damaligen „Postkarten-novelle“, d. h. dem Recht, mit formlosem Antrag zu verweigern, sind die Verweigerungszahlen wieder Jahr für Jahr gestiegen. Im vergangenen Jahr waren es über 58.000 KDV-Anträge, in diesem Jahr dürften die 60.000 überschritten werden.

Schon die SPD wollte den Zivildienst auf 19 Monate heraufschrauben (jetzt geplant 20 Monate) und weitere Schritte in Richtung Arbeitsdienst unternehmen. Sie hatte aber von der Verabschiedung eines neuen KDV-Gesetzes immer wieder Abstand genommen (s. hierzu AK 222: Zur Entwicklung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes).

Ein Grund mehr für die neue CDU/CSU/FDP-Regierung, hier Flagge zu zeigen.

## Was bringt die neue Novelle?

Zunächst bedeutet sie schlicht und ergreifend eine Verlängerung des Zivildienstes von derzeit 16 auf stolze 20 Monate, rein rechnerisch ein Plus von 25 Prozent! Der Zivildienst dauert somit bereits fünf Monate länger als der Wehrdienst. Diese Verlängerung widerspricht ganz offensichtlich dem Wortlaut der Verfassung, wonach der ZD

nicht länger sein dürfte als der Wehrdienst, inklusive späterer Wehrübungen („Nach Untersuchungen des Verteidigungsministeriums schwankt diese durchschnittliche Übungsdauer zwischen drei und vierzehn Tagen“, „Vorwärts“, 2.12.).

In der Praxis war das KDV-Recht schon immer ein **Ausnahmerecht**, durch das die Kriegsfähigkeit der BRD nicht behindert werden durfte. Und je mehr gerüstet wird, je mehr Jugendliche das Recht zur Kriegsdienstverweigerung wahrnehmen möchten, umso mehr drängen die Herrschenden auf Einschränkung und Abschaffung dieses Rechtes.

So feierte auch „Familienminister“ Geissler (CDU) die neue Novelle als Beweis „für das richtige Verständnis unserer Verfassungsordnung. Wenn die Bundeswehr ihren Verteidigungsauftrag nicht mehr erfüllen könne, weil zu



## Zivildienstleistende! VERWEIGERT DEN KRIEG

### Ehemalige ZDL!

viele Bürger den Dienst mit der Waffe ablehnten, dann könne allerdings das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht mehr geschützt werden. Der Dienst in der Bundeswehr sei Dienst am Frieden und für die Gewissensfreiheit des einzelnen“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 27.11.).

Nach der „Postkartennovelle“ schnitten die KDV-Anträge sprunghaft in die Höhe, nämlich auf 70.000 in einem Jahr. Das Gesetz wurde darauf

verlieren, vor allem, was die verlängerte Dienstzeit anbelangt. Der Gewissens-TÜV (das mündliche Verfahren) wird aber nur „in der Regel“ entfallen, in „Zweifelsfällen“, wenn die schriftliche Begründung nicht als „ausreichend“ betrachtet wird, wird er doch bestehen bleiben (nach „FR“, 19.11.).

Neben einer „persönlichen, ausführlichen, schriftlichen“ Antragsbegründung wird das „polizeiliche Führungszeugnis“ überprüft und es werden gegebenenfalls Rückfragen gestellt. Bei „Zweifeln“ gibt das Bundesamt für Zivildienst den Antrag an die Kreiswehrersatzämter weiter, die dann das übliche Gewissens-TÜV-Verfahren einleiten. Dies Verfahren hat folgenden Effekt: Laut „FR“ gibt es zur Zeit „fast 100.000 unerledigte Anträge, wobei zehn Prozent der Antragsteller schon über 28 Jahre sind und nicht mehr eingezogen werden dürfen“ (19.11.). Dieser „KDV-Berg“ kann nun in aller Ruhe abgetragen werden (da die neuen Anträge zügiger durchgezogen werden können), dem Staat schlüpfen erheblich weniger Jugendliche durch die Maschen. Die Sicherheit, eine der beiden Arten von Zwangsdienst antreten zu müssen, wird vergrößert. Gleichfalls werden die zur Zeit angeblich 16.000 unbesetzten ZD-Stellen, die dem Staat ja auch einen erheblichen Nutzen billiger Sozialarbeit bringen, vollständig besetzt werden können.

Bestehen bleibt die mündliche Gewissensprüfung aber auf jeden Fall für:

- alle bereits einberufenen Antragsteller
- bei allen Soldaten, die verweigern
- bei allen Reservisten, die nachträglich verweigern (etwa 15 % der Anträge)
- bei allen Zweitanträgen (bereits einmal abgelehnten oder zurückgezogenen)
- bei allen nicht begründeten KDV-Anträgen
- und natürlich bei allen „nicht ausreichend begründeten“ Anträgen bzw. „wenn das Gesamtvorgehen des Antragstellers und die dem Bundesamt bekannten Tatsachen (Aktenlage) Zweifel (1) an der Wahrheit der Angaben des Antragstellers begründen“ (§ 7 des Entwurfs).

hin vom Bundesverfassungsgericht als unverträglich mit dem Grundgesetz er-

klärt. Sieht man einmal von diesem Sonderfall ab, sind die KDV-Zahlen aber auch sonst ständig gestiegen: 1978 knapp 40.000, 1980 54.000, 1981 bereits 58.090 und in diesem Jahr werden es über 60.000 sein. Nach Angaben der „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“ entspricht die 81er Zahl sogar 70.000 KDV-Anträgen, rechnet man die hinzu, die wegen Untauglichkeit offiziell nicht mehr registriert wurden („faz“, 22.11., s. auch AK 222).

Obwohl das neue Gesetz erst 1984 in Kraft treten soll, gilt die verlängerte Zivildienstzeit bereits für alle KDV-Anträge, die nach dem 1.7.1983 gestellt werden.

## Wegfall des Gewissens-TÜV?

Mit dieser Propaganda soll das neue Gesetz seinen schlechten Geschmack

heraufsetzen der Altersgrenze „Die Zeitgrenze für die Einbeziehung

von Zivil- und Wehrdienstleistenden soll von 28 auf 32 Jahre heraufgesetzt werden, damit möglichst alle Jugendlichen zum Dienst verpflichtet werden können“ („FR“, 19.11.).

## Wegfall einer Instanz

„Anders als bisher kann der Antrag sogar ohne Anhörung des Betroffenen von dem Prüfer im Bundesamt für Zivildienst abgelehnt werden. Denn: „Ein Antrag ist abzulehnen, wenn die Begründung der Gewissensentscheidung den Antrag nicht rechtfertigt.“ ... Scheitert ein Antragsteller schon am Gutachter, bleibt ihm nur der Weg zum Verwaltungsgericht. Eine Berufungsinstanz ist nach den bisherigen Vorstellungen nicht vorgesehen“ („Spiegel“, 23.11.).

Weiterhin wird in den Prüfungsausschüssen die Zahl der Beisitzer von bisher drei auf nunmehr zwei verringert, dafür erhält der Vorsitzende, ein vom Verteidigungsministerium bestellter Volljurist, in Zukunft Stimmrecht, was die Anerkennungsquote nochmals entscheidend senken dürfte.

## Voran zum Arbeitsdienst

Der zweite Teil der Novelle bezieht sich auf weitere einschneidende Veränderungen der Ausgestaltung des 20monatigen Zivildienstes: Was SPD/FDP schon angedroht und geplant hatten, soll nun zügig in die Tat umgesetzt werden: „Der Anteil der heimatfern eingesetzten Zivildienstler soll erhöht werden. Auch sollen 75 bis 80 % der Dienststellen eine eigene Unter-

kunft haben. Zu Beginn der Zivildienstzeit soll ein „Einführungsdienst“ mit internatsmäßiger Unterbringung stehen, der vier bis acht Wochen dauern soll“ (zur Zeit 4 Wochen, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“, 18.11.). Damit aber noch längst nicht genug: Gravierende Änderungen stehen auch beim Spektrum der Einsatzplätze bevor: Die Stellen im Verwaltungsbereich sollen abgebaut, dafür neue in den Bereichen „Zivilschutz, Landschafts- und Umweltschutz“ erschlossen werden.

## Ein Übergangsgesetz

Die Neuregelung — sie soll noch vor Weihnachten verabschiedet werden —

## Adieu Grundgesetz

„Was sollen die Betroffenen eigentlich vom Verfassungsbewußtsein dieser Volksvertreter halten, wenn sie in Artikel 12 nachlesen: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen“ und „die Freiheit der Gewissensentscheidung darf nicht beeinträchtigt werden“? — Adieu, Grundgesetz.“ („Frankfurter Rundschau“ vom 19.11.82)

## Arbeitstreffen des BAF für Standort-Aktionen

Einen Aufruf zu direkten gewaltfreien Aktionen an Atomwaffenstandorten im Rahmen der Ostermärsche 1983 stellte die Hamburger Friedenskoordination auf dem letzten Arbeitstreffen des BAF (Bundeskongress Autonomer Friedensinitiativen) am 27./28. November zur Diskussion. Knapp 50 Vertreter/innen aus ca. 25 Gruppen und Friedensinitiativen haben sich zu diesem Treffen in Frankfurt zusammengefunden.

Kritisiert wurde an dem Hamburger Vorschlag in erster Linie, daß er ausdrücklich zu gewaltfreien Aktionen aufruft. Die BAF-Gruppen sollten sich nicht auf ein grundsätzlich gewaltfreies Konzept festlegen lassen, sie dürften die Form ihres Widerstandes nicht nach offiziellen Spielregeln, die jeder Protestbewegung ein Glaubensbekenntnis zur Gewaltfreiheit abverlangt, bestimmen.

Dennoch sprach sich die große Mehrheit der Anwesenden — aus unterschiedlicher Motivation und mit verschiedenen Begründungen — dafür aus, gewaltfreie Standortaktionen für Ostern zu planen und dies auch so zu benennen. Es geht derzeit vor allem darum, auf Massenebene einen Widerstand gegen die „Nachrüstung“ zu entwickeln, der über symbolische Protesthandlungen hinausgeht. Da auf jeden Fall vermieden werden müsse, daß sich nur ein kleiner Teil der Bewegung radikalisiert, die Mehrheit der Friedensbewegung diesen Schritt aber gar nicht nachvollziehen kann, erschien

den meisten Anwesenden der Hamburger Aufruf ein sinnvoller Vorschlag, um den Widerstand gegen die Vorrüstung zu intensivieren.

Nach einigen Veränderungen wurde der Aufruf — mit wenigen Enthaltungen — von den Teilnehmern und Teilnehmerinnen des BAF-Treffens verabschiedet (nebenst. abgedruckt). Weitere Friedensgruppen und Organisationen sollen für eine Unterstützung des Aufrufes und die Planung direkter Aktionen an Atomwaffenstandorten gewonnen werden. Unterstützer des Aufrufes sollen bei der Kontaktadresse der Hamburger Friedenskoordination gesammelt werden (c/o Bernd und Christel Kruse, Jungfrauenhal 16, 2000 Hamburg 13, Tel. 040/47 63 21).

Darüberhinaus wurde beschlossen, für Ende Februar '83 eine Arbeitskonferenz in größerem Rahmen vorzubereiten. Hier wird es darum gehen, zu diskutieren, wie die Friedensbewegung 1983 auf die naherrückende Stationierung reagiert. Es erscheint notwendig, die bereits verstreut vorhandenen Vorschläge zu koordinieren und zu einem gemeinsamen Konzept weiterzuentwickeln. Der BAF will mit seinem Vorschlag dazu beitragen, die Zusammenarbeit all jener Kräfte in der Friedensbewegung zu verbessern, die es für höchste Zeit halten, die Beschränkung der Aktivitäten auf Unterschriftensammlungen und Appelle aufzuheben.

S., Hamburg

Die „Selbstorganisation der Zivildienstleistenden“ (SOdZL) ruft bundesweit dazu auf, den unbefristeten Zivildienst im Krieg und die Zivildienstüberwachung im Frieden zu verweigern.

Die SOdZL, die sich bundesweit aus 150 Einzelinitiativen zusammensetzt, sieht darin die längst fällige Ergänzung zur Reservisten-, Frauen- und Totalverweigerung.

Um möglichen Repressalien entgegenzuwirken, hat die SO einen Rechtshilfefonds eingerichtet. Im folgenden drucken wir Auszüge aus der Presseerklärung ab: „Der Zivildienst ist entgegen aller öffentlichen Bemängelung kein sozialer Friedensdienst. Er mag im einzelnen befriedigende soziale Tätigkeiten beinhalten, in seinem

Aufbau wird er militärischen Strukturen und Erfordernissen immer stärker angepaßt, soweit er diese nicht schon längst beinhaltet:

- die Grundrechte sind eingeschränkt
- das Disziplinarrecht entspricht dem der Bundeswehr
- die ZDLs werden durch die staatlichen Einführungsliegänge verstärkt diszipliniert

Die staatliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erweist sich in Anbetracht unserer Verplanung für den sogenannten Verteidigungsfall vollends als Farce.

Nach § 79 des Zivildienstgesetzes können ZDLs und Ex-ZDLs im Krieg zum „unbefristeten Zivildienst“ berangezogen wer-

den. Die im § 23 ZDG angeordnete Zivildienstüberwachung ehemaliger Zivildienstleistender bis zum 32. Lebensjahr hat einzig den Zweck, für diesen Fall vorzubereiten. Der Überwachung unterliegen zur Zeit schätzungsweise 200.000 ehemalige ZDLs.

Konsequente Kriegsdienstverweigerung heißt für uns: Verweigerung des Kriegsdienstes mit und ohne Waffen!!!

(...) Mit uns kann für den Krieg und dessen Vorbereitung keiner rechnen! Deshalb verweigern wir uns.“

Informationen, Material bei: Wolfgang Urban, Am Rohn 24, 3550 Marburg oder Bundeszentrale der SOdZL, Hochstr. 56, 6.000 Frankfurt/Main



**Längerer Zivildienst?**

Im Leserbrief vom 9.11. begründet der sicher wohlmeinende zuständige Referent des Arbeitskreises Recht der SPD-Bundestagsfraktion, F.J. Schumacher, den Gesetzentwurf zur KDV-Reform. Die Verlängerung des Zivildienstes sei der „Preis“ für die Abschaffung der Gewissensprüfung mit ihren Grundrechtverletzungen. Muß man einen Preis bezahlen, wenn Unrecht und offensichtliche VerstöÙe gegen die Verfassung beseitigt werden sollen?

Im Übrigen sieht der SPD-Entwurf keine wirkliche Abschaffung der Gewissensprüfung der KDV vor. Die Prüfungsverhandlungen sollen bleiben.

— bei allen bereits einberufenen Wehrpflichtigen, bei allen Soldaten, bei allen Reservisten, bei allen Zweitsträgern (also KDV früher abgelehnt, zurückgezogen etc.), bei allen schon laufenden KDV-Verfahren, bei allen nicht begründeten KDV-Anträgen, bei allen nicht rechtzeitig begründeten KDV-Anträgen, bei allen nicht ausreichend begründeten KDV-Anträgen.

Im Prinzip bleibt also die Prüfung, doch kann in manchen Fällen nach Aktenlage

entschieden werden. Wenn jedoch die schriftliche Begründung nach Meinung eines Beamten im Bundesamt für den Zivildienst nicht dem „persönlichen Ausdruckvermögen“ entspricht, wird weiterhin vorgeschoben und das Gewissen geprüft. Abschaffung des Gewissens-TÜV kann man das nicht nennen, allenfalls eine Erleichterung. Den „Preis“ für die „Abschaffung“ ihrer Prüfung haben die weiterhin Geprüften anschließend zu zahlen — nach ihrer Prüfung: 18 Monate Zivildienst (statt 15 Monate Wehrdienst).

Außerdem sollen die Dienststellen des Zivildienstes dafür zahlen, indem viele von ihnen zukünftig für den Sold der Zivildienstleistenden selbst aufkommen müssen. Ist eine Verlängerung von Kosten zur Aufrechterhaltung der Wehr-Ersatzdienstpflicht auf die Krankenhäuser, Krankenkassen, Kirchen etc. auch ein Beitrag zu unserem Umgang mit Menschenrechten? Es könnte als eine Art Wohlverhaltensklausel angewandt werden, Wohlverhalten im Sinne der staatlichen Verwaltung natürlich.

Ulrich Finckh, Pastor, Bremen  
FR, 15.11.82

**Forta. von vorhergehender Seite**

tritt am 1. Januar 1984 in Kraft und gilt nur bis zum 30. Juni 1986, also genau zweieinhalb Jahre. Die CDU/CSU behält sich also ausdrücklich vor, das Gesetz während ihrer Amtszeit ein weiteres Mal zu verschärfen, ein bislang in dieser Republik auch nicht gerade alltägliches Vorgehen. In diesen zweiein-

ISRAEL

10. BIL

RESULTATE VERLAG

— unterworfen sich nicht dem nationalistischen Anspruch, bei der Beurteilung des Staates der Juden den Mund zu verschließen und das schlechte Gewissen des guten Deutschen sprechen zu lassen, dessen verfluchte Obrigkeit die Juden hat umbringen lassen;

— nehmen sich die Freiheit, auch im Falle Israels den politischen Zweck zu beurteilen, der sich durch einen Vernichtungsfeldzug gegen ein für störend erklärtes Volk empfiehlt;

— schließen sich nicht der rassistischen Vorstellung an, die Juden und die Araber in Palästina könnten partout nicht miteinander auskommen, wo doch in Wirklichkeit eine volkswirtschaftliche Staatsgewalt sich unter Einsatz des Lebens ihrer Untertanen gegen die so zum „Palästinaerproblem“ gemachten Eingeborenen durchsetzt;

— entwerfen keine „Lösungsmodelle“ für „das Nahost-Problem“, womöglich als Alternative zur „militärischen Lösung“ und im Namen der „Völkerverständigung“, weil sie weder die Resultate imperialistischer Gewalt für eine offene Frage noch den Krieg für eine mißglückte Antwort halten;

— kritisieren vielmehr die Ordnung, nämlich die brutale Herrschaft der westlichen Freiheit, für die Israel durch die NATO-Mächte finanziert, bewaffnet und gegen jeden Russenfreund im Nahen Osten losgelassen wird.

ISBN 3 - 922935 - 14 - 1

128 Seiten DM 7,80

Erhältlich im Buchhandel und im MHB-Buchladen, Hartungstr. 7 (Souterrain), Mo - Fr 10 - 14 h, Do auch 16.30-18.30 h.

In der Reihe „Abweichende Meinungen“ sind außerdem erschienen:

— Theo Ebel - Abweichende Meinungen zum Falkland-Krieg 85 Seiten 4,80 DM

Karl Held - Abweichende Meinungen zu Polen 320 Seiten 9,80 DM

halb Jahren — so offenbar das Kalkül — soll der KDV-Überhang (100.000) abgebaut werden, die flexiblere Lösung des Entscheids nach Aktenlage dann wieder überflüssig sein, zumal in den „Abschreckungsplanungen“ ja von einem deutlichen Rückgang der Anträge nach Inkrafttreten der Verschärfungen ausgegangen wird.

Zum anderen steht dann auch eine Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf mindestens 18 Monate an. Da der Zivildienst ein Drittel länger dauern soll, müßte er dann auf 24 Monate verlängert werden. Sollten sich gar die Vorstellungen des „FAZ“-Militärexperten Weinsten durchsetzen („Die Wirklichkeit verlangt die Dienstzeit von 24 Monaten“) ergäbe das eine Zivildienstzeit von stolzen 32 Monaten, doppelt so viel wie derzeit!

**Ein Sieg der CSU!**

In dem neuen Entwurf seien FDP-Positionen „weitgehend berücksichtigt“, die Novelle bedeute „eine Liberalisierung“, man habe „gegenüber der CSU viel herausgeholt“, alles sei „sachgerecht und rechtsstaatlich einwandfrei“, so die ersten FDP-Stellungnahmen. Tatsächlich kann aber von einem „Kompromiß“ kaum die Rede sein: Nach der zweieinhalbjährigen „Übergangszeit“ wird der Zivildienst voraussichtlich auf die von der CSU geforderten 24 Monate heraufgesetzt, Gewissensprüfung und mündliches Verfahren bleiben erhalten, heimatferne Unterbringung, „Kasernierung“, Einsatz in paramilitärischen Bereichen (Zivilschutz), Abbau der sogenannten „Sonnenscheinplätze“ usw. — alle diese Verschärfungen entsprechen voll und ganz den Forderungen der CSU. „Was die Koalitionäre jetzt so wortreich als geborgenen Kompromiß verkaufen möchten, der den Bürgern die Regierungsfähigkeit der Christlich-Liberalen demonstrieren soll, ist in Wahrheit ein Sieg der CSU“ („Spiegel“, 23.11.).

**„Proteste“ und Proteste!**

Der geistige Urheber des „lästigen Zivildienstes“ — die SPD — hat bereits angekündigt, daß er im Bundestag gegen das Gesetz stimmen werde. Geradezu einzigartig ist die Begründung für diesen ebenso demonstrativen wie konsequenzlosen Akt: „Der Zivildienstexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Juunich, bemängelte, bei diesem Gesetzentwurf habe sich die CSU mit ihrem Vorschlag, den Zivildienst zu verlängern, „praktisch durchgesetzt“. Gegen die Verlängerung werde die SPD Widerstand leisten“ („FR“, 19.11.). Angesichts der Tatsache, dddddd sie genau einen Monat weniger gefordert hatte, ist das schlichte Bauernfängerei, die wohl auf die vermutete Vergeßlichkeit der betroffenen Jugendlichen spekuliert. Eine Klage wegen „Diebstahls geistigen Eigentums“ wäre sicherlich angebracht und erfolgversprechender. Jedenfalls wird der „Widerstand“ der Sozialdemokraten längst nicht das Ausmaß annehmen, wie der der Christdemokraten gegen die damalige „Postkartenregelung“: Von einer Anrufung des Bundesverfassungsgerichtes durch die SPD ist keine Rede, obwohl gerade der penetrante Hinweis auf die grundgesetzlich problematische Verlängerung der Dienstzeit von vielen SPDlern geradezu beschworen wird.

„Gleichzeitig entsteht bei 20 Monaten Zivildienst statt 15 Monaten Wehrdienst auch die Frage, ob die vom

Grundgesetz vorgeschriebene Gleichheit von Ersatz- und Wehrdienst nicht übergangen wird. Wenn der Bundestag solche Fragwürdigkeiten mißachtet, wird sich das Bundesverfassungsgericht wieder melden müssen“, so das „Göttinger Tageblatt“.

Das geschäftsführende Mitglied des IG Metall-Vorstands, Georg Benz, forderte die ersatzlose Streichung des Gewissens-TÜV, die Verlängerung bezeichnete er als „eklatanten Verstoß gegen das Grundgesetz“. Der DGB nannte die Novelle „unakzeptabel“. Weitere Proteste kamen bisher von den JUSOS, den Jungdemokraten, dem Bundesjugendring und der „Zentralstelle für Recht und Schutz der KDV aus Gewissensgründen“, die auch mit Klagen vor dem BVG rechnen. Deren Vorsitzender, Pastor Ulrich Fink, erklärte: „Wahr ist, daß das Menschenrecht nur gewährt wird, wenn man fünf Monate länger dient — unwahr ist, daß man auch einen gelben Stern tragen soll“ („FR“, 19.11.). Die DFG-VK kündigte Aktionen zivilen Ungehorsams an: Arbeit nach Vorschrift, Warnstreiks und Arbeitsniederlegungen nach Ablauf von 15 Monaten Dienst. Die Selbstorganisation der ZDL (SOdZDL) kündigte in einer Presseerklärung weitergehende Aktionen an: „Es wäre nicht das erste Mal, wenn nur noch mit Arbeitsniederlegung, Sabotage oder Streik Politiker zur Vernunft gebracht würden“ („FR“, 25.11.).

Lauer Protest kam gar vom Bonner Bundesbeauftragten für den ZD, Hans Iven (SPD), der sich dafür umgehend einen Maulkorb seines Chefs H. Geisler einhandelte. Auch er dürfte ein Opfer der neuen Gesetzesnovelle werden.

**Antimil-Kommission/KB Göttingen**

**Spitzel für den KGB?**

**Das lohnt doch nicht**

**Andropow**

**10 000 seiner Agenten bei uns**

Der neue Krimi-Chef Andropow (68) gab als Leiter des gefährlichsten KGB jährlich rund sechs Milliarden Mark für sein Agentenheer aus: 10 000 Spione arbeiten allein im Bundesgebiet, 250 000 im Ausland, 1,5 Millionen in der Sowjetunion selbst. Zum Apparat des KGB gehören weitere 90 000 Beamte und 60 000 Angestellte.

**Bild, 30.11.82**

Nicht nur in der Sowjetunion ist an jeder Ecke ein KGB-Agent zu finden, auch „unser“ Land ist bekanntlich mit solchen Agenten übersät. Bekanntlich gehört der von solchen Agenten gesteuerte, angezettelte und mit Sabotageakten begleitete Aufstand in jedes Kriegs- und Krisenspieler der NATO. Nun nennt „BILD“ endlich Zahlen: 10 000 Agenten in der BRD, 1,5 Mio. in der Sowjetunion. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl entspricht dies der Anzahl der Polizisten in der BRD.

Das erstaunlichste allerdings ist, daß dieses 2-Millionen-Heer von Staatsagenten pro Jahr lediglich 6 Mrd. DM Kosten verursacht, d.h. durchschnittlich 3000,— DM pro Agent und Jahr, womit nicht einmal die Reise- und sonstigen Kosten zu erstatten sein werden. Offensichtlich ist Staatsagent in der SU ein derartiger Ehrentitel, daß sich der KGB vor Zulauf kaum zu schützen weiß. Das dürfte dann auch endlich eine Erklärung für die durch die bürgerlichen Medien bereits einschlägig bekannte wilde Entschlossenheit dieser Agenten erklären — es sind idealistische Fanatiker.

Eine andere Möglichkeit wäre aber, daß die Auslandagenten der Sowjetunion überall derartiger hohe Posten einnehmen (Kanzleramtsberater, Industriemanager, etc.), daß sich damit leicht der ganze Apparat finanzieren läßt.

Hier zeigt sich einmal mehr die hoffnungslose Unterlegenheit des „freien Westens“. Wann kommt endlich bei uns die „Nachrüstung“ auf dem Agentensektor?

# Männerfreundschaften in der Rüstungspolitik

CDU und französische Sozialisten haben »wenig Probleme«

„Sie scheinen mit Sozialisten gut auszukommen“, meinen Journalisten zu CDU-Kriegsminister Wörner anläßlich des letzten deutsch-französischen Treffens in Bonn.

Wörner daraufhin: „Besonders mit französischen. Mit der französischen Regierung gibt es in der Außen- und Sicherheitspolitik wesentlich weniger Probleme als mit den deutschen Sozialdemokraten“. (FR, 21.10.). Im übrigen dürften die Christdemokraten von der rigorosen Sparpolitik der französischen Sozialisten nicht minder angetan sein. Aber das wäre Gegenstand eines anderen Artikels.

Besonders hart sei der Verteidigungsetat in Frankreich beschnitten worden, so westdeutsche Presseorgane im Einklang mit der französischen Rechts. Nun, richtiger scheint, von einer scharfen atomaren Orientierung zu reden. Wie es Kriegsminister Hernu auch deutlich ausdrückt: „Wer heute die Aufstellung einer neuen Division von Soldaten dem Bau eines weiteren strategischen Atom-U-Boots vorzieht, der gehört in ein anderes Zeitalter“ („Le Monde“, 8.10.).

Der französische Rüstungsetat umfaßt 158,8 Milliarden Francs (56,7 Milliarden DM) und steigt somit um ca. 14 %. Während die Haushalte der übrigen Ministerien durchschnittlich um 11,8 % steigen, steigt das Ressort „Atomare Aufrüstungsprogramme“ gar um 21,77 %. Dazu sagt Hernu: um 11,8 % steigen, steigt das Ressort „Atomare Aufrüstungsprogramme“ gar um 21,77 %. Dazu sagt Hernu: „Frankreich ist das einzige Land, das es gewagt hat, aus seinem Status als Atommacht sämtliche Konsequenzen zu ziehen. Dieser Prioritätensetzung, der der atomaren Aufrüstung, haben wir alles Nebensächliche und alles, was eingespart gehört, geopfert“ (ebda).

Die Hauptprojekte sind dabei:

— Bau des Raketen Systems M.4. mit mehreren Atomsprenköpfen, gedacht zur Ausrüstung des U-Boots „L'invincible“ („Das Unbesiegbare“);

— Bau des Kampfflugzeuges Mirage 2000, ausgerüstet mit dem Marschflugkörper A.S.M.P.;

— Bau des Raketen Systems Hadès, das die bisherigen Pluton-Raketen ablösen soll.

Die in Ostfrankreich stationierten Pluton-Raketen haben eine Reichweite von ca. 120 km. Die Sprengköpfe der Pluton-Raketen haben eine Wirkung von bis zu 25 Kilotonnen TNT (das heißt: die Vernichtungskraft der Hiroshima-Bombe).

Das Brisante dabei, betreffend die deutsch-französische Freundschaft (Kohl: „Die kostbarste Errungenschaft der Deutschen seit dem Krieg“, LM, 6.10.), ist: Wenn diese Raketen jemals zum Einsatz kämen, würde das die Zerstörung Baden-Württembergs bedeuten. Hierzu hat sich die französische Regierung stets in diskretes Schweigen gehüllt. Das soll jetzt anders werden: „Dies müßte sich in Zukunft ändern, wenn die von Paris gestartete Initiative enger außen- und sicherheitspolitischer Konsultationen mit Bonn serös gemeint ist“ (FR, 21.10.).

Die Hadès-Raketen, die zu Beginn der 90er Jahre die Pluton-Raketen ablösen sollen, verfügen über eine größere Reichweite: sie sollen immerhin bis in die DDR fliegen können.

„Die Abschreckung“, meint Mitterrand, „kann nicht anders als in umfassender Weise angelegt werden. Es geht nicht an, die Atomwaffen von der übrigen Verteidigung zu trennen“ (LM, 18.10.).

Demgemäß wird auch die Entwicklung der französischen Neutronenbombe vorangetrieben. Meldungen der US-Presse (u.a. „New-York-Times“ v. 15.10.), wonach jetzt eine Serienproduktion beabsichtigt sei, dementierte Mitterrand nur lax: „Die Entscheidung ist noch nicht getroffen worden. Wir verfolgen weiterhin unsere Studien, denn es ist unsere Absicht, eine solche Entscheidung treffen zu können frei von Produktionszeit-Zwängen. Ich lege Wert darauf, diese Möglichkeit offen zu halten. Der nächste Schritt, die Anordnung der Serienproduktion, steht noch nicht an. Ich will mir aber diese Anordnung nicht verbieten, aufgrund des aktuellen Stands der Dinge und aufgrund anderer Produktionen gibt es jedoch auch keine Dringlichkeit“ (LM, 18.10.).



In Zusammenhang mit dieser Prioritätensetzung soll auch ein „neues Armeemodell“ entstehen. Hernu bezeichnet das als eine „Akzentverschiebung“.

Die Flächenverteidigung des nationalen Territoriums soll der nationalen Gendarmerie anvertraut werden. „Der Gendarmerie die Aufgabe von Ermittlung, Schutz von Objekten und Neutralisierung infiltrierter Kommandos. Den Bodenstreitkräften die Aufgabe der Bekämpfung bedeutsamerer Elemente“ (LM, 8.10.). Deshalb wächst auch der Etat der Gendarmerie um 14,54 %; zunächst 3000 neue Arbeitsplätze werden dort im Rahmen der Terrorismus-Bekämpfung geschaffen. Klar ist auch, daß für „die schnelle Auslandshilfe“ (Hernu meint damit das, was man gewöhnlich „schnelle Eingreiftruppe“ nennt) die Mittel ebenfalls nicht gekürzt werden.

Zum „neuen Armeemodell“ gehört außerdem eine Änderung der Wehrpflicht. Zukünftig soll ein sogenannter Wehrdienst „à la carte“ möglich sein. Damit ist gemeint: man kann unter den diversen Dienstpflichten wählen. Die Wehrpflicht wird auf 6 Monate gekürzt, länger dienende Freiwillige bleiben 18 Monate in der Armee und werden entsprechend höher besoldet. Wer den Wehrdienst von 6 Monaten vorzieht, muß eine militärische Ausbildung an der Schule und häufige Perioden Reservewehrdienst absolvieren. Insgesamt soll das Bodenpersonal der französischen Armee von derzeit 350.000 Mann um 35.000 gekürzt werden.

„Ich höre hier und dort, man sei beunruhigt über das Schicksal der Bodenstreitkräfte, über ihre Stärke und ihre Aufgabenbestimmung. Lassen Sie mich aber erklären: die Hauptbetroffenen, nämlich die Chefs der Bodennarmee, die regen sich nicht auf. Sie wissen ganz genau, daß, wenn auch das künftige Planungsgesetz Akzentverschiebungen beinhaltet, dies jedoch nicht zu ihren Ungunsten ist“ (Hernu, LM, 14.11.).

Wie ein Journalist von „Le Monde“, also einer regierungstreuen Zeitung, anmerkte: „Bundeskanzler Kohl weiß, daß er auf das Verständnis von Mitterrand zählen kann. Paris stimmt dem Doppel-Nachrüstungsbeschuß zu. Anders gesagt: Paris stimmt der Stationierung von Mittelstreckenraketen in fünf europäischen Ländern zu, darunter in der BRD, um die sowjetische SS 20-Überlegenheit zu kompensieren“ (LM, 22.10.).

In so mancher Frage scheinen Kohl und sein „sozialistischer“ Kollege in der Tat ein Herz und eine Seele zu sein: Wer hat wohl folgendes geschrieben? „Jeder Westeuropäer, der ein Patriot ist, kann nur einen einzigen Gedanken haben, nämlich Yalta rückgängig zu machen. Viele Vorzeichen weisen daraufhin. Doch ohne Krise werden wir aus Yalta nicht herauskommen. Und die haben wir bereits.“

Neben das stammt weder von Kohl noch von Strauß, sondern vom „Sozialisten“-Chef Mitterrand höchst persönlich (aus seinem Buch, zitiert nach „Welt“, 26.10.81).

Die Welt ist kompliziert.

Frankreich-Kommission



# Albrecht bricht sein Wort

2. November, kaltes Lächeln. Er, Albrecht, halte daran fest, keine WAA in Gorleben errichten zu wollen. Dies schließlich habe er zugesagt. Zu anderen Standorten in Lüchow-Dannenberg habe er sich nicht geäußert.

In der Tat: Die Landtags- und Kommunalwahlen 1982 standen unter dem Motto „Keine WAA“ und verhalfen der CDU zum Erhalt der absoluten Mehrheiten in Lüchow-Dannenberg wie im Lande selbst. Erst die Enthüllung einer heimlichen Absprache mit

unterstützt.) Zum anderen sollte dies „zur Beruhigung der Gemüter“ insbesondere bei der bürgerlichen CDU-Stammwählerschaft in Lüchow-Dannenberg beitragen, deren Stimmung er im Zuge des Trecks nach Hannover auch in unmittelbarer Konfrontation zu spüren bekommen hatte. In einem Brief an Helmut Schmidt (siehe Kasten), drei Wochen nach der Gorleben-Entscheidung, erklärte Albrecht, „daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen

Am 9.4.81 prophezeite der niedersächsische CDU-Generalsekretär Haag-Bengier: „Eine derartige Anlage kommt für diesen Kreis nicht in Frage, denn es geht um die Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten. Daß er glaubwürdig ist, kann keiner in Frage stellen.“

Am 21.5.81 schrieb Albrecht an den Bürgermeister der Samtgemeinde Garitz einen Brief, um ihn in der für die Zustimmung zum Zwischenlager entscheidenden Gorlebener Ratsitzung lesen zu lassen. Darin hatte er „noch einmal unter Berufung auf meine Regierungserklärung vom 16. Mai 1979 und die wiederholten Äußerungen der Landesregierung“ bestätigt, „daß die Landesregierung einem etwaigen Antrag auf Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf keinen Fall zustimmen wird.“

Selbst diese von ihm bestätigte Aussage glaubt Profügner Albrecht heute mit seinem Dragahn-Vorstoß in Einklang bringen zu können: Auch hier sei „für den unvoreingenommenen Leser deutlich: Es ging ausschließlich um Gorleben und um keinen anderen Standort“ („Elbe-Jetzt-Zeitung“ -EJZ-, 4.12.82).

Ganz offensichtlich muß man/frau erblinden oder total korrupt sein, um in der Lesart eines Ernst Albrecht als „unvoreingenommen“ zu gelten...

lich hat sich der Samtgemeinderat der Kleinstadt Hitzacker geschlossen gegen die WAA gestellt.

Der Vorstand der ÖTV-Kreisverwaltung Nord-Ost-Niedersachsen hat in einer einstimmig angenommenen Erklärung davor gewarnt, „die Glaubwürdigkeit und Wahrhaftigkeit unserer parlamentarischen Demokratie in Frage zu stellen“ und erklärt, daß er „im Interesse seiner Mitglieder, deren Angehörigen sowie der Bewohner in den Landkreisen Lüchow-Dannenberg und Uelzen alle Pläne zur Benennung und Untersuchung“ eines WAA-Standortes in Dragahn oder anderswo generell ablehnt (nach „EJZ“, 24.11.). In einer mutigen Erklärung haben 12 Pastorinnen und Pastoren ihre Empörung darüber zum Ausdruck gebracht, „daß christliche Politiker, allen voran unser Ministerpräsident Dr. Albrecht, so unverantwortlich mit der Wahrheit umgehen, wie es in den letzten Wochen offenbar wurde“. Eine WAA habe kaum zusätzliche Arbeitsplätze, „dafür aber den Verlust der Landschaftsstruktur und die Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen zur Folge. Wir rechnen mit einer vielfältigen Gefährdung und Zerstörung all dessen, was uns jetzt noch hier das Leben lebenswert macht.“ Sie ständen „hinter allen Menschen“, die den Landkreis erhalten wollten und „appellieren an alle Glieder unserer Gemeinden, im Vertrauen auf Gottes Wort und seine Zukunft, ihr Leben und die Zukunft unserer Heimat zu gestalten und sich nicht einschüchtern oder verlocken zu lassen“ („EJZ“, 3.12.).

hen habe, „als in dieser Weise einen solchen Horror zu verbreiten“. Der „pseudoreligiöse Charakter“ der Diskussion sei einfach „schlimm... soviel Ignoranz und das im Namen einer Pfarrerschaft als Kollektiv“ gehe, wie überhaupt „das Problem der politisierenden Pfarrer“ über das hinaus, „was in der Politik erträglich ist“ („EJZ“, 4.12.).

Kaum weniger „unvoreingenommen“ hatte einige Tage zuvor der Sprecher der niedersächsischen Landesregierung, von Poser, den Protest gegen Dragahn als „unverantwortliche Kampagne einiger Splitterorganisationen und Einzelpersonen“ abgekanzelt. „Weil sich die Bürger sachkundig gemacht hätten“ ließen sie sich jedoch „nicht mehr von vordergründigen Panikmachern verwirren“ („EJZ“, 24.11.).

Allerdings beschränkt sich der nennenswerte Protest gegen eine WAA Dragahn bisher auf die unmittelbar betroffene Region. Die Landes-SPD beispielsweise ist längst im christlichen Arsch des Ministerpräsidenten verschwunden. In einer wohl beispiellosen Demutsgebe drängte sich ihr Fraktionssprecher Bruns nur einen Tag nach Enthüllung der Dragahn-Pläne zur Presse, um der Landesregierung seine 100%ige Unterstützung kundzutun: „Energiepolitisch sinnvoll“ sei die WAA allemal. Sie im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu errichten, sei zudem „wirtschaftspolitisch sinnvoll“ („HAZ“, 3.11.). Dieser Kurs wurde nach einigem Murren über das eigenmächtige Vorgehen Bruns am 9.11. von der Gesamtfraktion der SPD bei nur 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen der Gesamtfraktion der SPD bei nur 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Lüchow-Dannenger SPD-Abgeordnete „schaltete mit dem Antrag, den Bau einer WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg ausdrücklich auszuschließen“ („HAZ“, 10.11.). Die mit 5,1% im Landtag vertretene FDP-Fraktion versuchte sich mit 7 zu 2 Stimmenmehrheit und dem Vorschlag, „daß Gorleben möglicherweise ein geeigneter Standort sei als Dragahn“ („HAZ“, 2.12.) rechts von der CDU zu profilieren.

Dragahn Favorit?

Es steht außer Frage, daß es ein 2. „Gorleben-Hearing“ oder WAA-Moratorium auf absehbare Zeit nicht geben wird. Die DWK, die anfangs ihr Hauptgewicht auf die Errichtung einer Bayern-WAA legen wollte (weil — so die niedersächsische Landesregierung — „Niedersachsen im Gegensatz zu Bayern die Arbeiten an einer solchen Anlage nicht wirksam gegen militante Aktionen gutorganisierter Gruppen schützen könne“ („HAZ“, 2.11.), erklärte bereits einen Monat nach Bekanntgabe der Dragahn-Pläne Niedersachsen zum favorisierten Bundesland („EJZ“, 2.12.). Dabei dürfte nicht allein die Aussicht auf die modifizierte Form des ursprünglich geplanten „Entsorgungsparks“ locken, sondern auch der 25%ige finanzielle Zuschuß in Höhe von mindestens 1 Mrd. DM aus Steuergeldern (Zonenrandförderung). Die Ernsthaftigkeit der Dragahn-Pläne wird auch unterstrichen durch die Festlegung, auf alte WAA-Pläne in Hessen und Rheinland-Pfalz für's Erste zu verzichten und alle Kräfte auf 2 WAAs „mit mittlerer Kapazität, die bis Ende des Jahrhunderts für erforderlich ge-

Fortsetzung nächste Seite



den kommunalen Größen Lüchow-Dannenger durch die Bürgerinitiative veranlaßt Albrecht, die Katze aus dem Sack zu lassen: Die WAA soll nunmehr 26 km von Gorleben und 7 km von Dannenberg entfernt im 35-Seelen-Dorf Dragahn errichtet werden. Auf dem 1000 Hektar großen, eingezäunten und mit Bahnanschlüssen versehenen Gelände der bundeseigenen Industriever-

vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitung aus der Planung herausgenommen wird. In der Tat ist es dieser Teil des NEZ, der vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Entscheidend für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns glaubt, daß

den bundeseigenen Industriever-

Vor 1945 mußten im Dragahner Wald bis zu 10.000 Kriegsgefangene Zwangsarbeit in einer Munitionsfabrik leisten; Nazi-Experten arbeiteten dort an der Entwicklung von V1 und V2-Waffen. Ein „würdiger“ Standort also für die erste deutsche und mit 700 Tonnen Jahresdurchsatz in Europa bisher größte geplante Plutoniumfabrik.

## Ein Schlag ins Gesicht...

... ist der jüngste Albrechtvorstoß für die Mehrheit der Lüchow-Dannenger, die den Zusagen ihres „Landesvaters“ vertraut hatten. Er gibt auf der anderen Seite all jenen „Berufsdemonstranten“ recht, die Albrecht immer mißtraut hatten und der DWK keinen Fußbreit im Landkreis zugestehen wollten.

Die zum Zeitpunkt der Albrecht-Entscheidung 1979 für die Atommafia maßgebliche Linie wurde bereits 1977 auf einer nichtöffentlichen Informationssitzung des Ausschusses für Forschung und Technologie vom Chef der Wiederaufarbeitungsgesellschaft DWK, Scheuten, vorgetragen: „Für uns ist der Bauzeitplan bezüglich des gesamten Entsorgungszentrums weniger wichtig als vor allem die Inbetriebnahme des Lagerbeckens (sprich: des Zwischenlagers, Anm. AK). Sobald wir das Lagerbecken haben, haben wir in zeitlicher Hinsicht genügend Flexibilität, die wir auch nach meiner Auffassung brauchen, um in großer Ruhe und aller Sorgfalt die Wiederaufarbeitungsanlage selbst zu planen, zu bauen... Deshalb kommt es nicht so sehr darauf an, wieviel Bauzeit wir für die Wiederaufarbeitungsanlage selbst brauchen; ob das vier, fünf oder sechs Jahre sind, spielt im Grunde genommen keine Rolle. Wichtig ist nur die Inbetriebnahme des Zwischenlagerbeckens“ („Gorleben Aktuell“, Nr. 7). Dies wußte Albrecht, als er 1979 die spektakuläre Entscheidung fällte, die WAA „aus politischen Gründen“ aus der Gorleben-Planung nehmen zu wollen. Mit diesem Schritt bezweckte Albrecht zum einen, „der SPD die Chance (zu) geben, in den Zustand hinreichender Verantwortlichkeit zurückzukehren“, wie sein Hofschreiber vom „Rundblick“ (28.4.79) vermerkte. (Die SPD hatte 1979 auf Landesebene das Entsorgungszentrum auch aus sicherheitstechnischen Gründen abgelehnt und auf Bundesebene den Genehmigungsvorbehalt gegen den Schnellen Brüter



das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird... Aus der endlosen Liste von seither vorgebrachten Behauptungen, die WAA sei vom Tisch, seien nur einige Beispiele erwähnt:

Am 4.5.79 lehnten der Kreisausschuß und am 15.5.79 die CDU-Kreisfraktion einstimmig den Bau einer WAA ab.

Am 27.10. bestätigte die Pressestelle der niedersächsischen Landesregierung „die klare Haltung der Landesregierung, die den Bau der Anlage für den Landkreis Lüchow-Dannenberg ablehnt“.

Am 12.2.80 beschloß der CDU-Kreisparteitag: „Es muß sichergestellt sein, daß auch nach Errichtung eines Zwischenlagers keine WAA im Kreis Lüchow-Dannenberg gebaut wird, und der Kreistag knüpfte am 5.3.80 die Zustimmung zum Zwischenlager an die Voraussetzung, daß eine WAA in Lüchow-Dannenberg nicht gebaut wird.“

## „Wer Versprechen bricht, fordert Widerstand heraus!“

Verstummt sind mittlerweile die ersten großspürigen Ankündigungen Albrechts, die Bevölkerung von Lüchow-Dannenberg stände einer WAA „sehr gekostet“ gegenüber, was „auf den Erfolg der Aufklärung durch die gemeinsame Informationsstelle des Bundes und des Landes in Lüchow zurückzuführen sei“ („FAZ“, 3.11.82). Tatsächlich erinnert im Wendland derzeit vieles an die Trecker-Stimmung vom März 1979: Überfüllte Informationsbände in den Dörfern mit je 150-300 Teilnehmern, Großanzeigen mit zahlreichen Unterstützerunterschriften in der Lokalzeitung, Reorganisation von Bürgerinitiativen und Widerstandsgruppen. Bisheriger Höhepunkt war ein erster Treckersterdemarsch auf Dannenberg mit nahezu 300 teilnehmenden Schleppern und 1500 Kundgebungsteilnehmern am 13. November.

Abgesehen von den Erklärungen der vielfältigen Widerstandsgruppen im Landkreis wurden bisher auf Kreisebene von allen Parteien mit Ausnahme der CDU Beschlüsse gegen die Dragahn-Pläne verabschiedet, zusätz-

Diese Intervention der Dannenberger Pastor(innen) provozierte im niedersächsischen Landtag eine Art Tobensuchtanfall des Landesheiligen Nr. 1, Ernst Albrecht, der in seinem Leben noch nie „etwas unchristlicheres“ gese-

## Mensch, Ernst!

Alle reden von Wählerbetrug. Wie wär's, wenn Du Dragahn einfach umbenennen liebst? Ein prima Ortsname wäre „KEINEMFALL“ — die WAA würde dann gebaut in... na? Na bitte! Großes christliches Ehrenwort — und ehe die Leute was kapieren, steht das Ding schon da.

Übrigens, wenn Dich noch mal jemand danach fragt: Dragahn liegt von Gorleben über 40 000 km entfernt. So wahr mir Gott helfe! Man muß nur andersrum messen, hihi...

Keep smiling, Ernst. Solange Du kannst!

Bis bald in Hannover — Peter Bauhaus aus Soven.



Forts. von vorhergehender Seite

halten werden" in Dragahn und Schwandorf/Bayern zu konzentrieren, wobei die Genehmigungsverfahren für beide 700-to-Anlagen parallel vorangetrieben werden sollen, „um Zeit und Kosten zu sparen“ („HAZ“, 3.11.).

Für Lüchow-Dannenberg geht es mit dieser Neuorientierung um Alles oder Nichts. Das ursprüngliche Entsorgungszentrum soll nun über den ganzen Landkreis verteilt werden mit all den dazugehörigen Transportbelastungen. Der zukünftige Atomkreis würde zusammengehalten durch

- ein Zwischenlager für schwach- und mittelaktiven Müll (im Bau)
- ein Zwischenlager für Castor-

Brennelementbehälter (= WAA-Eingangslager, im Bau)

- vielfältige Einrichtungen für das Salzstock-Endlager inklusive einer gigantischen Salzhalde
- die letztlich bis auf 1400 Tonnen Durchsatz ausbaubare WAA-Dragahn (für eine 330-to-Anlage werden 200 ha, also ein Fünftel der vorhandenen Fläche benötigt)
- das bereits im niedersächsischen Landesentwicklungsplan berücksichtigte AKW in Langendorf
- eine geplante Konditionierungsanlage für nicht-wiederaufarbeitbaren Atomtüll im Raum Cleeve
- eine bereits im Bau befindliche neue Polizeikaserne in Lüchow.

Dazugerechnet werden müssen alle nötigen Straßen, Eisenbahnlinien und

Starkstromtrassen.

Aus dem Dargelegten sollte deutlich geworden sein, daß von der Naturlandschaft internationalen Rangs und dem landwirtschaftlichen Kreis mit Kurorten nichts mehr übrigbleiben wird, wenn Albrecht sein Programm durchsetzen kann. Als denkbare Alternative

für hartnäckige Landwirte verbliebe die Umstellung auf die sogenannte „alternative“ Bioethanol-Produktion, also auf Ackerpflanzenanbau nicht für die Nahrungskette, sondern zur Erzeugung von Benzin.

AKW-/Nein-Kommission

Anm.: Über die mit der Standortbekanntgabe Dragahn erheblich fördernde Polarisierung im Landkreis Lüchow-Dannenberg und die Durchsetzungsstrategien der Atommafia (Rolle der diversen Pro-Bla, Arbeitsplattendemagogie, Rolle der Kommunalpolitik) soll in einem der nächsten AKs berichtet werden.

Dr. Ernst Albrecht  
Niedersächsischer Ministerpräsident

Hannover, den 8. Juni 79

An den  
Bundeskanzler der  
Bundesrepublik Deutschland  
Herrn Helmut Schmidt  
Postfach 120 535

5300 Bonn 1

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

nach der Erklärung, die ich im Namen der Landesregierung am 16. Mai vor dem Niedersächsischen Landtag abgegeben habe, hat die Bundesregierung ihrerseits Stellung genommen.

Ich möchte den entscheidenden Punkt, in dem die Auffassungen von Bundesregierung und Landesregierung bis jetzt auseinandergehen, noch einmal aufgreifen.

Im Verlauf unserer Besprechung vom 30. April habe ich Ihnen meine Auffassung dargelegt, daß wir nur die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten hätten:

- a. am Konzept des integrierten Entsorgungszentrums festzuhalten. In diesem Falle werde es für längere Zeit nicht möglich sein, Tiefbohrungen durchzuführen, oder
- b. die Tiefbohrungen zur Vorbereitung des Endlagers vorzunehmen; dann müsse aber in Sachen Wiederaufarbeitung Ballast abgeworfen werden.

Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, stimmten mit mir überein, daß die Wiederaufarbeitung erst zwingend wird, wenn eine positive Entscheidung über die industrielle Nutzung der Schnellen Brüder getroffen worden ist. Sie baten mich, in der Regierungserklärung diesen Gesichtspunkt zuerst zu nennen.

Für die Landesregierung — im Unterschied zur niedersächsischen SPD — handelt es sich bei der Wiederaufarbeitung überwiegend um ein politisches und nicht um ein sicherheitstechnisches Problem.

Wie ich Ihnen am 30. April sagte und im Kernenergieat am 15. Mai wiederholt habe, kann eine Baustelle in Gorleben zur Zeit, d.h. solange die überwiegend feindliche Einstellung der Bevölkerung vor Ort und das starke Engagement weiter Bevölkerungskreise in der Bundesrepublik gegen das NEZ gegeben sind, mit vertretbaren politischen Mitteln nicht geschützt werden. Wenn die Bundesregierung am ursprünglichen Konzept festhält und nur die zeitliche Verwirklichung etwas hinausschiebt, wird dies zu einem völligen Stillstand führen, dessen Dauer nicht abzuschätzen ist. Nach Auffassung der Landesregierung wird dann mit hoher Wahrscheinlichkeit schon bald ein Punkt erreicht sein, wo die Verwaltungsgerichte feststellen, daß keine reale Perspektive auf Entsorgung und Endlagerung besteht.

Hingegen glaubt die Landesregierung, daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die Wiederaufarbeitungsanlage aus der Planung herausgenommen wird. In der Tat ist es dieser Teil des NEZ, der vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Entscheidend für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns glaubt, daß das Projekt der Wiederaufarbeitungsanlage nicht weiter verfolgt wird. Um es mit den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion zu sagen, daß das Nein zur Wiederaufarbeitungsanlage „kein Ja in Wartestellung ist“.

Ich habe deshalb Vokabeln wie „für den Zeitraum, für den wir zu entscheiden haben“, „für diese Generation“, „für diese Politiker-Generation“ gebraucht, alles Begriffe, die interpretationsfähig sind und über die gesprochen werden kann. Entscheidend ist, daß die Arbeiten zur Vorbereitung eines Endlagers weitergehen, und daß die Entsorgungskopplung nicht den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke lahmlegt und den Bau weiterer verhindert.

Die Landesregierung ist bereit, in Gesprächen mit der Bundesregierung über eine Neufassung der Entsorgungsgrundsätze zu beraten. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, daß das Atomgesetz selbst nicht — wie die Entsorgungsgrundsätze — von „Wiederaufarbeitung“, sondern von einer „schadlosen Verwertung“ der radioaktiven Reststoffe spricht, die — in welcher Form auch immer — lediglich unter gewissen Voraussetzungen und keineswegs innerhalb bestimmter Fristen durchzuführen ist.

Die Landesregierung empfiehlt der Bundesregierung nicht, das Entsorgungskonzept aufzugeben. Wohl aber empfiehlt sie eine Ergänzung dieses Konzepts im Sinne meiner Regierungserklärung.

Zu Ihrer Information darf ich Ihnen schließlich die Ausführungen des Oppositionsführers im Niedersächsischen Landtag übersenden und Ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die angestrichenen Stellen lenken.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Ernst Albrecht

\*\*\*\*\*  
MITTELAMERIKANISCHER STAAT SUCHT:  
CHRISTDEMOKRATISCHE ...  
... MINISTERPRÄSIDENTEN  
... BUNDESTAGSABGEORDNETE  
... LANDTAGSABGEORDNETE  
... KOMMUNALPOLITIKER  
... OBERKREISDIREKTOREN etc.  
MIT LANGJÄHRIGER ERFAHRUNG IN DER  
DURCHSETZUNG VON ATOMPROJEKTEN WIE:  
WAA, ATOMKRAFTWERKE,  
ZWISCHENLAGER, ENDLAGER usw.  
GEÜBT IM MANIPULIEREN, BELÜGEN UND BETRÜGEN  
DER BEVÖLKERUNG, BESPITZELN UND VERLEUMDEN  
VON ATOMGEONERN,  
OHNE SKRUPELN VOR BRUTALEN POLIZEIEINSÄTZEN  
GEGEN ALLE, DIE IHRE RECHTE, HEIMAT, GESUNDHEIT,  
ZUKUNFT ERHALTEN WOLLEN.  
WIR SUCHEN GESTANDENE PRAKTIKER, DIE BEREIT SIND,  
ÄHNLICHE PROJEKTE UNTER VERGLEICHBAREN  
ARBEITSBEDINGUNGEN DURCHZUSETZEN!  
GEBOTEN WIRD:  
KOSTENLOSE ÜBERSTIEGUNG ERSTER KLASSE, HOHE  
GEHÄLTER, ABLÖSUNG ALLER BISHER ENTGEGENGENOM-  
MENEN MEINUNGSBILDENDEN STRUKTURHILFEN FINAN-  
ZIELLER ART BIS ZU EINER HÖHE VON DM 6 000 000,-  
DURCH DEN NEUEN ARBEITGEBER.  
Sonderungen mit den üblichen Unterlagen an: Reinhold Wallrath, Bielefeld.  
\*\*\*\*\*

## Probebohrungen für WAA begonnen — Baubeginn schon 1984? —

Schon 1974 wurde regierungsintern der Standort Wackersdorf für die Errichtung einer WAA genannt, jahrelang war dies öffentlich bestritten worden. Aber schon damals kaufte das Landratsamt Schwandorf Gelände zum Billigtarif von 50 Pfennig pro Quadratmeter zusammen. Am 28.10.82 wurde das atomrechtliche Genehmigungsverfahren für diesen Standort eröffnet. Neben Dragahn (Kreis Lüchow-Dannenberg) ist Wackersdorf inzwischen der einzig verbliebene Standort. Am 22.11.82 wurde bereits mit Probebohrungen begonnen, vorausgegangen war ein sogenanntes Raumordnungsverfahren.

### Raumordnungsverfahren in Rekordzeit

Zweieinhalb bis drei Jahre sind für solche Raumordnungsverfahren nicht ungewöhnlich; eineinhalb Jahre waren zu Beginn offiziell veranschlagt worden. Doch schon am 17.9.82, sieben Monate nach Beginn (im Februar 1982), verkündete die Regierung Oberpfalz den Abschluß des Verfahrens: 75 Stellungnahmen von Verbänden, Kommunen und Behörden waren ebenso wie die Ablehnung des Raumordnungsverfahrens wegen mangelhafter Unterlagen der DWK durch den Kreistag Oberpfalz und der Stadt Schwandorf abgelehnt worden.

Neben der WAA sind noch drei weitere Atomanlagen geplant:  
— ein riesiges Zwischenlager mit einer Kapazität von 1.500 t SM (wie anfangs in Gorleben);  
— eine Großanlage zur Herstellung von Brennelementen unter Einschuß von Plutonium; Plutonium soll aus der WAA gewonnen werden;  
— eine Großanlage zur

„Endlagerung“ von hochradioaktivem Atomtüll; 100 Jahre darf eine solche „Endlagerung“ oberirdisch erfolgen.

### Eine politische Standortentscheidung

Durch das Raumordnungsverfahren fiel der Standort Teublitz als „ungeeignet“ aus dem Rennen: Dort soll ausnahmsweise „ökologisch wertvolles Waldgelände“ erhalten werden, außerdem sei die geologische Struktur ungeeignet wegen Niveauunterschieden von 61 Metern, wo offenbar auch die moderne Technologie passen muß.

Das Gutachten des Planungsverbandes Regensburg hatte im Gegenteil für Teublitz Standortvorteile erkannt, bei Wackersdorf und auch teilweise für Steinberg bestanden Bedenken wegen des dortigen Grundwasserreservoirs. Tatsache ist, daß Teublitz als einzige bayerische Standortgemeinde heftig gegen die geplante WAA protestierte und sich damit aus dem Rennen warf.

Steinberg fiel aus dem Rennen, weil das Gelände dort einem Privatbesitzer gehört, der sich gegenüber der BI als Kläger gegen die Anlage zur Verfügung gestellt hatte. Über den Verkauf eines Teils des Grundstücks an die BI wurde bereits verhandelt; in Wackersdorf hingegen gehört das gesamte Gelände dem Freistaat Bayern, der Gemeinde und dem „Bayerwerk“ als Nachfolger der „Bayerischen Braunkohlenindustrie“ (BBI).

Dieser Vorteil ist allemal eine Grundwasserseuchung wert.

Die DWK im Schwandorfer Werbebüro erklärte die Standortwahl für das jetzt eingeleitete atomrechtliche Verfahren für Wackersdorf auch folgendermaßen: Es „eignet sich schon allein

deswegen besser wegen der dort vorhandenen Infrastruktur und der damit verbundenen einfacheren verkehrstechnischen Erschließung ...“. Dafür ist seit 1974 einiges getan worden: So erhielten dort selbst Firmen einen Gleisanschluß, die ihn (derzeit noch) gar nicht gebrauchen können. Zudem spielt die Arbeitslosenstruktur eine wichtige Rolle. In Schwandorf ist eine Quote von 13 % bereits erreicht, im kommenden Winter erwartet das Landesentwicklungsministerium in Teilen des Grenzlandes sogar eine Quote bis zu 50 % („NT“, 1.12.82). Erst Ende September wurde die BBI in Wackersdorf endgültig stillgelegt, vor wenigen Jahren waren dort noch 1.400 Menschen beschäftigt. Nach der geballten „Aufklärung“ der IG Bergbau (und der DWK) muß jeder Bergmann jetzt seinen zukünftigen Wohnort aus diesem Atomprojekt erwarten: 2.500 Baustellenarbeitsplätze und 1.800 für den Betrieb der Anlage stehen in Aussicht.

2 Millionen DM jährlich stellt die DWK allein für Werbung zur Verfügung: Wöchentliche Großanzeigen, Fahrten mit der Polizei nach Frankreich (zur dortigen WAA) und Werbung für Umschulungsmöglichkeiten werden mit Verdummungsparteln nach dem Motto gekoppelt: „Personal in WAA lebt länger als anderswo“ („MBZ“, 26.11.82).

Nach diesem Muster schrieb auch Franz Josef Strauß einem „Offenen Brief“ (in allen Zeitungen) an die BI. Das Risiko einer WAA im Betrieb betrage „höchstens ein Prozent des ohnehin schon sehr kleinen durch den Betrieb eines Kernkraftwerks entstehenden Risikos für die umwohnende Bevölkerung“. Das Krebsrisiko werde „nicht ... erfaßbar sein“ („MBZ“, 4.11.).

Letzteres mag stimmen, solange in

der BRD weiterhin keine Krebsstatistiken geführt werden, obwohl sich im Umkreis der US-WAA Savanna-River die Krebsfälle verdoppelt hatten und die Kindersterblichkeit um das Dreifache gestiegen war („NT“, 26.11.82). Man staunt auch, wieso trotz des geringen Risikos WAA's immer noch nicht störungsfrei laufen können.

### „Erste Stufe des Terrors“

Am 22.11.82 begannen — wie erwähnt — die Probebohrungen, vier bis fünf Bohrungen läßt das Landratsamt niederbringen (20 cm Durchmesser und 50 bis maximal 95 m tief). Anfang 1983 soll dann das Hauptuntersuchungsprogramm laufen. Seither verlassen sich die WAA-Betreiber auch weniger auf ihre Verdummungskampagne als auf die Polizeimacht des Staates.

Jeder Fußgänger und Autofreund wird kontrolliert und festgehalten. Spazierende Pensionäre wurde geraten, sich einen „Passierschein“ zu besorgen („NN“, 7.12.). Umweltminister Dick rückte die BI gleich in die Terroristenecke, um für die Polizeimacht des Staates die richtige Einstimmung zu geben: Wegen Zwischenrufs ließ er auf einer CSU-Veranstaltung den 1. Vorsitzenden der BI aus dem Saal weisen, anschließend nannte er das die „Erste Stufe des Terrors“ („NT“, 25.9.). Der Rausgeworfene ist Richter und auch CSU-Mitglied. Jetzt ist gegen Richter Burkhardt auch noch ein Disziplinarverfahren anhängig; er habe Umweltminister Dick zu dieser Beleidigung provoziert! Auch der BGS, der in Schwandorf stationiert ist, versteht es, sich in letzter Zeit in der Presse ins rechte Licht zu setzen: Ende November wurden Vertreter der Behörden, Schulen, Industrie und Politik ins BGS-Offizierskasino geladen, „um falsche

Vorstellungen zu korrigieren ... Auch von der schwierigen und überaus gefährlichen Alltagsarbeit des BGS erfährt man im Bild von den Brokern der Schwandorfer Truppe in Brokdorf, an Bohrstellen beim Ausbau der Startbahn West und bei Einsätzen nicht leichter Art in Gorleben“ („NT“, 29.11.82).

### Zum Widerstand

Seit Beginn der Bohrungen findet jeden Sonntag ein Spaziergang dorthin statt. Die Baufirma bekommt bereits Tage vorher mitgeteilt (bzw. „zugespitzt“), wieviele Spaziergänger z. B. aus Nürnberg zu erwarten sind.

Die BI legt im Moment den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf die rechtlichen Möglichkeiten beim atomrechtlichen Verfahren, mehrere Arbeitskreise arbeiten an Klagebegründungen, Einwendungen und sammeln Gelder zur Prozesshilfe. Der BI Schwandorf gehören formell immerhin 6.000 Personen an, in der gesamten Oberpfalz gibt es sogar 12.000 BI-Mitglieder. Es werden selbst in den kleinsten Dörfern Veransahnungen organisiert, aber auch Großveranstaltungen, wie die letzte mit Dieter Hildebrandt in Schwandorf; mehr als 1.700 Karten konnten trotz Andrangs einfach nicht verkauft werden. Immerhin hatten bei der Eröffnung des atomrechtlichen Verfahrens (am 27.3.82) ca. 30.000 Leute demonstriert, am Wochenende nach der Einleitung des atomrechtlichen Verfahrens kamen (kurzfristig mobilisierte) 1.000 Menschen zum Standort Wackersdorf. Im Ort selbst hat aber die BI einen schweren Stand.

Nach einem Bericht einer Nürnberger Zeitung



# Der Tod aus dem Schlot

Während in bundesdeutschen Wohnstuben alle Jahre wieder zu Weihnachten die Schönheit des deutschen Waldes besungen wird („Oh Tannenbaum, oh Tannenbaum, wie schön sind deine Blätter“; „Draußen vom Walde komme ich her...“), hat sich draußen einiges verändert: Der Wald ist am Ende. Schwefeldioxid, aus den Schloten der Kraftwerke in die Umwelt geschleudert, verbindet sich mit Wasser zu Schwefelsäure und gelangt als „saurer Regen“ in die Böden. Die Folge ist eine zunehmende Versauerung der Böden, die schon heute 10 % der bundesdeutschen Wälder vernichtet hat. Die Forstwirtschaft rechnet mit einem Verlust von jährlich einer halben Milliarde Mark.

Doch nicht nur die Wälder gehen ein. Die Schwefelsäure frisst am Beton, so daß Spannbetonwerke reißen, Autobahnbrücken zusammenbrechen, Hamburgs Fernsehturm einer Runderneuerung bedarf und sich kürzlich die Westberliner Kongreßhalle mit einem spektakulären Einsturz verabschiedete.

In der Landwirtschaft versucht man dem Säureregen Herr zu werden, indem man jährlich über einen Zentner Kalziumoxid pro Hektar als Bindemittel ausstreut. Doch langfristig droht ein viel größeres Problem: Bei anhaltender Belastung durch sauren Regen und Schwermetalle wird der Boden als Filter für das Grundwasser und damit für das Trinkwasser unwirksam.

Bei solcher Umweltvergiftung bleiben Folgen für die menschliche Gesundheit nicht aus. Schon heute sind die Erkrankungen von Menschen in den industriellen Ballungsgebieten doppelt so hoch wie in „sauberen“ Landstrichen. Die Bundesrepublik hat eine der höchsten Krebsraten der Welt.

Das alles mußte nicht sein, denn schon seit Jahrzehnten gibt es Verfahren zur Abgasreinigung, wie z.B. die umweltfreundliche Wirbelschichtföderung. Während solche umweltschonenden Industrie-Anlagen als Exportschlager ins Ausland verkauft werden, muß hier — nach jüngsten wissenschaftlichen Untersuchungen — mit über 100 Toten bei 1.000 Megawatt Kohlestromkapazität pro Jahr gerechnet werden.

Noch heute werden Kraftwerke ohne Entschwefelungsanlagen gebaut, 1984 wird sogar mit dem Kraftwerk Buschhaus bei Offleben (Niedersachsen) die größte Schwefelschleuder Europas in Betrieb gehen. Der § 17 des Bundesimmissionschutzgesetzes („wirtschaftliche Unvertretbarkeit“) gibt der Industrie die Möglichkeit, eine Umrüstung ihrer Altanlagen mit dem Hinweis auf die Kosten abzulehnen.

Sind von einer Neufassung der „Technischen Anleitung Luft“ (TA-Luft) einschneidende Veränderungen zu erwarten?

Ökologisch haben die Nachbarländer mit dieser Umweltverschmutzung zu kämpfen. Mittlerweile sind häufige Durchfallerkrankungen bei Kindern keine Seltenheit. Das saure Naß hat nämlich dazu geführt, daß sich in einigen schwedischen Provinzen die Kupferwasserleitungen gramweise auflösen und das Trinkwasser verseuchen.

Erst jüngst konnte von schwedischen Forschern der Nachweis erbracht werden, daß Schwefeldioxid zu Erbschäden führt. Das Gift verursacht, so fürchten die Mediziner heraus, Chromosomendefekte, die Mißbildungen von Embryos auslösen. Das Gewicht von Neugeborenen, deren Mütter während der Schwangerschaft in schwefelbelasteten Gebieten wohnten, war niedriger als das von Kindern, deren Eltern in „sauberen“ Zonen lebten. Auch vermehrte Fehlgeburten durch  $\text{SO}_2$ -Belastung wurden von den Forschern nachgewiesen (5).

steten Gebieten wohnten, war niedriger als das von Kindern, deren Eltern in „sauberen“ Zonen lebten. Auch vermehrte Fehlgeburten durch  $\text{SO}_2$ -Belastung wurden von den Forschern nachgewiesen (5).

## $\text{SO}_2$ macht krank!

Eine Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ergab, daß in den Vereinigten Staaten jährlich 50.000 Menschen, deren Tod allein auf die  $\text{SO}_2$ -Emissionen zurückzuführen ist (6). In der BRD werden hingegen solche Untersuchungen gar nicht erst angestellt. Erst am 10.9.82 hatte die Bundesregierung auf eine Anfrage des Bundestages erklärt, der Zusammenhang zwischen saurem Regen und Waldsterben sei bis 1985 geklärt, während die Untersuchung des Zusammenhangs mit der menschlichen Gesundheit noch einige Zeit dauern werde.

Einer Untersuchung des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministeriums zufolge haben drei von vier Kindern an Rheine und Ruhr geschwollene Lymphknoten am Hals als Folge schlechter Luft. In Duisburg liegt die Zahl der Bronchialkranken mit 21,1 % fast doppelt so hoch wie in vergleichsweise sauberen Landstrichen (7). Auch die stetig steigende Krebsrate — jährlich 150.000 Todesopfer — dürfte zum Teil ihren Ursprung in der Luftverschmutzung haben.

Kein Wunder, daß die Bundesrepublik in der Lebenserwartung hinter dem

„Spitzenreiter“ Japan, den skandinavischen Ländern (außer Finnland), Holland usw. erst an 16. Stelle rangiert (8). Zwar kann man die Ursachen nicht direkt zuordnen, jedoch dürfte die Umweltqualität die Lebenserwartung stark beeinflussen.

Es mutet schon makaber an, wenn Länder wie Schweden, die als Müllabfuhrplatz für die europäische Druckfracht dienen, sich noch mit den Schäden für die menschliche Gesundheit beschäftigen dürfen, während die Bundesrepublik in dieser Frage passiv bleibt. So ist bis heute noch nicht einmal ein bundeseinheitliches Krebsregister zustande gekommen.

## Entschwefelung: Der Industrie zu teuer

Allein im vergangenen Jahr gingen auf die BRD 20 Millionen Tonnen giftiger Gase und Staube nieder, darunter 3,5 Millionen Tonnen  $\text{SO}_2$ , die zu 75 % von Kohle- und Ölkraftwerken sowie

## Entschwefelung: Der Industrie zu teuer

Außerdem im vergangenen Jahr gingen auf die BRD 20 Millionen Tonnen giftiger Gase und Staube nieder, darunter 3,5 Millionen Tonnen  $\text{SO}_2$ , die zu 75 % von Kohle- und Ölkraftwerken sowie

Industrieanlagen stammten. Pro Bundesbürger waren das 340 Kilo Dreck. Trotz dieser alarmierenden Zahlen stagniert eine Umstellung auf umweltfreundlichere Verbrennungsmethoden seit Jahren. Ende 1982 werden ganze sieben von rund 90 großen Kohlekraftwerken der BRD über eine Rauchgasentschwefelung verfügen. Von der derzeitigen Kapazität an Steinkohlekraftwerken und Kraftwerken mit Mischfeuerung Steinkohle / Heizöl / Gas von etwa 27.000 Megawatt sind heute nicht einmal 10 % entschwefelt.

Nach den Plänen der Stromkonzerne wird sich diese Situation auch nicht merklich verbessern, da neue Kraftwerke meistens nur mit Teilentschwefelung ausgerüstet werden. Der jetzigen Planung nach soll Ende der 80er Jahre von den voraussichtlich 32.000 MW elektrischer Leistung aus den o.g. Kraftwerksarten lediglich eine Leistung von 4.000 MW entschwefelt werden (9). Und da die derzeit gültige Technische Anleitung Luft (TA-Luft) Entschwefelungsanlagen lediglich für Kraftwerke mit einer Megawattleistung von über 400 MW vorsieht, qualmen 80 % der 216 Kraftwerke gänzlich ohne Rauchgasreinigung.



## Und stetig sterben die Wälder —

Im Ruhrgebiet ist das große Waldsterben nicht mehr zu übersehen. Eine Untersuchung des Landwirtschaftsministeriums ergab, daß für 58 % der untersuchten Fichtenbestände eine akute Waldgefährdung vorliegt. In anderen Bundesländern sieht die Situation nicht wesentlich besser aus. In Bayern sind bereits 160.000 ha, in Baden-Württemberg 130.000 ha und in Niedersachsen 124.000 ha Wald verseucht. Ein von der alten Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten ergab, daß auf 562.000 von 7,3 Millionen ha Wald (der doppelten Fläche des Saarlandes) nur noch Baumskelette stehen (1). Ein Experte des Hessischen Landesamtes für Umwelt in Wiesbaden schätzt, daß „etwa 70 % unserer Nadelwälder vom Absterben bedroht sind“ (2).

Für den Laien sind die Schäden oft erst sichtbar, wenn es zu spät ist. In Buchenwäldern wachsen keine jungen Bäume mehr nach, weil die Keimlinge auf dem versauerten Boden schon im ersten Jahr wieder absterben; Blätter verfärben sich und bei den Nadelbäumen fallen zunächst bei den stammnahen Teilen der Zweige die Nadeln ab.

## Skandinavien Seen werden sauer: Made in Germany

Doch nicht nur der deutsche Wald stirbt. Um die Immissionen in der Nähe der Kraftwerke nicht ins Uferlose wachsen zu lassen, wurden in den letzten Jahren die Schornsteine in immer höherer Höhe gebaut, in Bergkanten hat die VEW bereits 284 Meter erreicht. Das Schwefeldioxid wird von den Winden in großer Höhe über riesige Entfernungen transportiert. Bereits 1971 beschwerte sich der damalige schwedische Außenminister Bengtson bei der Bundesregierung über die Schmutzfrachten aus dem Ruhrgebiet. Geändert hat sich nichts, und so gibt die schwedische Regierung jährlich 15 Millionen Kronen aus, um ihre sauer werdenden Seen durch Kalken zu neutralisieren. 20.000 norwegische und schwedische Seen sind bereits biologisch tot, Fische können hier nicht mehr existieren. Zehntausend weiteren Seen droht das gleiche Schicksal (3).

Schwedische Forscher haben berechnet, daß 70 % des Schwefels in der Atmosphäre über Südschweden aus menschlicher Tätigkeit stammen, wovon 77 % ihren Ursprung außerhalb Schwedens haben (4). Aber nicht nur



Grundlage für diese Grafik waren Angaben des Umweltbundesamtes



Forts. von vorhergehender Seite

Un erdensen versucht die Industrie, mit fragwürdigen Zahlen die Modernisierung ihrer Kraftwerke als zu teuer zu verkaufen. Die Steag erklärte, die Einhaltung eines Grenzwertes von 850 mg SO<sub>2</sub> pro m<sup>3</sup> Abgas bei einer 700-MW-Leistung ihres Kraftwerkes erfordere 207 Millionen Mark Investitionen und 64 Millionen Mark jährliche Betriebskosten. Die Veba Kraftwerke R ihr AG kommt hingegen bei einer 740-MW-Große auf lediglich 130 Millionen DM Investitionen und 38 Millionen DM Betriebskosten (10).

Auch Steuergeschenke fruchteten bisher nicht. So wurde aus dem 600 Millionen DM Programm für die Entschwefelung von Kraftwerken, das die Landesregierung NRW den Stromproduzenten zur Verfügung stellte, „nicht eine müde Mark“ abgerufen, wie Minister Farthmann erbitelt feststellte (11).



Kalkung Übersauerter Seen in Schweden

## Erläuterungen

**Baumsterben:** Schwefeldioxid, welches sich in Regen löst, kommt als schweflige Säure ( $H_2O + SO_2 \rightarrow H_2SO_3$ ) auf den Boden. In Gesteinen mit kalkhaltigen Böden werden diese Säuren weitgehend neutralisiert. Bei kalkfreien Böden, z.B. in den kalkreichen Böden von Schwarzwald und Frankenwald, Oberpfälzer und Bayerischer Wald, löst die Säure vielfältige Reaktionen aus. Sie greift die organischen Verbindungen im Humus und Wurzelboden an, wäscht lebensnotwendige Bodenbestandteile wie Magnesium ins Grundwasser aus und löst Tonerde, Feldspat sowie andere Aluminiumsilikate, so daß in höherer Konzentration giftige Aluminium-Ionen frei werden. Dieses freigesetzte Aluminium stört das Bodenleben, vernichtet nützliche Bodenbakterien und vernünftige Bodenbakterien und verdrängt Bodenwürmer wie den Regenwurm. Über die Wurzel ins Holz eingeschleust wirkt das Metall als tödliches Zellgift. Durch diese Effekte wird die Feinwurzel-Biomasse von z.B. 2500 auf wenige 100 kg pro ha reduziert. Das Absterben der Feinwurzel, die dem Stamm Halt verleiht, macht den Baum anfällig für Windwurf und Schneebruch. Dem schlechter durchwurzelten Boden drohen Nässestau und Erosionen. Wenn

die wurze kranken Bäume nicht direkt eingehen, kümmern sie zwerghaftig dahin.

Im inneren und unteren Teil des Stammes bildet sich ein Neutrieb, der sich als „Knochen“ bezeichnet. Dies ist ein Wundtransport zur Krone. Die Rinde bröckelt vom Stamm, die Wunde beginnt zu heilen. Es entstehen schattige, grau-braune Wundgebilde, die als typische Vergiftungserscheinungen sichtbar sind (nach Dieter Teufel, Kohle... Fischer-TB, S.80).

**Emissionen und Luftverunreinigungen:** Stoffe, die beim Verlassen der Anlage in die Atmosphäre gelangen. Sie werden gemessen in mg/m<sup>3</sup> Rauch-, Abgas-, Abdampf- oder Abluft (als Konzentrationsmaß) und kg/h oder g/h (als zeitliche Emissionsmenge).

**Immissionen:** In Luft, Wasser und Boden befindliche Schadstoffmengen. Während Emissionen den Schadstoff ausstoßen (z.B. eines Schornsteins) angeben, wird mit der Immission das Ergebnis, also der Schadstoff nie der Schlag, angegeben.

**pH-Wert:** Wie sauer der Regen ist, wird anhand des pH-Wertes gemessen. Der pH-Wert gibt (mathematisch verschlüsselt) die Wasserstoff-Ionen-Konzentration in g/l an.

auszugeben, ist schon eine arge Augenweide.

Wie die Interessen der Industrie geschützt werden, zeigt sich auch im Passus „Ableitung von Abgasen“. Zunächst heißt es dort sinngemäß: Ist ein Schornstein so niedrig, daß die Umgebung zu stark mit Abgasen belastet wird, „ist zunächst eine Verminderung der Emission anzustreben“. Aber: „Ist dies nicht möglich, muß die Schornsteinhöhe so weit erhöht werden“, daß die Schadstoffe besser verteilt werden.

Und dann kommt die Selbstentlastung: Ergibt sich nämlich „eine große Schornsteinhöhe als 250 m über der Flur, soden weitergehende Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung angestrebt werden“, also Maßnahmen, die eben noch als „nicht möglich“ bezeichnet wurden.

Die Hochschornsteinspolitik, die den Dreck nur besser verteilt, wurde noch im Dezember 1980 vom NRW-Staats-

Unangefochtener Spitzenreiter aller Schmutzproduzenten dürfte das Kohlekraftwerk im niedersächsischen Ort Offleben, nahe der DDR-Grenze, werden. Dort genehmigten die Behörden den Bau eines Kraftwerks ganz ohne Entschwefelungsanlage, deren Abgas mit 12.650 mg/m<sup>3</sup> SO<sub>2</sub> beaufschlagt wird (13).

Der Entwurf für eine Neufassung der TA-Luft wurde vom neuen Innenminister Zimmermann vorerst unverändert an Wirtschaft und Behörden weitergereicht. Daneben gibt es seit einiger Zeit einen Entwurf für eine Großfeuerungsanlagen-Verordnung, über den kürzlich eine Anhörung im Innenministerium stattfand. Der dann erhaltene und als besonders fortschrittlich gepriesene Wert von 400 mg/m<sup>3</sup> SO<sub>2</sub> für Kraftwerke mit einer Leistung über 175 MW bietet allerdings so viele Hintertürchen, daß der BBU kommentierte, von dieser Verordnung sei keine Hilfe gegen das Waldsterben zu erwarten. Dennoch läuft die Industrie gegen diese Verordnung Sturm. Sollte sie verabschiedet werden, so wäre auch noch das Problem der Durchsetzung zu bewältigen: „Wenn die Großfeuerungsanlagen-Verordnung verabschiedet wird, kommen die Probleme erst auf uns zu, die Verordnung auch durchzusetzen. 80% der lt. Verordnung überprüften Fälle (seien) wirtschaftlich nicht durchsetzbar“ (Elmar F. Elow, leitender Ministerialrat im Arbeitsministerium NRW).

## Alternativen sind machbar

Mittlerweile gibt es 100 verschiedene Verfahren zur Abgasentschwefelung. Die Wirbelschichtfeuerung, ein besonders umweltfreundliches Verbrennungsverfahren, wurde bereits 1921 (1) von dem deutschen Chemiker Fritz Winkler entwickelt. Bei diesem Verbrennungsverfahren kann der SO<sub>2</sub>-Gehalt im Abgas um über 90% gesenkt werden.

Während hierzulande das erste Modellkraftwerk mit Wirbelschichtfeuerung in Völklingen demnächst seinen Betrieb aufnehmen wird, ist die Technik in der BRD soweit zur Marktreife gelangt, daß bereits drei kommerzielle Anlagen ins Ausland exportiert wurden (14).

Im Ausland finden derartige Abgasreinigungsanlagen weit größeren Anklang. Japan, das bis vor kurzem noch als das Land der Umweltvergiftung angesehen werden konnte, hatte 1977 bereits 162 solcher Rauchgasreinigungsanlagen in Betrieb. In den USA sollen es 1985 rund 133 sein; davon wurde etwa ein Fünftel nachträglich eingebaut (15).

Doch in der BRD erklärt der Branchenries RWE, man wolle „zunächst die Untersuchungsergebnisse der großtechnischen Demonstrationsanlage abwarten“ (16).

## AKWs als saubere Alternative?

Im Streit um den sauren Regen wittert die Atomlobby ihre Chance, die Atomkraft als saubere Alternative anzupreisen. So hat etwa Bayerns Umweltminister Dick die Inbetriebnahme des Atommeilers Gundremmingen mit dem Argument schmähhaft zu machen versucht, damit würde die jährliche Schwefeldioxid-Emission von bisher 274.000 Tonnen auf 100.000 Tonnen gesenkt werden können (17).



Und der CSU-Chef Franz Josef Strauß attackierte die Umweltschützer in einem Brief an die „Schutzgemeinschaft Deutscher Wald“ wie folgt: „Es ist eine Schizophrenie, wenn Naturschützer und Grüne hemmungslos gegen Kernkraftwerke polemisieren und gleichzeitig das Waldsterben beklagen. Durch ihre Verschleppungstaktik beim Ausbau der Kernenergie haben sie zum derzeitigen Ausmaß des Waldsterbens beigetragen“ (18).

Schon eine einfache Kostenrechnung belegt, daß AKWs nicht eine Alternative zu den alten Kohlekraftwerken sein können: „Wenn man mit Kernenergie das Problem lösen wollte, dann müßte man rund 30 Atomkraftwerke bauen. Das wären Investitionen von ca. 190 Milliarden DM, ohne Folgekosten. Um die jetzigen Kohlekraftwerke zu entschleunigen, die nicht ohnehin schon in den kommenden Jahren stillgelegt werden, wäre ein Finanzvolumen von ca. 5 bis 8 Milliarden Mark notwendig, also etwa soviel, wie ein einziges Atomkraftwerk kostet“ (19).

Daß Strauß nichts gegen das Waldsterben unternehmen will, sondern mit derartigen Äußerungen nur die Interessen der Atomlobby vertritt, bewies er selbst, als er bei der Überprüfung der Grenzwerte der TA-Luft forderte, daß „die wirtschaftlichen Erfordernisse wieder stärker als in den letzten Jahren zur Geltung kommen“ müßten (20).

Um auf das Waldsterben aufmerksam zu machen, erhielt sein Parteifreund Zimmermann kürzlich vom BBU eine abgestorbene Weisstanne aus dem Schwarzwald ob reich. Ob er sie sich als Weihnachtsbaum ins heimische Wohnzimmer stellt?

## Anmerkungen

1. „Stern“, 28.10.82
2. „Natur“ 6/82, hieraus auch alle weiteren Angaben zur TA-Luft
3. „Spiegel“ Serie Nov. 81
4. „Spektrum der Wissenschaft“, 12/79
5. siehe 3
6. „Frankfurter Rundschau“, 29.9.82
7. siehe 3
8. siehe 2
9. Dieter Teufel, Kohle: Konzept einer umweltfreundlichen Nutzung, Fischer-TB, S.82
10. „Spiegel“, 20.9.82
11. „Spiegel“, 20.9.82
12. „Umweltmagazin“ des BBU, 8/82
13. siehe 3
14. „Spiegel“, 20.9.82
15. „Göllinger Atomexpress“, 8/82
16. siehe 8
17. siehe 2
18. „Spiegel“, 10.9.82
19. „Die Welt“, 16.8.82
20. Dieter Teufel, Energie-Experte beim Heidelberger Institut für Energie- und Umweltforschung (IfEU) nach: „Saurer Regen. Ursachen, Folgen, Gegenmaßnahmen“, Verlag Köhler Volkseblatt, 8.73
21. siehe 2

AKW-Nela-Kommission

sekretär Nelles, zuständig für das Gesundheitsministerium (?), als „Alibi“ mittel zur Lösung des SO<sub>2</sub>-Problems angesprochen. In der Fachzeitschrift

„Staub“ hatte er die Rauchgasentschwefelung „unter dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Frage“ gestellt.

Gegenwärtig gilt die Empfehlung, die Emissionskonzentration für SO<sub>2</sub> aus neuen Kohlekraftwerken auf 60 mg/m<sup>3</sup> festzulegen, aber das ist kein Gesetz, so daß immer wieder höhere Werte in den Betriebsgenehmigungen erlaubt werden. Der Essener Steag AG wurde bei der 2. Teilgenehmigung und Betriebsgenehmigung für ihr Kraftwerk Lünen vom 29.12.81 erlaubt, „nach Entschwefelung“ eine SO<sub>2</sub>-Konzentration von 850 mg/m<sup>3</sup> in die Luft zu blasen. Für die Inbetriebnahme der Entschwefelungsanlage wurde eine Frist von zwei Jahren eingeplant, bis dahin dürfe die SO<sub>2</sub>-Konzentration „den Emissionswert von 2950 mg/m<sup>3</sup> nicht überschreiten“. Doch damit nicht genug: Bei einer eventuellen Störung darf das Kraftwerk bis zu 3624 mg/m<sup>3</sup> SO<sub>2</sub> ausstoßen. Bereits einige Milligramm können gesundheitliche Schäden verursachen.

Auch in Sachen Naturschutz ist der Entwurf eine Fatale. Tiere und Pflanzen werden nur dann als schützenswert angesehen, wenn sie sich in Naturparks und Naturschutzgebieten befinden und zudem einen „bedeutenden Bestand“ aufweisen können. Im Klartext: Ob es schon vom Aussterben bedrohte Tiere und Pflanzen sind der Mühe, geschützt zu werden, nicht wert, bzw. dürfen außerhalb solcher Schutzzonen „im Interesse der Allgemeinheit“ geopfert werden.

Im Neuentwurf der TA-Luft haben die Grenzwerte für Schwefeldioxid unverändert Eingang gefunden, jedoch soll durch die „Verringerung der Beurteilungsfläche von 4 km<sup>2</sup> auf 1 km<sup>2</sup> de facto eine Verschärfung der Immissionswerte um bis zu 30% erreicht“ werden. Gegenwärtig wird auf einer Fläche von 4 x 4 km um den Kraftwerkstandort die vorhandene Konzentration an Schwefeldioxid in der bodennahen Luft gemessen. Bei den heutigen Schornsteinhöhen, wo der Dreck nicht in unmittelbarer Nähe des Kraftwerkes runterkommt, eine Verringerung der Meßfläche als Verschärfung

Gegen die Möglichkeit, den Giftauststoß durch nachträgliche Anordnungen zu mindern, bietet die Klausel der „wirtschaftlichen Unvertretbarkeit“ im Paragraphen 17 des Bundesimmissionschutzgesetzes der Industrie hinreichende Abwehrchancen, die auch nach Kräften genutzt wurden.

Die Haltung der Industrie auf den Punkt brachte der Geschäftsführer des Gesamtverbandes des deutschen Steinkohlbergbaus, Jochen Seeliger, der einen britischen Kapitalisten zitierte, nach dessen Kalkulation „es zwei Millionen Pfund Sterling kosten würde, um ein Kuogramm norwegischen Lachs am Leben zu erhalten — da verzichten wir lieber gleich auf beides, die teuren Entschwefelungsanlagen und den delikaten Edelfisch (12).

## Bonner „Luftreinhaltepolitik“

Die Bonner „Luftreinhaltepolitik“ findet ihre gesetzliche Grundlage im Bundesimmissionschutzgesetz und der ebenfalls 1974 verabschiedeten Technischen Anleitung Luft, kurz TA-Luft genannt.

## Fernwärme um jeden Preis...

Die Ruhrkohle-Tochter Steag, die sich vor fünf Jahren den Bau zweier Steinkohlkraftwerke in Dorsten (NRW) behördlich genehmigen ließ, wollte nun auf Nummer sicher gehen.

Obwohl der Bau von Betreiberseite noch gar nicht in Aussicht steht, hatte sich die Steag vom grünen Stadtrat die Zustimmung eingehandelt. Danach soll die jährliche Luftverpestung von 16.000 Tonnen SO<sub>2</sub> pro Jahr (so die Genehmigung) auf nunmehr 12.000 Tonnen reduziert werden und von der Steag die Voraussetzung geschaffen werden für die spätere Auskopplung von Fernwärme aus diesen Kraftwerken.

Neben der Tatsache, daß niemand bisher weiß, wer die entsprechende Wärmemenge abnehmen soll, hat der grüne Politiker seine gerichtliche Klage gegen die Steag daraufhin zurückgezogen und dem Projekt ganz „alternativ“ im Stadtrat zugestimmt.

Da mag auch der notariell besiegelte Vertrag, wonach das Deutsche Rote Kreuz eine Spende von einer Million Mark erhält, wenn die Steag ihre Zusagen bricht, den bitteren Beigeschmack nicht beseitigen. Wer weiß schon genau, was diese Summe im Stadtrat wirklich wert ist. (Zahlen nach „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 23.7.82)



Die Lage

Die CDU redet noch ganz nüchtern von einer "Veränderung der Einstellung eines Teils der Bevölkerung zu den Grundwerten menschlichen Zusammenlebens" zwischen Unterdrückten und Unterdrückten. "Diese negativen Veränderungsprozesse in der Gesellschaft erfordern eine geschlossene Abwehrhaltung", meint die CDU. Stümper langt da gleich mit beiden Händen tief ins Kulturkritisch-philosophische: "Wir leben in einer Zeit des totalen Umbruchs. Bislang als unerschütterlich geltende Werte sind von Grund auf in Frage gestellt." Nicht nur das Abendland, gleich die ganze Welt treibt dem Untergang entgegen. "Zeiten eines solchen epochalen Umbruchs und einer damit gegebenen hohen Labilität der Menschheit bringen in ganz besonderer Weise schwerwiegende Sicherheitsprobleme mit sich." Aus dem weltanschaulichen Brei seiner wahrlich stümperhaften Philosophie hat sein Polizeisternhörnchen den Ausweg gefunden: da bedarf es eines "festen Konzeptes", einer "übergreifenden, strategisch geplanten, griffigen Systematik", um die Menschheit wieder in den Griff zu kriegen.

In Gefahr ist der Staat. Wie für die CDU ist auch für Stümper der kapitalistische Staat oberster Wert überhaupt, von dessen Stärke die "Überlebenskraft eines Volkes" abhängt (S. 28 — Anm. 1). Er ist Staatsschützer im umfassenden Sinn des Wortes.

Der Feind

Volk und Staat sind, so Stümper, durch den inneren und äußeren Feind in ihrer Existenz bedroht. Die Systematisierung des Feindbildes, auf das die Polizei abgerichtet werden soll, ist das eigentliche ideologische Anliegen von Stümper: "Systematisierung der Verbrechensbekämpfung". Das Feindbild der 70er Jahre, das der Terroristen bzw. Sympathisanten, reicht in den von Stümper erwarteten "kritischen Zeiten ernsthafter Bedrohungen der inneren Sicherheit durch mannigfaltig verstreute innere Unruhen" (S. 44) nicht mehr aus. Für Einsätze gegen wirkliche Mörder- und Volkseigenen muß der einschießende Feind erst noch vorbereitet werden. Schließlich ist er auch "ein Bürger mit Herz und Verstand". In der vorliegenden Ideologie der politischen und publizistischen Aufklärung sind die Bedrohungen von innen und außen, die die Existenz des Staates gefährden, nicht zu trennen. Stümper will das Feindbild zurückrücken, indem er die Verbindung zwischen inneren Auseinandersetzungen (vor allem, was die Friedensbewegung angeht) und der äußeren Bedrohung zieht.

Tagen sogar auf sie schießen soll. Stümper will das Feindbild zurückrücken, indem er die Verbindung zwischen inneren Auseinandersetzungen (vor allem, was die Friedensbewegung angeht) und der äußeren Bedrohung zieht.

"In den Aufgabenbereichen von Bundeswehr, Polizei und Nachrichtendienst sind zunehmend Lagen denkbar, wo militärische Einwirkungen von außen und subversive Aktionen von den nicht nur erst im Ernstfall zusammenwirken, sondern lange Zeit voraus systematisch geplant, netzplanmäßig vorbereitet und in einem langfristigen Ablauf genau aufeinander abgestimmt durchgeführt werden" (S. 24). "Die Beeinflussungs-, Bekämpfungs-, u. U. Vernichtungsstrategie setzt für sie" — die feindlichen Mächte mit "der Zielsetzung einer Weltrevolution" — "schon weit im Vorfeld des Friedens ein. Sie muß deshalb als ganzes erkannt werden" (S. 26).

Es ist dies die klassische Verschwörungstheorie, wie sie die Nazis mit ihrer "jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung" recht erfolgreich als Schreckgespenst aufgebaut hatten: ein umfassender Angriff zur Vernichtung eines Staates bzw. Volkes, der auch von innen heraus geführt wird und gegen den man sich mit allen Mitteln zur Wehr setzen muß. (Anm. 2) Das Verfahren hatte schon Carl Schmitt, Theoretiker des totalen Staates und führender Kopf unter den NS-Juristen, beschrieben. Die "Notwendigkeit innerstaatlicher Befriedung führt in kritischen Situationen dazu, daß der Staat den inneren Feind bestimmt". Dies geschehe beispielsweise durch "scharfere oder mildere, ipso facto eintretende oder aufgrund von Sondergesetzen justizförmig wirksame, offene oder in generellen Umschreibungen versteckte Arten der Ächtung, des Bannes, der Proskription, der Friedlosigkeit, der hors-la-loi-(vogelfrei)-Setzung", rassistischer, religiöser oder politischer Minderheiten. (Anm. 3)

In der Innenpolitik hat sich die neue Bundesregierung bisher zurückgehalten. Das Regierungsprogramm zu diesem Punkt ist unkonkret, und selbst Law-and-Order-Fanatiker Zimmermann (CSU) sagt, daß derzeit, das heißt für ihn bis zur nächsten Bundestagswahl, "kein aktueller Entscheidungsbedarf" bestehe ("Spiegel" 43/82). Die CDU/CSU setzt auf zeitweiliges Stillhalten (der Strauß-Wahlkampf 1980 steckt ihr noch tief in den Knochen), um erst einmal die absolute Mehrheit und damit eine Scheinlegitimation für ihre Vorhaben zu gewinnen. Dieser Artikel soll einen Eindruck geben, was tatsächlich unter einer CDU/CSU-Regierung in Sachen Polizeistaat zu erwarten ist. Grundlage der Untersuchung sind die "Thesen der CDU für die innere Sicherheit" vom August 1982 und das Buch des baden-württembergischen Landespolizeipräsidenten, Sicherheitsstrategen und Hauptfachwortgebers der CDU/CSU für Polizeifragen, Alfred Stümper: "Systematisierung der Verbrechensbekämpfung — Die Herausforderung von Politik, Justiz und Polizei durch eine sich tiefgreifend verändernde Sicherheitsproblematik" (Stuttgart, München, Hannover 1981). Während die CDU-Thesen auf Außenwirkung berechnet sind, wendet sich Stümper an den Apparat selber, an die mittleren und unteren Chargen der Polizei und an die "Sicherheitsexperten" der bürgerlichen Parteien. Daher tritt die anti-demokratische, menschenfeindliche und totalitäre Staats- und Gesellschaftskonzeption bei ihm deutlicher hervor und wird systematischer entwickelt als in der CDU-Propaganda. Der ideologische Gleichklang ist dennoch unüberhörbar und jetzt sich bis in die Formulierungen fort, so daß gelegentlich nicht zu unterscheiden ist, was von wem abgeschrieben hat. Dieser Artikel geht nicht auf die geplanten oder geforderten Einzelmaßnahmen ein (dazu siehe AK 222, S. 32/33), sondern auf die generelle Ausrichtung der Politik; auf das, was mit der "Wende" vor allem gemeint ist: Eine weitere Formierung des Staatsapparates und der Gesellschaft mit Blick auf die zu erwartenden Klassenkämpfe, Unruhen und Kriege der 80er Jahre.

Die Wende

Sicherheits-Staat total

Die Behandlung der Friedensbewegung als Feindobjekt ist nur einer der vielen neuen Anwendungsbereiche dieser Methode. Stümper kommt auch auf den gesamten Bereich der Arbeiterkämpfe zu sprechen unter den Stichworten "Wirtschafts- und Industriespionage" und "direkte und indirekte Wirtschaftssabotage" (S. 103). Hauptaufgabe in diesem Bereich ist für ihn "das Fernhalten von potentiellen Spionen, Saboteuren und Aufwieglern", um die Systematisierung der politischen Interventionen und eine Aufhebung von Betäubungseffekten" sowie die gezielte Störung des Sozial und Wirtschaftssystems durch staatliche Organe und staatsfeindliche Kräfte zu verhindern (S. 103ff). "Wenn diese weit hin bestehenden Sicherheitslücken nicht beherrschbar sind, muß abgeleitet werden, lassen wir Entwicklungen zu, die permanent zu einer Reduzierung des Wohlstandes unseres Volkes, einer weit sich öffnenden Anfälligkeit unserer Sicherheitsinteressen und u. U. sogar zu einer hochgefährlichen Existenzbedrohung unseres Staates führen" (S. 106).

Stümper will das Feindbild zurückrücken, indem er die Verbindung zwischen inneren Auseinandersetzungen (vor allem, was die Friedensbewegung angeht) und der äußeren Bedrohung zieht.

**Logo**  
„Das Phänomen des Terrorismus ist aus der politischen und sozialen Struktur der Bundesrepublik Deutschland nicht zu rechtfertigen. Denn in der Bundesrepublik Deutschland gibt es ein Höchstmaß an politischer Freiheit und sozialer Sicherheit. Dies muß im Bewußtsein eines jeden Bürgers verankert werden. Der Bürger muß sich mit seinem Staat identifizieren.“  
**CDU-Thesen**

Stümper's Vorstellungswelt ist sehr gradlinig: Klassenkämpfe gibt es nicht, und wo dennoch der "Betriebsfrieden" aufgekündigt wird, kann das nur Ergebnis von außergestauter Aufwieglerei und feindlicher Sabotage sein. Dahinter steht das alte Bild der "Volksge-meinschaft", das sozialdemokratische Modell, das immerhin theoretisch Konflikte verschiedener gesellschaftlicher Gruppen annimmt, die dann im staatlichen Rahmen ausgeglichen werden, hat darin nichts zu suchen. Wo Teile des Volkes gegen den Staat, gegen "das Ganze" aufstehen, kann das nur — so haben schon die Nazis gewettert — auf "volksfremde" Einflüsse zurückgehen. Die Massenverachtung dieses Weltbildes setzt sich bis in die Anleitungen Stümper's für die konkrete polizeiliche Alltagspraxis fort. Die Teilnehmer an Massenaktionen sind demzufolge so zu

behandeln wie Feinde. Stümper will das Feindbild zurückrücken, indem er die Verbindung zwischen inneren Auseinandersetzungen (vor allem, was die Friedensbewegung angeht) und der äußeren Bedrohung zieht.

Anderserseits habe man es zu tun mit "Kräften, die diesen Staat ablehnen und ihn letztlich vernichten wollen". Bestrebungen, die in einer bloß negativen Kritik die Erfüllung ihres menschlichen, gewalttätigen und bürgerlichen Auftrages sehen. Unzufriedenheit, die sich gegenwärtig regieren wollen, und durch Krawallmachen die Notwendigkeit der neuen Ordnung zu zeigen. Stümper will das Feindbild zurückrücken, indem er die Verbindung zwischen inneren Auseinandersetzungen (vor allem, was die Friedensbewegung angeht) und der äußeren Bedrohung zieht.

In der grundsätzlichen Tendenz werden die gesellschaftlichen und sozialen Spannungen weiter, und zwar wohl sehr erheblich, zunehmen. ("Die Po-

lizei" 1/82, S. 4). Stümper nennt in diesem Zusammenhang ausdrückliche Jugendarbeitslosigkeit, Arbeiterkämpfe und nachlassende Integrationskraft des DGB, Ausländer v. a. der zweiten Generation ("spezielles Unruhepotential") und die "Zunahme echt Obdachloser", (ebd.).

Konsequenz stellt er die "Frage, wie man sich gegenüber Arbeitsscheuen, Gammlern und Alkoholikern verhalten soll, ob diesen die volle Freiheit des Dahinlebens gegeben werden soll (allen diese Formulierung sagt viel über Stümper's rein pragmatisches Verhältnis zu grundgesetzlich garantierten persönlichen Freiheitsrechten) ... oder ob man sich eben doch zu gewissen Eingriffsmaßnahmen im wohlverstandenen Interesse der Betroffenen entschließt" (S. 16). Die CDU meint dazu: "Freie und staat-

liche Träger der Wohlfahrtsflüge und Bürger auf eigener Initiative müssen überall da helfend eingreifen, wo Asten sich dem Verbrechen zu nähern drohen." Stümper geht noch einen Schritt weiter: "Hier muß man auch den gesetzgeberischen Mut aufbringen, für diese jungen Leute — uns zwar auch eingreifend — zu sorgen. Dabei ist realistisch zu sehen, daß die Freude an der Arbeit, die Freude am selbst geschaffenen Verdienst sich nicht sofort einstellen, wenn doch hier ein gewisser Anreiz mangelhaft gegeben ist und nachhilfe durchgeführt werden muß" (S. 110). Mit packenden Worten: Zwangsarbeit und Arbeitslos ist die Legende ist allmählich ein sozialpolitisches Signalwort.

Ideologische Gleichschaltung der Gesellschaft

Ideologische Ausrichtung der Bevölkerung spielt in den Konzepten der

Ideologische Gleichschaltung der Gesellschaft

Die ideologische Ausrichtung der Bevölkerung spielt in den Konzepten der "Inneren Sicherheit" eine Hauptrolle. Für die CDU ist die "innere Sicherheit gemeinsame Aufgabe aller Bürger. Die vorübergehende Verbrechensbekämpfung ist eine wesentliche Aufgabe aller staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen". Die gesamte Innenpolitik soll unter das Primat der "vorübergehenden Verbrechensbekämpfung" gestellt werden. Ausnahmslos alle gesellschaftlichen Institutionen sollen diesem Konzept untergeordnet und in diesem Sinne gleichgeschaltet werden. Gefordert ist die "absolute Achtung jeder nicht legitimen Gewaltanwendung oder Verrückung des Verbrechens in Tat, Wort oder Schrift", also noch ein Stück über die bisherigen §§ 88a und 130a hinaus). "Dies zu verdeutlichen, sind vor allem Presse, Rundfunk und Fernsehen, die Schulen und Hochschulen, Kirchen und Verbände aufgerufen. Jeder, der Gewalt verhandelt, macht sich mit-schuldig. Der Vermittlung der Rechtsordnung an unseren Schulen und Hochschulen gilt unsere besondere Aufmerksamkeit." In der planmäßigen Einwirkung auf Kinder und Jugendliche sieht auch Stümper seine "zentralste Schwerpunktaufgabe" (S. 76). Bei der Ausrichtung dieses Bereichs soll die Polizei wesentlichen Einfluß üben. Es sei richtig, "schon sehr frühzeitig, nämlich im Kindergarten, ein Vertrauensverhältnis zwischen Kindern und ihren Polizeibeamten, auch als Repräsentanten des Staates, zu schaffen." (S. 19). In der Schule will Stümper "die richtige Einstellung zu den Mitmenschen und zur Umwelt" geschaffen wissen. "Egoismus, Klassendenken usw. muß schon frühzeitig im kindlichen Verständnis entgegengewirkt werden" (S.

17). Den Schülern soll "die so wichtige, richtige Einstellung zum Staat, seinen Gesetzen und seinen Organen" einge-drückt werden. "Der Staat ist ein Instrument der Gemeinschaft, nicht jedoch ein anonymes, kapitalistischer Bosheit, den man laufend nur beschimpfen und schröpfen kann." (S. 18).

Auf dem so geschaffenen staatsbürgerlichen Bewußtsein soll "eine gesunde und effektive Einstellung zur Sicherheit" aufgebaut werden; "Vertrauen in den Staat", ein "positives Verhältnis zur Rechtsordnung", "grundsätzliche Verantwortlichkeit eigenen strafbaren Verhaltens" und schließlich ganz besonders "das notwendige Gespür, wann man den staatlichen Organen bei der Verfolgung strafbarer Handlungen zu helfen hat (Anzeigeverhalten; Zeugenschaft)". (S. 18).

Zu diesen Zielen müsse auch die Familienpolitik beitragen, denn die "Familie gibt der Jugend Halt, Orientierung und lebensmäßige Zielsetzung". Jugendhäuser dagegen müßten in jedem Fall einer "sorgfältigen, fachkundigen und engagierten Betreuung" unterliegen, sonst würden sie zum Gefahrenherd, "da sich dann dort Einflüsse breitmachen könnten, die es mit unserer Jugend nicht gut meinen." (S. 14f). Bei der Durchsetzung der "vorübergehenden Verbrechensbekämpfung" als einem zentralen Inhalt der Schul- und Jugendpolitik ist Stümper keineswegs bereit, sich auf den Selbstlauf zu verlassen. Er verlangt kategorisch "die Verbindlichkeit des entsprechenden Lehrstoffs" und die "Verpflichtung der Lehrkräfte zu einer entsprechenden Aus- und Fortbildung" (S. 19f). Als oberster Polizist im Lande will er auch in diese Bereiche hinein blicken und er verlangt mehr als nur formale Gehorsam.

"Im Grunde entscheidend muß jedoch sein, ob diese schulischen Maßnahmen aus innerer Überzeugung und mit innerem Engagement betrieben werden oder ob man sie doch mehr oder weniger lustlos und zwangsweise 'abwinkt' oder gar hinter vorgehaltener Hand Negatives sagt, weiter gibt oder Grund anliegen durch Relativierung praktisch ins Gegenteil verkehrt." (S. 19f). Bloße Pflichterfüllung reicht in diesem Apparat nicht mehr aus, es muß jeder "aus innerer Überzeugung und mit innerem Engagement" ohne jeden Vorbehalt hinter diesem Staat stehen.

Das Konzept des Polizei-Staates

Ilka-Chef Herold hatte 1973 geschrieben, aufgrund ihres "einzigartigen Erkenntnisprivilegs" müsse sich die Polizei "zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen" wandeln, zu einer "gleichsam gesellschaftsanalitischen Einrichtung". Stümper nimmt diesen Gedanken auf.

"Menschliche, gesellschaftliche, staatliche und speziell gesetzliche Strukturen kann die Polizei nicht von sich aus ändern. Sie kann jedoch — und muß es meines Erachtens auch — aus ihrem

„richtung“ Stümper nimmt diesen Gedanken auf. "Menschliche, gesellschaftliche, staatliche und speziell gesetzliche Strukturen kann die Polizei nicht von sich aus ändern. Sie kann jedoch — und muß es meines Erachtens auch — aus ihrem reichen Erfahrungsschatz mit konkreten Anregungen hervorgehen; diese sind zu begründen und auch zur politischen Durchsetzung kasuistisch auszubereiten." (S. 71). Das Ziel ist eine "Raumdeckung" im kriminellen Bereich, seinen Randgebieten und seinem Vorfeld. "Das erfordert 'strukturelle Vorbeugungen'. Vorgehen, 'wobei kraft der weit ressortübergreifenden Bezüge die Polizei gehalten aber auch aufgerufen ist, sowohl sicherheitsrelevantes allgemeines Problembewußtsein zu fördern als auch konkrete Anregungen zu geben und insoweit initiativ zu werden.'" (S. 55f).

Das heißt nichts anderes, als daß die Polizei sich für jedes gesellschaftliche Problem als zuständig betrachten kann und soll. Denn jeder Widerspruch in der Gesellschaft läßt sich mühelos als "Randgebiet" oder "Vorfeld" des "kriminellen Bereichs" definieren. Jede Innen-, Sozial-, Bildungs- oder Rechtspolitik kann man — wie oben die Jugend- und Familienpolitik — unter das Vorzeichen der "strukturellen Vorbeugung" stellen. Es wird also eine umfassende politische Rolle propagiert, die die Polizei zu spielen hätte — eine offensive Abkehr von der ressortmäßigen Beschränkung, die ihr nach den Erfahrungen des Faschismus auferlegt worden war.

Als Pragmatiker — und da geht er über Herold hinaus — macht sich Stümper auch Gedanken über eine "meinungsbildende Durchsetzungsstrategie" für seine gesellschaftspolitischen Ziele. Hauptthemen sind für ihn die "durch das demokratische Prinzip gegebenen erheblichen Umsetzungs- und Durchsetzungsschwierigkeiten" seiner Rezip-

Fortsetzung nächste Seite



te, die durch den föderalistischen Staatsaufbau (Polizeikompetenz bei den Ländern) noch "multipliziert, ja potenziert" würden. (S. 38). Er faßt nun aber nicht in den Fehler, gegen Demokratie und Federalismus zu polemisieren; vielmehr entwickelt er eine Durchsetzungsstrategie, die diese Prinzipien zur bloßen Fassade macht.

Zunächst einmal müßten sich "die planenden Stellen, insbesondere die Regierung und die im Sicherheitsbereich Verantwortung Tragenden, ... klare Vorstellungen über die Aufgabenverteilung und Aufgabenbewältigung machen." (S. 33) Dazu sei vor allem eine "klare Lagedarstellung" notwendig, die durch "polizeiliche Stabsarbeit auf Musterumsebene" (S. 66) selbstverständlich von Polizei und Geheimdiensten selber geliefert wird. Lagedarstellungen zu erarbeiten und längerfristige Herrschaftsstrategien zu entwickeln, soll Aufgabe einer neu zu schaffenden Generaldirektion Innere Sicherheit sein, als deren Chef sich Stümper schon im Geiste sieht (Anm. 4). "Nur ein den obersten Entscheidungsträgern verdeutlichtes Wissen um die Notwendigkeit einer konstanten Verfolgung bestimmter kriminalpolitischer Sachziele" gewährleistet, daß sich diese Ziele — auch gegen demokratischen Protest oder den Druck von Massenbewegungen — durchsetzen lassen

Schädlingsbekämpfung  
„Wirksame Beseitigung von Ordnungsstörungen ... machen den Einsatz modernster Technik unabdingbar“,  
CDU-Thesen

CDU-Thesen

Die Debatte unter den "obersten Entscheidungsträgern" sollte so weit wie möglich hinter verschlossenen Türen geführt werden. "Das Sachanliegen sollte erst möglichst spät in die parteipolitische Auseinandersetzung geraten" (S. 35), denn: "Es ist geradezu zum System der sich den sicherheitspolitischen Grundanliegen entgegenstellenden Kräften geworden, durch eine rasche Ideologisierung, oft unter geschickter Einführung sich rasch multiplizierender Reizworte (Todesschuß, Isolationsfolter, Schnüffelstaat) Sachanliegen von vornherein politisch-ideologisch abzustempeln und damit einer sachlichen Behandlung zu entziehen." "Dadurch seien 'wesentliche kriminalpolitische Anliegen' auf der Strecke geblieben (S. 36). Es gelte daher für die Zukunft, "sorgfältig darauf zu achten, daß entsprechende Anregungen bewußt in eine zurückhaltende Form gekleidet werden", um auszuschießen, "daß Grundsatzprobleme vorzeitig in das politische Licht gezogen" werden (S. 62).

Hier geht es nicht nur darum, Projekte ohne jede kritische Diskussion in der Öffentlichkeit abzuwickeln. Es geht auch darum, systematisch politische Parteien und Parlamente in eine bloße Statistenrolle zu drängen. Die Sachentscheidungen sollen gefallen sein, bevor dort überhaupt politisch diskutiert werden kann, und zwar durch fughendichte Vorabvereinbarung der "politischen Entscheidungsträger" und der Polizei, die damit ihre Rolle als bloß ausführendes Organ endgültig abstreift.

Für den Polizeiapparat, konkret für das von ihm konzipierte neue Reichssicherheitshauptamt, reklamiert Stümper darüberhinaus auch eine Erfolgskontrolle über alle "sicherheitsrelevanten Maßnahmen".

"Nur so werden Regierung und insbesondere die Parlamente in die Lage versetzt, ihre Entscheidungskompetenzen, vom Haushalt bis zur Gesetzgebung, sinnvoll auszuüben." (S. 63)

Letztlich geht es um eine Neuform des eigentlichen Kerns des Staatsapparates, um einen festen Block von Regierungsspitze, Polizei, Geheimdiensten und Bundeswehr, auf dessen Entscheidungen Parteien, Parlamente, Medien und demokratische Öffentlichkeit keinerlei Einfluß mehr haben. Nur so, dann ist Stümper sich sicherlich mit den entscheidenden Leuten der CDU/CSU einig: laßt sich in einer Zeit sich zuspitzender Knessen eine "Sicherheitspolitik aus einem Guß" (Stümper, S. 56) durchsetzen.

Wir können auch anders  
„...innere Sicherheit und sozialer Friede als Voraussetzung der persönlichen und politischen Freiheit...“  
(CDU-Thesen); oder: wenn ihr nicht Ruhe haltet, ist's aus mit Demokratie und Freiheit

„...die hier den Staat madig machen...“

Auf dem Weg zum totalen Sicherheitsstaat sind alle ein Hindernis, die sich nicht bedingungslos in eine formierte, ideologisch gleichgeschaltete Gesellschaft einpassen wollen, die womöglich gar gegen diese Entwicklung Kritik anmelden. Gegen sie richtet sich der ganze Haß dieser Polizeiköpfe:

"Gerade im Interesse einer gesunden Liberalität und eines freien Klimas in unserer Gesellschaft ist es erforderlich, gezielt gegen diejenigen vorzugehen, die hier den Staat 'madig' machen. Es gibt nicht nur eine chemische, sondern darüber hinaus auch eine allgemein menschliche und politische Umweltverschmutzung, die sich gerade auf unsere Kinder und Jugendlichen verheerend auswirken kann. Auch in unserer Zeit gibt es 'Schreibstüchler', die ohne Rücksicht auf die Wertungen der Welt schwerwiegenden Jugend noch völlige Irritation beschreiben. ... Eine Kriminalpolitik, die die geistigen Verführer ungerührt läßt und ihre Machtmittel nur gegen die Verführten ... einsetzt, ist schon im Ansatz verfehlt." (Stümper, S. 70).

In diesen Haß Tiraden hört man das "Aufräumen bis zum Rest des Jahrhunderts, daß keiner von diesen Banditen es wagt, in Deutschland noch das Maul aufzumachen" von Strauß her-

aus. Die Affinität zu faschistischer Ideologie und Praxis liegt offen zutage. Auch bei den Nazis gehörten die kritischen, "zersetzenden" Intellektuellen und "Volksvergifter" (wogar die Metaphern gleichen sich!) zu den Hauptangriffszielen zunächst ihrer Demagogie und dann ihrer Mordkommandos. Die CDU stößt ins selbe Horn: "Der Staat ist aber berechtigt und verpflichtet, allen Kräften entgegenzutreten, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen. Eine solche Bedrohung geht auch von denen aus, die alles in Frage stellen und aus vermeintlich höherer Einsicht entschlossen sind, sich über Gesetz und Ordnung hinwegzusetzen, und Rechtsbrüche verharmlosen." Man sollte sich da keinen Illusionen hingeben. Gerade auf dem Gebiet der offenen Gesinnungsverfolgung und -justiz wird eine CDU/CSU-Regierung erheblich breiter und massiver vorgehen als bisher die sozialliberale Koalition. Sie wird mit allen Mitteln versuchen, jede staats- und polizeikritische Stimme zum Schweigen zu bringen. Neben polizeilich-junkstischen Methoden wird eine breit angelegte Hetze gegen diejenigen eine große Rolle spielen, die "alles in Frage stellen" und die "den Staat madig machen" wollen. Besonders gilt das für die Kritik am Polizei- und Geheimdienstapparat selber: "Die Sicherheitsorgane repräsentieren im freiheitlichen Rechtsstaat den Verteidigungswillen der Gemeinschaft. Deshalb ist jeder Versuch, den Einsatz rechtsstaatlicher Mittel gegen Verbrecher zu diskriminieren, ein Angriff gegen die von der Mehrheit der Bürger bejahte staatliche Ordnung" (CDU-Thesen).

Die Kritik an den Tendenzen zum Polizeistaat, die Aufdeckung der Machenschaften dieser Herren des Morgengrauens ist die Stelle, wo sie zu treffen sind. Stümper beispielsweise weiß genau um die Verletzlichkeit seiner Pläne, wenn sie "ins politische Licht gezogen" werden. "Wenn die gewollte positive Zielsetzung dadurch kaputt gemacht wird oder man sich kaputt machen läßt, daß man diesen Staat als 'Überwachungs- und Schnüffelstaat' mit überzogenen repressiven oder gar faschistoiden Tendenzen beschimpft oder beschimpfen läßt, geht die sicherheitspolitische Rechnung nicht mehr auf." (S. 70). Wir sollten dies durchaus als Ermunterung begreifen

Ein Genosse aus Freiburg

Anmerkungen

(1) Untermischt ist diese Staatsverständnis mit einem Volksbegriff der eindeutig rassistische Züge trägt. Ausländer sind für Stümper eine "Belastung für die eigene Bevölkerung" (S. 87). "Die kriminellen Anfalligkeiten

sind ethnologisch unterschiedlich" behauptet er (S. 85), und die Gebräuche und Einstellungen von Ausländern hätten "Auswirkungen auf das Zusammenleben, den Werdegang und das Schicksal eines Volkes" ("Die Polizei", 1/82, S. 2). Schon 1979 war es Stümper, der der ausgesucht unmenschlichen Ausländerpolitik der baden-württembergischen Landesregierung die Stichworte lieferte, als er 90 % der Asylbegehren von vornherein jede Berechtigung absprach.

(2) Konstat heißt das für Stümper: "Das gemeinsame der Pläne von Polizei und Militär in diesem Bereich muß als etwas ganz Normales gesehen werden. Es darf nicht zu einem staatspolitisch-moralischen Nasenrumpfen führen, als ob es sich dabei um staatlich erwidrigte Beziehungen handeln würde." (S. 26)

(3) Carl Schmitt: Der Begriff des Politischen. Hamburg 1933 S. 28 f.

(4) In Baden-Württemberg hat Stümper diesen Posten, er hat seine strukturellen Vorstellungen dort bereits durchsetzen können. Die Abteilung III des Innenministeriums wurde in Landespolizeipräsidium umbenannt und "zu einer echten polizeilichen Führungsstelle auf Landesebene" ausgebaut. Zu ihm gehört ein Planungstab und ein eigenes Einsatzreferat mit Lagezentrum, von dem aus die gesamten Polizeikräfte des Landes und insbesondere die Sondereinheiten dirigiert werden können. Ein Schwerpunkt ist "konzeptionelle Arbeit zur vorbeugenden Verbrechensbekämpfung". Die Verschmelzung von Polizei- und Regierungsapparat ist damit praktisch vollzogen. (Zitate aus "Polizei-Report" Juni 1979)

„18.12.82 — Punk-Demo in Hannover — um 12.00 Uhr am Kröpcke unter dem Motto: Hannoveraner Untergang — gegen Punkerkartei / Braunkohl / Überwachung / Perlebung / Ehe / § 218 / Zimmermann / Autorität / Dummheit / Heino / AKWs / Packeis usw.“

Nabezu ungerührt von dem öffentlichen Skandal, den die Errichtung einer Spezialkartei über Punks in Hannover ausgelöst hat, sammelt die Polizei weiter. Polizeisprecher Thurn sah Ende November „keinen Anlaß“, die mittlerweile auch vom Datenschutzbefragten kritisierte Anwesenheit am alle Dienststellen, „sämtliche Erkenntnisse über sog. Punks unverzüglich der zentralen Nachrichten- und Auswertungsstelle der Kriminalfachinspektion 7 mitzuteilen“, zu ändern. Der Beamte vor Ort wisse, daß damit nur Erkenntnisse im Zusammenhang mit Straftaten gemeint seien...

Punks kommen als Ratscherm verkleidet — oder war's umgekehrt? Vier von der GABL aus Naha Stadt und in Hannover Foto: Novum

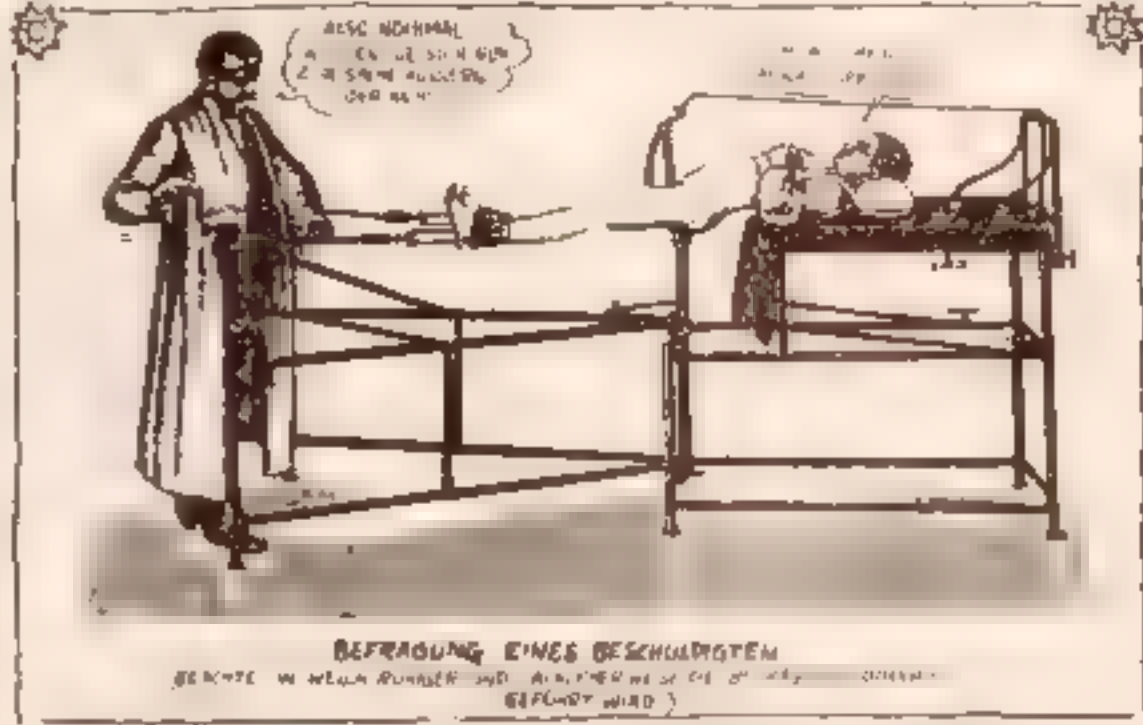


Image-Politur  
„Das Ansehen der Sicherheitskräfte in der Öffentlichkeit muß der Bedeutung entsprechen, die ihnen für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zukommt. Der Staat und die politisch Verantwortlichen im Staate müssen sich ihrerseits auch in der Öffentlichkeit zu den Sicherheitskräften bekennen und sie dort verteidigen, wo sie in schwierigen Situationen unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens tätig werden.“

Und an wen denkt die CDU dabei ganz besonders? Richtig. An die armen, bemitleidenswerten Schließer im Knast, die keiner so richtig zu würdigen weiß. Aber die CDU: „Das Sozialprestige und die Attraktivität ihres Berufsbildes sind zu verbessern“. Jawoll!

## »Punker-Kartei« bei Hannovers Polizei

Ein „ganz normaler Vorgang“

sei das, so Polizeisprecher Kassen. Wieso es da allerdings einer speziellen Anweisung bedürfe, konnte er auch nicht erklären. Und: „Über das Loschen haben wir uns bisher keine großen Gedanken gemacht“, gab der Polizeichef freimütig zu (HAZ, 8.11.). In der Kartei — für die noch keine Genehmigung vorlag — waren, wie der stellvertretende Polizeipräsident vermutete, bereits ein „Kreis von höchstens 100 Personen“ erfaßt. Wenige Tage später sind es angeblich „nur“ noch 50 Punks, die registriert wurden (Polizeipräsident Walzer, lt. HAZ vom 9.11.).

Auf die Frage, wie die Polizei die sogenannten Punks identifiziere, antwortete Sporn: „Bis jetzt können wir uns nur an äußerlichkeiten orientieren“, aber jeder wisse, wer gemeint sei (NP,

6.11.).

Ja, die Beamten wissen Bescheid. Am Abend des 28.10. zwangen sie in der U-Bahn Station Kröpcke 12 Jugendliche, den Bahnsteig zu räumen, auf dem sie angeblich vorher Flaschen zerschlagen hatten. — Am selben Abend zwei Hausdurchsuchungen bei Leuten, die unter die polizeiliche Kategorie „Punker“ fielen: Vor der Wohnungstür steht ein Polizist, Pistole im Anschlag. Mit 5 Kollegen stürmt er in die Wohnung. Sie wählen die Zimmer durch, fragen nach einem Unbekannten und geben blöde Kommentare, als sie die Plattenkiste durchwühlen. Kein Wort vom Grund der Durchsuchung. Auf dem Tisch steht eine Flasche Gin, der Polizist legt die Pistole daneben, setzt sich, kippt sich ein Glas ein. Sprüche. Als die sechs wie ein Spuk wieder verschwunden sind, weiß die Frau im-

Fortsetzung nächste Seite









# Geliebtes Deutschland?

Wie Türken(innen) die Deutschen sehen — eine Buchvorstellung

Den Spieß einmal umdrehen: die Türken über die Deutschen zu Wort kommen lassen, das ist das Anliegen des Buches von Dursun Akcam! Der Schriftsteller D. Akcam wurde 1930 in einem anatolischen Dorf geboren, hat lange Zeit als Lehrer in der Türkei gearbeitet und war Mitbegründer der türkischen Lehrgewerkschaft TÖS. Bei ihrem Verbot wurde er verhaftet und verurteilt, später jedoch freigesprochen. Nach dem Militärputsch 1980 ist D. Akcam in die BRD emigriert. Er ist Mitbegründer der demokratischen Zeitung „Demokrat Türkiye“.

Die Türken, schreibt Dursun A. im Vorwort, haben uns Deutschen etwas zu sagen: „Sie haben Schmerzen, Sympathien und Sehnsüchte. Was denken also die Menschen, die seit Jahren Ziel von Angriffen sind, wie haben sie die deutsche Gesellschaft, in der sie leben, und den deutschen Menschen bewertet, was haben sie an diesem Punkt zu sagen?“ (S. 8). Bei der Auswahl seiner Gesprächspartner hat er insbesondere darauf geachtet, „daß verschiedene Ansichten und Überzeugungen wiedergegeben werden. Die Erzähler sind nicht nur Arbeiter, sondern Prototypen aus verschiedenen Bereichen und Überzeugungen, die vom Arbeitslosen, Studenten, Priester, Bürokraten, Handwerker bis zum Gefängnisinsassen reichen. Wenn sie als vielstimmiger Chor die Deutschen, den deutschen Menschen beschreiben, so erzählen sie eigentlich ihre eigenen Dramen“.

Diese so unterschiedlichen „Dramen“ werden dem Leser auf so anschauliche, oft wirklich ergreifende Weise von den Betroffenen selbst nahegebracht, wie es keine Statistik, theoretische Abhandlung über „die Lage der Gastarbeiter“ o.ä. fertigbrächte.

Über dieses Buch zu schreiben, kann dem Autor nicht überlassen werden, es mit dem Urteil „gut oder schlecht“ zu versehen, so wenig, wie man die Beschreibungen der Menschen in diesem Buch, ihr Handeln und die Schlüsse, die sie z. T. aus ganz subjektiven Erlebnissen ziehen, mit „richtig oder falsch“ bewerten kann! Über dieses Buch zu schreiben, kann nur heißen, in Ausschnitten eine Vorstellung davon zu geben, was diese Menschen uns zu sagen haben.

Er hofft, schreibt D. Akcam im Vorwort, daß durch sein „aus humanistischer Sicht“ bearbeitetes Buch einige „große“ Menschen von diesen „kleinen“ Menschen etwas lernen. Ich denke, daß auch wir mit den „großen“ Menschen gemeint sein können und wage zu behaupten: Viele deutsche Linke haben nur „theoretischen“ Kontakt zu Ausländern, indem sie über die Gastarbeiter lesen, Ausländerfeindlichkeit hören etc. Was die Ausländer aber als Ideen und Eindrücke über die Deutschen in ihren Köpfen mit sich herumtragen, sollte sich auch rumsprechen. Dafür ist das Buch eine gute Gelegenheit!

„Die Wesen, deren Anpassung gewünscht wird, sind nicht aus Stein, kein Schnitzholz und erst recht keine zu hütenden Tiere. Auch sie sind Menschen, so wie die deutschen Bürger und Integrationsexperten. Deswegen sage ich, zunächst Achtung vor dem Menschen. Ich denke, daß viele Deutsche an diesem Punkt ein wenig Integration und Anpassung brauchen“ (S. 52).

D. Akcam hat in Hamburg mehrmals vor ausländischen und deutschen Zuhörern aus seinem Buch vorgelesen. Die unterschiedliche Reaktion der Zuhörer hat besonders einige Deutsche nachdenklich gemacht: Während „die Ausländer“ öfter in ein befreutes Lachen ausbrachen, herrschte bei „den Deutschen“ betretenes Schweigen vor. Wenn ihr rausknegen wollten, woran das liegt, müßte ihr das Buch lesen und es unbedingt besonders an eure türkischen Bekannten/Freunde (das Buch ist 2-sprachig) weitergeben.

Eine kritische Bemerkung ist notwendig: Von den 19 Beiträgen in diesem Buch sind nur 3 von Frauen, ein Beitrag ist von einer 9-jährigen Schülerin. Während die türkischen Männer auf 131 Seiten zu Wort kommen, müssen sich die Frauen mit 20 Seiten begnügen. Polemisch könnte Frau fragen, ob D. Akcam meint, daß die türkischen Frauen weniger über ihr Schicksal mit den Deutschen zu sagen haben?

„Ich spüre eine Leere im Leben der Deutschen“

Ayşe Tümen, Arbeiterin, schreibt: „In ihrem Erfahrungsbereich gibt es keine Ideale oder Werte, für die es zu kämpfen lohnt, kein erhabener Glaube beunruhigt sie. Sobald sie von der Arbeit kommen, versuchen viele von ihnen, die Leere mit Alkohol zu füllen. Zu Hause angekommen, trösten sie sich mit dem Anblick des Farbfernsehers. Anschließend geht es ins Bett, und mit der Arbeit in den frühen Morgenstunden geht das monotone Leben weiter.“ (S. 14) „Mir kommt es vor, als ob die Riesenindustrie eben auch ihre Menschen mit zermalmt.“ (S. 15) „Warum sollte ich lügen? Den Menschen, den ich suche, habe ich bisher in der deutschen Gesellschaft nicht gefunden. Natürlich gibt es gute Menschen in dieser Gesellschaft, sogar sehr viele. Aber in gewisser Weise sind auch sie steif, unbefriedigend. In der Mehrheit sind sie Individualisten, egozentrisch, kaltherzig und führen ein farbloses Leben. Ein mechanisches Leben auf mechanischen Schwungradern, ohne Sinn und Ziel“ (S. 13).



Mustafa Tekinez, Lehrer: „Auch untereinander verhalten sich die Deutschen seltsam, so wie man es in anderen Ländern der Welt kaum vorfindet. Es gibt keine gegenseitige Liebe; in allen Beziehungen ist Ich-Bezogenheit und Ablehnung vorherrschend. An diesem Punkt lassen sich hunderttausende Beispiele aufzeigen. Bei einer Zugfahrt zum Beispiel legt eine Frau in einem Abteil für sechs Personen ihre Tasche auf einen Sitz, ihren Mantel auf den anderen, damit sich niemand anders dort hinsetzt. Und das, obwohl die Züge nicht als Besitz ihres Vaters eingetragene sind und jeder, der sein Geld bezahlt hat, Anrecht auf einen Sitzplatz hat. Wenn im Abteil die Zahl der Herren und Damen auf drei angewachsen ist, gilt es als voll. Eine Zeitung, Illustration oder ein Buch in der Hand, lassen sie mit saurem Gesicht daher. Öffnet jemand die Tür und fragt nach einem freien Platz, so kann man meinen, er wolle auf den Rücken der anderen steigen“ (S. 208).

Sait Sekuk, „Halbstarker“, 13 Jahre: „Alter, wenn du mich fragst, Deutschland ist einmalig. Ein zivilisiertes Land, die Menschen zivilisiert, alles zivilisiert. Es gibt alles; du findest, was du suchst. Kannst nach Lust und Laune leben. Jede Menge Frauen, Mädchen, Vergnügen und Freude. Ich sage doch, nichts geht über Deutschland. Aber nur für Kenner! Unsere Ahnen, also die Arbeiter hier, kommen mit'm Breit vorm Kopp und gehen mit'm Breit vorm Kopp. Wenn sie zusammenkommen, lallen sie immer was von Heimat. Kerl, was gibst's denn in eurer Heimat, Mann...? Irgendwie tut mir diese Ahnenritze auch leid. Alter, ehrlich, sie tun mir leid, ich bin ledig, verheiratet. Alter? Hier gehören Jugendliche hin, Leute, die was von Vergnügen und Sex verstehen. Nichts geht über die deutschen Mädchen... Es gibt keine Moralpostel, die auf dir rumhacken, weil du ein fremdes Mädchen angeknüpelt hast. Es gibt kein Brautgeld und erst recht keine Heiratsvermittler. Mit deiner Freundin kannst jederzeit fummeln, mitten unter allen Leuten. Keiner guckt dich schief an, warum du soch einen Mist machst. Man kritisiert nicht die Liebenden, sondern die, die sie schief angucken. Au Mann, was ist das für ein Land.“ (S. 93).

Memis Bozkır, Arbeiter: „Ganze dreizehn Jahre bin ich nun in Deutschland als Arbeiter... Worüber wilst du mir reden? Über die Deutschen? Echt, von den Deutschen hab' ich keine Ahnung, nichts mit zu tun! Weder kennen sie mich, noch ich sie! Bei uns in Altınova (Altına) wohnen Türken. Es gibt auch Deutsche, aber ihre Reden, ihre Sprache dringt nicht zu uns. Unsere Wohnung, unsere Arbeit, unsere Sprache und unsere Sitten sind voneinander getrennt. Sie sind die Feitagen und wir die Suppe; sie oben und wir unten. Doch mach dir nichts draus, das Schmachhafte liegt bei uns. Manchmal sagen sie 'Guten Tag'. Dann sage ich 'Guten Tag'. Wörter wie 'Bitte schön' und 'Danke' werden gewechselt“ (S. 57). „Da ich mit den Deutschen nicht rede, weiß ich nicht, was sie denken. Unter ihnen gibt's gute und schlechte Menschen... Die Deutschen sind für mich wie ein Bild. Ich sehe es, es bewegt sich und spricht...“ (S. 61).

einem Mist machst. Man kritisiert nicht die Liebenden, sondern die, die sie schief angucken. Au Mann, was ist das für ein Land.“ (S. 93).

Memis Bozkır, Arbeiter: „Ganze dreizehn Jahre bin ich nun in Deutschland als Arbeiter... Worüber wilst du mir reden? Über die Deutschen? Echt, von den Deutschen hab' ich keine Ahnung, nichts mit zu tun! Weder kennen sie mich, noch ich sie! Bei uns in Altınova (Altına) wohnen Türken. Es gibt auch Deutsche, aber ihre Reden, ihre Sprache dringt nicht zu uns. Unsere Wohnung, unsere Arbeit, unsere Sprache und unsere Sitten sind voneinander getrennt. Sie sind die Feitagen und wir die Suppe; sie oben und wir unten. Doch mach dir nichts draus, das Schmachhafte liegt bei uns. Manchmal sagen sie 'Guten Tag'. Dann sage ich 'Guten Tag'. Wörter wie 'Bitte schön' und 'Danke' werden gewechselt“ (S. 57). „Da ich mit den Deutschen nicht rede, weiß ich nicht, was sie denken. Unter ihnen gibt's gute und schlechte Menschen... Die Deutschen sind für mich wie ein Bild. Ich sehe es, es bewegt sich und spricht...“ (S. 61).



„Die Deutschen haben den 100-prozentigen Sefik auf Null gebracht und getötet“

„Die Deutschen haben den 100-prozentigen Sefik auf Null gebracht und getötet“

Sefik, „60 Prozent“: „Ich bin Sefik '60 Prozent', ein Sonderling in der Stadt H., ein Deutschlandgeschädigter. 1971 kam ich nach Deutschland. Da war ich ein 100-prozentiger Sefik... Bei der Arbeit für die Deutschen bin ich zum Behinderten geworden. 40 Prozent, 50 Prozent von mir haben die deutschen Bossen verschlungen; sie haben mir das Mark aus den Knochen gesaugt, mich Blut schwitzen lassen“ (S. 99). „Ich sagte schon, daß ich den deutschen Bossen auf den Leim gegangen bin. Wir arbeiteten im Akkord. Bei der Akkordarbeit ging mein Akkord zu Bruch. Meine Glieder brachen, und jetzt sind auch die arbeitenden Hände verdorben“ (S. 100). Die Stückzahl für den Akkord wurde immer mehr erhöht, der Lohn gesenkt. „Wir wandten uns dagegen, keiner hörte uns zu. Der Chef befahl: 'Wer will, arbeitet, die anderen können gehen... Ab ins Heer der Arbeitslosen!' Der Chef und auch der Boss spielen mit uns wie Katzen mit Mäusen.“ (S. 101). „Eines Tages brach ich am Arbeitsplatz wie ein Metallklumpen zusammen. Sie brachten mich ins Hospital. Meine Wirbelsäule war verbogen, mein Skelett war kaputt. In meinen Knochen war Verkalkung eingetreten. Außerdem hatte ich Lähmung“ (S. 104). Sefik wird entlassen, er stellt einen Antrag auf Invalidenrente. „Der Amtsarzt untersuchte mich. Das Gutachten sprach von 40 Prozent untauglich und 60 Prozent arbeitsfähig. Eine 40-prozentige Einschränkung reichte nicht aus, um eine Rente zu bekommen. Ich mußte zu 60 Prozent arbeiten. Man zahlte mir auch keine Abfindung. Dann meldete ich mich beim Arbeitsamt. Aber Sefik '60 Prozent' bekam keine Arbeit. Die Stahlwerke von Deutschland wollten einen 100-prozentigen Sefik. Monatelang schliefte ich mich krank und verkrüppelt rum“ (S. 105). „Sagtest du Gericht? Ich habe einen Antrag gestellt und das Gericht angerufen. Ich sagte mir: 'Wenn ich verkrüppelt bin, sollen sie mir Rente geben, wenn nicht, Arbeit.' Auch das Ge-

nicht schickte mich zum Gesundheitssamt... Auch hier lautete es gleich: '40 Prozent untauglich, 60 Prozent arbeitsfähig.' Der Richter hatte sich damit begnügt, das Gutachten zum Urteil zu erklären... Mit aller Kraft schrie ich: 'Klar Mann, ich sterbe und keiner gibt mir Arbeit.' Man warf mich raus“ (S. 108 f.).

„Ich weiß es schon zu schätzen, wo ich zu essen kriege!“

Memis Bozkır, Arbeiter: „Laß doch die Deutschen zufrieden, Freund, kannte nichts anderes erzählen? Ich rede nicht hinter'm Rücken über die Deutschen. Den Leuten verdanke ich's, daß ich was zu picken habe. Mit Flecken auf der Hose war ich hergekommen, hatte nicht mal 'nen Hemd an. Ihnen sei's gedankt, jetzt habe ich in Istanbul zwei Wohnungen. In Erdek Grundstücke beim Katasteramt und Geld auf der Bank. Gott vergelt's dem deutschen Heim... Unsere Menschen sind ein bißchen undankbar. Sind mit der Arbeit, dem Lohn nicht zufrieden, machen sich drüber lustig, feiern krank und beschwerten sich über die Deutschen. Wenn du sagst: 'Geh Freund, wenn's dir nicht gefällt, dich hält doch keiner,' geht er nicht. Soll er sich glücklich schätzen, tut er's auch nicht. Denkste, daß viel Geld verdienen einfach ist? Kumpel, es saugt einem das Blut raus und läßt das Mark trocknen. Mußt du dich mit abfinden. Geht's mir schlecht, feiere ich auch nicht krank, mit der Hand auf dem Bauch malochte ich. Höre ich was Schlechtes, sage ich 'Gut'. Selbst wenn man auf deine Mutter schimpft, sagste 'Gut'. Wenn nicht fliegste. Gib's eine andere Lösung“ (S. 58). Neulich war Memis in „Fickener“, Finkenwerder. „Dort gibt's viele Obst- und Gemüsedörren... Die Arbeiter in den Gärten sind alle von uns, das heißt Türken. Als Touristen sind nach Deutschland rein und wollen nicht mehr zurück. Aus Mitleid haben die Deutschen ihnen Arbeit gegeben und sie rangekriegt. Weil sie illegal waren, gab's wenig Stundenlohn, so etwa fünf oder sechs Mark. Tja, Mann, Allah habe ein Wohlgefallen, die Leute haben dich nicht verhungern lassen. Was wilst du mehr? Aber unsere, nach-

dem sie sich ein Plätzchen erobert hatten, haben gestreikt, weil sie den gleichen Lohn wie die anderen wollten. So was nennt man Glatze haben und eitel sein, Freund. Dann haben die Chefs ihnen den Laufpaß gegeben. Die Rädelführer zur Polizei und von da abgeschoben. Das hasse von Streik und mehr Lohn! ... Man sagt, daß arme Hunde ihre Schwänze einziehen. Die hier sind total arm, sie sind hungrig, illegal und haben auch noch den Schwanz in der Luft. In der eigenen Heimat, auf dem Hof des Agas, kannte da streiken, dem Aga die Stirn bieten? Der würde seine Pistole ziehen und dich erschießen“ (S. 59).

„Oh, geliebtes Deutschland, deine Mädchen sind nicht hochnäsrig, zickig...“

Sait Sekuk, Halbstarker: „Stell dir vor Alter, wenn du dich mit einem Mädchen verheiratet, kannte gleich in eine Wohnung ziehen und zusammen leben. Außerdem brauchst du nicht für Fresen und Klammotten aufkommen. Sie verdient selbst. Kein Heiratskram! Wenn du nach einer langen Probezeit Lust hast, heiratest du, wenn nicht, laßste dir 'ne neue blinde Taube an... Die Mädchen unseres Landes sind selbst hier zickig, jede ein Muster von Anstand, Verkrampftheit stolzieren sie einher. Wenn sie einen Mann erblicken, machen sie ein Gurkengesicht. Jedemal, wenn ich sie sehe, hebt sich meine Schädeldecke. 'Eure Gütekasse wird hier nicht gebraucht, Kleines', sage ich, pfeife und sie werden verrückt. Sie tragen aber keine Schuld, was sollen die Armlen denn machen? Die Eltern lassen sie nicht raus, so als ob sie verwelken, wenn sie jemand berührt“ (S. 94).

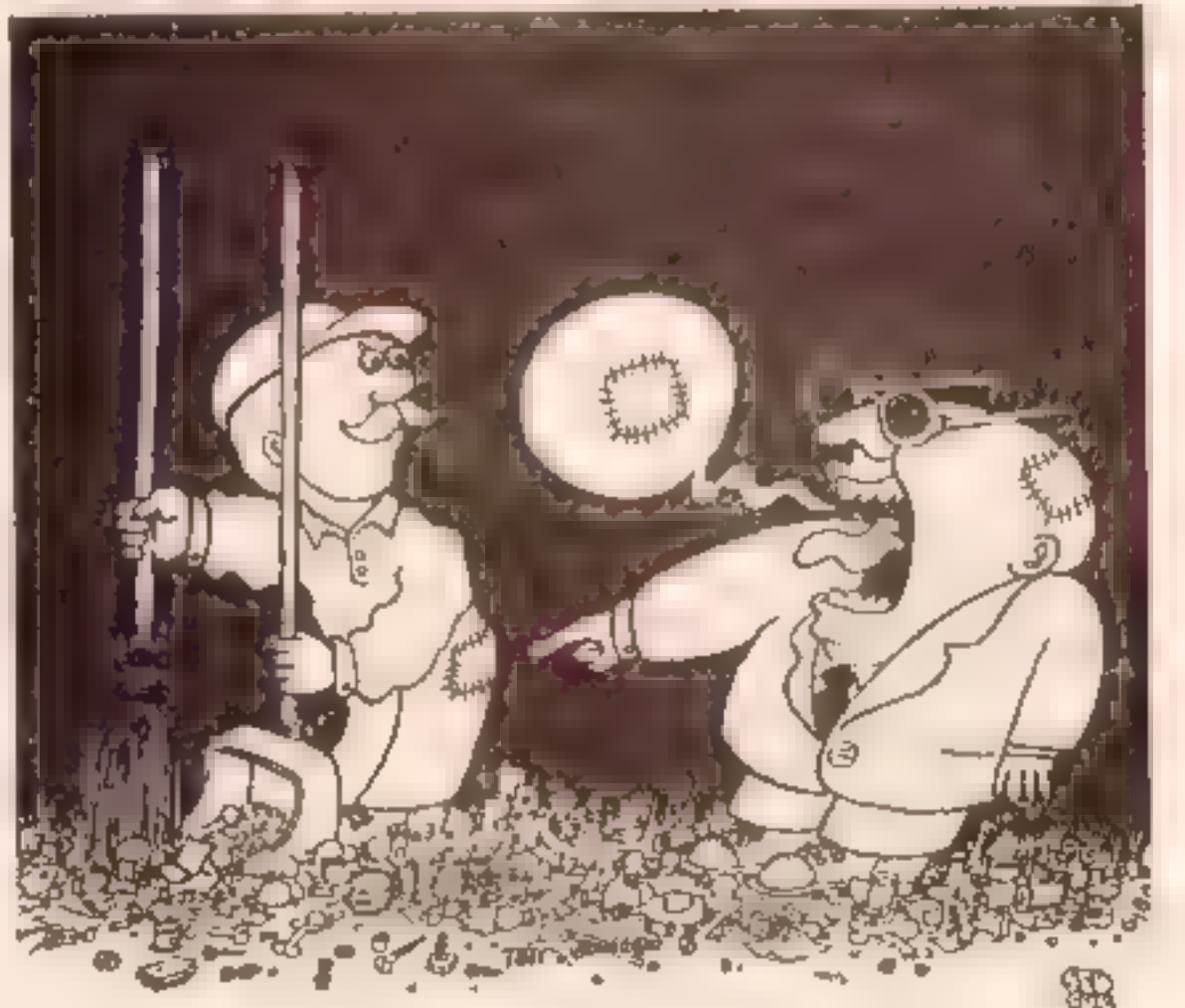
„Wenn du die Welt verfluchst hast, geh' nach St. Pauli!“

Sait Sekuk, Halbstarker: „Bist du vom Chef angeschnauzt worden, hat eine Frau dir den Rücken zugewandt, bist du unter etzigen und gefühllosen Blicken ausgestoßen worden? Es reicht, daß du dich den Prostituierten...“

Fortsetzung nächste Seite

Was wilst du mehr? Aber unsere, nach-

Fortsetzung nächste Seite



Dursun Akcam

## Deutsches Heim Glück allein

## Alaman Ocağı

Wie Türken Deutsche sehen

Leberr



## Massenaustreibung wird vorbereitet

### Die Ausländerpolitik der Regierung Kohl/Genscher

Mitte November hat Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) angekündigt, den Fremdennachzug von ausländischen Kindern in die BRD auf ein Alter von 6 Jahren zu begrenzen. Vor gut einem Jahr erst hatten die Landesregierungen auf Empfehlung der SPD/FDP-Bundesregierung das Nachzugsalter von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt. Zimmermanns Äußerung deutet darauf hin, daß die Übergangsregierung Kohl/Genscher noch schneller und radikaler als die alte Bundesregierung Maßnahmen zur Ausländer-

Begrenzung und -Rückführung vorseht. Dies läßt sich auch aus der zwischen CDU/CSU und FDP ausgehandelten Koalitionsvereinbarung herauslesen, in der der „Lösung des Ausländerproblems“ ein außerordentlicher Stellenwert beigemessen wird. Es wäre trotzdem übertrieben, schon von einem Kurswechsel in der staatlichen Ausländerpolitik zu sprechen. Tatsächlich beschränkt sich die neue Bundesregierung bisher im Wesentlichen darauf, dort weiterzumachen, wo die SPD/FDP-Koalition aufgehört hat.



(Bundeskanzler  
Helmut Kohl am  
3.10.82 im ZDF)

Allerdings gibt es in der neuen Koalition auch eine starke Schattenseite. Als einer der ersten Redner im Bundestag am 1. November 1982 sprach, äußerte sich Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) über die Ausländerpolitik. Er sagte, die Bundesregierung werde sich für die Integration der Ausländer einsetzen, aber auch für die Begrenzung des Nachzuges. Kohl erwähnte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe.

Als einer der ersten Redner im Bundestag am 1. November 1982 sprach, äußerte sich Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) über die Ausländerpolitik. Er sagte, die Bundesregierung werde sich für die Integration der Ausländer einsetzen, aber auch für die Begrenzung des Nachzuges. Kohl erwähnte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe.

Dregger z.B. „warnt“ nicht vor der anwachsenden Fremdenfeindlichkeit, er begrüßt sie, indem er von „einem natürlichen und berechtigten Gefühl unserer Mitbürger“ spricht. Er grenzt sich nicht von chauvinistischen Auffassungen ab, sondern schürt sie, wenn er den von ihm geforderten Ausländerstopp zur „Frage unserer nationalen Identität“ erhebt. Und er grenzt sich nicht von rassistischen Thesen ab, weil er sie selbst verbreitet; so z.B. in seiner Rede am 4.2.82 vor dem Bundestag.

„Turken sind aber — von Ausnahmen abgesehen, nicht nur nicht zu assimilieren, sie sind auch nur schwer zu integrieren. Da die Türken in Kultur und Mentalität anders sind und anders bleiben wollen als die Deutschen, ist es nur natürlich, daß sie in Deutschland Nachbarschaft mit ihresgleichen suchen. Das heißt, daß in unseren Großstädten Turkenviertel entstehen, auch Ghettos genannt. Das könnte nur durch Zwang verhindert werden, nicht durch Sozialhilfe oder Ermahnungen“.

#### Kohl „Integrations“-Versprechen...

Die Maßnahmen der neuen Bundesregierung sind darauf angelegt, die politisch rechtliche und soziale Lage der in der BRD lebenden Ausländer nachhaltig und auf breiter Front zu verschlechtern. Zwar heißt es in der Koalitionsvereinbarung noch, daß die „Integration“ der Ausländer „eine wichtige Aufgabe der Innenpolitik“ bleibe. Interessant an dieser Formulierung ist allerdings, daß „Integration“ nicht mehr — wie doch in den letzten

„... Wir haben im Lande eine kritische Entwicklung. Wir haben eine Entwicklung, in der auch geredet wird von Ausländerfeindlichkeit. Ich glaube dies nicht. Es ist doch überhaupt in Wahrheit kein Problem der Ausländer, sondern es ist in Wahrheit ein Problem der großen Zahl, der zu großen Zahl von türkischen Mitbürgern in Deutschland.“

Jahren — als die wichtigste Aufgabe staatlicher Ausländerpolitik.

Als einer der ersten Redner im Bundestag am 1. November 1982 sprach, äußerte sich Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) über die Ausländerpolitik. Er sagte, die Bundesregierung werde sich für die Integration der Ausländer einsetzen, aber auch für die Begrenzung des Nachzuges. Kohl erwähnte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe.

#### „handfeste Maßnahmen zur „Förderung der Rückkehrbereitschaft“

In erster Linie will die CDU-/CSU/FDP-Regierung arbeitslose, arbeitsunfähige und kranke Ausländer loswerden. Hierzu soll ein Paket finanzieller Anreize geschaffen werden, das allerdings nur für einen befristeten Zeitraum in Anspruch genommen werden kann. Über die Länge der Frist ist noch nichts konkretes bekannt. Die in der Koalitionsvereinbarung vorgeschlagenen Maßnahmen entsprechen im wesentlichen denen des sog. „Ausländerkonsolidierungsgesetzes“, das die CDU-regierten Bundesländer bereits zu Anfang des Jahres im Bundesrat eingebracht hatten. Obwohl auch die damalige Bundesregierung dem Gesetz im Grundsatz zustimmte, wurde es zur Klärung von Einzelfragen zunächst in

die Ausschüsse verwiesen. Der SPD/FDP-Regierung war insbesondere daran gelegen, Vorkerkungen zu treffen, um evtl. „Mitnahmeeffekte“ zu vermeiden, d.h.: Es sollte nach Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß auch diejenigen Ausländer in den zweifelhaften Genuß von Rückkehrprämien kommen, die ohnehin bereits vorhaben, das Land zu verlassen. Im einzelnen sieht zur Beschlußfassung an

#### — Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes.

Dem Entwurf des „Ausländerkonsolidierungsgesetzes“ soll diese Maßnahme für arbeitslose Ausländer aus den „Anwerbestaaten“ gelten (nicht für EO-Länder, ausgen. Griechenland). Um „Mitnahmeeffekte“ auszuschließen, wird diese Regelung an Einschränkungen gekoppelt sein (z.B. „unverschuldete“ Arbeitslosigkeit u.a.m.). Berechnungsgrundlage ist dabei keinesfalls die Höchstförderungsdauer von einem Jahr, sondern lediglich die jeweils zu erreichende durchschnittliche Länge der Arbeitslosigkeit von Ausländern. Diese liegt bei derzeit 5,5 Monaten (5,7 Monate bei Deutschen, vgl. FR 10.5.82). Aber auch für diese 5,5 Monate wird dann keinesfalls das volle Arbeitslosengeld ausbezahlt, sofern auch der Ausländer bei Eintritt der Arbeitslosigkeit zur sofortigen Rückkehr entschließt. Generell soll höchstens 75% des Betrages zur Auszahlung gelangen.

Als einer der ersten Redner im Bundestag am 1. November 1982 sprach, äußerte sich Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) über die Ausländerpolitik. Er sagte, die Bundesregierung werde sich für die Integration der Ausländer einsetzen, aber auch für die Begrenzung des Nachzuges. Kohl erwähnte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe. Er betonte, dass die Bundesregierung die Integration der Ausländer als eine der wichtigsten Aufgaben sehe.

#### — vereinfachte Beitragsverstellung in der gesetzlichen Rentenversicherung

Insoweit können sich Ausländer aus Staaten, mit denen die BRD kein Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen hat (Türkei, Portugal u.a. nicht EO-Länder), den in die Rentenversicherung eingebrachten Arbeitnehmeranteil nach einer Zehnjährigen Wartezeit im Heimatland auszahlen lassen. Im Falle einer Rückkehr soll diese Wartezeit jetzt wegfallen. Anspruchsberechtigt sind allerdings weiterhin nur Ausländer aus den sog. Ländern, wesentlich also aus der Türkei und Portugal. In Einsparungseffekt für die Rentenversicherungsträger ergibt sich daraus, daß nur die selbst eingezahlten Beiträge kapitalisiert werden, nicht aber der sog. „Arbeitgeberanteil“ der 50% der geleisteten Rentenversicherungsbeiträge ausmacht. Der Heimkehrer f.c.b.e.n.k.l. diese 50% dem westdeutschen Staat. Was ihm selbst bleibt ist wenig genug. „Ein Hilfsarbeiter der 13 Jahre in Deutschland war, konnte mit Summen zwischen 12 000 und 16 000 Mark aus der Rückzahlung der Rentenversicherung rechnen“ (Welt, 4.3.82). Bei 3000 Mark (Portugal) und 17 000 Mark (Türkei), die sich im vergangenen Jahr nach der bisherigen Regelung (zweijährige Wartefrist) ihre Rentenversicherungsansprüche auszahlen ließen, lag der durchschnittliche Betrag bei rund 8.000 DM (FR 10.5.82).

— Kapitalisierung des Kindergeldanspruches für einen begrenzten Zeitraum. Konkrete Modelle und Berechnungsgrundlagen hierzu sind bislang kaum bekannt. Die alte Bundesregierung hat hierzu eine „pauschale Staffelform“ ins Gespräch gebracht, „die pro rückkehrendem Kind einen Betrag von 1 000 Mark bis zu einem Höchstbetrag von 5.000 Mark vorsieht“ (FR 10.5.82). Die hiermit erzielte Einsparung läßt sich ebenfalls von unscheren ausrechnen, ganz abgesehen von in der Folge einzusparenden Infrastrukturmaßnahmen (Schule, Ausbildung, Kindergärten usw.).

Fortsetzung nächste Seite

#### Fortf. von vorhergehender Seite

tuieren von St. Pauli zeigt, wie ein Spatz hüpfen sie auf dich zu, und eine warme Stimme streichelt dein Ohr „Kommst du mit mir?“ Angenommen, du bist von schlechtem Wuchs, hübsch, du bist Türke, bist überall erniedrigt, angefeindet worden und aus diesem Grund in der Ausweglosigkeit deiner Einsamkeit verirrt, dann werden sie dich rufen: „Kommst du mit mir?“ ... Ja, ich liebe St. Pauli, allem voran die Prostituierten, diese freigelegten Menschen, und ich liebe die alten und jungen Betrunknen, Männer und Frauen. Dort gibt es Freiheit in Deutschland, meine ich, Internationale Bande Freundschaft... Egal, wie das Land heißt, welche Farbe die Haut hat, jeder ist dort gleich viel wert... Die Türen stehen allen Menschen sperrangelweit offen, Gegen Bezahlung natürlich! Denkst du, in diesem Land würde jemand etwas für einen Verwandten tun, ohne Geld dafür zu erwarten? Wir kennen die Pötte, wo wir wie die Tiere mit Tritsen und Hieben vertrieben werden... Ich sagte schon, die Menschen von St. Pauli sind anders, besonders die Deutschen. Sie sind, als hätten sie sich einer Maske, eines Eisenpanzers entledigt, lupenreine Menschen mit ihrem eigenen Ich... Hier ist für Deutsche, die im Alltag um fünf Pfennige feilschen, das Geld nichts mehr wert. Sie trinken selber und bieten ihren Freunden ein Bier an, ist eins... Ende, noch eins, bis sich das Geld verflüssigt hat... Sie reden ständig von Dingen, die keinen Feigenkern füttern. Es macht nichts, wenn du nicht zuhörst“ (S. 29-31).

#### Hasan Bulkur, arbeitslos:

#### „Ich bin der Quälgeist der Deutschen“

„Mit dem Messer im Gurt verfolge ich Frauen, verprügele Männer. Ich mache auch andere Dinge. Ich verschramme Luxusautos, zerschneide deren Reifen, breche ihre Antennen ab; wenn meine Kraft nicht reicht, verheize ich sie. Ich bin Meister im Zerstören von Automaten. Niemand ist mir im Einwerfen von Schaufenster- oder anderen Scheiben überlegen. Meine ständige Arbeit besteht darin, Multiemer umzuwerfen, auf Straßen oder Bürgersteige zu rollen oder zu spucken, in die Ecken zu pissen“ (S. 133). „Das sind alles Racheakte. Ich schleiche nicht wie ein schlapper Köter mit eingezogenem Schwanz umher. Auf Schritt und Tritt tue ich alles, was die Deutschen aus der Fassung bringt. Ich quatsche jede vorübergehende Frau an... Sag mir, Mona, liegt die Schuld etwa bei mir?“ (S. 137/38).

Hasan hat „neun Jahre und neun Monate wie ein Berserker gearbeitet... Ich hatte zweimal einen Arbeitsunfall. Bei einem brachen mir neun Rippen, bei dem anderen verlor ich eine Niere.“ Er bekam Rheuma. „Danach begannen die Schmerzen von Geschwüren. Ich wurde operiert, sie nahmen mir den halben Magen raus. Ich bin zu einem halben Menschen geworden. Danach wurde mir die gleiche Arbeit zugeteilt“.

AG Ausländer



Ergänzt werden sollen diese „Anreize“ durch entsprechende Maßnahmen zur Rückkehrförderung auf Länderebene. So hat z.B. die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion am 22.11.82 ein Programm vorgelegt, mit dem v.a. ausländische Sozialhilfeempfänger, Wohngeldempfänger und kinderreiche Familien „angesprochen“ werden sollen. Und auch dort heißt es unmissverständlich: „Der finanzielle Aufwand dafür liegt langfristig mit Sicherheit unter dem Aufwand, der für den Versuch einer Eingliederung von grundsätzlich rückkehrwilligen Ausländern aufgewendet werden müßte.“

## Die Bundesrepublik ist „kein Einwanderungsland“

Für die neue Regierung ist die BRD, ebenso wie für die alte, kein „Einwanderungsland“, auch wenn die Tatsachen offenkundig auf das Gegenteil verweisen. Entsprechend sollen die bestehenden Restriktionen aufrechterhalten werden und neue hinzukommen. Dem Katalog der Koalitionsvereinbarung folgend sind dies:

a) Der Anwerbestopp ist beizubehalten.

Also, wie gehabt. Die 1973 erlassene Regelung, wonach kein Nicht-EG-Ausländer mehr zum Zwecke der Arbeitsaufnahme in die BRD einreisen darf, bleibt in vollem Umfang bestehen.

b) illegale Einreisen und Beschäftigungen sind zu unterbinden.

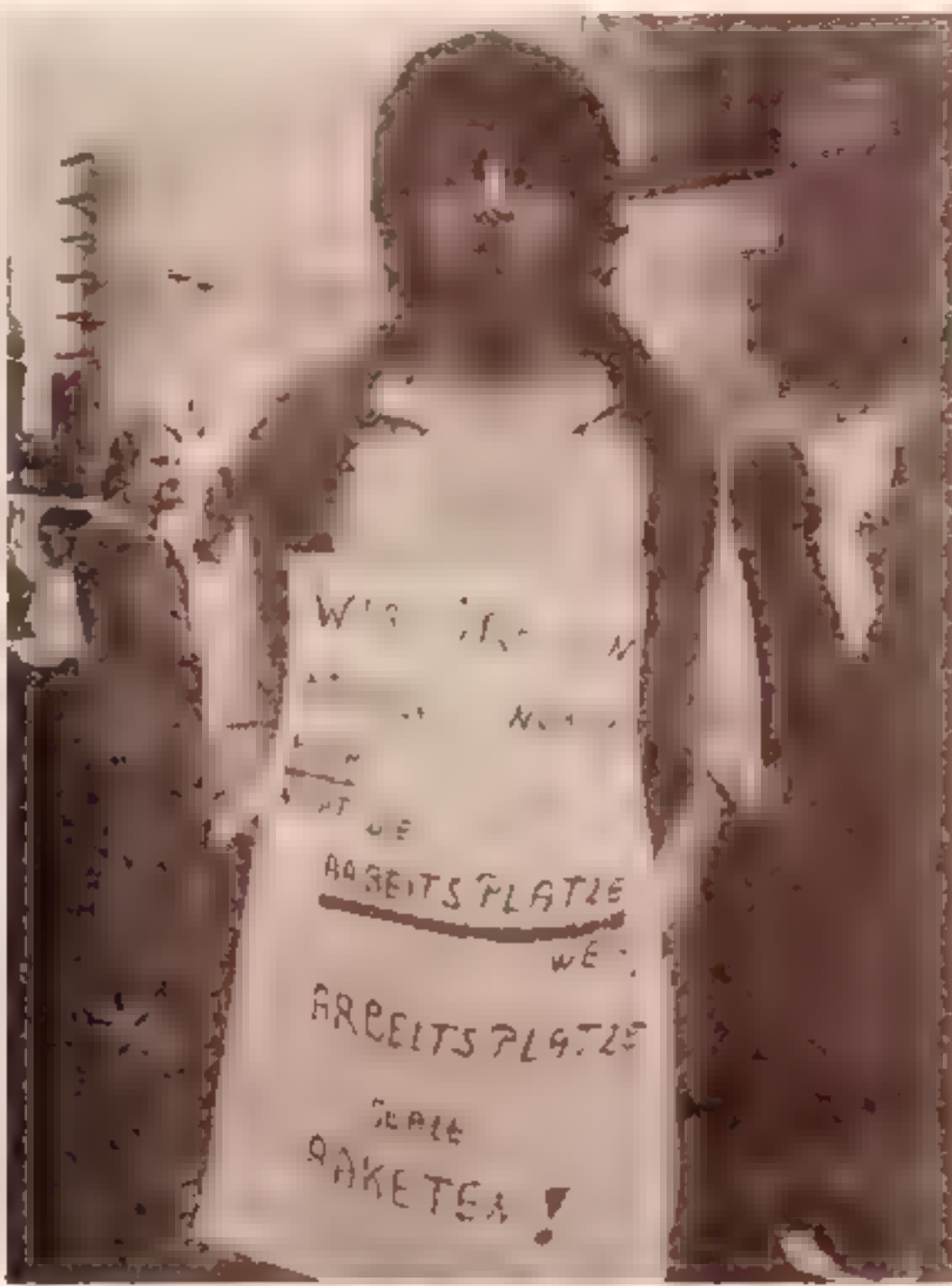
Ausreichende gesetzliche Regelungen hierzu sind in Kraft. Erst im Dezember 81 wurde vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats ein „Gesetz zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung“ beschlossen, das zum 1.1.82 in Kraft trat. Vor dem Hintergrund einer „Krisenbewältigung“ und Innenpolitik, die auch einmündige „legale“ Ausländer in zunehmenden Umfang wieder in die Illegalität verschiebt, ist mit einem Aufschwung entsprechender Fahndungsmaßnahmen zu rechnen. Ende Oktober hat z.B. die Polizei des CDU-regierten Bundeslandes Baden-Württemberg 179 Unterkünfte und 160 Arbeitsstellen von Ausländern durchkämmt. Dabei wurden insgesamt 7.377 Menschen überprüft, 443 Ausländer wurden unter dem Verdacht, keine gültige Aufenthaltserlaubnis zu besitzen, in 180 Fällen in die Bundesrepublik zurückgeführt.

c) Ein Aufenthalt zu Ausbildung und Studium darf grundsätzlich nicht zur Dauerfremdlegung führen.

Um diese Regelung verwaltungsmäßig effizienter überwachen zu können, hat die Bundesregierung am 20.10.82 die Sichtvermerkspflicht ausgeweitet. Betroffenen sind davon Ausländer, die länger als drei Monate in die Bundesrepublik kommen wollen und nicht aus EG-Staaten kommen oder aus solchen, mit denen es zweiseitige Vereinbarungen gibt (z.B. Österreich, Spanien, USA, Schweiz). Besonders betroffen von dieser Regelung sind Bewerber um einen Ausbildungs- oder Studienplatz. Sie konnten bisher frei einreisen und brauchten erst dann die Aufenthaltserlaubnis zu beantragen.

d) Kein weiterer Ausländerzuzug durch EG-Assoziierungsabkommen.

Dies gilt zunächst einmal für die beitragswilligen Staaten, wie Spanien und Portugal. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, daß die EG-einheitliche Regelung der Freizügigkeit für diese Länder keine oder nur beschränkte Anwendung findet. Gleiches ist bereits im Falle Griechenlands passiert, wo die Bundesregierung, trotz EG-Richtlinien die Freizügigkeit verweigert hat und diese zunächst bis zum 1.1.1988 aufgeschoben hat. Ob die Einschränkungen, wie versprochen, zu diesem Termin wegfallen, steht freilich noch in den Sternen. Das Beispiel Türkei zeigt, daß die BRD auch bereit ist, gültige Abkommen zu brechen oder unter erpresserischen Bedingungen rückgängig zu machen, sofern es ihr nötig erscheint. Nach einem Zusatzprotokoll des 1963 zwischen der damaligen EWG und der Türkei abgeschlossenen Assoziierungsabkommens wurde türkischen Staatsbürgern ab 1.1.1986 die volle Freizügigkeit in der EWG (heute: EG) zugesichert. Bereits die SPD/FDP-Bundesregierung hat den Bruch dieses Abkommens angekündigt. Für die neue Bundesregierung war Genscher neulich in der Türkei, um die Sache zum Abschluß zu bringen. Die Junta willigte ein, das o.g. Zusatzprotokoll außer Kraft zu setzen. Genscher konnte dafür zusichern, daß die westdeutsche Wirtschaftshilfe für die Junta im Rahmen der OECD (1982: ca. 400 Mio. DM) und die nächste Rate bundesdeutscher Militärhilfe (130 Mio.) freigegeben wird.



Weitere Verschärfungen sind im Bereich des Asylrechts geplant, das durch das am 1.8.82 inkraft getretene „Asylverfahrensgesetz“ ohnehin noch mehr ausgehöhlt wurde.

Asylbewerber sollen grundsätzlich keine Arbeitserlaubnis mehr erhalten (bisher 2-jähriges Arbeitsverbot). Flüchtlinge aus Ostblockländern, die nach einem Beschluß der Innenministerkonferenz aus den 60er Jahren ohnehin auch bei Nichtanerkennung nicht abgeschoben werden dürfen, sind von dieser Maßnahme ausgenommen. Es gilt bis jetzt ein einjähriges Arbeitsverbot.

Sozialhilfe soll ausschließlich nur noch in Sachleistungen gewährt werden. Die Flüchtlinge sind somit auch aus finanziellen Gründen für die Dauer ihres Aufenthalts bis zur in der Regel erfolgenden Abschiebung an Sammellager, „Gemeinschaftsunterkünfte“ mit Zwangsverpflegung gekettet. Der Status eines politischen Flüchtlings nähert sich damit immer mehr der Situation eines Strafgefangenen.

## Verhinderung des Familiennachzuges...

Auf eine „menschlich anständige Weise“ will Bundeskanzler Kohl die Ausländerzahl in der BRD verringern, darunter insbesondere den Anteil der Türken und Kurden. Dies soll, über die bereits dargestellten Regelungen hinaus, v.a. durch eine weitere Verschärfung des Ausländergesetzes und nachfolgende Verordnungen und Erlasse bewerkstelligt werden. Eigens hierzu hat die Bundesregierung eine Kommission aus Vertretern von Bund, Ländern und Gemeinden eingesetzt, die bis zum 1. März 1983 mit praktischen Vorschlägen aufwarten soll.

Vorab hat Bundesinnenminister Zimmermann am 18.11.82 angekündigt, das Nachzugsalter für ausländische Kinder aus Nicht-EG-Ländern von derzeit 16 auf 6 Jahre herabsetzen zu wollen. Es besteht die Gefahr, daß eine derartige Regelung noch vor dem 1. März '83 verabschiedet wird. Schließlich ist die Debatte darum als andere als neu. Die Herabsetzung der Aufenthaltserlaubnispflicht von 16 auf 6 Jahre ist Bestandteil des von der CDU/CSU in den Bundesrat eingebrachten „Ausländerkonsolidierungsgesetzes“ (s.o.). Der Westfälische CDU-Senat hatte ursprünglich sogar die Herabsetzung der Aufenthaltserlaubnispflicht auf 0 (!) Jahre gefordert. Die Herabsetzung der Aufenthaltserlaubnispflicht für Ausländer ist die gesetzesteknische Bedingung für die Einführung der Visumpflicht und diese wiederum Voraussetzung für die Verhinderung des Nachzuges.

Die Herabsetzung der Nachzugsaltersgrenze auf 6 Jahre kommt faktisch einem Nachzugsverbot gleich. Die Folgen dieser Regelung für bereits in der BRD lebende Teilfamilien sind katastrophal und entsprechen voll und ganz der von der CDU/CSU erhobenen Forderung nach einer „Familien-

zusammenführung im Heimatland“. SPD-Politiker (z.B. der stellvertretende der Bundestagsfraktion, Liedtke) haben sich nach Zimmermanns Ankündigung wortradikal gegen die Senkung des Nachzugsalters ausgesprochen. Dies ist in jeder Hinsicht verlogen, da sowohl die alte Bundesregierung als auch die meisten SPD-regierten Länder diese Maßnahme selbst gefordert, betrieben und verabschiedet haben. Bei einer entsprechenden Abstimmung im Bundesrat am 14.4.82 sprachen sich 8 Bundesländer für, lediglich zwei gegen die Herabsetzung auf 6 Jahre aus. Der damalige Bundesarbeitsminister Lohrberg (SPD) stimmte dieser Maßnahme zu, desgleichen auch der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (ebenfalls SPD) („FAZ“, 23.3.82). In die gleiche Richtung äußerte sich Wolfgang Bodenbender, für Ausländerpolitik zuständiger Abteilungsleiter im Bundesarbeitsministerium (Welt, 12.3.82), und erst recht natürlich Hessens Ministerpräsident Holger Börner, der in einem Interview mit dem hessischen Rundfunk forderte: „ausländische Kinder nur bis zum Alter von 6 Jahren nachreisen zu lassen“ („FR“, 17.3.82).

Auf insgesamt 450.000 Menschen schätzte die alte Bundesregierung das „Nachzugspotential“ aus der Türkei, deren Einreise in die BRD durch Nachzugsbeschränkungen nun weitestgehend verhindert werden soll. Demgegenüber beklagen sich die etablierten Parteien, speziell die CDU/CSU, immer wieder darüber, daß in den RGW-Staaten noch ca. 600.000 Aussiedlungsanträge von „Deutschstämmigen“ unerledigt geblieben seien. Die Aufnahme dieser Menschen erscheint in der BRD-Öffentlichkeit nicht als „Problem“. Das ist eben der feste Unterschied zwischen „Deutschen“, die dieses Land höchstens aus Erzählungen ihrer Ururen kennen, und ausländischen Familien, die seit Jahren und z.T. Jahrzehnten hier leben und arbeiten!

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

innenminister am 14.1.82 in Bonn Grundsätzliche Einwände gegen eine derartige Maßnahme hat es dort offensichtlich nicht gegeben.

Außerdem hat Lummer eine Änderung des Ausländergesetzes dahingehend vorgeschlagen, „daß die Belange der Bundesrepublik Deutschland auch dadurch beeinträchtigt werden, daß die Zahl der Ausländer insgesamt oder die Zahl der Angehörigen einer bestimmten Staatsangehörigkeit oder einer bestimmten sozialen Gruppe stärker steigt, als es der Integrationskraft der Bundesrepublik entspricht“ (Pressemitteilung des Innenministers v. 20.11.81).

Während die bisherige Gesetzesformulierung nur auf den einzelnen Ausländer abgestellt sei, geht es Lummer um eine pauschale Handhabung zur rechtmäßigen Anordnung und Vollziehung von Massenabschiebungen ohne Einzelfallprüfung.

Die Kommission aus Bund/Ländern/Gemeinden soll klären, „wie gemeinsam rechtswirksame Wege gefunden werden können, um wirksamer zu verhindern, daß Ausländer ihre politischen Auseinandersetzungen im Inland gewaltfrei austragen“, wie „das Instrumentarium verbessert werden kann, um straffällig gewordene Ausländer abzuschieben“, und wie „dem Mißbrauch des Asylrechts wirksam begegnet werden kann“. Zu alledem hat speziell die CDU/CSU schon im Frühjahr einiges beigetragen, nämlich in Form eines Gesetzesentwurfes zur Änderung des Ausländergesetzes, der am 1.6.82 in den Bundestag eingebracht wurde (Bundestagsdrucksache 9/1701).

Der Entwurf sieht v.a. eine Erweiterung und Verschärfung der Ausweisungstatbestände nach § 10 Ausländergesetz vor. Im einzelnen muß demnach abgeschoben werden:

— wer „die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet“

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß es ab Abschluß vollzogen werden kann, ohne daß eine Anfechtungsklage bzw. ein ordentliches Strafverfahren vor Gericht abgewartet werden muß. In den o.g. Fällen entschieden somit nicht mehr Gerichte, sondern allein die Polizei für die Ausweisung!

Ausgewiesen werden kann diesem Gesetzentwurf zufolge auch

— wer gegen Vorschriften des Versammlungs- oder Vereinsrechts

verstoßen hat

— wer aus politischen Gründen Gewalt anwendet und dadurch einen anderen erheblich schädigt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufruft,

— wer dem Vorstand eines unanfechtbar oder unter Anordnung der sofortigen Vollziehung verbotenen Ausländervereins angehört,

— wer zu einer Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verurteilt wurde.

oder darauf gegründete Auflagen oder Anordnungen verstößt,

— ein Asylbewerber in sein Heimatland (!!), wenn er „wiederholt eine Freiheitsstrafe verbüßt hat oder wegen eines Rauschgiftdelikts zu einer Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verurteilt ist...“ (Änderung der §§ 11 u. 14 des Ausländergesetzes).

## „Schweizer Verhältnisse“ — jetzt auch in der BRD?

„Ausländischen Arbeitnehmern soll die nach Auffassung des schleswig-holsteinischen CDU-Bundestagsabgeordneten Dietrich Ausermann von sofort an keine Arbeitserlaubnis mehr erteilt werden. Jede zusätzliche oder verlängerte Arbeitserlaubnis bedeute eine neue Erschwerung für die 1,8 Millionen Arbeitslosen“ („Hamburger Abendblatt“, 11.8.82). Die Möglichkeit zu einer derartigen Regelung besteht seitens der Arbeitsämter ohne weiteres und wird in Einzelfällen auch seit langem praktiziert. Eine Ausweisung derartiger Praktiken ist zu erwarten und auch nur logisch, wenn eine Anhebung Wirklichkeit werden soll, die der jetzige Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dregger, Anfang des Jahres vor dem Bundestag zum besten gab.

Dregger regte dort an, „die Frage einer vernünftigen und humanen Rotation“ zu „überdenken“ und verwies dabei ausdrücklich auf das Ausländerrecht der „demokratischen“ Schweiz. In der Tat gilt in der Schweiz für sog. „Saisonniers“ (Saisonarbeiter) das Prinzip der Rotationsrotation. Diese insgesamt 120.000 Saisonniers haben Zeitverträge, die auf jeweils 9 Monate begrenzt sind. Läuft der Zeitvertrag ab, müssen sie in der Regel das Land verlassen. Saisonniers dürfen weder ihre Familie nachkommen lassen noch ihren Arbeitgeber wechseln, und auch keine Wohnung eigener Wahl anmieten. Die Umwandlung von Saisonbewilligungen in Aufenthaltserlaubnisse ist nur dann möglich, wenn der Saisonier in 4 aufeinanderfolgenden Jahren insgesamt 36 Monate in der Schweiz gearbeitet hat.

Die Anwendung des Rotationsprinzips nach Schweizer Vorbild befürwortet auch Carl-Dieter Spranger, ausländischer Scharfrichter der CSU und mittlerweile Staatssekretär in Zimmermanns Bonner Innenministerium (vgl. „Welt“, v. 24.8.82).

So und nicht anders ist dann wohl auch der Hinweis in der CDU/CSU/FDP-Koalitionsvereinbarung zu verstehen, die von der Bundesregierung eingesetzte Ausländerkommission möge bei ihren Überlegungen „die Erfahrungen aus anderen europäischen Demokratien einbeziehen“.

AG Ausländer

## Neuerscheinung:

»Massenbasis mit der Rassenfrage?«

## Neuerscheinung:

»Massenbasis mit der Rassenfrage?«

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffnung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzverbände etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kistom-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen „Einzeltäter“).

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffnung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzverbände etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kistom-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen „Einzeltäter“).

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffnung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzverbände etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kistom-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen „Einzeltäter“).

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffnung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzverbände etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kistom-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen „Einzeltäter“).

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffnung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzverbände etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kistom-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen „Einzeltäter“).

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffnung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzverbände etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kistom-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen „Einzeltäter“).

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen Gruppierungen den Rassismus zum Schwerpunkt ihrer Politik gemacht. Die Hoffnung, an diesem populären Thema im Trüben fischen zu können, läßt überall in der Bundesrepublik ausländerfeindliche Listen, Bürgerinitiativen, Schutzverbände etc. aus dem Boden sprießen. Neonazistische Gruppierungen, deren Betätigungsfeld bislang vorwiegend Kistom-Spiele und Hitler-Andachten waren, praktizieren jetzt Terror gegen Ausländer, besonders gegen die türkischen Teile der Bevölkerung. Mindestens 6 Tote hat der Terror dieser Banden in den letzten 2 Jahren gefordert (2 durch die „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder, 3 durch den angeblichen „Einzeltäter“).

Innerhalb von nur zwei Jahren, seit der Gründung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ durch die NPD, haben nahezu alle neofaschistischen







GAL bei Abbruch der Verhandlungen ins taktische Hintertreffen gebracht. Ein wesentlicher Grund für das Einlenken der GAL war die Hoffnung auf den Ausgang der Hessenwahl: Ein gutes grünes Ergebnis und der erwartete Einbruch von Börner sollten unsere Verhandlungsposition verbessern. Es kam bekanntlich anders: Börner hatte einen enormen Überraschungserfolg, und die SPD-Rechte bekam Aufschwung. Hier lag ein Fehler, der mit Sicherheit auf die Illusion, es könne doch noch zu einem Handel kommen, zurückzuführen ist. Und es reißt, daß die GAL einen günstigen Schub durch das erhoffte hessische Ergebnis bekommen hätte. Nur das wäre auch dann der Fall gewesen, wenn man sich nicht auf die Verzögerungstaktik der SPD eingelassen hätte.

Zu einem neuen Aufwachen von Illusionen hatten Andeutungen führender SPD-Politiker über eine Zusammenarbeit mit den Grünen Stoff gegeben. Die Gruppe Z propagierte eine vorsichtige Hoffnung auf eine solche Entwicklung. Willi K. Goltermann begründet in der MOZ 9/82 seine Mittelposition zwischen denjenigen Grünen, die schon von einer Koalition mit der SPD im Bundestag träumen, und jenen, die das Vorgehen der SPD als „großer Bluff“, wie jüngst eine linke Monatszeitung aus Hamburg diagnostizierte“, bezeichnen (gemeint war der Arbeiterkampf, der am 12.7.82 unter der Überschrift „SPD-Grüne, Nicht mehr als ein Bluff“ erschien). Goltermann sah als Träger einer möglichen Zusammenarbeit nicht nur den linken SPD-Flügel, sondern auch „jene Mitte-Links-Schwarm, wie sie von Brandt, Bahr, Gaus und Vogel repräsentiert wird“, die eine Zusammenarbeit mit den Grünen probeweise prüfe, was (nach den Beispielen von Marburg, Kassel und Bielefeld) „in Hamburg womöglich nicht ausgeschlossen“ sei (MOZ 9/82). In diesem Artikel überweg eindeutig das Hoffen auf Zusammenarbeit, das Schüren von Illusionen, gegenüber der Skepsis und den Hinweisen auf eine neu-entfachte Integrations-Debatte in der SPD.

## Strategiedebatte notwendig? - Ja, aber nicht so!

„Strategiedebatte notwendig!“, schreibt die Hamburger ISP in ihrer Einladung zum eingangs erwähnten „Jour fix“. In der Tat, denn es deutet sich immer mehr an, daß in Hamburg nach dem Wahlgang zunächst nichts mehr mit der Tolerierungspolitik zu machen ist. Nicht akzeptabel ist allerdings, daß die Gruppe Z laut „Haltet den Dieb!“

„in Hamburg womöglich nicht ausgeschlossen“ sei (MOZ 9/82). In diesem Artikel überweg eindeutig das Hoffen auf Zusammenarbeit, das Schüren von Illusionen, gegenüber der Skepsis und den Hinweisen auf eine neu-entfachte Integrations-Debatte in der SPD.

## Strategiedebatte notwendig? - Ja, aber nicht so!

„Strategiedebatte notwendig!“, schreibt die Hamburger ISP in ihrer Einladung zum eingangs erwähnten „Jour fix“. In der Tat, denn es deutet sich immer mehr an, daß in Hamburg nach dem Wahlgang zunächst nichts mehr mit der Tolerierungspolitik zu machen ist. Nicht akzeptabel ist allerdings, daß die Gruppe Z laut „Haltet den Dieb!“ schreibt, irgendwelche „Macher-Zentren“ für die Enttarnung der eigenproduzierten Illusionen verantwortlich macht, und die eigene Rolle dabei total vergißt. Das ist ein schlechter politischer Stil, der an alte „ML“-Zeiten erinnert, wo einfach der Kurs geändert wurde und der Behauptung, das habe man schon immer gesagt.

Zugleich kündigt Willi K. Goltermann als Überlegung eine verhängnisvolle Neuorientierung an. Deftige Worte über „die Verparlamentarisierung der Bewegung“ und „erwartungsvolle Parlaments- und Staatsbürgerlichkeit“ (MOZ, 11/82) sowie das Herbeibeten des „Drucks der Straße“ sollen eine faktische Politik des „kleineren Übels“ im Parlament befördern. Scharfe Kritik an parlamentarischen Vorhaben der SPD in Worten, aber Zustimmung in der Praxis heißt die neue Strategie. Daß die SPD durch solche „scharfen Witterungen“ im Parlament zu beindrucken wäre, wird ernsthaft kaum jemand glauben wollen. Das macht man nicht mehr als dreimal, ohne sich völlig lächerlich und ungläubig zu machen. Dafür hat Goltermann eine neue Variante parat: Die „scharfe Rede“, als deutliches Signal an die außerparlamentarische Bewegung“. Also konsensuelle „Realpolitik“ (= Unterstützung der SPD) im Parlament, und für die Opposition sind gefälligst die außerparlamentarischen Bewegungen zuständig.

Nur, die neue Strategie kann nicht aufgehen; Außerparlamentarische Aktivitäten als Reaktion auf parlamentarisch anstehende Entscheidungen, die GAL als Motor, der vom Rathaus aus die Suchworte ausgibt, das ist eine sehr illusorische Vorstellung. Die außerparlamentarische Bewegung kann und wird sich nicht in der Weise modifizieren lassen. Was letztlich vom propagierten Vorgehen übrigbleibt, ist die Praxis des „kleineren Übels“. Damit könnte die SPD völlig sorgenfrei weiterregieren. Die Schwäche der GAL besteht nicht in der oft schwierigen Entscheidungsfindung über parlamentarische Initiativen, die u.a. deshalb so schwierig wa-

ren, weil einige in der Fraktion anscheinend auf kaltem Wege den neuen Z-Kurs bereits zur Durchsetzung bringen wollen und das hinter Vorträgen über „Realpolitik“ kaschieren. Wollen solche „kluge“ Taktik führen kann, hat die GAL-Debatte um die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Senats gezeigt. Da erklärt die Parlamentsfraktion öffentlich, daß sie das Programm ganz schlecht findet, daß sie Änderungen beantragen wird, aber daß sie dem Programm auch ohne die Änderungen zustimmen wird.

Die so massiv unter Druck gesetzte SPD verhandelte auf verschiedenen parlamentarischen und Behörden Ebenen mit der GAL, hörte sich deren Anregungen, Vorschläge und Wünsche an, wengerte einen Teil, sodaß er nicht mehr als von der GAL durchgesetzt erscheint, sondern die SPD sich sogar noch mit sozialen Änderungen brüstet. Das „außerparlamentarische Signal“ an Betroffene sah dann so aus, daß seitens der GAL-Fraktion Betroffene (nachdem der beschriebene Vorgang bereits voll im Laufen war) eingeladen wurden, mit der GAL Verbesserungen des ABM-Programms zu beraten, damit die Fraktion weiß, welche Änderungswünsche sie noch anmelden soll. Da wurde nichts an Druck gemacht, da wurde schlicht eine fälschliche Lobby-Politik betreiben, denn angesichts der beschriebenen Lage ist für einzelne Betroffene der Spätkurs ABM in der Hand selbstverständlich mehr wert als die Taube auf dem Rathausdach. Konkret führte das dazu, daß die GAL schon fast bereit war, ein ABM-Programm zu schlucken, das zwar für einige kleine Vorteile brachte, für andere, insbesondere Jugendliche, allerdings mehr als fragwürdige Formen der Beschäftigung (Laubharken) vorsieht.

Willi K. Goltermann behauptet, daß die Neuwahl-Debatte in der GAL exemplarisch für künftige Parlamentsarbeit gewesen sei. Scharfe Ablehnung des Vorgehens der SPD, aber Zustimmung zum konkreten Antrag. Ein schlechtes Beispiel und gleichzeitig, ähnlich wie die Behandlung von ABM, durchaus geeignet, Kritik zu führen, wie die Parlamentsarbeit nicht laufen sollte. Richtig ist an dieser Entscheidungsfindung gewesen, daß die GAL tatsächlich unter einem Druck gestanden hat, daß von ihrem Votum etwas abhängt, nämlich der konkrete Wahlergebnis. Bei anderen Maßnahmen, wie einem ganzen Paket von Anträgen zur vorläufigen Haushaltsführung, war offensichtlich, daß die SPD die GAL zwar in die Abstimmung zwingen wollte, um ihr darauf aufbauend Verantwortunglosigkeit gerade im Wahlkampf vorzuwerfen, während jetzt schon offenbar ist, daß die SPD in diesem Zusammenhang überhaupt nicht

exemplarisch für künftige Parlamentsarbeit gewesen sei. Scharfe Ablehnung des Vorgehens der SPD, aber Zustimmung zum konkreten Antrag. Ein schlechtes Beispiel und gleichzeitig, ähnlich wie die Behandlung von ABM, durchaus geeignet, Kritik zu führen, wie die Parlamentsarbeit nicht laufen sollte. Richtig ist an dieser Entscheidungsfindung gewesen, daß die GAL tatsächlich unter einem Druck gestanden hat, daß von ihrem Votum etwas abhängt, nämlich der konkrete Wahlergebnis. Bei anderen Maßnahmen, wie einem ganzen Paket von Anträgen zur vorläufigen Haushaltsführung, war offensichtlich, daß die SPD die GAL zwar in die Abstimmung zwingen wollte, um ihr darauf aufbauend Verantwortunglosigkeit gerade im Wahlkampf vorzuwerfen, während jetzt schon offenbar ist, daß die SPD in diesem Zusammenhang überhaupt nicht

Thomas Ebermann sah das von Beginn an anders und glaubt im nachhinein recht zu haben, weil die GAL schließlich doch zustimmen mußte. Er vergißt, daß es der GAL gelungen ist, in der Zeit vor der Entscheidung durch ihr Vorgehen z.B. erheblich zum Druck auf die CDU beizutragen, die einen wahren Eieranz aufwachte, weil ihr wegen Bonn der frühe Termin nicht paßte. Die GAL war also in der Lage, mit diesem Vorgehen Politik zu machen, was umgekehrt nicht der Fall gewesen wäre. Nach wie vor bin ich der Meinung, daß auch stimmungsmäßig ein Umschwung zuungunsten der GAL erst mit der Unterschrift einiger Fraktionsverantwortlicher unter den SPD-Antrag auf Wahlkampfkostenersatzung zum 19.12. kam, noch bevor überhaupt eine Entscheidung der GAL vorlag. Entsprechend wurde dann zwar eine scharfe Rede im Parlament gehalten, aber beispielsweise an der Frage der Wahlkampfkosten absolut nicht mehr von der GAL unternommen. Es ist mehr als legitim, wenn Wähler heute fragen: warum habt ihr das einfach geschluckt? Konkret geht es dabei um die Frage, ob vor dem Hintergrund partei- und wahlrechtlichen Gerangels es gerechtfertigt ist, in einem halben Jahr zweimal die gleiche Höhe von Geldern für Wahlkampf zu bewilligen. Hanweise wie „Demokratie kostet Geld“ sind vor dem riesigen Hintergrund der Hamburger Abläufe schlichtweg lächerlich. Die GAL hätte z.B. beantragen können, daß die Wahl-

kampfkostenersatzung für die Parteien gestrichen wird und nur die Gelder zur Durchführung der Wahl bereitgestellt werden (9). Das läßt bei vielen Maßnamen aufkommen. Teilt man die Skepsis vieler in die Glaubwürdigkeit der Parlamente - und das sind nicht nur Linke - muß auch akzeptiert werden, daß die unternommenen Schritte kritisch beargwöhnt werden.

Eine von der GAL praktizierte Linie des „kleineren Übels“ im Parlament würde münchlich eine Stärkung der Verbindung zur außerparlamentarischen Bewegung zur Folge haben, sondern deren Skepsis und Abwendung vom „linken Parlamentarismus“ fördern. Selbstverständlich wird es in Sachfragen Entscheidungen geben, die den Charakter des „kleineren Übels“ gegenüber den immerhin Entwicklungen haben. Nur ist das kein besonders kluger Schachzug, sondern Realitäts, Ausdruck des mangelhaften Drucks und der Tatsache, daß bei allen positiven Ansätzen der letzten Jahre immer noch zu wenig in Bewegung geraten ist. Allerdings muß die GAL auch den Mut haben, zu umstrittenen Entscheidungen NEIN zu sagen. Sie darf auf keinen Fall eine Politik mitbetreiben, bei der einzelne Gruppen der Bevölkerung zu Lasten anderer besser abscheiden. Dies könnte im Rest-Haushalt '83 sehr schnell als Problem auftauchen.

Als Fazit: Ich teile den Ansatz, nach dem absehbaren Scheitern des Tolerierungsansatzes nach den Neuwahlen die Strategiedebatte zu verstärken. Wobei ich den von der GAL eingeschlagenen Weg einer Politik der Bundsbereitschaft und des Drucks auf die SPD im Grundsatz für richtig halte. Meine Kritik an den Reformillusionen berührt im wesentlichen und daher ruht auch die Scharfe - diejenigen, die dies als Strategie verkauft haben und heute arrogant nach Schuldigen suchen. Es gibt eine illogisch-irreführende Strategie des reformistischen Weges, und es gibt eine Strategie der Linksentwicklung der Wahlbewegung, die sich den aus der Politik der Tolerierung der SPD ergebenden Problemen nicht einfach entziehen kann. Daraus werden uns auch nicht hier und da aus der ISP-Ecke angeschlagene kraftmeiserische Töne retten. Falls Willi K. Goltermanns Kritik nicht weiter den Unsinn des „kleineren Übels“ als Strategie verkauft, stattdessen tatsächlich an der Stärkung des schwächsten Gliedes - der Verbindung parlamentarischer mit der Verstärkung der außerparlamentarischen Arbeit - wirkt, dann kann der Streik fruchtbare Formen annehmen.

11.12.82, hr.

## Anmerkungen

1) Ich teile den Ansatz, nach dem absehbaren Scheitern des Tolerierungsansatzes nach den Neuwahlen die Strategiedebatte zu verstärken. Wobei ich den von der GAL eingeschlagenen Weg einer Politik der Bundsbereitschaft und des Drucks auf die SPD im Grundsatz für richtig halte. Meine Kritik an den Reformillusionen berührt im wesentlichen und daher ruht auch die Scharfe - diejenigen, die dies als Strategie verkauft haben und heute arrogant nach Schuldigen suchen. Es gibt eine illogisch-irreführende Strategie des reformistischen Weges, und es gibt eine Strategie der Linksentwicklung der Wahlbewegung, die sich den aus der Politik der Tolerierung der SPD ergebenden Problemen nicht einfach entziehen kann. Daraus werden uns auch nicht hier und da aus der ISP-Ecke angeschlagene kraftmeiserische Töne retten. Falls Willi K. Goltermanns Kritik nicht weiter den Unsinn des „kleineren Übels“ als Strategie verkauft, stattdessen tatsächlich an der Stärkung des schwächsten Gliedes - der Verbindung parlamentarischer mit der Verstärkung der außerparlamentarischen Arbeit - wirkt, dann kann der Streik fruchtbare Formen annehmen.

11.12.82, hr.

## Anmerkungen

- 1) Goltermann und die ISP sind bemüht, den Eindruck zu erwecken, es hätten sie speziell eine Feststellung aufgespielt, die es jetzt bei aufs Messer zu verurteilen gelte. Das mag für den eigenen Lärm gelten. Es sei an dieser Gelegenheit bestenfalls der Hinweis gestattet, daß es andere Stimmungen in der GAL gibt, dazu zähle ich auch diese Zeitung, die bestmögliche Entwicklungen schon viel länger als sich begnügen auch in der GAL, sich aber nicht immer durchsetzen konnten, und dies in einer so puritätlichen Liste nun einmal der Fall ist. Damit nicht der Eindruck entsteht, daß ich so intensiv über mich selbst wie ich mich selbst nur klugschreibe, wird in diesen Anmerkungen auf zurückgegriffene Auseinandersetzungen mit dem jeweiligen Thema Bezug genommen. Der angeführte Artikel von Langen/Linke ist ausführlich im AK gewürdigt worden.
- 2) AK 19a vom Februar 1981 Auseinandersetzung zwischen Willi K. Goltermann und mir. Demas: ob beide Willi in völlig absurder Weise die „Umwelt“ für die Grünen auf die parlamentarische und außerparlamentarische Bewegung Hamburg 1981. Grünen als die „Hauptkraft“ der Wahlbewegung? Siehe zum Thema auch kritische Anmerkungen zur GAL-Gründung in AK 219 S. 38f.
- 3) Ob Artikel von Renner/Linke und B. sowie eine Stellungnahme von mir sind im Sonderheft der Bulletin Liste (Initiativtreffen) vom September 1981 und in einem FB-Sonderheft. Wie hätte dies mit der SPD? Ende 1981 ist es beendet.
- 4) Zur Auseinandersetzung mit Lars Hennings siehe AK 212 S. 40, „Zurück zu den Ursprüngen“.
- 5) Rolf Aschberg in „Alternative Kommunalpolitik“ vom Juli 1981. Dazu auch Leserbrief von Kurt Meyerhahn in „Alternative Kommunalpolitik“ September 81.
- 6) Siehe dazu AK 216 vom 18.10.82: Gibt es eine neue linke Mehrheit? Anzumerken bleibt noch, daß hier nicht behauptet wird, daß die Auseinandersetzung mit ähnlichen ISP-Positionen in Westfalen und Bielefeld, dokumentiert in der K18-Broschüre „Wie hätte dies mit der SPD?“.
- 7) Zu diesem Komplex siehe Artikel in AK 219 vom 22.8.82 S. 38 und AK 214 vom 7.12.81 S. 28 zur Hamburger Tolerierungspolitik.
- 8) Siehe hierzu die kritischen Anmerkungen in AK 228 vom 18.10.82, „Hamburger Neuwahl: SPD-Rückkehr zu alter Politik“ und AK 225 „GAL als Hauptbühne“ und „Keine Wende der SPD in Sicht“.
- 9) Zur Kritik an der GAL-Parlamentsarbeit siehe auch die Diskussion um die Kred.überweisung in AK 225 S. 32-34 und zu den Neuwahlen AK 226 S. 16.

## Jungdemokraten rufen zur Wahl der GAL auf

Die Hamburger Jungdemokraten, die im Februar dieses Jahres als erster Landesverband den Bruch mit der FDP vollzogen hatten, haben auf ihrer Landesversammlung am 15.11. eine Wahlempfehlung für die GAL beschlossen. Die Judo begrüßen dann das Ergebnis der Bürgerschaftswahl vom 6. Juni, „das erstmals linken Kräften außerhalb der SPD direkten Einfluß auf das parlamentarische Geschehen gab“.

Fünf Themenbereiche sind für die Jungdemokraten aktuell vorrangig: „Freiheitsrechte“, „Umwelt und Energie“, „Arbeitslosigkeit und Sozialabbau“, „Stadtsanierung und Wohnungsbau“, „Pressewesen“. Die Forderungen, die die Judo dazu vertreten, decken sich weitgehend mit denen der GAL. Die Judo kommen denn auch zu dem Schluß: „Unter den gegenwärtig kandidierenden Gruppen bietet die GAL die größte Gewähr dafür, daß die oben genannten Punkte wirkungsvoll vertreten werden. Die Judo rufen daher zur Wahl der GAL auf. Die Möglichkeit, diese Forderungen in konkrete Politik umzusetzen, besteht noch realistisch einzuschätzen, aber nur, wenn die SPD gezwungen ist, mit der GAL zu sprechen. Dies setzt voraus, daß die SPD keine absolute Mehrheit erhält und die CDU und/oder FDP von der Regierung ferngehalten werden“.

Zu den ergebnislos verlaufenen Gesprächen zwischen SPD und GAL wird erklärt: „Wir mißbilligen das vom rechten Flügel der Hamburger SPD beauftragte herbeigeführte Scheitern der Tolerierungsverhandlungen und warnen davor, Hamburg dem rechtskonservativen Trend zu überantworten, statt endlich den Versuch zu unternehmen, eine unsoziale und lebensbedrohende Politik aktiv zu bekämpfen“. An die GAL wird appelliert, daß sie „von ihrer Seite erfolgreiche Gespräche mit der SPD nicht unnötig erschwert und dadurch die SPD in die Arme der CDU treibt“ — was immer damit gemeint sein mag.

Zu ihrer eigenen Perspektive halten die Judo fest, daß die Wahmpflicht zugunsten der GAL „in keiner Weise Entscheidungen über die politische und organisatorische Zukunft von Linksbereiten und Radikaldemokraten vorwegnimmt“. Die GAL solle nicht in den Irrtum verfallen, sie sei der einzige Kristallisationspunkt der Linken. „Eine Meldung der „Hamburger Morgenpost“, die 250 aktiven Mitglieder der Hamburger Jungdemokraten wählten künftig geschlossen als links-überaus Gruppierung innerhalb der GAL arbeiten, stellte sich auf Nachfrage als Ente heraus.

## GAL — SPD: Kritik an der Polizei — schon ist alles vorbei

Am Anfang des Monats von der GAL vorgelegte Broschüre mit dem Titel: „13 Gründe Senator Pawelczyk zu loben“, in der auch eine Veranstaltung der GAL unter dem Motto angekündigt wird: „Ist Hamburgs Polizei sauber? — Wir fordern öffentliche Kontrolle!“ nahm die SPD zum Anlaß, es mehr öffentlich zu verkünden, es eine nicht mehr zwischen SPD und

„Ich habe genug versucht, mit der GAL klarzukommen.“ (Nein, was für ein unartiges Kind aber auch, diese GAL!), die „Bild“ weiß nicht, ob sie sich mehr über den „endgültigen Bruch“ aussagen oder die GAL-Kritik als unqualifiziert diffamieren soll.

Inzwischen folgte dieser ersten Broschüre der GAL eine zweite, die sich besonders des sog. Hamburger Polizeiskandals annimmt. Unter dem Titel „Ist Hamburgs Polizei sauber?“ wird darin äußerlich die zehnjährige Geschichte der Vertuschung dieses Dauer-Skandals dokumentiert und auch hier das besondere Verdienst des „Saubermannes“ Alfons Pawelczyk herausgestellt, zu dessen Weib-Wach-Aktion es u.a. heißt: „Während einerseits die „Kriminellen Ausreißer“ einiger Abteilungen und Beamter (zaghafte) verfolgt werden, erhebt der neue Senator andererseits diese korruptionsfördernden Methoden kriminalpolizeilicher Arbeit zum institutionellen Prinzip. Landesfahndungskommando (der lange Arm der Staatsanwaltschaft) und Mobiles Einsatzkommando (die zehn Jahre alte Spezialtruppe mit Untergrundausbildung und dem ursprünglichen Arbeitsgebiet der Terroristenbekämpfung) wurden zu einer Einheit zusammengefaßt. In einer neuen V-Mann-Regelung wurde die Praxis politizistischer Untergrunderbeit rechtstaatlich abgesichert, nur das „Wildern“ soll aufhören.“ Damit werde an dem „Legalitätsprinzip schwer Hand angelegt“ und der Polizeiapparat jeder öffentlichen Kontrolle entzogen, „eine Entwicklung, die unsere Erinnerungen erweckt und jeden Demokraten mit Sorgen erfüllen muß.“ Die GAL fordert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum „Hamburger Polizeiskandal“ und erklärt sich bereit, darüber hinaus jeden außerparlamentarischen Ansatz eines öffentlichen Polizei-Kontrollregimes zu unterstützen.

## GAL — SPD: Kritik an der Polizei — schon ist alles vorbei

Am Anfang des Monats von der GAL vorgelegte Broschüre mit dem Titel: „13 Gründe Senator Pawelczyk zu loben“, in der auch eine Veranstaltung der GAL unter dem Motto angekündigt wird: „Ist Hamburgs Polizei sauber? — Wir fordern öffentliche Kontrolle!“ nahm die SPD zum Anlaß, es mehr öffentlich zu verkünden, es eine nicht mehr zwischen SPD und

„Ich habe genug versucht, mit der GAL klarzukommen.“ (Nein, was für ein unartiges Kind aber auch, diese GAL!), die „Bild“ weiß nicht, ob sie sich mehr über den „endgültigen Bruch“ aussagen oder die GAL-Kritik als unqualifiziert diffamieren soll.

Inzwischen folgte dieser ersten Broschüre der GAL eine zweite, die sich besonders des sog. Hamburger Polizeiskandals annimmt. Unter dem Titel „Ist Hamburgs Polizei sauber?“ wird darin äußerlich die zehnjährige Geschichte der Vertuschung dieses Dauer-Skandals dokumentiert und auch hier das besondere Verdienst des „Saubermannes“ Alfons Pawelczyk herausgestellt, zu dessen Weib-Wach-Aktion es u.a. heißt: „Während einerseits die „Kriminellen Ausreißer“ einiger Abteilungen und Beamter (zaghafte) verfolgt werden, erhebt der neue Senator andererseits diese korruptionsfördernden Methoden kriminalpolizeilicher Arbeit zum institutionellen Prinzip. Landesfahndungskommando (der lange Arm der Staatsanwaltschaft) und Mobiles Einsatzkommando (die zehn Jahre alte Spezialtruppe mit Untergrundausbildung und dem ursprünglichen Arbeitsgebiet der Terroristenbekämpfung) wurden zu einer Einheit zusammengefaßt. In einer neuen V-Mann-Regelung wurde die Praxis politizistischer Untergrunderbeit rechtstaatlich abgesichert, nur das „Wildern“ soll aufhören.“ Damit werde an dem „Legalitätsprinzip schwer Hand angelegt“ und der Polizeiapparat jeder öffentlichen Kontrolle entzogen, „eine Entwicklung, die unsere Erinnerungen erweckt und jeden Demokraten mit Sorgen erfüllen muß.“ Die GAL fordert einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zum „Hamburger Polizeiskandal“ und erklärt sich bereit, darüber hinaus jeden außerparlamentarischen Ansatz eines öffentlichen Polizei-Kontrollregimes zu unterstützen.

Parallel zu der Veröffentlichung der GAL ist um „Stern“ (50/82) die erste Folge einer Artikelserie „der Sumpf“ erschienen, in der der ehemalige Kriminalkommissar Peter Renhard seine Erfahrungen über die Vertuschung des „Hamburger Polizeiskandals“ auspackt. Die Reaktion der Innenbehörde des Staatsanwaltschafts leitet ein Ermittlungsverfahren wegen Verletzung des Dienstgeheimnisses gegen ihn ein. Im übrigen wird noch einmal verkündet, Hamburgs Polizei sei sauber. Antifa-Kommission, KR/Gruppe Hamburg

„Die SPD in Hamburg hat wirk-



## Der letzte Schrei der Szene: »Realpolitik«



Es sagte Holger Börner, Landesvorsitzender der SPD Hessen und derzeit geschäftsführender Ministerpräsident: „Solche Photos werden von mir nicht mal als Montage zu sehen sein“ („Spiegel“ 33/82). Dieses Photo („FR“ 2.12.82, aufgenommen anlässlich der ersten Sitzung des neuen hessischen Landtags in Wiesbaden) ist keine Montage. Eine Montage erschien bereits in „Titanic“ 10/82.

Es sagte Dirk Töber, Platz 1 der Landesliste der Hessen-Grünen und jetzt Abgeordneter, auf Wahlkampfveranstaltungen und in Interviews, er habe „erhebliche Magenschmerzen“ bei der Vorstellung, mit einem Mann wie Börner, der die Polizeieinsätze gegen die Startbahngegner angeordnet habe, zu sprechen oder an einem Tisch zu sitzen. Wir sind weit davon entfernt, wegen dieses shakehands ein Verratsgeheiß gegen die Grünen anzustimmen. Vielmehr waren es die Hessen-Grünen selbst gewesen, die im Wahlkampf unermüdlich starke Worte geschwungen hatten. Börner sei „unzumutbar“, man fordere einen anderen Ministerpräsidentenkandidaten, Gespräche mit der SPD könnten an der Person Börner scheitern usw. und dann sollte man aber auch nicht umständlich mit der Bemerkung zur Tagesordnung übergehen, man habe „schon ganz anderen Leuten die Hand geschüttelt“.

Am 1.12. hat der Landtag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Zahlreiche Anträge der CDU und der Grünen wurden der parlamentarischen Geschäftsführung vorgelegt. Die CDU hat sich für die Ablehnung des Antrags der Grünen ausgesprochen. Am Hauptausschuß zu dem Antrag der „wichtigen Ausschüsse“ ist der vorwiegend interne behandelte worden. Dieser Antrag wurde von CDU und Grünen abgelehnt, eine Entscheidung, die unter grünen Wählern und Sympathisanten nur schwer zu vermitteln ist. Die Begründung für dieses Abstimmungsverhalten ist, daß die SPD die alte Parlamentarismusordnung aussonst ausdrücklich bestätigt haben wollte, die Grünen sich aber Chancen ausrechnen, vor dem Staatsgerichtshof erfolgreich gegen die jetzige Regelung klagen zu können (wobei dann in der Tat erreicht werden könnte als durch 7 Annahme zu besagtem SPD Antrag). Die CDU versucht machteilend vergleich, ihren des vierten Landesvorsitzenden Wallmann zum Ministerpräsidenten wählen zu lassen. Innerhalb bekam Wallmann jedoch eine Stimme mehr, als die Abgeordneten der CDU-Fraktion zählten, was bedeutet, daß ein SPD-Abgeordneter ablehnung wurde. Schwerpunkt des Landtags wird in nächster Zeit ein von der SPD eingebrachter Haushaltsvoranschlag sein, der angeblich 25.000 Arbeitsplätze sichern und 2.000 Ausbildungsplätze neu schaffen soll. Die Grünen werden ein Straffreiheitsgesetz für angeklagte Startbahngegner einbringen.

### Spendet!

#### Spendet!

Für die Finanzierung der Prozeßkosten von A. Schubart: Karin Götter-Sonderkonto  
Kt.Nr. 362545-608  
Postcheckamt Frankfurt  
BLZ 500 100 60

Dokumentation zum Prozeß (ADM), zu beziehen über „Komitee Solidarität mit Alexander Schubart“  
Hamburger Allee 49  
6000 Frankfurt 90

Unter Frankfurter Spontis geht das „Wir-sind-wieder-wir“-Gefühl um. Ihre grüne Wählerinitiative hat eine beachtliche, eine einmalige, eine tolle Veranstaltung zuwege gebracht. Sozialdemokratische und grüne (und die eigenen) Spitzenpolitiker auf einem Podium Na bitte. Überschwänglich berichtet der „Pflasterstrand“: Es sei eine Veranstaltung des Gütestempels „besonders wertvoll“ gewesen, eine „spannende personality-show“, gelenkt durch ein „geschicktes Management“, mit einem „schönen Panoptikum“ oben auf der Bühne und einem „verständnisvollen Publikum“ unten im Saal. Lieber solche Persönlichkeiten als die leidige Basismokratie, die eh nur graue Mäuse hervorbringe, meint der „PS“ und pflichtet hierin der grauen Obermaus Hopfischek bei. Geladen und gekommen waren SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz (Dialog-Experte), Helmut Holzappel (graue SPD-Maus aus dem hessischen Landtag), Rudolf Bahro (Messias), Claus Offe (Politik-Analyse), Dietrich Wetzels (Wählerinitiative fragt — Politiker antworten), Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer (nach „PS“ zuständig für „revolutionären Reformismus“) und „anarchistische Realpolitik“). Tatort: Der Hörsaal VI der Frankfurter Universität am 23.11.82.

Schenken wir uns den chronologischen Ablauf der brillanten Wortwechsel und steuern wir gleich auf die schwergewichtigen Inhalte zu. Da wäre also erstens die Atomkriegsgefahr. Glotz: Auch die Friedensbewegung habe darauf schließlich keine schließlichen Antworten. Vorher seien ihre Antworten „genau so viel oder wenig plausibel wie die der SPD“. Im Falle der SPD sei es allerdings gewesen, „daß man den Krieg der Atomkraft als „Schicksal“ behauptet“ zu haben. Das Publikum ist unzufrieden. Glotz antwortet: „Wir haben keine Lösung für die linke Hosenentasche“. Zwischenruf: „Aber in der rechten!“ Glotz schnappt ein. Das sind doch Grobheiten unter dem Dialog-Niveau!

Wetzels kann es nicht zulassen, daß sich Glotz mit unverbindlichen Hosen über die Rand der Diskussion bewegt. Er greift die Diskussion an.

Die Diskussion über die Atomkraft wird von Glotz und Wetzels geführt. Glotz antwortet auf Wetzels: „Die Atomkraft ist ein Problem, das wir nicht lösen können, wenn wir nicht die Energieversorgung umstellen.“ Wetzels antwortet: „Die Atomkraft ist ein Problem, das wir nicht lösen können, wenn wir nicht die Energieversorgung umstellen.“

Nein, meint Wetzels (oh nein!) Sie wollten das ebensoviele wie die Sowjetunion. Die Gefahr liege in der Technologie an sich (Gottchen!). Wann die SPD das endlich einsehe? (Schluck)

Es ist nicht so, daß Glotz nicht antwortet, wenn er gefragt ist. Also nochmal: Unser Problem sei die Lage im Zentrum Europas, mitten zwischen den

Großen. Da kann man nicht einfach aussteigen, sich neutral erklären und die Blöcke machen lassen. Da muß man versuchen, Einfluß auf die Politik der Großmächte zu nehmen. Nichts anderes habe Schmidt (der Patriot) versucht. Was Besseres wäre zwar wünschenswert, liege aber noch nicht auf dem Tisch. Darum müsse halt noch gerungen werden. Zwischenruf: „Abrüstet! Selber anfangen!“ Glotz: „Sie können sich doch nicht mitten in Europa in eine Gartenlaube zurückziehen“. Zwischenruf: Nach dem ersten und zweiten Weltkrieg beteiligte sich die SPD nun an der Vorbereitung des Dritten. Das läßt Glotz nicht auf der Sozialdemokratie sitzen: „Sie grüner Schwärzer, Sie!“ Der Tanker ist zart besetzt. Deshalb bohrt die Wählerinitiative an dieser Stelle nicht nach. Wir wollen ja auch alle das Beste für unser Volk, nur die Technologie reißt uns in die Scheide.

„Wir brauchen die Bombe gar nicht, wir schaffen das Ende auch so“, relativiert Bahro das Kriegsproblem. Er setzt seinen Kreuzzug gegen die „Kaputtindustrialisierung“ fort. Seit der Renaissance ist es mit der europäischen Zivilisation schiefgelaufen (offenbar eine versteckte Replik auf AK 227: „Mit Bahro zurück ins Mittelalter?“).

Also darfe es nicht heißen, Arbeitslose zurück in die Industrie. „Es kann nicht darum gehen, dieses Gesellschaftssystem stabil zu halten“. Für linkssozialdemokratische Reparaturen zur Linderung der Arbeitslosigkeit brauche man die Grünen nicht. Die Grünen wollten eine einzige große Antenne, um die ganze Welt zu erreichen. „Wir brauchen die Bombe gar nicht, wir schaffen das Ende auch so“, relativiert Bahro das Kriegsproblem. Er setzt seinen Kreuzzug gegen die „Kaputtindustrialisierung“ fort. Seit der Renaissance ist es mit der europäischen Zivilisation schiefgelaufen (offenbar eine versteckte Replik auf AK 227: „Mit Bahro zurück ins Mittelalter?“).

Sie passen trefflich zueinander, diese beiden spannenden Persönlichkeiten, die der „Pflasterstrand“ so rühmt. Wer will es Glotz das Versprechen, Bahro zu werden, nach

der Diskussion über die Atomkraft wird von Glotz und Wetzels geführt. Glotz antwortet auf Wetzels: „Die Atomkraft ist ein Problem, das wir nicht lösen können, wenn wir nicht die Energieversorgung umstellen.“ Wetzels antwortet: „Die Atomkraft ist ein Problem, das wir nicht lösen können, wenn wir nicht die Energieversorgung umstellen.“

Maria/Engels-Wort über die Mittelstände erinnert („... sie sind reaktionär, sie suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen“), erschiene er nicht in Begleitung dieses ebenso geleiteten wie verlogenen Prototyps des modernen Polit-Technokraten. So aber können sich die Anhänger der beiden Lager am jeweiligen Deppen des anderen Lagers hochziehen.

Die Spontis waren mit Bahro einverstanden und wieder auch nicht. Seine Darstellung der Gefahren sei richtig. Bekenntum, Radikalität und Kompromißlosigkeit gehörten aber in den außerparlamentarischen Bereich, nicht ins Parlament. Im Parlament müsse man sich die Hände schmutzig machen, „Politik“ betreiben. Grüne sollten sich nicht zu schade sein, für ein Amnestiegesetz zugunsten verfolgter Startbahngegner zu stimmen (als ob das ihr Problem wäre!). Mit solchen zündenden Vorschlägen steuert die Spontis elegant an der Frage vorbei, wie sie denn selber „real-politisch“ mit der Arbeitslosigkeit halten.

Cohn-Bendit machte schließlich, von einem Teil des Publikums mit lautem Beifall gefeiert, den Vorschlag, einen Volksentscheid über die Startbahn-West durchzuführen, um „aus der verfahrenen Situation in Hessen herauszukommen“. Einmal abgesehen von der Frage, welchen Realitätsgehalt dieser Vorschlag hat, ging er doch deutlich über die bisherige Forderung der Sponti-Wählerinitiative hinaus („mindestens einjähriges Moratorium“), was gerade für dieses Spektrum überraschend war. Hatten doch die Spontis bislang immer zu den großen Skeptikern des Volksbegehrens gehört, da sie der Meinung waren, die Ablehnung des Startbahn-West sei in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig. So drängt sich denn auch der Verdacht auf — von Cohn-Bendit durch eine warnende Relativierung des Startbahnkonfliktes („nicht die große Apokalypse“) gemindert —, daß dieser Vorschlag mehr auf Befriedung der Situation abzielt und vor allem die große Barriere zwischen SPD und Grünen in Hessen beseitigen will.

Aber das macht nur. Der SPD einen Volksentscheid aufzuschwatzen, indem man ihr versichert, sie würde ihn auf jeden Fall gewinnen, wäre ein glanzvolles Stück Realpolitik. Da sind wir allemal dabei. Die Startbahnbewegung ist am Ende. Aber ja doch. Die Blockiert keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor, beruhigen Sie sich, Herr Börner. Dieser Schubart hat sich doch vollständig geirrt.

Was aus der einzig intelligente Episode des Abend war, hat Glotz zur Feder-Melodie nur ein Pflasterstrand (11) und (12) „... so verfahren, daß die jeweilige Regierung die Mehrheit der Stärke zu erreichen. Diese Aussage war keineswegs nur auf den Bundestag gemindert. Beiragt, ob es nach der Hamburger Neuwahl überhaupt noch ein und Toleranzverhandlungen mit der CDU gehen werde, meinte Glotz, es werde auf alle Fälle „Gespräche“ geben, wie auch mit der CDU, „Gespräche“.

ma! Toleranzverhandlungen mit der GAL geben werde, meinte Glotz, es werde auf alle Fälle „Gespräche“ geben, wie auch mit der CDU, „Gespräche“, und „Verhandlungen“ sind freilich, so hat man inzwischen gelernt, für Politiker dieses Schlages himmelweit auseinander.

KB/Gruppe Frankfurt

## Grünes Schleswig-Holstein:

# Gezappel im Himmelbett

Der Fisch zappelte an der Leise — doch es gab kein Entrinnen mehr! Der Sog der 5 %-Hürde hat nun auch die linken schleswig-holsteinischen Grünen gefangen und damit eine grüne Besonderheit zurückgeführt in die bekannte Organisation der „politisch-programmatischen Beliebigkeit“. Die Liste der Kandidaten zur bevorstehenden Landtagswahl aus „reinen“ (Bahro'schen) Ökologen — Boje Maassen — und Öko-Sozialisten — wie Lars Hennings — ist komplett. So ließe sich in aller Kürze das grüne Drama in SH zusammenfassen.

### Grüne Neuorientierung im Frühjahr '82

Den bekannten Daten (siehe AK 224, 23.8.82) grüner Neuorientierung lagen folgende unterschiedliche Einschätzungen zu Grunde: 1. „Wir müssen kupie-

ren, daß wir in Zukunft nicht gegen, sondern mit den „Grünen“ in SH ökologische Ziele durchsetzen müssen. (...) Wir müssen von der Voraussetzung ausgehen (...), daß auch die ehemaligen 2 Mitglieder zwar eine sozialistische Politik betreiben, die aber das — zugegebenermaßen — abstrakte „Primat der Ökologie“ übernommen haben, d.h. sie sind ein Teil der ökologischen Bewegung und müssen als solche auch akzeptiert werden. Das heißt lange nicht, daß konkrete politische Forderungen von ihnen immer ökologisch sind. Die rationale Diskussion darüber muß — auch hart — in der Wahl der Grünen geführt werden, aber es darf nicht im Hinterkopf das Ziel lauern, sie (das sind die „ökologischen Forderungen“) zu kuppeln. Abgesehen davon, daß ein „existenzielles“ Gegeneinander inhaltlich nicht gerechtfertigt ist (...), halte ich ein solches Verhalten auch aus anderen Gründen für falsch, zum einen hält man die totale Konfrontation nicht kräftemäßig

durch, zum anderen schadet man der Durchsetzung ökologischer Politik (...). Abschließend eine Spekulation. Ich glaube, daß unsere Trennung von den „Grünen“ nicht falsch war, denn diese Trennung hat trotz aller „Wunden“ bei vielen Mitgliedern aller Lager ein Mehr an Reife, Abgeklärtheit, Einsicht in die Position des anderen, aber auch Wissen gerade in der Auseinandersetzung gebracht. Euer Boje“ (Boje Maassen, GLSH-Rundbrief, Nr. 2, vor dem 12.9.82).

Noch deutlicher wurde ein „Solidaritätsappell“ in demselben Rundbrief, unterzeichnet von Plagemann und Boje Maassen, u.a.: „Mit großer Sorge beobachten wir die derzeitige Entwicklung in der GLSH, deren Mitwirken (politische Zielsetzung, programmatische Inhalte) im politischen Kräftespiel in SH uns außerordentlich wichtig ist. (...) Wir appellieren ernsthaft an eure politische Vernunft, uns nicht zur politischen Wirkungslosigkeit zu verurteilen. Wenn wir uns nicht geschlossen in

„Die Grünen“ einbringen, entfällt unsere verstärkende Wirkung der ökologisch orientierten Mitglieder in den „Grünen“ (...).“

2. Auf Seiten der Grünen gab es nach dem Ergebnis der Konkurrenz-kandidaturen in Flensburg und Lübeck bei der Kommunalwahl im Frühjahr eine nicht annähernd so realistische Einschätzung der Situation. Zwar betonte die Resolution des grünen Parteitag im Mai noch die Position eines breiten, alternativen, grünen, sozialistischen Initiativen-Bündnisses — doch in Wirklichkeit reduzierte sich diese Position auf folgendes einfache Schema. Auf der linken Seite ist es nur Schrott, das können wir vergessen. Wir müssen an die zwar konservativen, aber blühenden, verankerten Umweltschutzkreise ran, die von der GLSH repräsentiert werden. Großspurig erklärte man sich selbst für politisch und ideologisch bestens gewappnet, um mit einer intensiven politisch-programmatischen Überzeugungsar-

beit dort Erfolge erzielen zu können. Darüber hinaus wurde allenfalls betont, daß die Grünen über ein „geistiges Gut einer gewachsenen Partei“ verfügen über eine „hart erarbeitete eigene Identität“. So gestählt hoffte man/frau die kommenden Auseinandersetzungen erfolgreich zu bestehen.

### Unüberbrückbare Widersprüche

Es ist — auch in dieser Zeitung — schon oft von den tiefgreifenden Differenzen in der grünen Bewegung in SH berichtet worden. Darum sei hier nur die wirtschaftspolitische Auseinandersetzung dargelegt. Diese erhält dadurch eine weitreichende Bedeutung, daß einerseits dieser Bereich durch die wirtschaftliche Krise zunehmend in den Vordergrund politischer Auseinandersetzungen gerät, andererseits die bundesweite grüne Kontroverse (Bahro-

Fortsetzung nächste Seite



Fügel gegen die linken Grünen) sehr stark in den Fusionsprozess reinspielt. Nach einem sicher nervenaufreibenden lakrischen Geschacher haben die beiden Verbände nunmehr ein gemeinsames Papier zu den Konfliktbereichen Präambel, Soziales und Wirtschaft ausgehandelt. Dieses erstaunliche Gemisch romantisch-reaktionärer Positionen, garniert mit einigen Brocken sozialen Verständnisses, soll im folgenden vorgestellt werden:

Im Papier zur Sozialpolitik wird die Notwendigkeit von sozialer Vorsorge gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise betont und eine Unterstützung der bundesweiten „Initiative Soziale Sicherheit“ angekündigt. Im Vorspann des Wirtschaftspapiers über die „ökologische und soziale Kreislaufwirtschaft“ heißt es: „Fortschrittliche Kolleg/innen haben als Betroffene den Kampf gegen Sozialabbau, für soziale Rechte und die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn-/Personalausgleich aufgenommen. Von einer anderen Ausgangslage als wir, entwickeln sie gegen die Rechtsentwicklung Widerstand wie wir. In kritischer Solidarität suchen wir mit ihnen die Gemeinsamkeit, um gemeinsam nach neuen Wegen und deren Durchsetzung zu suchen. So wie viele dieser Menschen mit uns gegen Atomkraftwerke und Umweltzerstörung und für den Frieden gestritten haben, so unterstützen wir deren Forderungen.“

Im 2. Teil des Papiers geht es um die konkrete Formulierung der wesentlichen Mängel der „ruinösen Wirtschaftsweise“ sowie um 9 sogenannte „Veränderungsansätze“. Dieses Herz des gesamten Wirtschaftsprogramms entpuppt sich als wahres Schatzkästlein für die konkurrierende Sozialdemokratie: „Langfristig streben wir eine radikale Umwandlung der Wirtschaftsweise im Sinne von selbstversorgenden, self-relianten“ Einheiten, die gar nicht auf Marktproduktion ausgehen, sondern auf die Reproduktion eines Lebenszusammenhangs („Informeller Sektor“, Annäherung von Produzenten und Konsumenten, z.B. garantierte Auftragswirtschaft u.d.). Oder: „Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen.“ (...) Zu diesem 2. Veränderungsansatz gehört vor allem auch die Unterstützung selbstverwalteter und alternativ produzierender Einrichtungen und Betriebe (Handwerkskooperativen, Betriebe mit biologischem Landbau, Frauenhäuser u.d.). Unsere Forderung zielt darauf ab, selbstständige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen sowie Alternativmodelle zur Lohnarbeit einzurichten.“ Und konkret zum Thema Arbeitszeitverkürzung: „Ob in einer alternativen, ökologisch-orientierten Wirtschaft das Gesamtquantum an notwendigen Arbeiten in einer Volkswirtschaft steigt oder sinkt, kann noch nicht beantwortet werden.“ Das Bedürfnis nach Arbeitszeitverkürzung wird auch in dem Maße verschwinden wie die ermittelten werden.“ Das Bedürfnis nach Arbeitszeitverkürzung wird auch in dem Maße verschwinden wie die ermüdende und geisttötende Arbeit ersetzt wird durch selbstverantwortliche, auch im menschlichen Sinne produktive — also schöpferische — Arbeit nach einem menschlichen Rhythmus.“ Kurzfristig kann eine Verkürzung der Arbeitszeit das Arbeitslosenproblem mildern.“ Das ist so ziemlich alles, was an konkreter Forderung geboten wird.

Einen deutlichen Schwerpunkt nehmen die Veränderungsansätze im „individuellen Verhalten“ (Nr. 6) und im „Konsumverhalten“ (Nr. 7) ein. „Alternative Ziele dürfen nicht nur in strukturellen Bereichen, wie Staat und Gesellschaft, sondern auch in individuellem Verhalten gesehen und gefördert werden. Strukturelle und individuelle Bereiche durchdringen einander und sind prinzipiell gleichgewichtig.“ Sparsamer und schonender Umgang, Kaufboykotte gegen unsinnige Waren und Verpackungswahnsinn, Bevorzugung von Produkten mit hohem Gebrauchswert, individuelle und gemeinschaftliche Herstellung des eigenen Bedarfs, Organisation der eigenen Lebenspraxis — wie bereits in vielen landwirtschaftlichen Kommunen und handwerklichen Kooperativen verwirklicht wurden — sind Beispiele, die unbedingt zu den notwendigen Veränderungsstrategien gehören.“ (...) Nicht zu unterschätzen ist auch die stimulierende Wirkung, die von der Tatsache ausgeht, daß etwas konkret durch einen selbst verändert worden ist, statt wie bisher im begrifflichen Raum eine Revolution nach der anderen durchzuführen.“

„Nur ein konsequenter Verzicht auf weitere zerstörerische Ausbeutung der Natur kann hier Einhalt schaffen: Das heißt Abkehr von der Verschwendungsgesellschaft durch Schluß mit dem verschwenderischen Konsumverhalten der Menschen.“ Der Verzichtspostel wie er im Buche steht!

Sozial will man aber auch sein: „In einer Wirtschaft, die nicht mehr wach-

sen kann und nicht mehr wachsen darf, versuchen die Starken ihren materiellen Wohlstand zu halten und propagieren den Abbau sozialer Leistungen. Soziale Leistungen sind aber nicht der Abfall des Überflusses, sondern erst der Anfang der sozialen Gerechtigkeit. Nicht Abbau, sondern Ausbau sozialer Leistungen ist also die soziale Seite der ökologischen Kreislaufwirtschaft. Abkehr von der Gesellschaft des Gewinnstrebens, Hinwendung zur Gesellschaft des sozialen Ausgleichs durch Schluß mit dem verschwenderischen Konsumverhalten der Wohlhabenden.“

Diese Zweideutigkeit bekommt daher erhebliche Bedeutung, weil es am Beginn dieses Veränderungsansatzes heißt: „Wir Reichen steigern und genießen unseren materiellen Konsum auf Kosten der Armen in den Billiglohnländern.“

### Im Strudel der 5 %-Hürde

Nachdem die Spitzen der beiden grünen Verbände sich auf die Fusionierung Ende Juli '82 geeinigt hatten und selbst die Linken in Euphorie schwelgten („Up ewig ungedeckt!“), war im Grunde der weitere Weg vorgezeichnet: 1. Die programmatische Festlegung war und ist zweitrangig. 2. Ausschließliches Ziel (und damit auch Inhalt) dieser neuen grünen Formation ist das Überspringen der 5 %-Hürde! Damit hatte die Linke von Anfang an keine Wahl mehr.

Der Parteitag am 5. 10. in Neumünster sollte der ausführlichen programmatischen Diskussion dienen, um — ob nun als Positionspapier oder als Grundsatzprogramm — gegenüber der GLSH eine eindeutige inhaltliche Verhandlungsposition beziehen zu können. Darüber hinaus sollte über den Fusionsvertrag abgestimmt werden. Schon hier erlebten die Linken herbe Enttäuschungen: Einmal konnten sie nur knapp die primäre inhaltliche Debatte vor der Vertragsabstimmung

durchsetzen, zum anderen unterlagen sie am Ende des Parteitags gegenüber den bedingungslosen Fusionsbefürwortern. Diese wollten — obschon inhaltlich kaum Ergebnisse vorlagen — wissen, was Sache ist und setzten damit erstmalig die Zustimmung zur Fusion durch. Die Linken konnten den Zug, den sie selbst ins Rollen gebracht hatten, nicht mehr bremsen. Lediglich ein letzter Fusionsvorbehalt konnte vereinbart werden: Endgültige Zustimmung erst nach dem gemeinsamen Programmparteitag.

Dieser gemeinsame Parteitag endete in totalem Chaos: Tränen, Nervenzusammenbrüche, Beschimpfungen. Die GLSH hatte sich in entscheidenden Abstimmungen als sehr stark erwiesen und einen großen Einfluß auf die „gemäßigten Mittelkräfte“ in den Grünen ausüben können. Als einige Aussagen (Zins und Bodenrecht, Entropiebeschleunigung) den Linken den Kragen platzen ließen und sie auf ihrem Minoritätenschutz pochten (dieser tritt dann in Kraft, wenn inhaltliche Vorstellungen grundsätzlich in Frage gestellt werden; konkret mußte dann neu verhandelt werden), flüchtete die Rechte völlig aus und der Parteitag mußte abgebrochen werden.

Die Linken erklärten anschließend intern und öffentlich die Fusion für gescheitert und forderten eine gänzliche Neuverhandlung des Bündnisses. Sie konstatierten „unvereinbare Widersprüche“ und kritisierten die Machtpolitik der GLSH.

Die GLSH begann in dieser Zwischenphase mit einem ausgeklügelten taktischem Gefelsch: 1. Sie sicherte nun plötzlich eine Änderung der äußerst unstrukturierten Passagen zu. 2. Nur zwei Tage später gelang es weitere kleinere Änderungen zu und erklärte sich auch bereit, die von den Linken vorgelegte Präambel zu übernehmen (bis auf kleinere Änderungen). Allerdings mußte man sich dazu wissen, daß gerade diese Präambel zum 3. oder 4. Male auf Wunsch der Rechten verändert worden war!

Auf dem entscheidenden Parteitag der Grünen am 28. 11. erklärte zwar eine knappe Mehrheit (40 zu 36) die Fusion für gescheitert. Doch dieses letzte Aufbäumen war wohl eher symbolisch zu verstehen, denn allzu offenkundig war, daß die GLSH mit samt ihrem Anhang erheblich aufgeholt hatten. Darüber hinaus beschloß die GLSH einen Tag später ihrerseits. Entweder Fusion oder die GLSH macht eine Alleinkandidatur mit für interessierte Grüne „offenen Listen“.

Für die Grünen gab es keinen Spielraum mehr: Neuverhandlungen waren für die GLSH „uninteressant“. Darüber hinaus wühlte der Spaltplatz bei den Grünen. Mehrere Kreisverbände erklärten, daß sie für eine Eigenkandidatur nicht bereit wären; Doppelmitglieder von GLSH und Grüne versuchten, mittels einer Urabstimmung das Parteitagergebnis im Sinne der Fusion zu kippen. Der Druck auf die Linken steigerte sich beträchtlich.

Auf einem Verhandlungstermin von GLSH, Grünen und Bundesvorstand gab es dann kein Zurück mehr. Der BuVo, der schon vorher seine deutliche Parteinahme für die GLSH bekundet hatte, sorgte für eine gemeinsame Zusatzvereinbarung, die es den linken Grünen erlauben sollte, ohne das Gesicht zu verlieren, doch noch der Fusion zuzustimmen. In Wahrheit beinhaltet diese Vereinbarung fast ausschließlich Dinge, die der Fusionsvertrag eh erlaubt. Lediglich die vage Zusicherung, daß der GLSH Landesvorstand „sich dafür einsetzen wird“, daß die GLSH im Konfliktfall auf ihre Zusatzmandate bei Landeskongressen verzichtet, beinhaltet ein neues Vertragskennzeichen. Sie führen sich halt auch so stark genug.

So wurde am 5. 12. die Fusion besiegelt. Zwar warnten einige linke Repräsentanten vor „Feiertagsstimmung“, nichtsdestotrotz feierten auch sie diese Vereinbarung als gute „Grundlage, mit der man leben könne“.

### Fazit

1. Die linken Grünen hatten schon verloren, als sie den Wesensgehalt ihrer eigenen Resolution vom Mai '82 in den Wind schrieben: Damit waren sie dem taktischen Machtpoker der GLSH (nicht zum ersten Mal!) ausgeliefert. Unter dem Druck der immensen parlamentarischen Hoffnungen konnte diese kleine Truppe durchsetzen, was sie wollte.

2. In grenzenloser Selbstüberschätzung wurde gegen andere mögliche Wahlinteressierte Kreise aus den Reihen der GAL-Schleswig, der AL Kiel, aus Initiativen sowie den Demokratischen Sozialist/innen gepölkelt.

3. Wie linke Grüne, die sich auf dem letzten Parteitag in wichtige Funktionen haben wählen lassen (Kandidatenliste und Vorstand), mit diesen programmatischen Aussagen ernsthaft Politik machen wollen, ist sicher nicht nur uns ein Rätsel.

4. Wenn auch Grüne bekennen, daß die Entwicklung linker Basisarbeit in Sachen Frieden, Sozialabbau, Anti-AKW Widerstand und Frauen gerade in SH bergab geht, dann könnte daraus vielleicht ein kleiner Ansatzpunkt entstehen, an dem sich eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen „drinnen“ (bei den Grünen) und „draußen“ (außerhalb der Grünen) entwickeln könnte.

Ein letztes. Im Hinblick auf den berühmten Sprung über die 5 %-Hürde stehen die Grünen auch nach der Fusion vor erheblichen Schwierigkeiten. Entscheidendes hängt da wohl vom Ergebnis der Bundestagswahl (so sie kommt!) ab, die ja am 6. März, also eine Woche vor der Landtagswahl stattfinden soll. Denn aus eigener Kraft — bei dem Programm, bei der harten Konkurrenz der „linken“ SPD — dürften sie es schwer haben — schaffen sie doch beide gemeinsam bei der Kommunalwahl im Schnitt nur 6,05 % der Wählerstimmen.

ha, Flensburg

## Hagener Parteitag der Grünen: Alle Kontroversen zugekleistert

Dabei können die Linken nur verlieren

Wie im letzten AK kurz berichtet, hat es auf dem Parteitag der Grünen in Hagen eine heftige, aber anscheinend nur kurze Konfrontation gegeben: Beschlossen werden sollte eigentlich ein „Programm gegen die Arbeitslosigkeit“. Dazu hatte die Wirtschafts-AG der Grünen einen umfangreichen Entwurf vorgelegt, der sich in erster Linie an den traditionellen Interessen und Kampfthemen der Arbeiterklasse orientierte. In einer Partei, in der Sprüche vom Zuschnitt „Die Arbeiterbewegung ist tot!“ als Zeichen ökologischen Bewusstseins gelten, war Widerspruch gegen den Entwurf vorprogrammiert. Am schärfsten formulierte diesen Widerspruch Rudolf Bahro: Er sieht in einer Verdoppelung der derzeitigen Arbeitslosenzahl (auf 5 Millionen!) die historische Chance zum „Ausstieg aus dem Industriesystem“. Der Bremer Landesverband der Grünen, dem Bahro angehört, solidarisierte sich mit den Visionen Bahros, zog es dann aber doch vor, dem Parteitag einen gemäßigteren Gegen-Entwurf vorzulegen, der die ärgsten Tollheiten Bahros zumindest nicht mehr explizit enthält.

Der Parteitag beschloß angesichts dieser Kontroverse Verträge. Eine außerordentliche Bundesversammlung am 15./16. Januar soll eine Kompromiß-Fassung verabschieden. Zur Vorbereitung des Textes wurde in Hagen eine Kommission gebildet, bestehend aus je zwei Vertretern pro Landesverband und zusätzlich je einem für die in Hagen vorgelegten „Globalalternativen“. Inzwischen hat diese Kommission in erstaunlich kurzer Zeit schon einen gemeinsamen Kompromiß-Entwurf abgeleitet.

Legt man die beiden ursprünglichen Alternativ-Entwürfe, das Papier der Wirtschafts-AG und den Gegenantrag des LV Bremen, nebeneinander, so schien eigentlich jeder Versuch in Richtung Konsens aussichtslos. Ein

Programm gegen die Arbeitslosigkeit gemeinsam mit Leuten auszuarbeiten, die sich zumindest formulierungsmäßig Türen in Richtung „Arbeitslosigkeit als Chance“ und „Ausstieg aus dem Industriesystem“ offenkundig wölten — das ist schon ein ziemlich starkes Stück. Genauso gut könnte man versuchen, gemeinsam mit der Schlachterinnung ein vegetarisches Kochbuch zu schreiben. Aber was soll's. Die Grünen haben schon in der Vergangenheit brillante Fähigkeiten bewiesen, wann immer es darum ging, Widersprüche zu klären, Unvereinbares zusammenzufassen und oberflächliche Kompromisse auszufüllen. So z.B. das auf dem Parteitag 1981 beschlossene „Friedensmanifest“, mit dem den Grünen eine höchst erstaunliche Mischung aus Antinatio-Positionen und vaterländischen Spinnereien aus der Werkstatt der „KPD“ („Hauptfeind Sozialimperialismus“) gelang. Daß mit diesem Text, der eigentlich als großer Hil für die grüne Öffentlichkeits-Arbeit gedacht gewesen, am Ende kaum P o l i t i k gemacht wurde, muß so gesehen noch als Glücksfall gelten. Es ist zu erwarten, daß der Kompromißtext des „Programms gegen die Arbeitslosigkeit“ einen ähnlichen Weg in die Papierkörbe gehen wird: Man hat dann einen wunderschönen Text, mit dem eigentlich niemand so recht zufrieden ist und dessen Sinn am Ende kaum noch sichtbar ist. Die Minderheit der Grünen, die sich am Kampf gegen die Arbeitslosigkeit beteiligen will, darf das selbstverständlich tun. Die Mehrheit darf das Thema weiterhin ignorieren. Und die ganz wilden Fundamentalekologen vom Schlage Bahros dürfen unfreiwilligen Wahlkampf für die SPD machen.

Daß es auf einen solchen Kompromiß wohl hinauslaufen wird, hat sich schon auf dem Hagener Parteitag angekündigt. Eckhard Stratmann (NRW) brachte dort im Namen der Wirtschafts-AG einen Vorschlag zum

weiteren Verfahren ein, der mehrheitlich beschlossen wurde: dem (überarbeiteten) Maßnahmenkatalog aus dem Entwurf der Wirtschafts-AG wird eine neu formulierte Präambel vorangestellt, in die Elemente des Bremer Antrags eingearbeitet werden. Eine Absage an die herkömmliche sozialdemokratische Beschäftigungspolitik, an die verschiedenen Formen der Arbeitsteilung und an die „Weltmarktorientierung“, stärkere Betonung der alternativen Produktion und der „Eigenarbeit“.

Dieselbe Richtung enthält auch die in Hagen noch kurz vor Schluß mit überwältigender Mehrheit verabschiedete Grundsatzklärung (siehe nebenstehenden Text). Interessant ist auch das Zustandekommen dieser Erklärung, weil exemplarisch für viele grüne Beschlußfassungen. Als am Abend des zweiten Tages endgültig klar war, daß das Programm nicht verabschiedet werden konnte, wurde der Wunsch laut doch wenigstens eine kürzere Erklärung zu beschließen — „damit wir etwas in der Hand haben“. Die baden-württembergischen Grünen versuchten die Gunst der Stunde zu nutzen und ihr vom „K. einer Wirtschaftspartei ag.“ in Um verabschiedetes Papier beschließen zu lassen. Das wurde mit Hinweis darauf, daß dieses Papier bisher überhaupt nicht diskutiert sei, abgelehnt. Erneut meldete sich Eckhard Stratmann mit einem Kompromißvorschlag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde: eine Kommission erarbeitet bis zum nächsten Tag eine Presseerklärung, die das Unstimmige, sowie die grundlegenden Differenzen der beiden Positionen festhält. Am Sonntag, dem dritten Tag, gegen 13 Uhr (geplantes Ende des Parteitags 15 Uhr), die Vorstandsahlen sind in vollem Gange, stellt dann Ralf Fücks (LV Bremen) die von der Kommission ausgearbeitete Erklärung vor: man habe statt einer dünnen Presseerklärung doch lieber eine etwas inhaltlichere konsensfähige Reso-

lution formuliert. Der Text wird verlesen (wegen vorübergehender technischer Panne an der Druckmaschine liegt er nicht schriftlich vor) und ohne jede Diskussion bei ein paar Gegenstimmen und Enthaltungen sofort verabschiedet. Lauter Jubel der Delegierten, nun haben wir doch noch etwas geschafft! Bahro ist von der Erklärung sehr angetan: damit würden die Grünen einiger denn je aus diesem Kongreß hervorgehen. Die Linken, vom Ablauf der Beschlußfassung überrumpelt, scheinen im Nachhinein auch zufrieden. So schreibt z.B. der Landesgeschäftsführer der Hamburger Grünen in seinem Parteitagbericht für den GAL-Mitgliedsrundbrief, daß die Erklärung „den bestehenden Konsens festschreibt, zum anderen die zukünftige Richtung grüner Wirtschaftspolitik angibt“.

### Eine richtungsweisende Erklärung?

Die Hagener Erklärung enthält Teile, die die Handschrift der Wirtschafts-AG klar erkennen lassen: die Kennzeichnung der Krise als „tiefgreifende Strukturkrise des kapitalistischen Industriesystems“, die Ablehnung des Sozialabbaus, die Infragestellung der Arbeitsteilung zwischen Frau und Mann, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (mit dem überflüssigen, aber in der Sache wohl unwesentlichen Zusatz „für untere und mittlere Einkommen“). Bestimmte Eigentümlichkeiten ohne die eine Erklärung der Grünen Partei nicht denkbar ist, sind zwar ärgerlich, aber nicht überraschend, daß unbedingt noch schnell die „gleichermäßigen untauglichen Gesellschaftssysteme des Westens und Ostens“ ins Spiel gebracht werden müssen, oder der „Raubbau an den nicht regenerierba-









## Bundesweiter Aktionstag gegen Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr

Am 27. 11. fanden in mehreren Städten Protestaktionen von Frauen gegen die Pläne einer Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr statt.

Als 1979 zum ersten Mal Vorhaben, Frauen mit oder ohne Waffe in die Bundeswehr einzubeziehen, von dem Bundeswehrbeauftragten Berkhan, von Willy Brandt und von dem damaligen Verteidigungsminister Hans Apel öffentlich gemacht wurden, protestierten dagegen viele Frauen und Teile der Friedensbewegung. Unterschriften wurden gesammelt (60.000 in wenigen Monaten), große Demonstrationen fanden statt (in München, Frankfurt und Hamburg), auf Veranstaltungen wurde protestiert, der Bundeskongress des DGB nahm eindeutig dagegen Stellung, ebenso wie die Frauen in der SPD, die ASF, Alice Schwarzer, die sich damals dafür aussprach, die Bundeswehr als politischen Machtbereich Frauen grundsätzlich zugänglich zu machen, selbst aber den Kriegsdienst verweigern wollte, stieß mit ihrer Forderung auch bei Radikalfeministinnen auf wenig Gegenliebe. Lediglich CDU-Frauen sprachen sich für einen "freiwilligen" Dienst für Frauen aus, wenn "Not am Mann" sei.

Nach dieser Weise der Ablehnung nahm zunächst die massive öffentliche Propagierung ab, wenn auch das Thema nie ganz aus den Medien verschwand und die Planung hinter verschlossenen Türen weiterlief. Im Juni dieses Jahres begann mit der Veröffentlichung des Berichts der vom Verteidigungsministerium eingesetzten „Langzeitkommission“ eine neue Offensive. Zur Behebung des Mangels an Wehrdienstpflichtigen in den 90er Jahren wird in dieser Studie vorgeschlagen, die Dienstzeit der Wehrdienstpflichtigen zu verlängern, die Gründe, sich von der Bundeswehr befreien zu lassen, zu verschärfen und Frauen "freiwillig" und ohne Waffen in die Bundeswehr einzubeziehen. Keine der im Bundestag vertretenen Parteien hatte dazu Widersprüche, Kritik an der Studie wurde nur wegen ihrer Unkorrektheit (Mollemann, FDP, und von der CDU) geäußert.

Der damalige Verteidigungsminister Apel brachte in der Folge das Thema

Frauen zur Bundeswehr im Fernsehen, Rundfunk und Zeitschriften („Hör Zu“) wieder ins Gespräch. Diesmal warb er um die Frauen mit dem Hinweis auf die „sicheren Arbeitsplätze“, kam auch nochmal mit dem Argument, Frauen könnten sich in der Armee emanzipieren und schließlich sprach er vom Gleichziehen mit den übrigen NATO-Ländern, in denen - außer Spanien - Frauen Bestandteil der Armeen sind. Zwar sollten die Frauen „freiwillig, ohne Waffen in nicht kämpfenden Verbänden“ eingesetzt werden, gleichzeitig wurde ihnen aber volle Gleichberechtigung versprochen, sogar der Aufstieg bis zum General sei möglich. Zunächst ist die Ausbildung von „Kadern“ geplant, die dann Ende der 80er Jahre 25.000 Frauen ausbilden sollen. Deshalb sollte (zumindest ursprünglich) das Gesetz nach einer öffentlichen Anhörung („Spiegel“ 32/82) noch in diesem Jahr über die Bühne gehen.

Aus Protest dagegen planten Frauen aus verschiedenen antimilitaristischen Frauengruppen und Frauen aus der Initiative „Frauen zum Bund — wir sagen Nein!“ Ende August in Hamburg, zum 27. 11. bundesweit einen Aktionstag zu diesem Thema durchzuführen. Auf dem entsprechenden Aufruf wurde ein auf der Konferenz der Friedensinitiativen am 9./10. Oktober in Köln gemeinsam von den Frauengruppen „Frauen gegen Krieg und Militarismus“, „Frauen zum Bund — wir sagen Nein“, „Frauen und Friedensfrauen“ verabschiedet, in dem auch die gesamte Friedensbewegung aufgerufen wurde, sich an den Aktionen zu beteiligen. Bis heute — der Aktionstag ist schon vorbei — ist der Aufruf von den Initiatoren des Kongresses noch nicht verschickt worden. Obwohl die Mobilisierung der Frauen eine weitere Militarisierung der gesamten Gesellschaft und einen weiteren Schritt zur Kriegsvorbereitung bedeutet, hat die Friedensbewegung wenig getan, um gegen die Pläne, Frauen in die Bundeswehr einzubeziehen, zu protestieren. Auf der anderen Seite haben auch die traditionellen Frauenorganisationen „Emma“ und „Courage“ den Aufruf, der ihnen bekannt war, nicht veröffentlicht.

Die Aktivitäten am 27. 11. waren da-

her abhängig von den in den einzelnen Städten arbeitenden antimilitaristischen Frauengruppen (Berichte s.u.). Seit dem Regierungswechsel in Bonn ist in der Öffentlichkeit das Thema Frauen in die Bundeswehr nicht mehr aufgegriffen worden. D.h. jedoch nicht, daß die CDU gegen eine Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr ist. In einem Interview mit dem neuen Familienminister Geißler antwortet dieser auf die entsprechende Frage der Interviewerin: „Der Dienst mit der Waffe ist nach dem Grundgesetz verboten. Aber immer mehr junge Mädchen wollen genauso wie junge Männer einen Dienst an der Gesellschaft leisten (Hervorhebung von uns). Wir haben einige wenige Staatsbürgerpflichten, nämlich Steuern zu bezahlen, in die Schule zu gehen — und Wehr- und Zivildienst. Eigentlich dürfen Frauen davon nicht ausgeschlossen werden.“ („Brigitte“, Nov. 82). Diese Konzept entspricht den Plänen des „Deutschen Bundeswehrverbandes“ (DBwV), der schon 1978 eine Gemeinschaftsdienstpflicht propagierte, die eine Herausziehung jedes Bürgers — auch der Frauen — zu einer Dienstleistung für Staat und Gesellschaft im Rahmen eines „Gesamtverteidigungsplans“ vorsieht. So forderte der CDU-Abgeordnete Friedemann am 26.8. in der „FR“, daß für die Frauen ein „soziales Jahr“ eingeführt werden solle. Es sollte genau wie die Wehrdienstzeit 15 Monate dauern. Die stärkere Festlegung der CDU auf die traditionelle Rolle der Frau als „Helferin“, als Krankenschwester etc. wird sie jedoch nicht daran hindern, Frauen auch in die Bundeswehr einzubeziehen. Von CDU-Frauen wird argumentiert: „Wir sind bereit, an die Waffen zu gehen, wenn Not am Mann ist.“ Oder: „Wenn das Vaterland verteidigt werden muß, wollen wir dabei sein. Aber gleichberechtigt. Es geht nicht, daß die Soldaten an erster Front im Dreck liegen und wir Frauen gemütlich in der Etappe telefonieren. Wenn schon, dann schon.“ („Lübecker Nachrichten“, 25.9.1981).

Gerade im Hinblick auf die geplante konventionelle Aufrüstung, wie sie jetzt in Brüssel beraten wurde, ist da-

mit zu rechnen, daß in nächster Zeit die Forderungen nach einem „Wehr- und Zivildienst“ (Geißler) für Frauen von der CDU/FDP Regierung auch in die Tat umzusetzen versucht werden.

### Ein Überblick über die Aktionen am 27. 11. 82

#### Braunschweig

Mit einem Flugblatt „Frauen sollen in die Bundeswehr! Frauen in die Bundeswehr — wir sagen Nein!“ hatte ein breites Frauen-Bündnis zu einer Demonstration am 27. 11. aufgerufen: Frauen gegen Militär der Aktiongemeinschaft Braunschweiger Friedensstage, DFI Braunschweig, Frauenhaus BS, § 218-Beratungsgruppe BS, Frauenbuchladen BS, Falken BS, Frauenrat der FH BS und unorganisierte Frauengruppen und Frauen. Ca. 100 Menschen folgten dem Aufruf, der größte Teil Frauen. Sie zogen in einem kämpferischen Zug durch die Innenstadt. Eine Woche vorher hatten die Frauen eine Veranstaltung zu dem Thema „Frauen in die Bundeswehr“ im Rahmen der Friedenswoche angeboten, zu der ca. 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gekommen waren.

#### Bremen

Das „Bremer Frauenbündnis gegen Krieg und Militarismus“, ein Zusammenschluß von antimilitaristischen Frauen und Frauengruppen, hatte mit einem Flugblatt zum „antimilitaristischen Weiberspektakel“ für den 27. 11. in die Innenstadt aufgerufen. Die Aktion lief unter dem Motto: „Wann immer in der Vergangenheit ein Krieg vorbereitet wurde, dachte man an uns Frauen: 1914-18 ... 1939-45 ... Wenn heute die Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr und zivile Dienste geplant wird, denken wir an Krieg und sagen nein, mit uns nicht.“ Ca. 300 Frauen zogen etwa zwei Stunden durch die Straßen, verkleidet mit Uniformen, mit Sandwiches und vielen Sprüchen und einer Juchse gegen (Ge)Wehrgechtigkeit. Die uniformierten Frauen wurden von einer Trommel begleitet.

Fortsetzung nächste Seite

## Ein breites Bündnis woll(t)en wir...

In der Region Hessen gab es bislang kein Informations- und Koordinationsnetz der Frauengruppen, die zum Thema „Frauen zum Bund — Nein danke!“ arbeiten. Dieser Zustand zu durchbrechen und den am 27. November geplanten bundesweiten Aktionstag in einem breiten Bündnis zu begehen, war das Ziel der Frankfurter Frauengruppe „Kalumet-Frauen gegen Krieg und Militarismus“. Anfang Oktober verschickten wir an die 70 Einladungen zu einem als hessenweit konzipierten Treffen. Angeschrieben wurden auch Frauen aus der Gewerkschaft, der Kirche, der ASF und der DFI. Eine Erklärung an die Presse sollte allen interessierten Frauen unseren Termin bekannt machen. Von den angeschriebenen Gruppen ließen uns bis auf die Frauen des Christlichen Friedensdienstes und der DFG/VK-Frauengruppe alle im Stich. Eine Erklärung ist uns leider unbekannt.

In der Mehrzahl wurde das Treffen von Frauen aus der Frankfurter Region besucht: z.B. die DFG/VK-Frauengruppe und Frauen, die zur Zeit noch mit dem Aufbau von Frauengruppen beschäftigt sind, unter anderem mit dem Schwerpunkt Militarisierung von Frauen. Von der Mehrheit der Anwesenden wurde beschlossen, am 27. November in Frankfurt einen Aktionstag auf einem im Stadtnahem gelegenen Platz zu veranstalten. Eine Demonstration wurde aufgrund der unklaren Mobilisierung von der Mehrheit abgelehnt. Interessant war zu erfahren, daß die Frankfurter DFG/VK-Frauengruppe die Verweigerungskampagne aufgrund „rechtlicher Unklarheiten“ weder unterstützt noch mitträgt.

Eine weitere Überraschung erlebten wir im Frankfurter Frauenforum bei einer Diskussion anläßlich des 27. Novembers. Eine Vertreterin der DFI äußerte, daß mit dem Regierungswechsel der aktuelle Anlaß einer Bundestagsdebatte zum Thema „Frauen in die Bundeswehr“ erstmalig nicht mehr bestehe, daher der Aktionstag den aktuellen Anknüpfungspunkt verloren habe. Fraglich sei auch, ob die neue Bundesregierung überhaupt etwas in diese Richtung (Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr, d.Verf.) unternehmen werde. In der CDU gebe es an diesem Punkt mehr Widersprüche als in der SPD. Laut Vorschlag der Vertreterin der DFI sei es besser, zu diesem Thema etwas innerhalb der Friedenswoche zu machen. Auch die Vertreterin der ASF schlug uns vor, dort den Film „Soldier Girls“ zu zeigen. Die Frankfurter Friedenswoche fand vom 7. bis zum 17. November statt, organisiert von dem „Arbeitskreis Frankfurter Friedenswoche“, zu welchem auch unter anderem kirchliche Gruppen, der DGB, die Arbeiterwohlfahrt, Friedensinitiativen, die DFG/VK und die DKP zählen. Einen ähnlichen Vorschlag hatte uns bereits die DFG/VK-Frauengruppe gemacht. Nun wäre gegen eine z u s a m m e n h a n g e n d e Veranstaltung innerhalb der Friedenswoche nichts einzuwenden gewesen, doch leider stand zu diesem Zeitpunkt bereits das ausgedruckte Programm der Friedenswoche — ohne Frauenveranstaltung! So ist dieser Vorschlag wohl eher als Abwegelei eines besonderen Aktionstages zum Thema „Frauen in die Bundeswehr“ zu verstehen.

Unterstützung für den 27. 11. 82 sagte uns die Vertreterin der DKP zu, desweiteren die Notruf-Frauengruppe und die Spielfrauen (eine Frankfurter Frauenwerkstatt). Mit einem Flugblatt, einer Presseerklärung und einer Pressekonferenz versuchten wir nun, den Aktionstag so breit wie möglich bekannt zu machen.

Frankfurt



und trugen ein Transparent: „Frauen in die Bundeswehr — Sicherheit? Gleichberechtigung? Abenteuer?“ Dahinter kam in schwarzes Transparent, auf dem groß „Kriegsvorbereitung“ stand. Andere Frauen trugen Schilder mit „1. Weltkrieg: Aus Liebe zum Vaterland — 20 Mio. Tote“ — „2. Weltkrieg — die Ehre der deutschen Frau — 50 Mio. Tote“. Etwa 60 Frauen hatten Sandwiches umgehängt, auf denen stand: „Ich habe verweigert“. Der Aufzug hat große Aufmerksamkeit erzeugt. Das Bremer Regionalfernsehen brachte einen informativen Bericht mit guten Aufnahmen, beide Bremer Tageszeitungen schrieben kurze Artikel.

#### Göttingen

Die Göttinger Frauen haben am 27.11. im „Göttinger Tageblatt“ eine Anzeige „Aufruf Frauen zum Bund — Wir sagen Nein!“ veröffentlicht, die über 200 Frauen unterschrieben haben und die von zahlreichen Organisationen unterstützt wurde. Unter den Organisationen waren auch die ASF, der SPD-Unterbezirk Mitte Göttingen, die AGIL Göttingen u.a. In der Anzeige heißt es am Schluß: „Eine Gleichberechtigung zum Töten wollen wir nicht! Wir, die Unterzeichnerinnen, protestieren und kündigen unseren entschiedenen Widerstand gegen die geplante Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr an und fordern die Göttinger Öffentlichkeit auf, uns dabei zu unterstützen.“ Außerdemriefen die Frauen mit einer Flugblatt zur Teilnahme an der Demonstration in Hannover auf.

#### Frankfurt

Die Frankfurter Frauen „Kalmer Frauen gegen Krieg und Militarismus“ riefen zum 27.11. mit einem Flugblatt „Aktionstag — Frauen gegen Krieg und Militarismus“ zu Info-Sitdowns in der Innenstadt und Straßentheater auf. Wegen des Weihnachtsbetriebs konnten die Frauen ihren Info-Stand nur an einem eher abseits gelegenen Platz aufbauen. Dort verteilten sie Flugblätter, sammelten Unterschriften unter Verweigerungslisten und versuchten, die Passanten für die Themen zu interessieren. (Während an diesem Tag in verschiedenen Gruppen aus Frankfurt beteiligten, siehe Kasten.)

#### Hamburg

Mit einem gemeinsamen Flugblatt

#### Hamburg

Mit einem gemeinsamen Flugblatt riefen die beiden Frauengruppen Frauen in die Bundeswehr? Wir sagen Nein!“ und „Frauen gegen Krieg und Militarismus“ dazu auf, am 27.11. gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr zu protestieren. Am Freitag verteilten Frauen aus den autonomen Frauengruppen zusammen mit Frauen aus den Frauengruppen der Stadtteile (z.B. BIF, Fimbübel, AFI-Altona) Flugblätter in verschiedenen Stadtteilen (Wohlbürg, Harburg, Altona, Linsbühl) und besuchten Demonstrationen in Hamburg. Am Nachmittag gingen etwa 20 Frauen, verkleidet als Soldatinnen und gefolgt von etwa 100 Frauen und Männern durch die Innenstadt. Mit Militärmusik und einem gespielten Aufgelöbnis an verschiedenen Stellen machten sie auf sich aufmerksam. Andere Frauen verteilten Flugblätter und trugen Sandwiches und Transparente.

#### Hannover

Unter dem Titel „Frauen in die Bundeswehr — wir sind keine Reservarmee“ riefen die „Frauen gegen Militär“ zusammen mit einem breiten Bündnis zu einer Demonstration am 27.11. auf. DFI, DFG/VK, DFU, Frauen gegen § 21a, GABL, Gewaltfreie Aktion, GEW-Kreisverband Hannover-Stadt, Ohne Rüstung Leben, Stadtschulerrat, Türkisches Volkshaus, VVN, ASa PH, KB-Hannover, ASF Hannover-Land, JuSo-Frauengruppe, Falken, Grüne Kreisverband, FDAJ, SO/ZDL, MdB-Spartakus, SDAJ, ESG-Roter Hahn u.a. 500 Menschen nahmen an der Demonstration teil, auf der anschließenden Kundgebung sprachen die Frauen aus der Gruppe „Frauen gegen Militär“ selber. Zu einer Veranstaltung in der Woche vorher zum Thema „Frauen in die Bundeswehr“ kamen ca. 130 Menschen.

#### Kiel

In Kiel taufen Frauen aus der Initiative „Frauen zum Bund — Wir sagen Nein!“ den Exerzierplatz symbolisch in „Bertha-von-Suttner-Platz“ um. Die Frauen hatten auf dem Platz einen Info-Tisch und sich als Soldatinnen verkleidet. In einer Anzeige in den „Kieeler Nachrichten“ protestierten sie gegen die Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr.

Eine Hamburger Genossin

# »Wir wollen alles! Beruf, Familie, Politik!«

## Zum Frauenkongreß der IMSF (DKP)

800 bis 900 Frauen waren am 20./21. November nach Frankfurt gekommen, um an der Frauen-Konferenz des IMSF (Institut für marxistische Studien und Forschungen), einem DKP-Institut, teilzunehmen. Mit so vielen Teilnehmerinnen hatten selbst die Veranstalter nicht gerechnet: Schon nach Eingang der schriftlichen Anmeldungen mußte die Zahl der angebotenen Arbeitsgruppen erhöht werden. Die Konferenz (zu der auch Männer — allerdings relativ ergebnislos — eingeladen waren) stand unter dem Motto „Wir wollen alles! Beruf, Familie, Politik“. Es ging um „Frauenarbeit und Frauenbewegung — Erfahrungen und Perspektiven“ — und es sollte tatsächlich eine etwas offener Diskussions werden, als Frau es sonst von DKP-Veranstaltungen gewohnt ist. Immerhin waren eingeladen „Vertreterinnen der Gewerkschaften, der SPD, DKP, der Grünen, der Demokratischen Fraueninitiative und von Frauenzeitschriften“. Letztere waren — aus nicht herausfindbaren Gründen — nicht erschienen, dafür aber andere Vertreterinnen der autonomen Frauenbewegung. Die Veranstaltung war allerdings mehr ein Kongreß als eine Konferenz: Für die Diskussion in den 10 Arbeitsgruppen und auch für die Abschlusss Diskussion im Plenum blieb viel zu wenig Zeit. Schwerpunkt bildeten am Samstag die Beiträge vom Podium: Zu drei verschiedenen Themenkomplexen referierten jeweils 2 Frauen aus DKP bzw. DFI; danach erhielt die jeweilige „Korreferentin“ aus der autonomen Frauenbewegung Gelegenheit zur Darlegung ihrer Position. Wenn die Einbeziehung von Frauen aus der autonomen Frauenbewegung auch ein zu begrüßendes Novum in der DKP-Frauenpolitik darstellt, so war diese Konferenz von einem „offenen Dialog der verschiedenen Strömungen der Frauenbewegung“, wie die „UZ“ sie nach dem Wochenende feierte, doch noch ein ganzes Stück entfernt.

### Erwerbstätige Frauen und gewerkschaftliche Frauenarbeit

Zur Diskussion stand leider nicht so sehr die Praxis — weder in Bezug auf eine Auswertung von gemachten Erfahrungen noch im Hinblick auf zukünftige Perspektiven. Auch an dem Beitrag von Gisela Kellner (sie ist Vorstandsmitglied und Frauensekretarin im Hauptvorstand der IG Druck und Papier) mit dem vielversprechenden Titel „Aktivierung ganzer von erwerbstätigen Frauen“ ging es nicht um konkretere Fragen, wie etwa Probleme in der betrieblichen bzw. gewerkschaftlichen Frauenarbeit. Auf die Frage, was einen Themenkomplex „Frauenerwerbstätigkeit — Persönlichkeitsentwicklung — Kampfberuflichkeit“ (womit ge-

meint ist: können sich Frauen nur über Lohnarbeit emanzipieren, oder ist das auch als Hausfrau möglich?) — hielt sie eine wahre Lobeshymne auf die Frauenpolitik des DGB, um zu beweisen, daß nur im Zusammenhang mit Erwerbstätigkeit politische Kämpfe zu Emanzipation führen können.

So sei der Anteil von Frauen in den Gewerkschaften, die Zahl der Betriebsrätinnen ständig steigend, die Arbeit der Frauen in den Gewerkschaften (Aktionen, Flugblattverschicken usw.) habe sich im letzten Grunde in den letzten 30 Jahren (sic!) gewerkschaftlich verbessert. Das Buch sei Arbeit und Leben auch für Frauen wichtig, und auch von den Gewerkschaften vertreten und unterstützt habe der DGB den 8. März zurückerobert. Daß der DGB den Internationalen Frauentag vor zwei

Jahren per Vorstandsbeschluß aus dem Kalender streichen wollte, daß es außerdem in den meisten Fällen nicht die Gewerkschaften sind, die an diesem Tag auf die Straße gehen, sondern allenfalls die Frauenausschüsse — diese Tatsachen hätte das von Gisela Kellner beschriebene Bild der Gewerkschaftspolitik doch etwas gestört — weswegen sie auch lieber gleich unerwähnt blieben. Daß der Beitrag dennoch (oder deshalb?) so viel Beifall bekam, wußt ein bezeichnendes Bild auf das Spektrum der anwesenden Frauen der DKP-Gewerkschaften zu zeichnen. (Auch das Buch sei Arbeit und Leben, das auch für Frauen wichtig ist, und auch von den Gewerkschaften vertreten und unterstützt habe der DGB den 8. März zurückerobert. Daß der DGB den Internationalen Frauentag vor zwei

Als dann doch einige Kritik kam, wurde an dieser platten Aufwiederung an den DGB, verurteilte O. Kellner diese am nächsten Tag in ihrem Beitrag zur

Podiumsdiskussion mit der Bemerkung zu entkräften, daß vielleicht nicht jede Frau derartige positive Erfahrungen in den Gremien der Gewerkschaften gemacht hätte... Eine ähnlich einfache Antwort hatte sie parat, als sie auf die an den Gewerkschaften kritisierte einseitige Begrenzung ihrer Frauenpolitik auf die betrieblichen Auseinandersetzungen einging. Im Vergleich dazu würde der Frauenbewegung ja nachgesagt, sich um die gesamte Persönlichkeitsentwicklung von Frauen zu kümmern. Diese Kritik zielt aber im Grunde nur darauf ab, „den marxistischen Ansatz zur Klärung und Lösung der Frauenfrage und vor allem die Erfahrungen in den sozialistischen Ländern auszuhebeln“. In den Gewerkschaften können sich die Frauen eben nicht „in bürgerlicher Manier ständig mit sich selbst beschäftigen“. Dafür aber zielen „im Unterschied zu allen anderen Frauengruppen und Organisationen (...) Gewerkschafterinnen — insbesondere im betrieblichen Kampf — mitten ins Zentrum der Klassenausainandersetzungen“.

Auch diese schablonenhafte Sichtweise versuchte die Referentin am nächsten Tag noch einmal zu „relativieren“: sie bat um Verständnis dafür, daß die Gewerkschaften sich nicht stärker um den Reproduktionsbereich kümmern. Es sei einmal so, daß die Masse der Arbeiterinnen und Hausfrauen die Hausarbeit nicht als Arbeit empfinden und sich der Reproduktion auch nicht annähern wollen.

Carola Möller aus Köln vom Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V., die direkt im Anschluß an Gisela Kellner als Korreferentin zum selben Thema zu Wort kam, erhielt für ihre Betonung der Einbeziehung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in die politische Analyse und Praxis erheblich weniger Beifall als ihre Vorrednerin. Allein die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit sei keine Forderung, die die Situation von Frauen tatsächlich verbessern würde. Die wirtschaftliche Krise und die nicht wie vor existierende Alleinverantwortung der Frauen für den Reproduktionsbereich dränge Frauen immer mehr in „ungeschützte Lohnarbeit“, also KAPOFAZ, Heimarbeit, Job-Sharing usw. An dieser Situation gehe die Forderung nach der 35-Stunden-Woche vorbei. Daher müsse mensch heute von einem ganz anderen Arbeits- und Produktivitätsbegriff ausgehen und andere Forderungen mitaufnehmen, wie z.B. Quotierung aller Voll- und Teilzeitarbeitsplätze, Mindestlohn für gesellschaftlich notwendige Arbeit, Bildungsmöglichkeiten für Hausfrauen und Erwerbstätige gleichermaßen usw. Gerade die Gewerkschaften mußten sich derartiger Forderungen annehmen.

### Die Frauenbewegung und die Krise

Der zweite Themenbereich behandelte die „Veränderungen der Lebensbedingungen von Frauen in der Krise und Gegenwart“. Hier sorgte der Beitrag von Lotte Doormann (DFI, Journalistin) selbst in diesem Kreise für einigen Unmut. Die „Handlungsperspektiven der Frauenbewegung in der Krise“ beschrieb Lotte Doormann erstmals in Abgrenzung von der Politik der autonomen Frauenbewegung bzw. der Alternativbewegung. Und da ging es selbst einer Reihe von den anwesenden Frauen zu weit, als sie Selbsthilfeprojekte wie Kinderläden mit der CDU-Familienpolitik verglich (Anm. 1).

Überhaupt war sie nicht zimperlich, wenn es darum ging, die Gründe für die Schwäche der Frauenbewegung ausschließlich im feministischen Flügel zu suchen.

Ausgangspunkt ihres Beitrags war die Frage: Was hat die Frauenbewegung dem Regierungswechsel entgegenzusetzen? (Eigentlich eine — in ihrem Sinne — unlogische Frage, wurde doch von ihr — und im übrigen von fast allen Rednerinnen dieser Konferenz — betont, daß der Regierungswechsel im Grunde nur die etwas forcierte Weiterführung des Sozialabbaus und der Auf-



Fortsetzung nächste Seite



rüstungspolitik darstelle. Damit, was unter einem Franz Josef Strauß nach dem 6. März uns Frauen blühen kann, wurde sich dabei nicht auseinanderzusetzen. Auch ihre scharfe Unterteilung der Frauenbewegung in eine demokratische und eine feministische, und die damit verbundene eingeschränkte Sichtweise und Geschichtsschreibung stieß nicht nur auf Gegenliebe. Wenn sie auch diese Kategorisierung selbst relativierte (Anm. 2), so machte es ihre weitere Ausführung über „wirkungs-volle gemeinsame Gegenstrategien aller Frauen in der Frauenbewegung“ schwer, in ihrem Beitrag eine sachliche Auseinandersetzung mit den Differenzen innerhalb der Frauenbewegung zu sehen. So nannte sie als Hindernisse für ein Bündnis zwischen demokratischer und feministischer Frauenbewegung lediglich drei Positionen der Feministinnen — der Forderung nach Recht auf Arbeit stehe die Forderung „Lohn für Hausarbeit“ unversöhnlich gegenüber, der „Mütteransatz“, oder auch „die Revolte des Reproduktionsbereichs gegen die Bedingungen des Produktionsbereichs“, wie sie von der feministischen Frauenbewegung vertreten würde, seien umstandslos in die reaktionäre Familienideologie einzugliedern, in dem Entinstitutionalisierungskonzept der feministischen Frauenbewegung sieht sie ein weiteres Hindernis für eine gemeinsame Strategie. Gemeint ist damit die Ablehnung staatlicher Institutionen und die Propagierung von Selbsthilfeprojekten am Beispiel Kinderläden, nach dem Motto: „Ich krieg doch kein Kind, um es in fremde Hände zu geben“. Auch diese Politik von feministischen Frauen zeige eine offene Flanke zur CDU-Ideologie und habe mit Frauenbefreiung nichts zu tun. Als letzten Punkt nannte L. Doormann die bei demokratischer und feministischer Frauenbewegung unterschiedliche Haltung zur Teilzeitarbeit: während diese von der demokratischen Frauenbewegung abgelehnt würde, nehme die feministische Frauenbewegung sie im Zusammenhang mit der Privatisierung von Kindererziehung in Anspruch oder fordere sie gar. Ein letzter Stolperstein sei die Autonomiefrage: für die demokratische Frauenbewegung sei zwar auch die Notwendigkeit

einer eigenständigen Organisation von Frauen gegeben, im Unterschied zur feministischen Frauenbewegung sehe sie aber ebenso eine Notwendigkeit von Bündnissen mit den „Organisationen der Arbeiterklasse“, was konkret heißt: DKP, DGB und SPD. Als Zeichen der Politisierung wertete L. Doormann die zunehmende Schwäche der feministischen Frauenbewegung und die damit verbundene wachsende Stärke der demokratischen Frauenbewegung. Viele Frauen stiegen um aus Selbsthilfegruppen u.ä. zur DFL (DKP) oder ASF (SPD)...

Lottens Doormanns Sichtweise der Dinge scheint jedoch — zumindest in der Schärfe — selbst innerhalb der DFL nicht ganz unumstritten zu sein. So wurde nicht nur aus dem Publikum einiger Unmut laut bei der wohl etwas übereifrigen Gleichstellung der von Frauen diskutierten alternativen Lebensformen mit der CDU. Etwas andere Töne klangen auch am nächsten Tag vom Podium, als Mechthild Jansen (SHB, Mitbegründerin der DFL) für einen weniger arroganten Umgang innerhalb der Frauenbewegung plädierte. Die klischeehafte Kategorisierung andersdenkender Frauen als „Emanzen“ oder „Feministinnen“ müsse endlich aufhören. Eine Teilnehmerin aus dem Publikum wehrte sich entschieden dagegen, die feministische Frauenbewegung als nicht-demokratisch zu bezeichnen. Die Frauenbewegung, auch der feministische Teil, müsse endlich als demokratisches Potential akzeptiert werden. Zugleich kritisierte sie die teilweise fast feindseligen Reaktionen auf Beiträge, die in deutlichem Widerspruch zu den Positionen der Veranstalterinnen standen. Wenn der Anspruch auf bessere Zusammenarbeit ernst genommen werden sollte, müßten sie sich anderen Ansätzen gegenüber tatsächlich — und nicht nur verbal — öffnen. Derartige Reaktionen waren in der Tat sehr oft zu beobachten, wenn die Korrespondenten ihre Gedanken vortrugen. Dabei ging es häufig noch nicht mal um Gedanken, die völlig neu und daher vielleicht überraschend oder aus der Luft gegriffen waren:

So erntete Frigga Haug z.B. in ihrem Referat zum Thema „Frauenfrage und Organisationsfrage“ einige Bub-Rufe,

als sie feststellte, daß die Arbeiterbewegung kulturell immer eine männliche gewesen sei, der Frauenkampf daher immer auch ein Kampf gegen Männer sei. Dabei kann mensch einer Frigga Haug, die u.a. in der autonomen Frauenredaktion von „Das Argument“ und im Sozialistischen Frauenbund Westberlin mitarbeitet, wirklich nicht unterstellen, sie wolle „den Marxismus aushebeln“. Sie selbst bezeichnet sich als neo-feministisch-marxistisch und sieht in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und den Klassengegensätzen zwei Seiten ein- und derselben Medaille. Sie tritt ein für eine eigenständige Organisation und gleichzeitige Mitarbeit in/mit sozialistischen linken Organisationen/Gruppen. Allerdings müsse für Bündnisse zwischen der Frauenbewegung und anderen sozialen Bewegungen erst einmal eine Bündnisfähigkeit hergestellt werden; es sei Frauen nicht mehr zuzumuten, auf Podiumsdiskussionen etc. immer noch fast 100 % Männer auf dem Podium sitzen zu sehen.

Sehr viel Kritik setzte sich auch Ursula Westphal-Georgi aus, die ebenfalls im Verein für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e.V. Mitglied ist; außerdem arbeitet sie im FFBI2 (Frauenforschungs-, Bildungs- und Informationszentrum), in der Gewerkschaft und in der SPD.

Sie plädierte besonders für eine stärkere Hinwendung zu Selbsthilfeprojekten: Frauen seien gerade in der wirtschaftlichen Krise mehr oder weniger gezwungen, jegliche Berufsorientierung aufzugeben. Sie definierten sich wieder in erster Linie als Hausfrau und Mutter und seien daher für eine Ideologie, wie sie im Blum-Papier vertreten wird, besonders empfänglich. Frau habe sich in den letzten Jahren in ihren Forderungen zu sehr auf den Staat verlassen. Daher stünde die Frauenbewegung heute ohne Konzept da. Sie begrüßte es, wenn Frauen angesichts einer derartigen Situation die Dinge „selbst in die Hand nehmen“, also nicht den politischen Kampf gegen den § 218 führen, sondern Abbrüche selbst durchführen. Eine etwas merkwürdige Radikalität aus dem Munde einer SPD-Frau...

Silvia Kontos, zweite Korreferentin

zum Thema „Frauenfrage und Organisationsfrage“ stellte am radikalsten das Dogma des „realen Sozialismus“ in Frage, daß die Emanzipation der Frau nur und ausschließlich über den Produktionsbereich möglich sei. Die Arbeiterbewegung habe es nie geschafft, Frauen — immerhin die eine Hälfte des Proletariats — zu integrieren. Das läge an einem systematischen Fehler der marxistischen Analyse und dementsprechend der Praxis: Frauen seien sehr wohl in der Lage, als Hausfrauen kapitalistische Unterdrückung zu erkennen und antikapitalistische Strategien zu entwickeln. Weitergehend noch als Frigga Haug und erst recht in Ablehnung der DKP-Politik plädierte sie für die ausschließlich autonome Organisation von Frauen. Die Frauenbewegung sei nicht von vornherein ein Bündnispartner anderer sozialer Bewegungen.

Die Beiträge der Podiumsfrauen brachten am Sonntag kaum neue Aspekte. Vertreten waren DFL, DKP, Jusos, Initiative 6. Oktober, autonome Frauenbewegungen und Die Grünen. Meist recht allgemein wurde von allen die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit innerhalb der Frauenbewegung betont. Besonders tat sich dabei Manon Maren-Griesbach (Bundvorsitz der Grünen) hervor, die in ihrem freundlichen Bemühen, immer in erster Linie „den guten aktivierbaren Kern im Menschen“ anzusprechen, vorschlug, aus dem Motto „Wir wollen alles!“ ein „Wir wollen alle!“ zu machen; der kleinste gemeinsame Nenner in der Frauenbewegung sei der Wille, gegen Frauenunterdrückung anzugehen — und es sei doch auch mal gut festzustellen, daß das wirklich alle wollten...

Zur Frage der Bundestagswahlen kam leider auch von ihr keine Anregung, obwohl das Thema „Frauen und Wahlen“ ja nun kein völlig aus der Luft gegriffenes gewesen wäre...

DFL und DKP schlugen vor, sich in der nächsten Zeit, also auch am 8. März, auf die Punkte zu konzentrieren, zu denen es innerhalb der Frauenbewegung weitgehend einen Konsens gebe: keine Stationierung neuer Atomwaffen, keine Frauen in die Bundeswehr, Recht auf Arbeit, Kampf gegen die Rassistpolitik.

Eine Teilnehmerin brachte wohl die Meinung einer ganzen Reihe von Frauen zum Ausdruck, als sie sich enttäuscht zeigte von der Podiumsdiskussion: Diese fälle ein ganzes Stück hinter das zurück, was sie in ihrer Arbeitsgruppe diskutiert hätten. Dort seien die Schwierigkeiten von Frauen in den „Organisationen der Arbeiterklasse“ auf den Tisch gekommen, statt, wie jetzt in der Podiumsdiskussion, so zu tun, als ob „alles eine Bewegung“ sei. Die Frauenbewegung sei etwas anderes als die Friedensbewegung; mit einer Gleichsetzung der verschiedenen Bewegungen würde mensch der Besonderheit der Frauenfrage nicht gerecht, reduziere sie wieder zu Nebenwiderspruch.

Wurde einerseits auf dieser Konferenz zwar deutlich, daß der Staub von vor 10 Jahren immer noch hartnäckig und meißelnd in der DKP-Frauenpolitik festsaß, so zeigten doch andererseits einige Beiträge, daß es auch Positionen in diesem Spektrum gibt, die sich für eine neue Klärung des Verhältnisses zur autonomen Frauenbewegung einsetzen.

## KB-Frauengruppe Frankfurt

### Anmerkungen

1 Von Lottens Doormann ist bekannt, daß sie selbst lange Zeit in der Kinderlädenbewegung aktiv war, insofern ist ihr radikaler Rundumschlag nicht nachzuvollziehen.

2 In ihrem vor zwei Jahren erschienenen Buch „Warst nicht auf bessere Zeiten“ schreibt sie dazu: „Es ist heute schwieriger geworden, mit den Begriffen ‚feministisch‘ und ‚demokratisch‘ umzugehen, weil sie vermeintlich abgrenzbare Strömungen bezeichnen, die in Wirklichkeit ineinander übergehen. Die demokratische Frauenbewegung umfaßt durchaus bürgerliche Positionen, ist also keineswegs von einheitlicher ideologischer oder ‚proletarischer‘ Ausrichtung. Und in der feministischen Bewegung gibt es ein ‚linkes‘ politisches Selbstverständnis, das weder in radikal-feministischen Analysen aufgeht noch mit allgemeinen Kategorisierungen wie z.B. ‚bürgerlich‘ oder ‚Geschlechterkampf-Position‘ realitätsbezogen erfaßt wird.“

## Buchbesprechung

# Alice Schwarzer: »Mit Leidenschaft«

Unter dem bezeichnenden Titel „Mit Leidenschaft“ ist vor kurzem bei Rowohlt eine Sammlung von Texten Alice Schwarzers aus den Jahren 1968/1982 erschienen.

Hier wurden aus 14 Jahren Texte zusammengestellt, die einen guten Einblick in Alices leidenschaftliches Engagement für die Frauen und für einen couragierten Journalismus geben: „Und dann heißt es auch noch: zu emotional! Zu subjektiv! Das sind die Vorwürfe, mit denen man engagierte Journalistinnen heute an der Berichterstattung hindert. Jetzt ist es Zeit, mit der Lüge vom ‚objektiven‘ Journalismus Schluss zu machen! Sie dient doch



nur der Verschleiерung und Manipulation. Schon die Art zu sehen, zu fragen, ist Auswahl, ist parteilich. Auch Protokolle und Interviews sind nicht ‚Wahrheit‘, nicht Dokument an sich! Sie sind immer auch Resultat der Begegnung zweier Menschen. Dies transparent zu machen, statt es zu kaschieren, das ist nicht etwa hemmunglos-subjektiver Umgang mit den Medien, sondern die einzig ehrliche Art überhaupt, Journalismus zu machen.“

Gemäß dieser Prämisse sind so gut wie alle Texte, die hier abgedruckt



Alice Schwarzer — mit ihrem Bestseller „Der kleine Unterschied“ (links), mit Kolleginnen in der „EMMA“-Redaktion (oben) und im Gespräch mit Simone de Beauvoir (unten).



und geschrieben. Die Zusammenfassung gliedert sich in mehrere Abschnitte: da ist zum einen die Zeit von 1968/76, also bis zum Erscheinen der „Emma“. In dieser Zeit liegt der Schwerpunkt deutlich auf dem Thema § 218.

Alice hatte damals Schlagzeilen gemacht, als sie die Selbstbeziehungskampagne mehrerer hundert Frauen mitzettelte und einen Film über eine Abtreibung durch die damals noch weitgehend unbekannte und schockierende Abstraktion für das Fernsehmagazin „Panorama“ drehte, der dann kurzfristig abgesetzt wurde. Es finden sich aber auch Texte aus der Frauenarbeitswelt oder z.B. ein Interview mit Jean-Paul Sartre über die Frage „Was ist revolutionäre Gewalt?“

Den Hauptteil des Buches bilden Kolumnen und Reportagen aus der „Emma“, die quer durch alle Spektren des politischen Frauenalltags gehen. Dokumentiert sind z.B. auch die mutigen Kommentare und Stellungnahmen anlässlich des „Deutschen Herbstes“ 1977, als „Emma“ sich als eine der wenigen Zeitschriften nicht in den Distanzierungslogos ziehen ließ und sich gegen die Repressionswelle wehrte. Es finden sich weiter Artikel zum Thema „Frauen im Militär“, zur Pädophilie, zum Majdanek-Prozess, zur Männerjustiz, zur Frage „Warum ich kein Kind habe“, zur Sexualität, zur SPD, zur Wahl und vieles andere mehr.

In ihrem einleitenden Beitrag „Im Rückblick“ schildert Alice ihren Werdegang als Journalistin und Feministin. Haupttriebfeder war schon zu Beginn der Wille zum engagierten Journalismus: „Die spektakulären unter meinen Arbeiten in all den Jahren waren darum nie nur provozierend durch das, was ich vertrat, sondern immer auch dadurch, wie ich es vertrat. Es ging und geht mir um einen Journalismus, der seine politische Funktion transparent macht und bewußt erfüllt. Einen Journalismus, in dem nicht mehr nur über Menschen und Ereignisse berichtet, sondern in dem die eigene Betroffenheit und die Entschlossenheit, eine weder laut noch leise, nämlich die, ob es richtig war zu handeln. Um gar keinen Preis möchte ich die manchmal recht dünne Luft der Konfrontation wieder tauschen gegen die stickige des Sich-Einreihens, die Sich-Beugens, Sicher, der Preis ist hoch. Aber das, was wir gewonnen haben, wiegt so unendlich viel schwerer. Ein Grund mehr, weiterzugehen. Gerade jetzt. Mit Leidenschaft.“ (S.43)

Da sie sich selbst schon sehr früh als Radikalfeministin versteht, benennt sie

auch hierzu ihre grundsätzlichen Positionen: „Kernposition des Radikal-feminismus ist der Kampf gegen die Ideologie von einer ‚angeborenen Andersartigkeit‘ (sprich: Minderwertigkeit), die angebliche ‚Natur der Frau‘ (des Menschen), das heißt, gegen jede Art von Biologismus zur Rechtfertigung von Eliten! Wir Radikalfeministinnen fordern die Befreiung aller Menschen aus den Ghekkos der Geschlechterrollen, der ‚Weiblichkeit‘ und ‚Männlichkeit‘ ebenso wie aus denen der Klassen und Rassen. Dazu gehört der Kampf gegen das Diktat der Zwangsheterosexualität ebenso unabhängig wie der gegen die ‚männlich-weibliche‘ Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Wir fordern das Teilen von Haus- und Erziehungsarbeit zwischen Frauen und Männern ebenso wie eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen in Beruf und Politik. Für Radikalfeministinnen ist der Widerspruch der Geschlechter einer von vielen zu bekämpfenden Widersprüchen. Das Macht/Ohnmacht-Verhältnis zwischen Mann und Frau jedoch scheint uns in dieser Gesellschaft das tiefste und fundamentalste Unrechts-Raster zu sein. Außerdem: wir sind Frauen, und damit ist der Feminismus, das heißt, das Ansetzen bei unserer ureigensten Unterdrückung, für uns vorrangig. Für uns gehört allerdings der Kampf gegen Klassenwidersprüche, Imperialismus und Rassismus in all seinen Schattierungen unlösbar zu einem konsequenten Feminismus. Dem Männlichkeitswahn nicht verfallen und sich vom Weiblichkeitswahn befreien — das ist für uns Radikalfeministinnen Gebot der Stunde.“ (S.23)

Auch wenn sicherlich viele ihrer früheren Positionen und Ansichten fragwürdig oder kritisierbar sind — Alice hatte immer den Mut, sie wenigstens diskutieren zu machen, öffentlich. Bequem war Alice noch nie. Daß sie es auch in Zukunft nicht wird, sagt sie selbst ganz deutlich: „Ob ich mir nach diesen zwölf bewegten Jahren Fragen stelle? Ja. Und einige sogar laut. Aber eine weder laut noch leise; nämlich die, ob es richtig war zu handeln. Um gar keinen Preis möchte ich die manchmal recht dünne Luft der Konfrontation wieder tauschen gegen die stickige des Sich-Einreihens, die Sich-Beugens, Sicher, der Preis ist hoch. Aber das, was wir gewonnen haben, wiegt so unendlich viel schwerer. Ein Grund mehr, weiterzugehen. Gerade jetzt. Mit Leidenschaft.“ (S.43)

Ich drück' Dir die Daumen, Alice.

a./Hamburg



## Presse- erklärung der §-218- Gruppen

Am 4./5.12. trafen sich in Hannover 20 § 218-Frauen aus 17 Städten der Bundesrepublik und Westberlins. Die Frauen dieses Treffens kamen zu folgendem Ergebnis:

Vor gut einem Jahr gab das Sozialgericht Dortmund der Klage Ursula Zöllers, Mitarbeiterin der „Katholischen Bildpost“, statt und erklärte die Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen bei sozialer, kriminologischer und eugenischer Indikation durch die Krankenkassen als verfassungswidrig. Ein Vorlagebeschluss des Gerichts wurde an das BVerfG weitergeleitet. Dieser Beschluss wurde nach dem Regierungswechsel (1 Jahr später) verstärkt öffentlich aufgegriffen, u.a. von der katholischen Bischofskonferenz und der CDU/CSU-Bundesversammlung. Die CDU/CSU-Bundestagsabgeordnete haben einen entsprechenden Antrag an den Bundestag eingebracht. Inzwischen ist der Antrag in der 11. Bundestagssitzung behandelt worden. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich gegen den Antrag ausgesprochen. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich gegen den Antrag ausgesprochen. Die CDU/CSU-Fraktion hat sich gegen den Antrag ausgesprochen.

Der Angriff auf den reformierten § 218 ist nur ein zentraler Punkt in der Strategie der Machthaber, die Rechte von uns Frauen abzubauen. Ziel der Reaktion ist nach wie vor die Revision der völlig unzureichenden Reform, also die Zurückwerfung auf die Zustände von vor 1975. Die ideologische Kernbotschaft ist: „Abtreibung ist Mord, nicht ein in die Verantwortung aller Frauen, unsere Rechte anzuerkennen.“

In der Krise sollen Frauen zurück ins Heim und Herd, um bestenfalls eine Schwangerschaft, die Einsparungen in den öffentlichen Haushalten werden vor allem auf die Frauen abgewälzt, die die anfallende Mehrarbeit im Haus leisten sollen: die Frau und Mutter als Ruhepol in der krisenbedingten Familie.

Die industrielle Reservearmee hat ausgedient — die militärische Reservearmee wird mobilisiert. Frauen sollen sich ihrer Verpflichtung der Nation gegenüber bewußt werden. Der jetzige Bundeskanzler Kohl 1980: „Wie sollen wir bei der Geburtenrate von heute in 25 Jahren unsere NATO-Verpflichtungen erfüllen? Für mich ist die Frage



der Familienpolitik die zentrale Frage staatlicher Politik“.

Bestandteil der Entwicklung nationalen Bewußtseins ist auch die Forderung „Ausländer raus“. Wir sehen keinen Zufall darin, daß der Rechtsanwalt Ursula Zöllers, Wolfgang Philipp, Mitunterzeichner des „Hendelberger Manifests“ ist. Dieses fordert die Wiederbelebung der „deutschen Familien“ gegen die „Überfremdung“ durch ausländische Mütter.

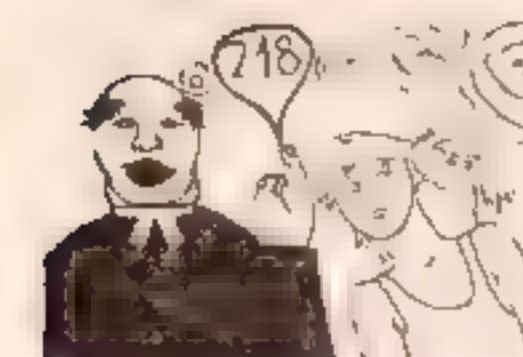
Die Angst vor ungewollter Schwangerschaft, die uns Frauen zu Passivität und Ohnmacht verurteilt und die schon immer zu unserer gesellschaftlichen Unterdrückung benutzt wurde, wird es wohl geben. Die Zahl der Abtreibungen wird nicht abnehmen, sondern die Bedingungen werden sich verschlechtern. Frauen werden weiter zum Kugelhaken gehen müssen, abtreibende Abtreibungen werden wieder ein Privileg der Reichen.

Männerherrschaft will durch die Reduzierung der Frauen auf die Gebärfunktion und die Sicherung der Nachkommenschaft im Sinne der Herrschenden und ihrer Interessensverbände weiter ausgebaut werden. Dazu ist es u.a. notwendig, daß alle Formen der Sexualität, die nicht zur Schwangerschaft führen werden, als verwerflich angesehen werden.

Wir Frauen sollen hiermit zu einer nationalen Großdemonstration am 26.12.81 (1. Jahrestag des BVerfG-Urteils vom 25.1.75) in Karlsruhe aufgerufen werden.

- Wer Frauen fordert nach wie vor Lebensrechte Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch!
- Volle Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen!
- „Vollständiger Abbruch von Schwangerschaftsabbrüchen“!
- Für die Selbstbestimmung unserer Sexualität!
- Für die Entwicklung von und Informationen über schonende und kostenlose Verhütungsmittel für Männer und Frauen!

Am 8./9.1.83 wird ein weiteres Treffen der nationalen § 218-Koordination stattfinden. Die Vorbereitung wird in allen beteiligten Städten anlaufen; wer genauere Informationen möchte, soll sich an die Kontaktstelle der Nationalen § 218-Koordination wenden: Anke Seppelt, Streibstr. 14, 1000 Berlin 42, Tel. 030/705 26 57



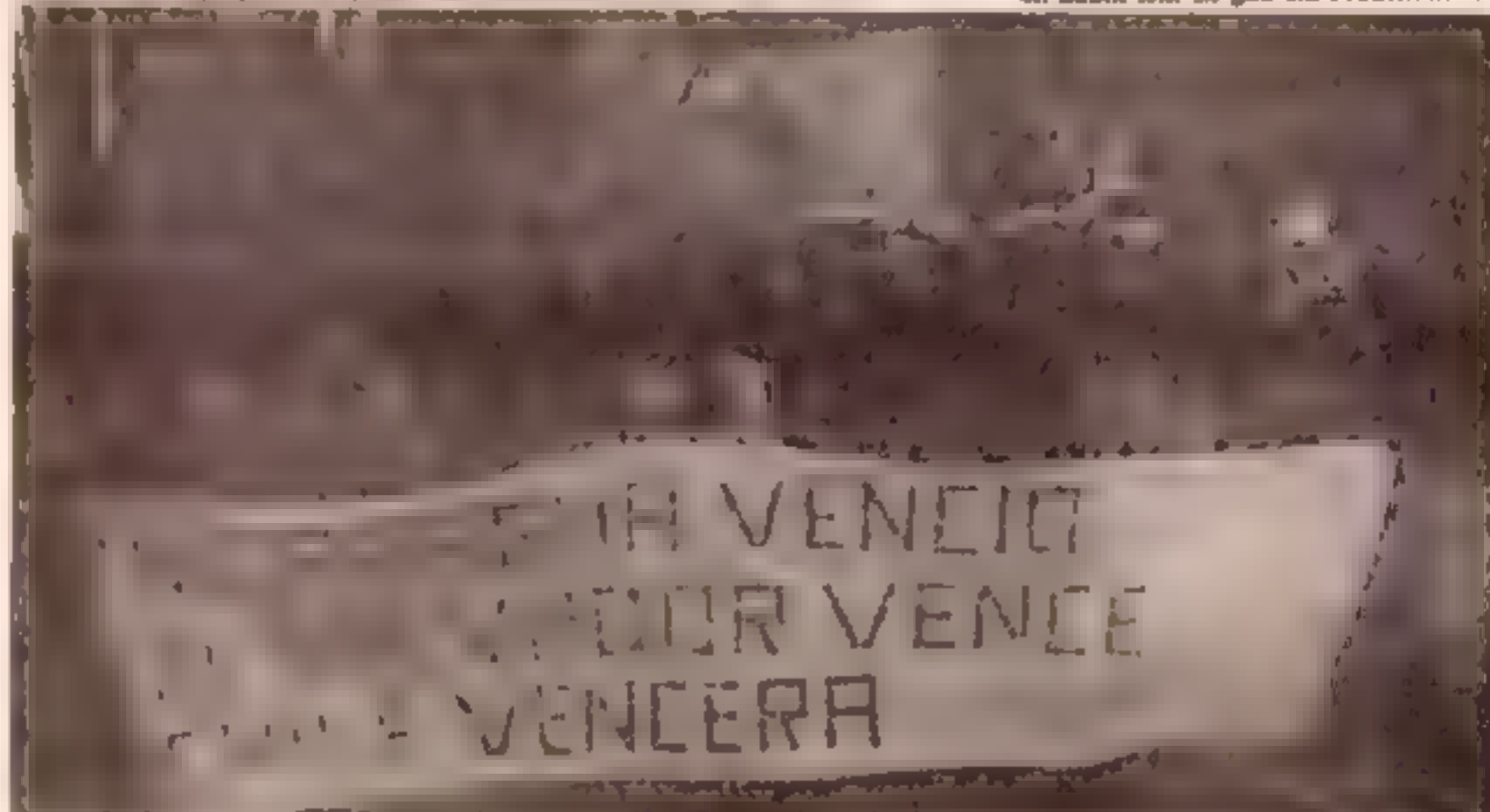
## Internationale Frauentagung in Dortmund:

# Gegen Imperialismus und Patriarchat

Es begann wie üblich. Mit dem Vertreten der „Frauenfrage“ auf „nach der Revolution“. Akteur der Antimperialistikkongress in Münster (Frühjahr 1982) ... Weniger üblich: Die Frauen (der betreffenden AG) konnten sich in ihrem Protest einigen:

„Wir sind für den gleichzeitigen Kampf gegen das uns unterdrückende System und für unsere spezifischen Forderungen als Frauen, d.h. für unsere endgültige Befreiung“ (aus der Resolution). Ganz außergewöhnlich: Der Beschluss, ein gemeinsames Seminar von (bundes)deutschen und lateinamerikanischen Frauen durchzuführen — als erster Schritt, um falsche Abgrenzungen zu überwinden.

Lange Zeit mußte eine solche Auseinandersetzung daran scheitern, daß die (überwiegend kleinbürgerliche) Neue Frauenbewegung der Metropolen ihre Betroffenheit — geprägt vor allem durch die Wahrnehmung patriarchaler Gewalt — zu dem Maßstab schlechthin für Frauenkampf macht bzw. machen konnte. Diese Variante des urindischen europäischen Chauvinismus provozierte einfach Abgrenzung seitens der Frauen in der „Dritten Welt“. Inzwischen fangen dort immer mehr Frauen an, ihre spezifische Situation in den täglichen (beruflichen- und Befreiungskampfen) miteinzubringen, entwickelt sich eine den dortigen Notwendigkeiten entsprechende autonome Bewegung: Frauenorganisationen wie AMNLAE (Nicaragua), AMES (El Salvador), CODEM (Chile) machen der heutigen Frauenbewegung des Alleinvertragsanspruch streitig und ermöglichen die notwendige Auseinandersetzung. Auch umgekehrt wächst die Bereitschaft dazu: In dem Maße, wie hier die Freiheiten neu verortet werden, imperialistische Gewalt auch in den Metropolen spürbarer wird, rückt die „Dritte Welt“ näher an uns heran — zunächst mit einer Abnung des Leidens, möglicherweise auch die Bewußtheit, daß Kampf die einzige Alternative ist ... (Daß sich zu dieser internationalen Tagung — trotz (oder wegen?) der allgemeinen Bewegungslage) gleich 400 Frauen sammelten, läßt hoffen!



Zum Ablauf

### Zum Ablauf

Mit Arbeitsgruppen, Piena, Filmen, Musik, Theater, Infotischen usw. war für die 2 1/2 Tage ein (über)volles Programm vorgesehen ... Dabei gab es so viel zu diskutieren, daß viele Frauen auf parallel angebotene Kulturveranstaltungen verzichteten — eine geplante Fete ganz ausfiel.

Die Themen der Arbeitsgruppen reichten von Frauen im revolutionären Prozeß (an den Beispielen El Salvador, Nicaragua, Cuba), Frauen im Widerstand in Lateinamerika (an den Beispielen El Salvador und Chile) — über Mechanismen der Frauenunterdrückung (Kirche, Massenmedien, Faschismus), Geschichte des Frauenkampfes in Lateinamerika und in der BRD bis hin zu Chancen und Probleme der solidarischen Zusammenarbeit sowie Bevölkerungspolitik als Beispiel für den konkreten Zusammenhang zwischen Frauenunterdrückung hier und in der '3. Welt'.

Wie nicht anders zu erwarten, gab es teilweise Schwierigkeiten. So diskutierten z.B. fast ausschließlich westdeutsche Frauen über das Thema 'Solidarische Zusammenarbeit zwischen lateinamerikanischen und deutschen Frauen' — und wenn immer wieder die traditionellen Formen der Solidaritätsarbeit kritisiert wurden, blieb die Alternative dazu recht vage.

In der AG 'Frauen im Widerstand in Lateinamerika' kam es kaum zu der geplanten Diskussion, weil eine Chilenin — ohne Absprache mit der Vorbereitungsgruppe — mit einem endlos-detaillierten Referat für die Unterstützung 'Ihres' Projektes warb. Kritik an dieser Herangehensweise (bzw. der zugrundeliegenden politischen Festlegung) kam fast ausschließlich von anderen Lateinamerikanerinnen. Die

übrigen Frauen warteten stattdessen ab, wollten mit dem '3. Welt-

Standpunkt' konfrontiert werden. In den übrigen Arbeitsgruppen gelang die gemeinsame Diskussion. Exemplarisch wollen wir über zwei AG's näher berichten.

### Frauen im revolutionären Prozeß

Die 2. Arbeitsgruppe 'Frauen im revolutionären Prozeß: Cuba, Nicaragua, El Salvador' war eine der zahlenmäßig stärksten AG's auf dem Kongreß. Ca. 80 Frauen diskutierten über die geschichtliche Entwicklung des Frauenkampfes in diesen Ländern und darüber, wie der revolutionäre Frauenkampf in Lateinamerika (LA) einzuschätzen sei. Das Informationsgefälle war groß, so verging erst mal viel Zeit mit der Darstellung der geschichtlichen Entwicklung dieser Länder.

### Cuba

Samstag diskutierten wir über Cuba als ein Land, in dem die Frauen zwar die weitestgehende verfassungsmäßige Gleichberechtigung bekommen haben, wo aber die Masse der Frauen diese Rechte kaum gebraucht.

Woran liegt das? Die Ursachen sind wohl in drei Bereichen zu suchen. Einmal ist der Machismo (Männer das starke, Frauen das schwache Geschlecht; erwachsen aus den patriarchalischen Strukturen) der stärkste subjektive Faktor; dann behindert die aktuelle Situation in Cuba (Blockade, Drohungen, Isolation auf dem Weltmarkt, Sabotageakte und deren Folgen, 'es fehlt an allem') die Schaffung einer Reihe von materiellen Voraussetzungen; nicht zuletzt müssen wir die

Entwicklung der Frauenkämpfe untersuchen, um die Situation der Cubanerinnen beurteilen zu können.

### Geschichte der Cubanerinnen vor der Revolution

Vor der Revolution gab es in Cuba eine Frauenorganisation, aus dem Mittelstand, die für die Frauen Wahl- und Scheidungsrecht erkämpfte. In den 20er Jahren propagierte die Frauenorganisation der kommunistischen Partei 'Gleichen Lohn für gleiche Arbeit' und gewisse Mutterschutzregelungen. Sie bekam aber nie großen Einfluß; die Masse der Frauen stand am Rande solcher Forderungen. Wenn es Arbeit gab (oder auch 'Bildung'), dann war die für Männer da. Neben besonders hohem Analphabetismus bei den Frauen (70% auf dem Land) kam als Erschwerendes ein starker Mystizismus hinzu.

### ... in der Revolution

Am Guerillakampf sowie am revolutionären Kampf allgemein nahmen Frauen kaum teil. Es gab ein Frauenbatal-

ion (elf Frauen). Die Beteiligung der Frauen am Kampf war 'typisch weiblich', d.h. sie betreuten die Kämpfer in jeder Hinsicht, waren für Spionage, Nachrichtenübermittlung etc. da.

In den Städten selber beteiligten sich die Frauen stark an Untergrundaktivitäten des 26. Juni. Dort spielten sie eine führende Rolle. Die Widerstandskämpferinnen in Cuba begriffen sich in erster Linie als 'Kämpferinnen'. Ihre Situation als Frau, daraus resultierende Schwierigkeiten, nahen sie oftmals nicht. Die allgemeine Unterdrückung und das Elend waren so groß, daß die Situation der Frauen hintenüber fiel.

### Die Arbeit der FMC

1960 schlossen sich alle Frauengruppen in der FMC (Federación de las Mujeres Cubanas) zusammen. Die arbeitete zunächst im Bildungs- und Gesundheitsbereich, 'resozialisierte' die Prostituierten, baute Kinderkrippen auf und förderte Arbeitseinsätze auf Plantagen. Ab '64, verstärkt dann ab '74, begann die FMC die Frauen in den Produktionsprozess zu integrieren (wegen starkem Arbeitskräftemangel). Vorübergehend hatten sie damit großen Erfolg. Kurze Zeit später schied jedoch ein Großteil der Frauen wieder aus. Die Doppelbelastung (Arbeit und Hausarbeit) war zu groß. Nach wie vor waren Frauen alleine zuständig für den gesamten Reproduktionsbereich. Im Unterschied zu den Frauenorganisationen in Europa sind in der FMC überwiegend Hausfrauen organisiert, was zu großen Widersprüchlichkeiten führt.

den ideologischen Kampf auf Massenebene führen ...

Wenn in Cuba eine bürokratische Entwicklung ...  
Fortsetzung nächste Seite



**Forts. von vorhergehender Seite**  
wicklung stattgefunden hat, d.h. wenn zwar von der Führung des Landes fortschrittliche Maßnahmen ergriffen werden, aber die Masse der Cubaner sie nicht selbst erkämpft hat, wie soll das bei den Frauen, die ein Teil der sozialen Prozesse sind, anders sein?

Diese Umstände müssen berücksichtigt werden, wenn wir uns fragen, inwieweit die FMC die Situation der Cubanerinnen weiterentwickelt hat. Fest steht, daß sie sehr positive Neuerungen der Bewußtseins- und Doppelbelastung der Frauen und deren ideologische Grundzüge erkannt und in Angriff genommen hat.

Wie schon in der Vorbereitungsgruppe haben wir es in der Arbeitsgruppe nicht geschafft, alle auftretenden Fragen auszudiskutieren, bzw. Fragen sind lediglich aufgeworfen worden. Z.B. Ist die FMC ein Durchläuferhüter für die Kommunistische Partei Cubas? Ist die FMC eine "Organisation für Frauen, aufgebaut von Fidel Castro"? Hemmt die FMC sogar eine Radikalisierung von Frauenbewußtsein, so wie sie die Ehe und die Frauenrolle propagiert und in den Massenmedien darstellt?

Zur Frage "Was können die Frauen in Cuba, in L.A., gegen Frauenunterdrückung tun?" die These der Vorbereitungsgruppe: Solange die objektiven, materiellen Voraussetzungen (Ausagerung des Reproduktionsbereichs aus der Familie) nicht garantiert werden können, müssen die Lateinamerikanerinnen ihren Schwerpunkt auf den ideologischen Kampf legen. Dabei müssen, aus der historischen Situation heraus, u.U. Abstriche an der Radikalität der Forderungen gemacht werden, denn: Weichen Sinn hat es, sich als kleine radikale Frauengruppe individuell zu emanzipieren? Diese Emanzipation, wenn sie isoliert bleibt, ist keine. Der ideologische Kampf muß auf Massenebene geführt werden.

## Allgemeine Daten zu El Salvador

Zuerst einige Tatsachen zur allgemeinen Situation der Frauen in El Salvador

In der Regel erhalten sie 25% weniger Lohn als die Männer.  
In vielen Fabriken werden den Frauen gynäkologische Untersuchungen vorgenommen. Wenn sie schwanger sind, werden sie nicht eingestellt.

Eine übliche Praxis ist es, den Frauen nach drei Monaten zu kündigen und sie dann neu einzustellen, um keine Sozialleistungen zahlen zu müssen.

In der einzigen Geburtsklinik in San Salvador werden Frauen, ohne ihr Wissen sterilisiert.

Der Prozentsatz von Repressionen gegen Frauen ist besonders

— Der Prozentsatz von Repressionen gegen Frauen ist besonders hoch. Als Ausdruck von Faschismus und Machismus werden bei verschleppten Frauen besonders das Gesicht, die Brüste und der Bauch verstümmelt.

Wenn Frauen studieren und etwas lernen konnten, finden sie anschließend kaum Arbeit. Der einzige Vorteil, den die meisten davon haben, ist eine Stärkung des Selbstwertgefühls.

Auch in El Salvador ist die Ehe und Familie als die Basis des Zusammenlebens dargestellt worden. Die Kinder, besonders bei den ärmeren Leuten, erzogen. Die Mädchen haben nie gelernt, "Familienvorstand" zu sein. Obwohl sehr viele Männer ihre Frauen wieder verlassen oder gar nicht erst heiraten.

Es gibt verschiedene Frauenorganisationen, die nur aufgezählt werden sollen.

Das Komitee von Müttern und Familienangehörigen von Gefangenen, Verschwunden und aus politischen Gründen Ermordeter El Salvadors — Monsenor Arnulfo Romero, die CUMS (Comite unitario de el mujeres Salvador), einen Verband akademischer Frauen und die AMES (Asociación de mujeres de el Salvador), über die wir hauptsächlich diskutierten.

## Ziele und Arbeit der AMES

Sie ist 1979 gegründet worden und hat folgende allgemeine Ziele

— Die bewußte Auswertung der Frauenkämpfe in anderen L.A.-Ländern und in El Salvador

— Das Bewußtsein der Frauen auf allen Ebenen zu entwickeln, sie in die Lage zu versetzen, Forderungen zur Verbesserung ihrer aktuellen Situation zu entwickeln und durchzusetzen, aber auch Perspektiven zu erarbeiten, um zu verhindern, daß die Frauen irgendwann einmal wieder hinter ihren Koch-

töpfen verschwanden.

In El Salvador kämpfen viele Frauen (30 %) in militärisch/politischen Strukturen, z.T. in sehr verantwortungsvollen Aufgaben. Das heißt aber noch nicht, daß sie ein ausgeprägtes Bewußtsein von ihrer Rolle als Frau haben. D.h.: Es gibt Probleme, die nur die Frauen betreffen, die müssen ihren Ausdruck in der politischen Arbeit finden.

AMES arbeitet in den Städten, auf dem Land, in den besetzten Gebieten (Aufbau von Komitees und deren Koordinierung). Sie versteht sich nicht als "die" Frauenorganisation, d.h. in Konkurrenz zu anderen Organisationen und Gruppen. So sind in AMES hauptsächlich die Frauen, die keine anderen Vertretungen haben, organisiert: Hausfrauen,

nehmern, als Alleinstehende, als fliegende Händlerinnen (illegale Verkäuferinnen) etc.

Durch die Beteiligung von Männern und Frauen am Widerstand ist es leichter, ein allgemeines Verantwortungsgefühl für die Gemeinschaft, zu der auch die Frauen mit ihren Problemen gehören, zu entwickeln. So wurden Frauenkomitees von AMES in besetzten Gebieten, auch innerhalb der Volkskomitees, in Diskussion mit der Bevölkerung gebildet.

## Offene Fragen - auch in El Salvador

Offen bleibt die Frage: Inwieweit ein weniger machistisches Verhalten der Männer nicht vorübergehend eine Frage des Drucks ist, also keine tatsächliche Bewußtseinsänderung stattgefunden hat. Ein Mann, der eine Frau vergewaltigt hat, wird z.B. aus dem befreiten Gebiet ausgeschlossen, das bedeutet, er ist in den Bergen oder Straßen zu suchen." (McNamara, ehem. US-Kriegsminister, Chef der Weltbank)



Handelndem, Marktfrauen, aber auch Arbeiterinnen, Landfrauen, Lehrerinnen, Organisierte und nicht Organisierte arbeiten mit.

AMES sammelt Probleme, die Frauen an sie herantragen, arbeitet in der Gesundheitsvorsorge, im Bildungs- bereich (Alphabetisierung).

AMES ist zwar dem FDR angegliedert, wie viele andere kirchliche, demokratische und linke Organisationen, arbeitet allerdings völlig eigenständig, plant z.B. das FDR-Regierungsprogramm um fehlende Frauenforderungen zu "bereichern". Im Gegensatz zu anderen Gruppen im FDR geht sie nicht davon aus, daß nach der Revolution die Probleme der Frauen von selbst gelöst sind.

Als demokratische Organisation ist AMES offen für alle Frauen, die in Opposition zu diesem Regime stehen und als Frauen kämpfen wollen, ist autonom und hat eigene Arbeitsweisen. Was ihnen oft den Vorwurf einbringt, „als Feministinnen außerhalb der Realität ihres Landes zu kämpfen“

## Cuba, Nicaragua, El Salvador - ein Vergleich

Warum sind die Frauen in El Salvador weiter als die in Nicaragua, erst recht als die Cubanerinnen? Sowohl was die Beteiligung an den allgemeinen Kämpfen als auch die Entwicklung von frauenspezifischem Bewußtsein betrifft?

Allgemein läßt sich sagen: El Salvador ist ein kleines Land. Der Widerstand (Guerillakampf) mußte direkt aus der Bevölkerung erwachsen. Die Beteiligung des ganzen Volkes, somit auch die der Frauen ist viel größer als in Nicaragua, erst recht Cuba, ist Voraussetzung. In Nicaragua wurden die Dörfer/Gebiete in Blitzenaktionen bei Nacht und Nebel eingenommen, während sich die Guerilla in El Salvador mit der Bevölkerung des Dorfes, das befreit werden sollte, absprach.

Die Tatsache, daß die allgemeine Elendsituation die Frauen doppelt und dreifach trifft, läßt ihnen keine andere Wahl als am Überlebenskampf teilzu-

nehmen. Ein Mann, der eine Frau vergewaltigt hat, wird z.B. aus dem befreiten Gebiet ausgeschlossen, das bedeutet, er ist in den Bergen oder Straßen zu suchen." (McNamara, ehem. US-Kriegsminister, Chef der Weltbank)

Um es den Frauen schmackhafter zu machen, keine Kinder mehr in die Welt zu setzen, wird als Lösung der Armut die Kleinfamilie nach westlichem Vorbild angeboten. Die Kleinfamilie soll wohlhabender sein, weil sie eben nur ein oder zwei Kinder zu ernähren hat.

Da durch Kolonialismus und Imperialismus die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung zerstört wurden, um neue Produktionsweisen durchzusetzen, soll nun die Bevölkerung der veränderten Produktion angepaßt werden.

Bevölkerungspolitik hat Auslesefunktion: Die „zivilisierten“ Nationen dürfen nicht aussterben. Ein alibewährtes Mittel hierfür ist das Aufwärmen der Heim- und Herd- und Vaterlands-Ideologie. Aber auch innerhalb der Industrienationen wird unterschieden zwischen denen, die Kinder kriegen sollen, und jenen, die nach Möglichkeit zwangssterilisiert werden (z.B. Ausländerinnen). Die Auslesefunktion geht mittlerweile so weit, durch Samenbanken nur noch schöne und kluge Menschen zu produzieren. Nur der Samen von Studenten und Akademikern wird verwandt. Bevölkerungspolitik hier und in der Dritten Welt hat den gleichen Zweck, und es sind hier wie dort die gleichen Organisationen, die sie durchsetzen. Praktische Solidarität mit den Frauen in der Dritten Welt heißt für uns, mehr solcher Punkte zu finden und zu bekämpfen.

## AG Bevölkerungspolitik

Der Hamburger Arzt Lindemann vom Elisabeth-Krankenhaus mißbraucht Frauen als Versuchskaninchen, indem er an ihnen teilweise ohne ihr Wissen herumexperimentiert. Dazu benutzt er auch noch verbotene chemische Stoffe. Er will eine Sterilisationsmethode entwickeln, die, da operationslos und billig, im Massenverfahren angewandt werden kann. Außerdem wird die Patientin nicht arbeitsunfähig (sie bleibt also als Arbeitskraft für Beruf und Familie und besonders für ihre Aufgabe als Mutter erhalten). Er arbeitet damit an einem Konzept der vorbeugenden Widerstandsbekehrung, das die Herrschenden Bevölkerungspolitik nennen - ein Konzept, das das Selbstbestimmungsrecht der Frau mit Füßen tritt, um imperialistische Ziele zu verfolgen. Lindemann und Co. experimentieren an einigen von uns rum, um andere in Massen zwangssterilisieren zu können. Ziel ist es, zuviel „unwertes“ Leben gar nicht erst entstehen zu lassen. Was nützen Kinder von Ausländerinnen, Sozialhilfeempfängerinnen, Frauen aus der Dritten Welt „wenn sie später nicht als profitabel ausgebeutet werden können. So wollen sich die Herrschenden über Politik mit Frauenkörpern die nötige Ruhe für ihre Ausbeutung und Unterdrückung sichern, ohne viel Geld für teure Befriedigungsstrategien wie Sozialausgaben,

Entwicklungshilfe ... ausgeben zu müssen. (Aus einem Flugblatt einer Hamburger Frauengruppe)

Diesen Fall nahm eine Hamburger Frauengruppe zum Anlaß, sich weiter mit dem Thema zu beschäftigen. Sie stellten eine Ton-Dia-Show zu Zwangssterilisation und Bevölkerungspolitik in der Dritten Welt her: „Nicht Armut, sondern die Armen beseitigen“.

Anhand von Beispielen aus allen Dritte-Welt-Ländern (Asien, Afrika, Amerika) wird gezeigt, mit welchem Interesse Zwangssterilisationen, Verhütungsmittelkampagnen und Kampagnen zur Durchsetzung der „westlichen Kleinfamilie“ durchgeführt werden. Zur Durchsetzung dieser Kampagnen wurden in den USA „Familienplanungsorganisationen“ wie AID (Agency for international Development) und IPPF (International Planned Parenthood Federation/Dachverband der Pro-Familia) gegründet. Die AID ist eine direkte Unterabteilung des US-Außenministeriums, es verwaltet inzwischen die Hälfte des Welthaushalts zur Bevölkerungskontrolle. Unter dem Deckmantel der Bevölkerungskontrolle unterstützt die AID Programme zur Widerstandsbekehrung. Die IPPF war ursprünglich eine Organisation der US-amerikanischen Frauenbewegung, mittlerweile ist sie voll in Händen des US-Großkapitals. Diese Organisation führt durch Verhütungsmittelkampagnen Versuche zur Verhütungsmittelforschung an Frauen in der Dritten Welt durch. Der Arzt Lindemann ist Mitglied der Pro-Familia und nimmt im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit an diesen Kampagnen teil.

Anhand dieses Falles entwickelte sich eine Diskussion über die Pro-Familia, die hier von Frauen als die fortschrittlichste Beratungsstelle in bezug auf 4-218-Zwangsberatung angesehen wird. Daß sie aber auch hier nur im Rahmen der gesetzlichen Regelungen und Ideologien arbeitet, zeigt z.B., daß sie sich nie gegen die Zwangsberatung gewandt hat. Bei Forderungen nach mehr Pro-Familia-Beratungsstellen und vermehrter Verhütungsmittelforschung müssen Frauen bedenken, daß mit diesen Forderungen Mißbrauch getrieben wird. Sie dienen z.B. als Legitimation, die Frauen in der Dritten Welt zu Versuchskaninchen zu degradieren.

In der Dritten Welt soll durch Bevölkerungspolitik verhindert werden, daß die Masse der Bevölkerung, die verelendet ist, sich weiter vermehrt, da sie einen potentiellen Unruhe- und Widerstandsherd bildet. „In Lateinamerika ist es hygienischer und effektiver, einen Guerillero in der Gebärmutter zu töten, als ihn in den Bergen oder Straßen zu suchen.“ (McNamara, ehem. US-Kriegsminister, Chef der Weltbank)

Um es den Frauen schmackhafter zu machen, keine Kinder mehr in die Welt zu setzen, wird als Lösung der Armut die Kleinfamilie nach westlichem Vorbild angeboten. Die Kleinfamilie soll wohlhabender sein, weil sie eben nur ein oder zwei Kinder zu ernähren hat. Da durch Kolonialismus und Imperialismus die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung zerstört wurden, um neue Produktionsweisen durchzusetzen, soll nun die Bevölkerung der veränderten Produktion angepaßt werden.

Bevölkerungspolitik hat Auslesefunktion: Die „zivilisierten“ Nationen dürfen nicht aussterben. Ein alibewährtes Mittel hierfür ist das Aufwärmen der Heim- und Herd- und Vaterlands-Ideologie. Aber auch innerhalb der Industrienationen wird unterschieden zwischen denen, die Kinder kriegen sollen, und jenen, die nach Möglichkeit zwangssterilisiert werden (z.B. Ausländerinnen). Die Auslesefunktion geht mittlerweile so weit, durch Samenbanken nur noch schöne und kluge Menschen zu produzieren. Nur der Samen von Studenten und Akademikern wird verwandt. Bevölkerungspolitik hier und in der Dritten Welt hat den gleichen Zweck, und es sind hier wie dort die gleichen Organisationen, die sie durchsetzen. Praktische Solidarität mit den Frauen in der Dritten Welt heißt für uns, mehr solcher Punkte zu finden und zu bekämpfen.

## Perspektivendiskussion

Eines der wichtigsten Ergebnisse für die meisten Frauen auf diesem Kongreß war, daß wir zwei Kämpfe führen müssen, bzw. diese zwei Kämpfe miteinander verbunden müssen: Gegen Imperialismus und Patriarchat. Aber Wie füllen wir diese großen Worte, was bedeutet ant imperialistischer Frauenkampf? Kann eine Perspektive sein: Was die Frauen in Lateinamerika können, machen wir hier auch - bewaffneter Widerstand - wir sind keine Angsthäsen? Minianz - schon und gut - ist bewaffneter Kampf eine Form des Widerstands, nie das Ziel. Unsere Situation in der BRD ist anders.

Von der Untersuchung, wie sie ist, hängt auch die Frage der Formen unseres Kampfes ab.

Die Frauenbewegung (FB) in Europa konnte sich sehr gut im Rahmen dieses Systems entwickeln. Die Frauen, die dort sind, haben andere Möglichkeiten als die Lateinamerikanerinnen: die Möglichkeit einer relativen Bildung, sie können selbständiger sein. Die Lateinamerikanerinnen kommen vom „allgemeinen zum spezifischen Kampf“. Wir kommen vom spezifischen (Frauenkampf) zur Analyse dieses Systems. Die „gefährliche Mischung“ wird wahrscheinlich dazwischen liegen, in der Verbindung.

Eine Chilenin brachte unsere Überlegungen auf den Punkt: Als sie in die BRD kam, dachte sie, daß die „Sexualitätsfrauen“ „von oben“ manipuliert seien. Heute sieht sie das anders. Die materiellen Voraussetzungen für unsere Selbstbefreiung sind da. Aber die Zerstörung des täglichen Lebens, die Entfremdung ist so groß, daß vor allem auch an diesem Punkt angesetzt werden muß. Es ist nicht verwunderlich, wenn die Leute beim Kampf gegen den Überbau anfangen - schon für heute eine politische Perspektive bauen wollen. Was diesen Ansätzen am Beispiel „alternativer Ernährung“ fehlt, ist die Erkenntnis, daß es nicht nur auf die Beantwortung der Frage „anders essen“ ankommt, sondern auf die Beantwortung der Frage „Was hat Ernährung mit dem System zu tun?“

Auf die Frauenbewegung bezogen bedeutet das, daß nicht einfach „ein Aspekt bevorzugt wird“, wenn frau sich „nur“ für den Kampf gegen das Patriarchat entscheidet. Das bedeutet auch: Der Feminismus hat gerade wegen seiner vielen Widersprüche offene (ideologische) Planken gegen den Imperialismus. Die Herrschenden verfolgen die Strategie, die FB (die Frauen) zu spalten, in sie hineinzuwirken, haben damit auch Erfolg. Frauenkampf und Klassenkampf müssen parallel zueinander entwickelt werden, mit allen Konsequenzen (Zusammenarbeit mit Männern). Das soll aber nicht heißen, daß der feministische Frauenkampf an sich vom gesellschaftlichen Kampf abgespalte.

Ein Beispiel für mögliche (Um-)Funktionalisierung der FB war gerade dann, wenn Frauen anfangen, sich autonom Wissen über sich, über ihren Körper anzueignen, z.B. in Selbsterfahrungsgruppen, werden Institutionen wie die Pro-Familia massiv unterstützt, um wieder Kontrolle über die Frauen zu erlangen.

Es gibt viele Ansätze, viele Gruppen, aber wo läuft das zusammen? Wir müssen anfangen, eine große Kraft zu werden, uns zusammenzuschließen. Die Frage steht, mit wem wir uns zusammenschließen können. Gibt es die Einheit aller Frauen, bloß weil sie Frauen sind? Wir wollen auf Frauen zusammenkommen können. Gibt es die Einheit aller Frauen, bloß weil sie Frauen sind? Wir wollen auf Frauen zugehen, die „nicht so weit“ sind, das hat aber Grenzen. Nämlich genau da, wo bestimmte Tendenzen verhindern, daß Klassenkampf und Frauenkampf zusammenkommen.

Wir europäischen Frauen haben viel innerhalb des Systems erreicht. Das soll uns jetzt wieder weggenommen werden. Was setzen wir dem entgegen? Wie diskutieren wir unsere Perspektiven?

Womit wir bisher Mühe hatten, ist die Entwicklung einer längerfristigen Kampfperspektive. Bei unserem Kampf gegen unsere doppelte Unterdrückung haben wir den „allgemeinen“ Kampf unberücksichtigt gelassen. Wir müssen ein Medium schaffen, in welchem Frauen sich artikulieren können, wo wir diskutieren können, wie wir uns aneinander annähern. Eine Form von Öffentlichkeit, die es ermöglicht, diese Probleme in aller Bewußtheit zu bringen, somit das größte Hemmnis zu beseitigen.

Dieser Kongreß war ein Ansatz, die Diskussion dieser Fragen zu organisieren.

Was können wir in diesem Sinne weiter tun? Wie diskutieren wir weiter, gibt es Möglichkeiten einer gemeinsamen Arbeit? Ein Vorschlag, der auf dem Kongreß großen Anklang fand, war für den 8. März 1983 eine gemeinsame Demonstration vorzubereiten, unter dem Motto „Gegen Imperialismus und Patriarchat“. Wie können wir diese Parole mit Inhalt füllen? Es liegt an uns, endlich anzufangen, uns gemeinsam mit den ausländischen Frauen Gedanken zu machen über eine Verbindung unseres Frauenkampfes mit einem Kampf um eine bessere Gesellschaft. Wir müssen unsere Erfahrungen verbinden mit denen der Revolutionäre in unserem eigenen Land. Dabei können wir z.B. von den Frauen aus Lateinamerika viel lernen.

(Dieser Artikel wurde geschrieben von mehreren Teilnehmerinnen des Kongresses)



## Guatemala nach dem Putsch

## Gewehrkugeln statt Bohnen

Fast ununterbrochen erreichen neue Schreckensmeldungen von Massakern, Flüchtlingselend und Not in Guatemala die Weltöffentlichkeit. Amnesty international erklärte Guatemala zu einem der Länder mit den schwerwiegendsten Menschenrechtsverletzungen. Am 14.10. machte Amnesty international folgende Pressemitteilung: „Regierungsstruppen und neuformierte ‚Zivilschutzabteilungen‘ haben in Guatemala seit der Machtübernahme im März durch General Efraim Ríos Montt mehr als 2600 Indianer und Kleinbauern massakriert.“ (FR, 14.10.82).

Am 25.10.82 berichtete die TAZ, daß ein vom Militär geplantes Massaker an 5000 eingeschlossenen Indianern in letzter Minute durch die starke Präsenz und das entschlossene Eingreifen von Journalisten, Soldatenkomitees und Menschenrechtsorganisationen verhindert werden konnte. Im folgenden befassen wir uns mit der politischen Situation in Guatemala seit den Wahlen im März dieses Jahres und damit, wie es zu dieser Eskalation der Repression kam.

## Auflekt zum Putsch begann mit der Wahlfarce

Am 7. März dieses Jahres fanden in Guatemala die vom damaligen Präsidenten Lucas García angekündigten „freien und demokratischen Wahlen“ statt. Das Volk hatte dabei die „Wahl“ zwischen vier Kandidaten des ultrarechten bis offen faschistischen Spektrums. Wahlberechtigt war nur, wer schreiben konnte, d.h. genauer, wer seinen Namen schreiben konnte (63,3 % der Bevölkerung über 7 Jahre sind Analphabeten). Ansonsten gibt es in Guatemala Wahlpflicht. Wer nicht wählt, wird mit Geldstrafe oder Knast bedroht oder der Zusammenarbeit mit der Guerilla verdächtigt — ein sicheres Todesurteil in Guatemala!

Ziel der Wahlfarce war es, eine scheinbare demokratische Legitimation zu erreichen, die die Auslandsinvestitionen und Waffenhilfe, insbesondere aus den USA, erleichtern könnte. Die Guerillaorganisationen hatten zum Wahlboykott aufgerufen und ihre Position durch die Zerstörung von 73 Bürgermeistereien und von ca. 27 % der Wahllokale deutlich gemacht. Der Wahlsieg selbst verlief in jeder Art von „Freiheit“, die Guatemala seit 1954 gekannt hat. Die Armee riegte die Städte ab, kappte die Telefon- und Televerbindungen, Beobachter waren nicht zugelassen und im Departement El Quiché wurden Massaker an der Bevölkerung begangen.

Wahltag durch Wahlmanipulation wurde dann General Amilob Carpio Rodríguez, der für die Frente Democrático Popular kandidierte, Diktator. Ergebnis war keine Überraschung, da es auch zu den oben erwähnten „Ereignissen“ Guatemalas gehörte, daß der jeweils amtierende Präsident seinen Nachfolger durch Wahlmanipulation an die Macht bringt.

So wurde zunächst nachgewiesen, daß in Orten mit einem Wählerverzeichnis von 2000 Wählern 4000 Stimmen abgegeben wurden usw. Kurz darauf begab sich die „Opposition“, d.h.

So wurde zunächst nachgewiesen, daß in Orten mit einem Wählerverzeichnis von 2000 Wählern 4000 Stimmen abgegeben wurden usw. Kurz darauf begab sich die „Opposition“, d.h. die drei „unterlegenen“ ultrarechten Parteien, auf die Straßen Guatemalas um lautstark gegen den Wahlbetrug zu protestieren. Das waren im übrigen die einzigen Leute, die sich seit langem trauen, in Guatemala Stadt zu demonstrieren.

Der Putsch vom 23. März 82 verlief recht undramatisch. 5 Offiziere besetzten mit ihren Armeeteilen den Platz vor dem Präsidentenpalast in Guatemala Stadt und zwangen den noch amtierenden Präsidenten Lucas García zum Rücktritt. Der Putsch verlief unblutig. Lucas García durfte nach einigen Tagen Arrest nach Bolivien ins Exil verschwinden. Sofort nach dem Putsch wurde eine dreiköpfige Militärjunta unter der Führung des 57-jährigen Brigadegenerals A.D. Ríos Montt gebildet.

## Die Generale haben gewechselt, die Mörder des guatemalteckischen Volkes sind geblieben

General Ríos Montt: Er wurde 1950 in der Panamakanalzone, 1961 in Fort Bragg in North Carolina von US-Spezialisten ausgebildet, insbesondere im Antiguerrillakampf. 1973 wurde er Generalstabschef unter dem Diktator General Arana Osorio. Hier war er verantwortlich für Massaker an der indischen Bevölkerung. Am 27. Mai 1973 kommandierte er ein Bataillon, das, unterstützt von Kampfhubschraubern und Spähwagen, in den Bergen der Provinz Jalapa die unbewaffneten Bauern in den Orten Sanzirisay und San Manuel Chaparrón angriff und ein Bataillon anrichtete, bei dem 30 Bauern umkamen. Die Aktion fand im Rahmen einer Antiguerrillakampagne statt.

Montt wurde für seine Verdienste in der Aufstandsbekämpfung mit dem Militärverdienstkreuz erster Klasse ausgezeichnet. Am 3. März 1974 war er Präsidentschaftskandidat der „Frente Nacional de Oposición“, in der die Christdemokraten den Hauptanführer hatten und die von der FUR unterstützt wurde. Sein Wahlsieg galt als sicher. Er wurde jedoch durch offensichtliche Wahlmanipulation von General Laurend García aus dem Rennen geworfen (ein Verwandter von Lucas García). Montt akzeptierte schließlich — bei einer Abfindungssumme von 1 Million Dollar — den Wahlbetrug und ging als Militärattaché nach Spanien. Aus dieser Zeit ist er im Besitz großer Ländereien in Peñon und Verapaz. Montt ist heute mehrfach in die USA. Er war Direktor der „Interamerikanischen Schule der Verteidigung“ in Fort Belvoir, Washington. Er gilt als besondere Vertrauensperson der USA.

General Maximiliano Schaub: Auch er war unter Arana Osorio Mitglied d. Generalstabes und wurde dann zum Kommandanten des Heeres ernannt. Auch er hat US-amerikanische Militärausbildung. Vor dem Putsch war er als Chef der Luftwaffe für zahlreiche Massaker an der indischen Bevölkerung verantwortlich. (Bombardierungen von Dörfern, Menschenjagd mit dem MG vom Hubschrauber aus.) Schaub war weiterhin Chef der Ehrengarde, einer Inderschwadron, die im Volkswort „los negros“ — der schwarzen — genannt wird. Nach dem Putsch wurde er zum Kommandanten der indischen Organisationsgruppe (IOG) ernannt.

Colonel Cordillo Martínez: Er begann seine Militärausbildung 1957 in Aguayo Negro in Bolivien, dann lernte er weiter in der Escuela de Guerra in Washington. Er wurde 1964 zum Kommandanten der 1. Brigade ernannt. Er wurde 1974 zum Kommandanten der 1. Brigade ernannt. Er wurde 1974 zum Kommandanten der 1. Brigade ernannt.

die erfolgreiche Teilnahme im Generalstabskurs. Seitdem ist er Kommandant in einigen Kasernen gewesen. In Quetzaltenango setzte er den Chef der Brigade, Colonel Camero, wegen seines angeblich mangelhaften Durchsetzungsvermögens ab. Seitdem war er Kommandant der Kaserne, wo er di-

rekt an Massakern an der Bevölkerung in Quetzaltenango, Quiché, Chimaltenango und Huehuetenango beteiligt war. In seiner Kaserne wurde neben vielen anderen auch der Chef der Bauerngewerkschaft Emeterio Toj Medrano zwei Wochen lang grausam gefoltert.

Unterstützung findet das saubere Trümmern in Guatemala insbesondere von den Christdemokraten, deren Kandidat Montt war, von den Verlierern der Wahlfarce — insbesondere von der faschistischen MLN (für sind mehrere Terrorbanden angeschlossen) und von CAN, sowie von der Hierarchie der katholischen Kirche. Die Anerkennung des Auslandes vollzog sich in folgender Reihenfolge: Erstens Pinochet aus Chile, dann USA, Taiwan und Israel (wichtigster Waffenlieferant Guatemalas).

## Nach dem Putsch ging ein Aufatmen durch Guatemala

Trotz allem ging nach dem Putsch eine Welle der Hoffnung auf Liberalisierung durch die Menschen, die zunächst auch von der Junta geschürt wurde, um insbesondere im Ausland eine gewisse Anerkennung zu erreichen. Die Junta ließ verlauten, daß die Verantwortlichen des Lucas García Regimes vor Gericht gestellt werden sollten (wovon sehr schnell nicht mehr die Rede war), daß die Verletzung der Menschenrechte nicht weiter vertuscht werden, einen neuen „Wahlbetrug“ wolle man ausschließen.

Wahlschein in Aussicht gestellt wurde eine Senkung eines konkreten Terrains und Freisichtend so lie es wieder geben. Natürlich lief die Presse aber nur über „bestimmte Propaganda“ an verboten, einige hielten sich aber nicht daran. „Putschisten“ und „Bauern“ wurden entlassen.

Doch gab es auch ganz real eine kurze Phase der Entspannung. Polizei und Militär waren in den Straßen der Hauptstadt nicht mehr so stark präsent wie vorher. Angehörige von „Volkswort“ schickten sich zu Wort, die Armee über den Verbleib der MLN. Die MLN-Führer, die in den USA waren, kamen zurück.

Die MLN-Führer, die in den USA waren, kamen zurück. Die MLN-Führer, die in den USA waren, kamen zurück. Die MLN-Führer, die in den USA waren, kamen zurück. Die MLN-Führer, die in den USA waren, kamen zurück.

ve machte sich auch die Wut des Volkes die überfällige Luft. So wurde das Haus des früheren Innenministers Alvarado Ruiz von wütenden Menschen gestürmt und geplündert. Leider hielt der seine Herr sich gerade in den USA auf und entkam so seiner gerechten Strafe. Er war für zahlreiche Folterun-

gen und Morde persönlich verantwortlich. In seinem Haus wurden ein umfangreiches Geheimarchiv über „Subversive“, ein reichhaltiges Waffenarsenal und eine komplett ausgestattete Folterkammer sowie mehrere Gefängniszellen entdeckt.

## „Die Streitkräfte der Militärjunta fahren fort, unsere Gemeinden zu massakrieren“

So lautet die Überschrift der Erklärung der Besetzer der brasilianischen Botschaft vom 15. Mai '82. Weiter heißt es: „Wir möchten, daß bekannt wird, daß diese Junta, gebildet am 23. März 1982 von Generälen und Offizieren, nicht nur die Politik der Massaker und der Zerstörung der bisherigen Militärregierung fortgesetzt hat, sondern daß in einigen Regionen die Massaker noch intensiviert wurden.“ Dies schreiben die Besetzer, bevor sie damit beginnen, die zahlreichen Morde der neuen Regierung aufzuzählen. Die Volksorganisation FP 31, die an der Besetzung der Botschaft beteiligt war, beziffert die Zahl der Toten durch Militär und dessen Mörderbanden in den ersten beiden Monaten der neuen Regierung auf über 6000. 16 Ortschaften wurden dem Erdboden gleichgemacht, die Bewohner ermordet.

## Von der Militärjunta zur Präsidentschaft

Am 1. Juli lief das sogenannte Amnestie-Angebot an die Guerilla ab, das Aufständischen, die ihre Waffen abliefern, die Freiheit verspricht. Während die Guerillaorganisationen von einem totalen Fehlschlag der Amnestie-Aktion sprechen, war sie nach offiziellen Angaben ein voller Erfolg. Angeblich sollten 1800 Personen das Regierungsangebot genutzt haben. Die mit Ablauf der Amnestiefrist getroffenen Maßnahmen sprechen allerdings nicht dafür, daß es der Regierung gelungen ist, größere Einbrüche in die Guerilla zu erzielen. Montt verkündete den Belagerungszustand. Weiterhin kündigte er die Generalmobilisierung und die Einrichtung von Militärgerichten an zur Aburteilung von Terroristen. Diese hätten bei schweren Verbrechen, z.B. Sprengstoffanschlägen, die Todesstrafe durch Erschießen zu erwarten.

Am 1. Juli lief das sogenannte Amnestie-Angebot an die Guerilla ab, das Aufständischen, die ihre Waffen abliefern, die Freiheit verspricht. Während die Guerillaorganisationen von einem totalen Fehlschlag der Amnestie-Aktion sprechen, war sie nach offiziellen Angaben ein voller Erfolg. Angeblich sollten 1800 Personen das Regierungsangebot genutzt haben.

Am 1. Juli lief das sogenannte Amnestie-Angebot an die Guerilla ab, das Aufständischen, die ihre Waffen abliefern, die Freiheit verspricht. Während die Guerillaorganisationen von einem totalen Fehlschlag der Amnestie-Aktion sprechen, war sie nach offiziellen Angaben ein voller Erfolg. Angeblich sollten 1800 Personen das Regierungsangebot genutzt haben.

## Neue Formen verschärfter Repression

Schon die alte Regierung hatte das neue Prinzip der Zivilpatrouillen entwickelt, doch Montt baute es wesentlich aus. Zivilpatrouille besagt: Soldaten werden als Bauern verkleidet, Spitzel werden organisiert und Bauern werden mit Gewalt gezwungen mitzuarbeiten. Dann werden diese Leute ganz miserabel bewaffnet und erhalten die Aufgabe, Dörfer vor angeblichen Überfällen der Guerilla zu schützen. Rein militärisch wird der Effekt der Zivilpatrouillen sehr gering eingeschätzt, nicht jedoch propagandistisch. Die Guerilla soll gezwungen werden, auf „indianische Bauern“ zu schießen, um das dann publik zu machen. Weiterhin werden die Bauern gezwungen, vor den Kameras des Fernsehens die Regierung und das System der Zivilpatrouillen zu preisen, um den Eindruck zu erwecken, die Bauern stünden hinter der Regierung. Weiterhin haben die Patrouillen ihre Funktion als Instrumente zur Einschüchterung und Beirätselung in den Dörfern.

„Fueras y frijoles“ — Gewehre und Bohnen — nennt Montt eine andere, neue Form der Repression. Danach sollen regierungstreuen Dörfern in geringem Umfang staatliche Hilfen zufließen, während gegen Dörfer, die in Gebieten mit verstärkter Guerillaaktivität liegen, mit Gewehren vorgegangen wird. Die noch gestiegene Zahl der Massaker unter der Putschregierung hat also eine Plasmalogik. Die Massaker werden fast ausschließlich von Uniformierten verübt, die jedes menschliche Wesen, das ihnen begegnet, abknallen, erschlagen oder mit der Machete entkoppeln. Dann werden die Massaker der Guerilla in die Schuhe geschoben. Das ist neu, unter der Regierung García hieß es immer nur: „Ihre kannte“ hätten die Morde begangen.

Jede größere Konfrontation mit der Guerilla wird geigneten. Montt dagegen gibt den Kriegszustand in den Nordprovinzen offen zu. Soweit zur Politik der Gewehre. Nachdem die staatlichen Terrorbanden die Dörfer verlassen haben, setzt die Strategie der „Bohnen“ ein. Ärzte in Uniform kümmern sich um die verletzten Überlebenden. Soldaten helfen die niedergebrannten Hütten wieder aufzubauen und die Bevölkerung wird mit Lebensmitteln versorgt, nachdem zuvor die gesamte Ernte vernichtet wurde. Das Ganze wird verkauft als großzügige Hilfeleistung der Militärs an die armen, von der Guerilla geknechteten Bauern.

## Der neue Präsident und der Kommunismus

Kommunismus heißt der „neue“ Weg, den Präsident Montt anzustreben vorgibt. Auf die Frage eines TAZ-Redakteurs, was darunter zu verstehen sei, antwortete er: „Eine zwischenmenschliche Beziehung, die weder vom Kommunismus noch von der Demokratie kommt. Jeder ist ein Mitglied der Familie, nimmt an allem teil und arbeitet in der Gemeinschaft.“ Mit Hilfe der christlichen Brüder in den USA werden wir Musterdörfer errichten, mit Schule und Gesundheitsposten, wo jeder sein eigenes Haus hat mit eigenem Grund als Privateigentum. Und rundherum gibt es das gemeinschaftliche Eigentum.“ Der Großgrundbesitz sollte aber natürlich nicht angetastet werden. Falls das guatemalteckische Volk sich mit diesen Bohnchen nicht begnügen will, hat Montt dann ja immer noch die blauen Bohnen für die Campesinos.

Lateinamerika-Kommission

Quellenangaben

Guatemala Nachrichten 5/82

Blätter des IZSW, August 82

Info Nr. 58

Tag 3.8.82

FAZ 2.7.31.7, 29.7.82

## por la instauración de un gobierno revolucionario popular y democrático





# Radios des Widerstands

Dort, wo Flugblattverteiler schon eine Gefahr für Leib und Leben ist, wo Zeitungen der Linken nur illegal verbreitet werden können, wo die Menschen durch das Medienmonopol der Diktatur von der Opposition und dem Widerstand abgeschnitten werden, haben illegale Radiosender eine große Bedeutung. Der technische Aufwand ist heute nicht mehr allzu viel höher als eine Druckmaschine zu betreiben, das Risiko auch nicht höher als eine illegale

Druckerei zu führen, und der Vorzug ist: mit einem Schlag können tausende oder gar hunderttausende von Menschen mit den Informationen des Widerstand erreicht werden.

Wir stellen im folgenden zwei Sender vor, die von sehr verschiedenen Ausgangsbedingungen bestimmt sind. „Radio Liberación“ in Chile, ein Sender aus dem Untergrund, der Illegalität und „Radio Farabundo Martí“, ein Sender in den freien Gebieten El Salvadors.

## Radio Farabundo Martí

In dem kleinen El Salvador existieren zwar fünf Fernsehkanäle, 51 Radiosender, vier national erscheinende und eine Vielzahl lokaler Zeitungen. Aber mit der Verhängung des Ausnahmezustandes vor drei Jahren haben die Militärs die Kontrolle über die Berichterstattung völlig an sich gerissen. Das bedeutet, daß in den öffentlichen Medien keinerlei Berichte über erfolgreiche Aktionen der FMLN erscheinen dürfen, sondern ausschließlich Erfolgsmeldungen der Regierungstruppen verbreitet werden.

In einer Situation, in denen ganze Familien wegen unbegründeter Verdachte oder einfach nur zur Abschreckung von den Herrschenden rassistisch werden und mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben kann, sind Flugblätter und Zeitungen kein Mittel, um die Massen regelmäßig und möglichst umfassend zu informieren.

Im Januar 1981 errichtete die FMLN deshalb ihren ersten Sender in einer von ihr kontrollierten Zone im Departamento Morazan (im Nordosten von El Salvador). Das inzwischen weltbekannte Radio Venceremos. Im Dezember 1981 versuchte die Regierungsjunta deshalb, in ihrer bis dahin größten Offensive diesen Sender zu zerstören. Trotz der ungenügenden Bombardements und Mordaktionen der Zivilbevölkerung setzte Radio Venceremos gegen Ende der Offensive seine aus Sicherheitsgründen eingestellten Übertragungen fort. Und damit nicht genug. Zu dem von Regierungstruppen angeblich schon zerstörten Radio gesellte sich noch ein zweiter Widerstandssender. Am 22. 1. 1982 begann das im Departamento Chalatenango (im Nordwesten

von El Salvador) stationierte Radio Farabundo Martí mit seinen Übertragungen.

Was sendet dieses Radio denn eigentlich? Dazu die Verantwortliche des Senders: „Neben den täglichen Berichten von militärischen Aktionen der FMLN, senden wir eine 14-tägige und monatliche Zusammenfassung. Das heißt, Anzahl der eingenommenen Städte, Art und Anzahl von erbeuteten Waffen, Angriffe, Niederlagen der Regierungstruppen usw. Ein weiterer Teil sind Berichte über die politische Situation im Lande, wie z.B. über die sich zuspitzenden Widersprüche innerhalb der Regierung und der Gesetzgebenden Versammlung. Neben der Information über die wirtschaftliche Situation El Salvadors — Inflationsrate, Preissteigerungen, Streiks, ausgebliebene Lohnzahlungen etc. — werden durch Radio Farabundo Martí die Forderungskataloge und Plattformen der im Untergrund agierenden Gewerkschafts- und Studentenbewegungen und Komitees verbreitet.“

Im Rahmen der nationalen Berichterstattung spielen Reportagen aus den von der FMLN kontrollierten Gebieten eine wesentliche Rolle. Darin berichten wir über das neue El Salvador, das hier im Entstehen ist — über die Agrarreform, über die Alphabetisierung unter freiem Himmel, über die verschiedenen Werkstätten wie Schuhereien und Schmieden, die vom Volk aufgebaut wurden und über die Organisation des medizinischen Versorgungssystems für die Bevölkerung.

Ein weiterer Schwerpunkt, was nun die internationale Berichterstattung betrifft, ist es, über die anwachsende Soli-

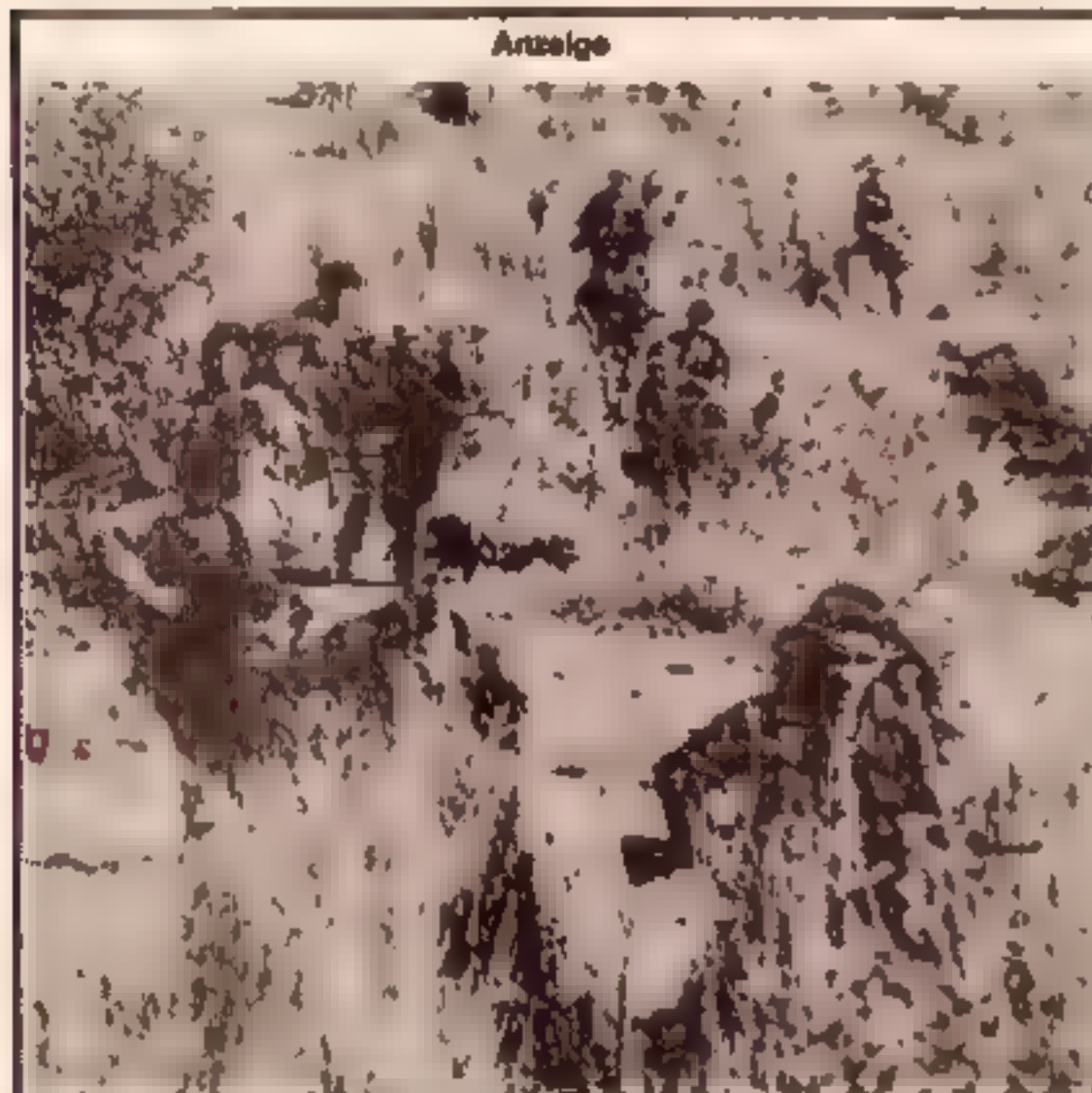
daritätsbewegung für unser Volk auf der ganzen Welt zu informieren. Zum einen auf Regierungsebenen wie Resolutionen vor der UNO, Regierungserklärungen usw. und zum anderen berichten wir von Solidaritätsveranstaltungen, internationalen Kampagnen, Demonstrationen, Botschaftsbesetzungen.

Was ich nun letztlich noch mit einschließen möchte, ist die Musik in unseren Sendungen. Neben lateinamerikanischen Liedern, die sich aus den Widerstandskämpfen in den verschiedenen Ländern unseres Kontinents entwickelt haben, sind es Lieder, die in El Salvador ständig neu entstehen und in denen sich unsere Revolution widerspiegelt.“ (Aus einem Interview vom Sommer 1982).

Das Errichten und Betreiben eines solchen Senders im Kriegszustand, nur wenige Kilometer vom nächsten Stützpunkt des Militärs entfernt, ist eine äußerst schwierige Sache. Über die alltäglichen Organisationsprobleme noch einmal die Genossin von Radio Farabundo Martí: „Aber, damit ein Radio funktioniert, genügt nicht nur das technische Zubehör, sondern man benötigt wesentlich mehr. Angefangen vom Benzin, das den Generator für das Radio betreibt. Wir müßten hier ein konstantes Versorgungs- und Transportsystem entwickeln. Des weiteren muß die Versorgung mit aktuellen Informationen organisiert werden. Insbesondere bei Tonbandaufzeichnungen von Veranstaltungen oder Interviews, die im Originalton in die Sendungen eingeblendet werden, müssen die Companeros oft lange und gefährliche Wegstrecken zurücklegen.“



## Radio Liberación



„Aus dem Tagebuch Salvador Cayetano Caprios 'Marcial'“

Herausgeber: Casa Farabundo Martí, Bonn

Geschildert werden 10 Tage im Oktober 1981. Ein Kommando der FMLN wird von Regierungstruppen eingeschlossen; beschrieben wird das Leben unter den Engeschlossenen, der Kampf gegen die Umzingelung und schließlich die Befreiung und die Rückeroberung

des Gebietes. Der Autor, Cayetano Caprios, ist Oberbefehlshaber der FAPL (die Streitkräfte der FPL, einer der fünf politisch-militärischen Organisationen der FMLN).

DIN A5, 48 Seiten, DM 3,—  
Zu bestellen über  
Hamburger Salz und  
Verlagskooperative  
Postfach 76 85  
2000 Hamburg 19  
Postcheckkonto Hamburg  
271 75 - 203

Am 28.4.1981 geschah im Herzen von Santiago eine Aktion, die außerhalb Chiles kaum bekannt wurde. Eine Gruppe von Revolutionären besetzte den Sender „Radio Portales“, der zu diesem Zeitpunkt im ganzen Land zu hören war. Es gelang einem Kommando der revolutionären Volksmilizen in einer äußerst präzise geplanten und durchgeführten Propagandaaktion, was kein Mensch für möglich hielt: Die Diktatur in einer ihrer Nervenzentren zu treffen. Wir hatten die Gelegenheit, mit Francisco, einem der Besetzer von „Portales“, zu sprechen.

lateinamerika-kommission

AK: Francisco, kennst du zunächst etwas über deine Person sagen?

Francisco: Nun, ich bin wie viele andere auch in meinem Land Mitglied des Widerstandes und der Volksmilizen. In der Aktion von „Radio Portales“ war mir eine bestimmte Aufgabe zugeteilt. Die Besetzung von „Radio Portales“ hatte zum Ziel, eine Proklamation des Widerstandes anläßlich des 1. Mai im Lande zu verbreiten. Dies war sozusagen auch der Anfang von „Radio Liberación“, der Stimme des Volkswiderstandes. Du fragst nach meiner Person. Also ich bin zwanzig Jahre alt ...

Dann hast du die Zeit der Unidad Popular gar nicht bewußt miterlebt ...

Nein, meine Politisierung erfuhr ich nicht während der Unidad Popular, sondern sie geschah in der Periode der Diktatur, was mich schließlich in den Widerstand führte. Ich erfuhr den Hunger unseres Volkes, seine Rechtlosigkeit und mußte mit ansehen, wie sich eine kleine Gruppe von Mächtigen auf Kosten der Arbeiter bereicherte. Das ist ein Prozeß, weißt du, in dem du dich engagierst und immer mehr Bewußtsein erlangst, bis du schließlich ein ziemlich klares politisches Ziel vor Augen hast: Das Ziel, die Diktatur mit allen Mitteln zu stürzen.

Für die meisten von uns ist es schwer vorstellbar, mit welchen Schwierigkeiten und Risiken die Milizen des Volkswiderstandes fertig werden müssen. Kennst du eine Planung und Durchführung der Besetzung von „Radio Portales“?

An erster Stelle steht natürlich die Diskussion um die politische Notwendigkeit einer solchen Aktion. Die Junta befand sich schon damals, entgegen offiziellen Behauptungen, in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, eine Reihe von Betrieben hatte Pleite gemacht, es gab größere Streikbewegungen und es stand der 1. Mai bevor, der in diesem Jahr ein Ausdruck der wiedererstarkten Massenbewegung werden sollte. In diesem Zusammenhang hielten wir eine

größere Propagandaaktion für geeignet.

Was die Aktion selbst betrifft, so war die Hauptschwierigkeit die Lage des Senders. Er liegt in einem strategisch wichtigen Viertel. Zum einen befinden sich hier drei Geheimdienstkasernen, zum anderen ein Ausbuddungslager der weiblichen Polizei, außerdem ein Verwaltungsgebäude der Luftwaffe, eine schwer bewachte brasilianische Botschaft und schließlich die „Moneda“. Unsere erste Aufgabe bestand also darin, über die objektiven Bedingungen möglichst viele Informationen zu sammeln. Weiterhin mußten wir genaueste Kenntnisse über die Sendestation bekommen, d.h. wo befinden sich die Überspielanlagen, wie sind die räumlichen Bedingungen, wie viele Personen arbeiten hier usw., Informationen, die wir von Leuten erhielten, die hier arbeiten. Dann mußten wir uns einen geeigneten Zeitpunkt für die Aktion aussuchen. Günstig erschienen uns die Morgennachrichten um 7.30 Uhr. Jeden Morgen um 7.30 Uhr wird „Radio Portales“ nämlich an die Sendeanlage von „Pucelle Alto“ etwas außerhalb der Stadt angeschlossen, die über das ganze Land ausstrahlt. Vor den Nachrichten jedoch, und das ist wichtig, gab es immer Reklame. Aber wie sollten wir unseren Aufruf an das Volk über den Sender gehen lassen?

Wir hatten zwei Möglichkeiten: Zum einen den Aufruf im Senderraum direkt zu verlesen, zum anderen, ihn über eine

Fortsetzung nächste Seite



# Hungertod in der Sahel

## Erst der Imperialismus macht ihn möglich

1980 verhungerten 55 Millionen Menschen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Dies sind so viele, wie im gesamten 2. Weltkrieg umkamen. Darüberhinaus sind nach Schätzungen der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO) 1,4 Milliarden Menschen unterernährt. Laut Weltbankbericht 1982 haben diese Menschen heute weniger zu essen als Anfang der sechziger Jahre. Doch liegt dies sogar nach Meinung der Weltbank keineswegs an einer absoluten Mangelsituation. „Weltweit gesehen würde — eine andere Einkommensverteilung vorausgesetzt — die heutige Produktion an Getreide alleine ausreichen, um alle Menschen mit mehr als 3000 Kalorien und 65g Protein pro Tag zu versorgen, d.h. weit mehr als es den höchsten Schätzungen für den täglichen Bedarf entspricht“ (Weltbankbericht, 1980, S.30)!

Nach Schätzungen der FAO werden weltweit sogar 10% mehr produziert als die Minimumgarantie einer ausreichenden Ernährung.

Wie ist dann zu verstehen, wenn in aktuellen Pressemitteilungen vor einer neuen Hungerkatastrophe in der Sahel gewarnt wird? Wie ist es zu verstehen, daß die afrikanischen Länder 1960 2 Mio. Tonnen Lebensmittel importiert haben, 1978 aber 11 Mio. Tonnen und der Importbedarf für 1985 von der FAO auf 15 Mio. Tonnen geschätzt wird? Wie ist es zu erklären, daß aktuell in der Sahel ein Getreidedefizit von jährlich 550.000 Tonnen besteht, und dieser bis 1986 sogar auf 1,2 Mio. t ansteigen soll?

### Die Geschichte der Sahel

„Sahel“ ist ein Name aus dem Arabisch und bezeichnet das Land südlich der Sahara. Acht Länder sind damit beschrieben: Mali, Mauretanien, Gambia, Senegal, Niger, Obervolta, Tschad und die Kap Verde. Anfang der sechziger Jahre wurde die Sahel erstmals in die Schlagzeilen gehoben, als in einer Hungerkatastrophe 100.000 bis 250.000 Menschen verhungerten — eine weitaus höhere Zahl, als geschwächt an Krankheiten, die als nor-

malerweise überstanden hatten. Rund eine Million Stück Vieh gingen zugrunde und damit die Lebensgrundlage für Tausende von Nomaden.

Grund für diese Hungerkatastrophe war nach der bürgerlichen Presse eine zu große Trockenheit, die 1968 begann und zwischen 1971 und 1973 zu Hungersnot und zum wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sahel-Länder führte. Doch ist das Ausbleiben des Regens in der Sahelzone — auch über Jahre hinweg — keineswegs eine neue Erscheinung. Trockenperioden waren auch in der Vergangenheit nicht ungewöhn-

lich, ebenso wie Jahre mit außerordentlich geringen Niederschlägen. In einer meteorologischen Studie konnte für die letzten Jahrzehnte keinerlei Verringerung der durchschnittlichen Niederschlagsmengen festgestellt werden. Es gibt keinerlei Daten, die auf eine Klimaänderung hindeuten. So muß auch in der Zukunft mit den Trockenzeiten und -Perioden gerechnet werden, die durch die geographische Lage dieser Länder am Südrand der Sahara bedingt ist. Warum die Dürre von 1968-73 derartig katastrophale Ausmaße angenommen hat, muß also in anderen Faktoren gesucht werden. Die vorkoloniale Agrar- und Viehwirtschaft hatte sich diesen Bedingungen sehr gut angepaßt. Es wurde eine extensive Weidewirtschaft betrieben mit 6-10-jährigen Brachzeiten (Brache bedeutet, daß bestimmte Felder unbearbeitet bleiben, um zu regenerieren). Während der Brachzeiten stand das Land den Nomaden zur Verfügung, deren Herden die aufgekommene Vegetation abweideten und die Flächen gleichzeitig düngten. Auf trockenen Sandböden wurde Kolbenhirse, auf feuchteren Sorghum (Fingerhirse) angebaut. Hinzu kamen Sesam, Gerste und Weizen sowie in den regelmäßiger beregneten Gebieten Obst und Gemüse. Diese Art des Ackerbaus ging weit über das hinaus, was üblicherweise als Subsistenzwirtschaft bezeichnet wird. Den Nomaden erwirtschafteten einen beträchtlichen Überschuß, der zu ausgeprägten Handelsbeziehungen mit den Nomaden führte. Darüberhinaus dienten dazu umfangreiche Vorratslager anzulegen. In einigen Berichten ist zu finden, daß es üblich war, nur Getreide zu essen, was



manchmal Getreide als Währungsmittel. Die Nomadengemeinschaften herrschte das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, wodurch es offensichtlich zu keinerlei Hungerkatastrophen wie in den fünfziger Jahren kam. Die Nomaden zogen mit Gruppen von etwa 3-5 Familien mit ihren Herden im festen Jahreszyklus von Weide zu Weide. Geschichtlich hatte sich ein sehr kompliziertes Weiderecht unter den Nomaden und den Bauern herausgebildet, das eine Selbstversorgung der Nomaden schaffte, aber eine Überweidung verhinderte.

Die Weidewirtschaft war

„begleitet worden mit sarkastischen Namen wie: „Wind der Kinder“, oder „Oa“, Zerstörer“ der Sahel-Länder.

Der Zusammenbruch in den fünfziger Jahren wurde zunehmend aufgespürt. Jeder Bauer mußte immer mehr Erntemaschinen kaufen, um die Steuern zu bezahlen, Geld für Lebensmittel und neue Saat zu haben. Hinzu kam, daß besonders in schwierigen Jahren Händler billig importiertes Getreide zu Wucherpreisen als Warenkredit anbieten. In den fünfziger Jahren wurden die Bauern noch mehr in die Schuldenfalle gezogen. Die Erntemaschinen wurden immer mehr als die einzige Möglichkeit angesehen, um den unter dem Pflug genommenen und die Herden durch den Wegfall der Düngung durch die Viehherden ausgelaugten, ökologischen Folgen waren katastrophal. Da der Boden beim Ernteaufbau viel länger unbedeckt ist, traten schon beim Übergang vom Getreide zum Ernteaufbau große Erosionserscheinungen auf. Die fruchtbare Humusschicht wurde weggewaschen. Durch die mangelnde Düngung speicherter der Boden immer weniger Wasser, wodurch vor allem die Erträge im Maisanbau empfindlich sanken.

Auch für die Nomaden waren die Folgen erheblich. Durch den Zusammenbruch des alten Weiderechtsystems und die Ziehung neuer Grenzen brach z.B. die ursprüngliche Tuareg-Föderation zusammen. Aufgrund der Ausdehnung der Ackerbauflächen standen den Nomaden weniger Weideland zur Verfügung. Die Verkürzung der Brachzeiten führte zu einer Überweidung der restlichen Flächen. Dies hatte genau die Erscheinungen zur Folge, die in der Presse heute gern als die eigentliche Ursache der Trockenheit und Wüstenausbreitung in der Sahel angeboten wird. Die Nomaden lassen die überweideten Flächen völlig abgrasen und kehren zurück, um danach auf weiteren Flächen die gleichen Verwüstungen hervorzurufen. Dies ist aber natürlich die Folge des traditionellen Nomadismus, sondern die Folge der Zerstörung des Verhältnisses zwischen Ackerbau und Nomadismus durch die Kolonialisierung. Diese Zerstörung ist bis auf den heutigen Tag durch kein politisches System beseitigt worden, das auch nur annähernd so gut funktionieren würde wie das ursprüngliche Wirtschaftssystem.

### Die Situation zur Zeit der Hungerkatastrophe Anfang der sechziger Jahre

Der Übergang von der Kolonialherrschaft zur formalen Unabhängigkeit brachte den Ländern der Sahelzone weder eine Änderung ihrer deformierten Wirtschaftsstruktur, noch eine Ver-

Fortsetzung nächste Seite

Fortf. von vorhergehender Seite

Tonkassette abzuspielen. Wir entschieden uns für die zweite Möglichkeit.

Wir hatten aber nicht nur unsere Erklärung aufgenommen, sondern auch die Reklamespots, die ja fast immer wieder gleich sind.

Wenige Augenblicke vor der Reklamesendung betraten wir die Rundfunkanstalt, nahmen alle Mitarbeiter als Geiseln, ich selbst hatte die Aufgabe, die Tonkassette in die Sendung einzuspielen. Der Kontakt wurde hergestellt.

Wie jeden Morgen kamen kurz vor halb acht die Reklamespots; was jedoch kein Mensch außerhalb des Senders wissen konnte: daß sie diesmal von einem Tonband des Volkswiderstandes überspielt wurden. Der Sender von „Punto Alto“ übernahm ahnungslos die erwarteten „Nachrichten“, an deren Stelle nun aber unsere Botschaft kam.

Erst zu diesem Zeitpunkt, als wir uns bereits wieder auf den Rückzug befanden, wurde die Repression aufmerksam. Die Polizei war offensichtlich völlig überrascht. Da sie es überhaupt nicht fassen konnte, daß „Radio Portales“ besetzt war, fuhr sie nach „Punto Alto“ raus, wo sie die Besetzer vermutete. Damit die Mitarbeiter der Rundfunkanstalt unsere Sendung nicht unterbrechen, deponierten wir drei „Sprengkörper“ an der Überspiellanlage: nun, der eine Sprengkörper bestand aus einem Kilo Mehl und einem etwas lauterem Knallkörper, den wir „explodieren“ ließen, was seine Wirkung nicht verfehlte. Die anderen beiden waren mit Erde gefüllt. Du kannst dir vorstellen, wie uns zumute war, als wir später im Fernsehen Spezialbombenentschärferte Kommandos der Junta unsere „Erdbomben“ aus dem Gebäude raustragen sahen. Jedenfalls, die erste Sendung von „Radio Liberación“, die im ganzen Land gehört wurde, dauerte 11 Minuten, d.h. unser Aufruf zum 3. Mai wurde zweimal hintereinander „gesendet“. Wie du siehst, ging die Aktion unheimlich schnell über die Bühne. Die Schnelligkeit, der Überraschungseffekt und die absolute Geheimhaltung sind drei Faktoren, von denen der Erfolg einer solchen Aktion abhängt. Bei dieser Aktion kam kein Mensch zu Schaden, obwohl jeder Angehörige des bewaffneten Widerstandes damit rechnen muß, nicht wieder zurückzukehren. Ich möchte an dieser Stelle an die Genossen Flores Perez erinnern, die an der Besetzung teilgenommen hatte, und die wenig später, am 16. August 81, bei einer Konfrontation mit den Repressionsorganen fiel. Ich möchte das auch deshalb tun, weil sie ein Beispiel für die Avantgarde-Rolle der Frau im Volkswiderstand darstellt.

### Welche Rolle spielt ein Radiosender für den Volkswiderstand in der jetzigen politischen Situation?

Ihr wißt, daß die Junta eine Mauer des Schweigens und der Desinformation über die Lage des Landes errichtet hat. Hunger, Elend, Überausbeutung, Arbeitslosigkeit, politische Entrechtung. Für diese Unterdrückung war eine strenge Kontrolle der Massenmedien

notwendig. Zeitungen, Radio und Fernsehen gehören in der Regel großer Finanzgruppen, die der Diktatur nahe stehen oder von ihr kontrolliert werden. Das chilenische Volk wird also in großer Uninformiertheit gehalten, besonders über nationale Fragen. Auf der anderen Seite haben die sozialen und politischen Kämpfe stark zugenommen, heute kann man in Chile von einer wiedererstandenen Massenbewegung sprechen, darüberhinaus ist die gesamte Linke große Schritte in Richtung Einheit gegangen.

Somit gibt es heute die Notwendigkeit, daß der Volkswiderstand über ein Informationsmedium verfügen muß, das nicht nur die Schweigemauer der Diktatur durchbricht, sondern mehr noch möglichst breite Bevölkerungsschichten erreicht, um sie mit den Informationen zu versorgen, die sie für ihren Kampf gegen die Diktatur benötigen.

### Sicherheit ist „Radio Liberación“ nicht mit einer normalen Rundfunkstation zu vergleichen.

„Radio Liberación“ muß beweglich sein, schon wegen der Repression. Daher sind unsere Anlagen klein und von geringer Stärke. Unsere Sendungen verbreiten wir, indem wir die Hörfrequenz irgendeines Fernsehkanals oder Radiosenders in einem Viertel oder Stadtbezirk, wo es politisch wichtig ist, interferieren. Vor kurzem gelang es uns in Valparaiso, sogar Pinochet in einer Fernsehansprache zu interferieren, d.h. während Pinochets Mundbewegungen zu sehen waren, konnte der erstaunte Zuschauer die Stimme des Volkswiderstandes vernehmen.

Unser erstes Ziel ist es, Ende des Jahres oder im Verlauf des nächsten Jahres über so viele dieser kleinen Sendeanlagen zu verfügen, daß alle wichtigen Regionen und Städte „versorgt“ sind. Darüberhinaus brauchen wir mindestens drei Montage- und Reparaturwerkstätten. All das ist natürlich fürchterlich teuer, und ohne Unterstützung von außen wird sich das Projekt nur langsam entwickeln.

Franzisco, vielen Dank für das Gespräch.

### Spenden für

„Radio Farabundo Martí“  
Sonderkonto Joachim Hyner,  
PichA Hannover, BLZ  
250 100 30, Nr. 446 766 - 302  
Stichwort: Radio  
Kontaktadresse:  
AG Radio Farabundo Martí c/o  
Internationalismus Buchladen,  
Postfach 30 03, 3000 Hannover 1

### Spenden für

Radio Liberación  
So. Lissner, PichA Frankfurt/M.,  
Nr. 25792 - 603  
Kontaktadresse:  
J.C.H., Boite postale 3, F62218  
Lisson sous Lens, Frankreich



Fortz. von vorhergehender Seite

gerung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich. Diese Abhängigkeit, entstanden durch den Zwang zum Anbau von Exportkulturen, deren Vermarktung ausschließlich vor und nach der Unabhängigkeit über Frankreich abgewickelt wurde, drückte sich noch lange in einer speziellen Wirtschaftszone mit dem Franc als Leitwährung aus.

Die einseitige Deformierung der Landwirtschaft in Richtung exportorientierter Monokulturen hatte sowohl geführt, daß schon von „Erdbuß“ oder „Baumwollrepublik“ gesprochen wurde. Dagegen ging der Anbau von Lebensmitteln immer weiter zurück.

Z.B. sank in Mali der Hektarertrag für Hirse im Zeitraum 1960-72 von 750 auf 700 kg, für Sorghum von 1000 auf 800 kg und für Reis von 1000 auf 900 kg. Bei den Exportkulturen stiegen sowohl die Erträge als auch die Anbauflächen, und dies sogar noch in der Trockenperiode. So stieg die Ertragsrate der Baumwollsamenerzeugung 1971/72 auf das 400fache gegenüber den vorausgegangenen Jahren mit normalem Regenfall. Auch die Erdbußproduktion wurde noch gesteigert. Für Baumwolle bedeutete dies eine Ausdehnung der Anbaufläche von 26 auf 90.000 ha, die Erträge stiegen von 480 auf 800 kg/ha. Zur Zeit der Hungerkatastrophe machte der Export von Erdnüssen — die übrigens als Futtermittel verarbeitet werden — und von Baumwolle die Hälfte der Exporte aus. Die Ausfuhr von Fleisch betrug 26% der Lebensmittelimporte, die in der Zeit von 20 auf 30%. Im Geld ausgedrückt gab Mali ebenso viel für Lebensmittelimporte aus, wie es für den Export von Baumwolle, Erdnüssen und Fleisch erntete.

Der Senegal ist völlig vom Erdnüssen anbau abhängig. Der Anteil der Erdnüssenproduktion am Export machte Anfang der siebziger Jahre 50% aus, während gleichzeitig der Anteil der Lebensmittel am Import 30% betrug. Die rabiate Erdnüssenmonokultur hat aus vielen Gegenden Senegals Wüsten gemacht.

Dem Verfall des Weltmarktpreises wurde mit einer Ausdehnung der bebauten Flächen genantwortet, die ebenfalls immer mehr auslagten. Zudem verzerrten die Bauern völlig aufgrund starker korrupten staatlichen, monopolistischen Vermarktungsorganisation, die den Bauern zu völlig überzogenen Krediten das Saatgut lieferte und die Erzeugerpreise niedrig hielt. Dies führte zu einer enormen Verschuldung der Bauern, die daraufhin durch skrupellose Eintreibung der Schulden ruiniert wurden. Mitten in der Hungersnot startete ein multinationaler Agrokonzern, BUD-Holland, das Projekt einer riesigen Gemüsegarten im Senegal. Auf 425 ha wurde Wintergemüse, das sich in Europa teuer verkaufen ließ, angebaut und mit dem Flugzeug zu den Märkten Europas geflogen. Gefördert wurde das Ganze von der Weltbank, dem EU-

Fond und dem senegalesischen Staat. Das Unternehmen, das 3000 Menschen beschäftigte, ging 1980 pleite. 3000 ehemalige Bauern wurden verproletariert und zogen in die Städte. Gleichzeitig wurde aus dem Senegal, dessen Boden völlig ausgelaugt werden, Phosphor exportiert, um in Europa als Dünger verkauft zu werden. Eine ähnliche wirtschaftliche Situation läßt sich mit Ausnahme der Kap Verde für die anderen Länder der Sahelzone ebenso zeigen. Obervolta und der Tschad sind extrem abhängig vom Export von Baumwolle und vom Import von Lebensmitteln.

Generell läßt sich feststellen, daß die herrschenden Eliten dieser Länder, immer äußerst eng mit der alten Kolonialmacht Frankreich verknüpft, keinerlei Interesse an einer Änderung der wirtschaftlichen Struktur hatten. Aus Versuche, die allein exportorientierten Monokulturen aufzulösen, schlugen fehl. Ein weiteres Beispiel für die gescheiterte Politik der Kolonialisten ist die Vermarktung der nomadischen Viehherden. Schon vor der Hungersnot wurde versucht, den Exportanteil des Fleisches zu erhöhen. Anfangs wehrten sich die Nomaden gegen die Vermarktung ihrer Herden, da sie ihre Lebensgrundlage bedeuteten. Schließlich wurden sie gezwungen, ihre Herden dem Fleischhandel zu opfern — auf den wochenlang dauernden Wegen zu den Fleischmärkten des Sudans blühten die Herden zwei Drittel ihres Verkaufswertes ein. Mit Weltbankkrediten wurden Tiefbrunnen gebaut und die Viehweiden bekämpft. Dadurch vergrößerten sich die Kopfzahlen der Herden. Das Weiderecht war zusammengebrochen, und die ausgedehnten Monokulturen fraßen sich immer weiter in die Weidenflächen hinein. Vollständige Überweidung der Restflächen war die Folge — und als dann 1982 der Regen ausblieb, kam es zur Katastrophe.

### Die aktuelle Lage im Sahel

Der wirtschaftliche Zusammenbruch der Sahelstaaten durch die Hungerkatastrophe setzte der bisherigen französischen Dominanz in dieser Region ein Ende. Allein der Kapitalbedarf, die aktuelle Notlage zu lindern, überstieg die Finanzkraft des französischen Imperiums. Die Folge war eine Öffnung für Kapitalimporte aus der EG und den USA. Diese Situation führte zur Gründung der Organisation „Club des Amis du Sahel“ (Klub der Freunde des Sahel), dem alle Sahelstaaten angehören, darüberhinaus aber auch die wichtigsten Kreditgeber und Kapitalimporteure für den Sahel. Allen voran immer noch Frankreich, Vertreter der OECD, die Bundesrepublik Deutschland, die USA und nach verschiedenen Quellen auch Japan und Australien. Dieser Verein trat bei der Gründung mit der bemerkenswerten Aufgabenstellung an, für die Sahelzone das Gleiche zu erreichen, wie es der Marshall Plan für

Europa geschafft habe. In einem Programm zur Kontrolle der Dürre und der Entwicklung des Sahel wird zwar die Sicherung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung als vordergründige Aufgabe gestellt, doch wird gleichzeitig gefordert, die Exportproduktion drastisch zu erhöhen, insbesondere bei Reis und Weizen! Um dieses Ziel zu erreichen, sollen die Bewässerungskulturen stark ausgeweitet werden, was natürlich einen hohen Kapitaleinsatz erforderlich macht. Außerdem soll der Fleischexport wieder auf den alten Stand gebracht werden und dafür die Vermarktungsbedingungen durch den Bau von Straßen entscheidend verbessert werden.

Auch die Weltbank wurde im Sahel aktiv, ging aber nach anfänglicher Förderung von Großprojekten multinationaler oder staatlicher Ackerbau- und Viehzuchtfarmen, dazu über, gezielt die Kleinbauern zu fördern. Dies entsprach einem weltweiten Schwenk im Rahmen der „Grünen Revolution“. Dies geschah vor allem, um einer ständig zunehmenden Landflucht und Verproletarisierung der Bauern entgegenzuwirken. Denn auch in der Sahelzone hatten sich die Städte durch die Zerstörung der landwirtschaftlichen Strukturen explosionsartig vergrößert. 1920 lebten noch ca. 2 Mio. Menschen in den Städten, 1960 waren es schon 13 Mio. Heute sind es bei einer Gesamtbevölkerung von 50 Mio. schon 30 Mio. in den Städten, jeder Möglichkeit beraubt, sie selbst zu ernähren. Um einer politischen Radikalisierung vorzubeugen, die aus dieser Verelendung folgen könnte, konzentrierte sich die Weltbank mehr auf die Förderung der Kleinbauern.

Auch die amerikanische Entwicklungsbehörde ist seit ca. 20 Jahren im Sahel tätig. Ihre Vorschläge und Pläne sind noch etwas brutaler als die der „Freunde des Sahel“. Der Trockenfeldbau solle ganz durch Bewässerungskulturen ersetzt werden, um vor allem den Export zu steigern. Die Nomaden sollen sich auf Jungtierproduktion im Norden beschränken und ihre Tiere im Süden zu ertragsreichen Mastfarmen verkaufen. Ansätze dieser Art einzustreichen gab es schon von Seiten des amerikanischen Agrobizness. Ob so etwas mit den nomadischen Traditionen vereinbar ist, wird nicht diskutiert. Von allem liegt dem AID aber an einer Eindämmung der Bevölkerungsexplosion. Deshalb wird die Einführung einer Geburtenkontrolle propagiert.

Die FAO ging aufgrund ihrer Analysen der Hungerkatastrophe davon aus, daß das Ziel der Nahrungsmittelversorgung bis zum Jahre 1990 erreichbar sei. Es gebe keine natürlichen Hindernisse, die notwendigen Technologien seien bekannt und genügend kultivierbares Land sei vorhanden. Das Schwerkriegs solle auf dem Trockenfeldbau liegen, der durch Bewässerungsprojekte ergänzt werden könne. Die Lage der Kleinbauern und besitzlosen Landarbeiter solle verbessert und neue Wirtschaftssektoren wie die Viehzucht, Strukturen des Landeigentums und Wasserrechts geschaffen werden. Zudem sei eine größere Beteiligung der Landbevölkerung an Entscheidungsprozessen notwendig. Eine andere Unterorganisation der UNO, die UNSO, kam zu ähnlichen Strategien und setzte sich zusätzlich für eine Erneuerung des Weiderechts zur Erhaltung des Nomadismus ein.

Abgesehen von den Projekten der FAO und UNSO ist in allen anderen eine mehr oder weniger deutliche Fortsetzung der Politik zu erkennen, die in den siebziger Jahren zur Katastrophe geführt hat. Die Deformierung der Wirtschaft in Richtung einer Exportorientierung, die in der Sahelzone unvermeidbar mit einer Selbstversorgung ist, soll noch weiter gesteigert werden. Deutlich wird dies an der in den meisten Projekten geforderten Ausweitung der Bewässerungskulturen. Diese sind meist für die Exportkultur wichtig, beanspruchen sehr viel Land und sind äußerst kapitalintensiv — daher sind sie auch nur als Großfarmen denkbar. Es sind also Projekte für multinationale Agrokonzerne, staatliche Firmen oder für die jeweils herrschende Oligarchie. Die Bauern, die vorher die dann benötigten Ländereien bebaut haben, verlieren ihre Existenz und wandern in die Städte ab. Zynischerweise ist dieser Prozeß durch die Hungerkatastrophe sogar begünstigt worden, da der Tod oder die Flucht vor dem Verhungern von Tausenden von Bauern kapitalkräftigen Gruppen freie, bebaubare Flächen lieferte.

Ebenso ist allen Projekten gleich, daß sie langfristig auf die Zerstörung des Nomadismus abzielen. Dies wird teilweise damit begründet, daß die Nomaden Schuld an der Katastrophe gewesen seien. Wie aber oben aufgezeigt wurde, war der ursprüngliche Verbund



von Ackerbau und Landwirtschaft keineswegs zerstörerisch für die Vegetation. Erst die Deformierung der Landwirtschaft zur Export-Monokultur und der damit verbundene Flächenbedarf verdrängte die Nomaden auf weniger Flächen, die dann nach Steigerung der Herdengrößen ebenfalls für den Export ökologisch zusammenbrachen.

Diese Zusammenhänge sind natürlich auch dem „Klub der Freunde des Sahel“ geläufig. Daher sehen vier Strategien die Einrichtung von riesigen Rinderfarmen im Süden vor, die vor allem Mastvieh produzieren und für die die Nomaden für eine Übergangszeit noch die Jungtiere liefern. Wahrscheinlich würde es auch hier den dort Arbeitenden ähnlich wie den Gauchos der argentinischen Haciendas gehen: Sie selbst haben das Fleisch, das sie produzieren, noch nie gegessen, da es für sie unerschwinglich teuer ist.

### Und zwangsläufig droht eine neue Katastrophe

Zwangsläufig, ja ... wenn die Politik der Agromultis und der Metropolen weiterverfolgt wird. Daß ein Land auch heute noch aus diesem Kreislauf ausbrechen kann und innerhalb relativ kurzer Zeit zur Selbstversorgung zurückkehren kann, zeigt das Beispiel Niger. Das Land hat jedoch das Privileg, über die Uranvorkommen und deren Verkauf die nötigen Mittel zu haben, um nicht auf den Export der Monokulturfürchte angewiesen zu sein. Über Nacht wurde die Nahrungsmittelproduktion von den Bauern umgestellt, der Staat ist in der Lage über eine ausgewogene Preispolitik mit einer an den alten Traditionen anknüpfenden Agrarpolitik (Vorratshaltung) die Versorgung der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten und sogar einen Überschuß zu produzieren.

Aber die Situation der übrigen Sahelstaaten ist katastrophal. Seitdem die genannten Projekte und Strategien geplant wurden, sind mittlerweile 5-7 Jahre vergangen, und die Bevölkerung der Sahelstaaten sieht schlechter da als vorher. Der Aufruf der Agrarminister der Sahelstaaten im Januar 1981, weiterhin Nahrungsmittelhilfe zu leisten, da das Defizit 967 000 Tonnen betrage, offenbart den vollen Bankrott der angeblichen Politik der Nahrungsmittelselbstversorgung.

Dabei sind die Prognosen noch katastrophaler. Das Getreidedefizit für 1986 wird im günstigsten Fall mit 1,2 Mio. Tonnen veranschlagt! Die Gründe liegen auf der Hand. Von 1975 bis 1980 flossen ca. 7,5 Milliarden US-Dollar in den Sahel. Davon wurde knapp ein Viertel in der Landwirtschaft investiert. Hiervon aber 75% zur verstärkten Produktion von Baumwolle und anderen Exportkulturen. Doch so vernichtend diese Bilanz für die Bevölkerung im Sahel selbst ist, so profitträchtig ist sie für die beteiligten imperialistischen Staaten. Durch die Steige-

rung der Exporte landwirtschaftlicher Produkte und den gleichzeitigen Verfall der Weltmarktpreise wurden enorme Gewinne aus diesen Ländern gezogen. 1974 verließ der amerikanische Geheimdienst CIA eine Studie, die auch von der Hungerkatastrophe im Sahel beeinflusst wurde. Hierin heißt es: „Es scheint klar zu sein, daß zumindest die Welt der Armen in den nächsten Jahrzehnten ständig unter Nahrungsmittelknappheit und gelegentlich Hungersnöten zu leiden haben wird ... Die Ungleichheit zwischen den Reichen und Armen wird sich also wahrscheinlich noch verstärken. Und die Abhängigkeit der Welt von der nordamerikanischen Landwirtschaft wird ständig größer werden“. Aufgrund der weltweit steigenden Lebensmittelimporte in die Länder der „Dritten Welt“, stiegen die Preise in den letzten 5 Jahren beträchtlich und die amerikanische Landwirtschaft erzielte eine Rekorderte nach der anderen.

Bei derartig mächtigen Interessen liegt es natürlich nahe, den Importbedarf möglichst frühzeitig abschätzen zu können. 1981 wurde ein meteorologisches Institut „agrymeth“ in Niamey, Niger, gegründet. In Niamey eingerichtet, das (mit großen Computern ausgestattet) wichtige klimatische Daten sammelt. Zwei amerikanische Satelliten, „Tiro“ und „Landsat“ sowie „Meteosat“ der europäischen Raumfahrtbehörde fotografieren laufend die Wolkenbedeckung und erfassen mit Infrarotkameras die hydrologischen Bedingungen ebenso wie die zu erwartenden Ernten. Dies dient nach eigenen Angaben sowohl der landwirtschaftlichen Planung als auch der Abschätzung des möglichen Nahrungsmitteldefizites. Dies wurde ausdrücklich von den Staaten, die die „Nahrungsmittelhilfen“ leisten gefordert. Wenn diese Daten dann an die Chicagoer Weizenbörse weitergegeben werden, läßt jede nahende Hungersnot eine weitere Aktiensteigerung und Anreiz für weitere Rekorderte aus. Wenn dann Anfang November in unscheinbaren Kurzmeldungen zu lesen ist, daß in Mali durch eine anhaltende Dürre 800 000 Menschen und 3 Mio. Tiere vom Verhungern bedroht sind, wird dies in Chicago und Brüssel wieder die Kassen klingeln lassen. Der chronische Hunger dieser und vieler anderer Regionen der „Dritten Welt“ ist nicht nur Folge des Imperialismus, sondern auch eine äußerst ergiebige Profitquelle.

### Imperialismus Kommission

#### Quellen:

Qui se nourrit de la famine en Afrique? Comité Sahel, 1975  
L'Afrique étranglée. Dumont 1980  
Afrique Asie, Nr. 259 u. 260, 1981  
Présence Africaine, 113, 1980  
Europe outremer, Nr. 602, 1980  
E+Z 1, 1980  
Die Sahel-Zone, Strategien gegen die Dürre, Durst & Fennner, FES, 1981





# »Widerstand an allen Fronten«

Interview mit einem Sprecher der IRA

„Sinn Fein take five“ titelte das republikanische Wochenblatt „An Phoblacht/Republican News“ eine Woche nach den Wahlen zum Stormont, der parlamentarischen Versammlung Nord-Irlands. Sensationelle fünf Sitze konnte der politische Arm der IRA Ende Oktober auf Anhieb gewinnen — das repräsentiert ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Nord-Irlands oder ein Drittel der katholischen Minderheit.

Das Konzept von Sinn Fein war voll aufgegangen: Teilnahme an den Wahlen, um nicht der sozialdemokratischen SDLP das Feld zu überlassen; Boykott der Sitze im Stormont, das als Scheinparlament von vornherein nur äußerst begrenzte Rechte besitzt.

Der Wahlkampf wurde begleitet von einer militärischen Offensive der IRA: Im Hochsommer erschütterten die Bomben im Herzen Londons das Image der „glorious british army“, die sich gerade als Siegerin des Falkland-Krieges abfeiern ließ. Es folgte eine Serie von Angriffen auf Militärs und Patrouillen in Nord-Irland selbst, gleichzeitig führte Sinn Fein einen offenen Wahlkampf gegen das britische Konzept der „schrittweisen Normalisierung“.

Die Gegenseite reagierte darauf mit Terroranschlägen der britischen Armee und paramilitärischen protestantischen Bänden gegen die katholische Zivilbevölkerung und republikanische Wahlkämpfer, die bis heute nicht aufgehört haben.

Zwei Wochen nach den Wahlen kam Sinn Fein zu einem vielbeachteten Parteitag in Dublin zusammen. Die Delegierten bekräftigten die politische Linie des „Widerstands an allen Fronten“ gegen die britische Besatzung im Norden und verabschiedeten ein Paket von Beschlüssen zur politischen Situation in der Republik. Ein Jahr nach der Beendigung des Hungerstreiks der republikanischen Gefangenen müssen die Regierungen in London und Dublin die Stärke einer Bewegung feststellen, die nach politisch auf beiden Seiten der Grenze an Einfluss gewinnt.

Das nachfolgende Interview entnahmen wir (leicht gekürzt) dem „Irish Republican Information Service“.

IRIS: Die Versuche der IRA sich hochentwickelte Infrarotraketen zu verschaffen, wurden in der Presse weitverbreitet. (1) Inwieweit werden die Einsatzmöglichkeiten der IRA in ländlichen Gebieten durch das Nichtvorhandensein dieser Waffen beeinträchtigt? IRA: Ich glaube, daß wir in der Lage wären, die britische Armee oder ein zu bekämpfen, wenn uns dieser Waffentyp zur Verfügung stünde, d.h. wir also das tun könnten, wovon die Brits immer sagen, daß wir dazu nicht in der Lage seien, nämlich aufsteigen und kämpfen. Das gäbe es aber nur, wenn wir die entsprechenden Mittel hätten.

IRIS: Gegenwärtigen Zeitpunkt geht es um die Gebiete des Nord- und Ost-Irlands. Wie ist die Lage dort? IRA: Wir haben in der Vergangenheit von Einnahmen, Drogen und Mauthilfen, wo die Brits überhaupt keine Fahrzeuge einsetzen können. Alle Außenposten werden durch Hubschrauber versorgt. Das ist ein Problem für die Gebiete an den Grenzen von Einnahmen/Drogen und West-Irland. Drogen sind ein Problem, weil sie nicht legal sind.

ganze Welt verstreut politische Feinde, die versuchen, unsere Nachschubwege zu unterbrechen. Mehr als 50% der Bevölkerung (die Loyalisten) im besetzten Gebiet kollaboriert mit dem Feind. (2) Unser wichtigster Pluspunkt sind die Nationalisten, die uns zum großen Teil in unterschiedlichem Maß unterstützen. Wie überhaupt alles, was uns heute an Unterstützung zur Verfügung steht, aus unserer Bevölkerung kommt, so wie schon die Proklamation von 1916 festhielt, daß die Iren in ihrem Freiheitskampf zum größten Teil auf sich selbst gestützt sein werden. (3) Als es hier all der Nachteile ist, es nicht so einfach, daß wir Perioden haben, in denen wir uns zurückziehen müssen, so wie es in der Vergangenheit der Fall war. Aber wenn man die Vorteile betrachtet, ist es nicht so einfach, sich zurückziehen zu können. Wir haben zwei Vorteile, die wir nicht verlieren wollen. Der erste ist, daß wir eine kontinuierliche Kampfkraft haben, die in der Lage ist, sich zu vergrößern. Der zweite ist, daß wir eine kontinuierliche Kampfkraft haben, die in der Lage ist, sich zu vergrößern. Wir haben zwei Vorteile, die wir nicht verlieren wollen. Der erste ist, daß wir eine kontinuierliche Kampfkraft haben, die in der Lage ist, sich zu vergrößern. Der zweite ist, daß wir eine kontinuierliche Kampfkraft haben, die in der Lage ist, sich zu vergrößern.

Außenposten nicht mehr versorgen. Hunderte von Soldaten mußten eingesetzt werden, um die Landverbindung abzusichern und so den Nachschub zu garantieren. Daß wir diese Raketen nicht haben, hat ganz offensichtlich Auswirkungen.

Ebbe und Flut

IRIS: Obwohl es Zeiten breitgefächert und sehr erfolgreicher IRA-Einsätze gibt, folgen immer wieder Perioden, in denen fast gar keine oder nur sehr wenige Aktivitäten auszumachen sind. Warum diese Unregelmäßigkeit? IRA: Ich glaube, die Antwort liegt in der Natur des Guerillakampfes. Vietnam gilt als der Guerillakrieg, der nach Lehrbuch ablief. Aber es ist eine Tatsache, daß vor der Tet-Offensive kaum geschossen wurde. Danach änderte sich das zugebenermaßen. Auch im Algerienkrieg gab es wenige Kampfhandlungen mit langen Zeitabständen dazwischen. Ebenso in Cypern. In Malaya wurden im Zeitraum von drei Jahren nur sehr wenige Brits getötet.

Die IRA ist durch eine Reihe von ungünstigen Voraussetzungen im Nachteil. Erstens, wir werden von keiner Regierung finanziell oder militärisch unterstützt. Unser Operationsgebiet ist klein und bietet daher keine Rückzugsgebiete. Wir sind eine der wenigen Guerilla-Armeen, die in einem besetzten Gebiet sowohl lebt als auch kämpft. Wir bekämpfen eine Weltmacht mit schier unerschöpflichen Hilfsquellen und haben im Rücken obendrein eine mit dem Feind kollaborierende Regierung, die Beiträge in Millionenhöhe ausgibt in ihrem Bemühen, uns zu besiegen. Wir haben über die

der IRA was politische Arbeit, Erziehung, Ausbildung, eben Basisarbeit im weitesten Sinn in den IRA-Gebieten.

Springfield Avenue

IRIS: Durch die schwere Explosion an der Springfield Avenue in West Belfast im Juni wurden zahlreiche Häuser der Umgebung zerstört. Eine Bombe, die, wie die IRA später bekanntgab, nur vorübergehend in der Springfield Ave gelagert werden sollte, wurde von den Brits entdeckt und zur Explosion gebracht. Laut IRA-Angaben war die Bombe nicht scharf, sie hätte also ohne Sicherheitsrisiko abtransportiert werden können. Die Brits zündeten die Bombe, um die IRA in den Augen der nationalistischen Bevölkerung zu diskreditieren. Das schied, zumindest was das staatliche Wohnungsbauprogramm betrifft, erfolgreich. Charles Brett, Amvorseher der Gesellschaft, gab an, daß sich als Folge der Zerstörung durch die Bombe das Wohnungsbauprogramm in West Belfast zeitlich verzögern würde und machte indirekt die IRA dafür verantwortlich. Welche Haltung wird die IRA gegenüber der offensichtlichen zunehmenden Bereitschaft der Wohnungsbaugesellschaft sowie anderer halbstaatlicher und städtischer Körperschaften mit dem britischen Militär zusammenzuarbeiten einnehmen?

IRA: Zuerst möchte ich noch einige Zusatzinformationen zu der angesprochenen Explosion geben. Seit einigen Monaten haben wir den nun erhaltenden Verdacht, daß die Brits unsere Bomben entschärfen, ehe das umliegende Viertel geräumt ist und daß sie absichtlich auf naheliegender Hinweise so wohl wie die Tatsache, daß auch was die Art der Bombe betraf, ignorierten. Mit anderen Worten, sie geben den absichtlichen Leuten der IRA die Möglichkeit, die Bombe zu entschärfen. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, wie man entschärfte Bomben abtransportiert und entschärfte Bomben abtransportiert. Sie werden immer erst am Bestimmungsort scharf gemacht. Das ist keine gute Sache, man muß eine Bombe selbst in der Hand haben, wenn man sie zerstören will. Wir werden erst am Bestimmungsort scharf gemacht. Das ist keine gute Sache, man muß eine Bombe selbst in der Hand haben, wenn man sie zerstören will. Wir werden erst am Bestimmungsort scharf gemacht. Das ist keine gute Sache, man muß eine Bombe selbst in der Hand haben, wenn man sie zerstören will.



„Ein großartiges Jahr! Haben wir die IRA nicht weniger als neunzehnmal besiegt?“ — „Ich darf ihn einfach nicht mehr unsere Pressemitteilungen lesen lassen... Er verliert unter gelockertem Realitätsverlust!“ (aus: „Cormac Strikes Back“, Resistance Cartoons from the North of Ireland, London, Oktober 1982).

wie er im Haushalt zu finden ist. Er ist ungefährlich, solange niemand ein Scherholz an ihn hält. ( ) Die Bomben in der Springfield Ave waren entschärft und konnten von daher überhaupt nicht explodieren. Die Brits machen sie erst scharf und zündeten sie dann — ein Teil einer klassischen counter-insurgency Bewegung. Wir bedauern natürlich die Zerstörung von Arbeiter Häusern, aber trotz der verständlichen Verzögerung der Betroffenen, die wir teilen, sind wir uns aber sicher, daß die Leute die britische Version der Ereignisse durchschauen und ablehnen, und wenn es nur deswegen ist, weil sie wissen, daß die Brits sie seit Jahren bei hundert Gelegenheiten belogen haben und belügen. Dieselben Politiker die sich jetzt vor Entsetzen über die Explosion nicht wieder beruhigen können haben x-mal gelogen, während die IRA im Guten wie im Schlechten zu dem steht was sie getan hat. So, nun zum zweiten Teil der Frage. Wir wissen, daß die Regierungstellen und alle halb-amtlichen Gesellschaften in Übereinstimmung mit Kissors Theorie, daß alle Regierungsstrukturen auf allen Ebenen am Kampf gegen Aufständische beteiligt sind, verwendet werden. (4) Mit all diesen Leuten wird zu gegebenem Zeitpunkt verfahren werden, wir sind gegen einen anderen Feind des Irischen Volkes.

IRIS: Die IRA hat in den vergangenen Monaten ziemlich häufig Bomben in Autos versteckt und gerundet. Inwieweit wurde oft großer Schaden angerichtet aber auch unbeteiligte Zivilisten gefährdet? Beobachtet die IRA weiterhin Autobomben zu verwenden und wie steht sie zu dieser Kritik?

IRA: Ja, wir denken weiter in Autobomben einzusetzen. Und weil wir sie bomben einzusetzen. Und weil wir sie lange vorher warnen, wird das Leben unbeteiligter Zivilisten auch nicht gefährdet, vorausgesetzt der Feind reagiert auf die Warnung. Die Autobombe wird nur gegen Sachen eingesetzt, was sogar von der britischen Armee und der R.U.C. zugegeben wird. Es ist keine Art Bombe, die gegen Menschen eingesetzt wird, daher geben wir auch Alarm. Es dient unserer Sache nicht, unschuldige Zivilisten zu gefährden, und alle unsere Operationen (ob gegen militärische oder industrielle Ziele) werden unter dieser Voraussetzung geplant und durchgeführt.

Psychologische Operationen

IRIS: Der Hungerstreik war eine Periode, in der die nationalistische Beteiligung am Kampf erneuert und verstärkt wurde. Aber seither gab es aufwändige Anstrengungen des Feindes, die nationalistische Bevölkerung zu verwirren und zu demoralisieren, dazu wurden Informanten, psychologische Operationen und Propaganda eingesetzt. Wie wirkte sich das auf die unmittelbar nach dem Hungerstreik zunehmende Unterstützung aus sowohl innerhalb der Bewegung und auch außerhalb stehende Unterstützer?

IRA: Ich glaube, daß diese Frage zwei unterschiedliche Aspekte betrifft. Innerhalb der Bewegung hatte all das kaum Erfolg, weil die Leute, die aktiv beteiligt sind, die Situation und was der Feind damit erreichen will verstehen. Die Verwendung bezahlter Agenten durch die R.U.C. hatte anfänglich einige psychologische Bedeutung bei nationalistischen Unterstützern, aber auch die bei ziemlich schnell dadurch nach, daß die Leute ihr Verständnis für die Situation vertieften, aber auch durch

eine Reihe von IRA Operationen, die zu der Zeit durchgeführt wurden, als Hermon (RUC Chief) seine schäbige Behauptung aufstellte, die IRA sei schwach geworden.

Politikalisierung

IRIS: Eine allgemeine Tendenz innerhalb der republikanischen Bewegung, vor allem im vergangenen Jahr scheint die zunehmende Erziehung zu sein. Inwieweit wird der durchschnittliche IRA-Volunteer, was seine oder ihre Politikierung bzw. sein oder ihr Verständnis der republikanischen Ziele angeht, davon berührt?

IRA: Falls die Frage sich auf die neuen Rekruten seit dem Hungerstreik bezieht, so muß ich ehrlicherweise darauf antworten, daß es noch zu früh ist, um sagen zu können, wie gut der Erziehungsfortschritt angekommen ist. Das wird noch einige Monate dauern bis wir das feststellen können. Was hingegen die längerdenkenden Volunteers betrifft, so läuft ihre Politikierung seit zehn Jahren ununterbrochen und außerhalb der Gefängnisse. Der gegenwärtige Erziehungsprozess stellt da nur eine Form dar.

Kollaboration

IRIS: Garrett Fitzgerald (5) sprach kürzlich davon, daß eine Art gemeinsamer Zusammenhalt zwischen den IRA-Gruppen zu sehen sei. Inwieweit wird die IRA davon tatsächlich behindert? IRA: Vor allen Dingen ist festzustellen, daß es keine Zunahme der Kollaboration gibt, sondern die volle Verschmelzung der Streitkräfte der Republik IRE und der britischen Armee/RUC, was die Kontrolle, gemeinsame Scharaktionen, Verfolgungen, Straßen Sperren, die, Verfolgungen, Straßensperren, direkte Funkverbindung und direkte Computer-Verbindung angeht. Aber da die IRA innerhalb der six counties aus autonomen Kampfgruppen besteht, berührt die grenzüberschreitende Zusammenarbeit uns nicht. Um ein Beispiel zu geben: aus der Serie von aufgefundenen Waffenverstecken, über die berichtet wurde, waren nur zwei IRA-Waffenverstecke. Einmal wurden sieben Gewehre gefunden und das andere Mal war es Munition in Emyvale und Monaghan. Die anderen „Fundes“ gehörten uns entweder nicht, oder waren schon unbrauchbare Ausrüstung oder aber existieren schlichtweg nicht. Sie wurden nur in der Presse lanciert, um den Engländern zu sagen, daß die republikanische Armee ihrerseits was tut. Aber wie dem auch sei, die zunehmende Kollaboration der Garda/Republikanische Armee muß erst noch bewiesen, daß sie eine aktive IRA-Einheit in Ballymurphy zu behindern vermag oder eine Aktion in der Falls Road, oder in Derry, Dungannon oder sonstwo nördlich der Grenze verhindern kann. Das einzige, was die Garda trotz der Personalverstärkung bis jetzt wirklich kann, ist Republikaner in den twenty-six counties zu verfolgen. Wir sind uns sicher, daß die Garda-Sondereinsatzkommandos in Zukunft gegen mutante Gewerkschafter und andere politische Bewegungen eingesetzt werden, vor allem dann, wenn die Arbeitslosigkeit in den twenty-six counties noch weiter steigt.

Normalisierung

IRIS: Was bedeutet die sogenannte schrittweise Normalisierung. Hat der Hungerstreik sie beendet oder gibt es sie heute noch?



„Ich fühle mich so schuldig!“ — „Ich habe für Sinn Fein gestimmt und weiß, es würde die loyalistischen Paras verärgern.“ — „Und nun bedrohen sie uns mit Sektariendmorden!“ — „Aber es sind mehr als fünfhundert Menschen von loyalistischen Kifern umgebracht worden, bevor du das erste Mal Sinn Fein gewählt hast!“ — „Oh, ich fühle mich so schuldig! Sie müssen gewußt haben, daß ich Sinn Fein wählen wollte!“ (aus: Republican News/An Phoblacht, 4. November 82)



Forts. von vorhergehender Seite

**IRA:** Es gibt sie noch, 'Normalisierung' war das Hauptproblem der Jahre '77 — '79, obwohl die Bemühungen der IRA, die bewaffneten Operationen usw. den Vorgang weitgehend aufhielten. Der Hungerstreik war gerade deswegen erfolgreich, weil er die Bevölkerung veranlaßte, sich erneut mit der britischen Einmischung auseinanderzusetzen. Obwohl sie ein fortschreitender Vorgang ist, ist auch die IRA dabei sie zu bekämpfen.

Wahlbeteiligung

**IRIS:** Einige Unterstützer der IRA fragen sich, ob die republikanische Wahlbeteiligung eine Verringerung des bewaffneten Kampfes bedeutet. Es besteht da sogar die Auffassung, daß die Beteiligung an den Wahlen der IRA aufgezwungen wurde, weil sie nicht mehr in der Lage sei, verstärkte militärische Operationen durchzuführen. Wie ist dies zu kommentieren?

**IRA:** Nein, es gibt keinen Zusammenhang zwischen Wahlbeteiligung und der Steigerung oder Nicht-Steigerung des bewaffneten Kampfes. Die Wahlbeteiligung hat mehrere Vorteile als weitere Waffe im Kampf: a) die Brits wollen keine Wahlbeteiligung der Republikaner, was beweist, daß sie im Kampf als Waffe sehr effektiv ist; und b) bringt die Wahlbeteiligung die Tories und die Kollaborateurs-Parteien in ziemliche Verlegenheit, wenn wir uns am 'demokratischen Prozeß' beteiligen, weil sich dadurch immer wieder herausstellt, wie undemokratisch und falsch der sogenannte 'demokratische Prozeß' ist. Das zeigt sich besonders deutlich in der Reaktion (mit wenigen rühmlichen Ausnahmen) fast aller Abgeordneter im Leinster House und Westminster zur Zeit, als Kieran Doherty TD und Bobby Sands MP starben, und in der Art, wie die Brits die Wahlgesetze veränderten, um zu verhindern, daß noch einmal verurteilte Gefangene gewählt werden (6). Die Kampfstrategie 'Wahlbeteiligung' ist uns nicht aufgezwungen worden. Wir haben sie bewußt gewählt, und in den Entscheidungsprozeß ist auch die Meinung der Leute innerhalb der Bewegung eingeflossen. Wir Republikaner dürfen uns nie isolieren lassen, und wir dürfen uns nie nur auf eine Kampfform allein verlassen. Unser Widerstand muß multirassisch, politisch, kulturell, sozial und wirtschaftlich gleichzeitig sein. Nur so können wir alle Leute in unseren Krieg gegen die Briten und die Kollaborateure einbeziehen. Innerhalb des weiten Spektrums des Widerstandes gibt es für jeden einen Platz. Im Kampf sind alle gleich, egal was er/sie tut: Zeitungen verkaufen, Geld sammeln, Transparente tragen, Flugblätter verteilen, eine militärische Aktion ausführen ... Aber trotzdem ist der bewaffnete Kampf die wichtigste Form unseres Widerstandes und wird es sein, solange, bis die Brits aus Irland abgezogen sind.

Priors Parlament

Priors Parlament

**IRIS:** Wahrscheinlich wird Priors geplante Parlamentswahl diesen Herbst trotz aller Verzögerungen stattfinden. Wie ist die weitere Arbeit des Parlaments zu sehen?

**IRA:** Es gibt soviel Opposition dagegen, daß wir nicht sehen, wie es funktionieren soll. Nichtsdestotrotz unterstützen wir ganz bewußt die Wahlbeteiligung der Sinn Féin auf der Basis, daß sie die Sitze nicht einnehmen, wenn sie gewählt werden. Die Antwort der Republikaner wird immer dieselbe sein, was für ein politisches Szenario auch immer die Briten planen.

Die SDLP

**IRIS:** Wie ist die Zukunft der SDLP nach dem Hungerstreik und angesichts der Herausforderung im Wahlgang durch die Republikaner zu beurteilen?

**IRA:** Die SDLP ist die Partei des Mittelklasse Establishments (*'middle-class 'Castle Catholic' establishment'*). Solange die Republikaner den Wahlen fernblieben, konnte sie sich als die politische Sprecherin der nationalistischen Bevölkerung darstellen, und sie hat so die Klassengegensätze, die innerhalb des nationalistischen Lagers existieren, verdeckt. Die Wahlbeteiligung der Republikaner hat diesen Mythos zerstört, und obwohl das nicht leicht sein wird, wird durch die fortschreitende Beteiligung der Republikaner am politischen Leben die SDLP im rechten Licht erscheinen, nämlich als Unterstützerin der bruchlosen Anwesenheit in Irland.

Breite Fronten

**IRIS:** Die H-Block/Armagh-Kampagne kennzeichnet die Abkehr der Republikaner von früheren Strategien, in dem eine 'Breite Front'-Taktik versucht wurde. Wie wird in Zukunft dort weitergearbeitet?

**IRA:** Natürlich war die Massenmobilisierung, durch die ein beträchtlicher Teil der nationalistischen Bevölkerung die Forderungen der Hungerstreikenden unterstützte, eine erfreuliche Entwicklung. Wir begrüßen jede Beteiligung am Widerstand gegen britische und neokoloniale Machtbestrebungen. Es ist schwierig, mit Sicherheit festzustellen, wie so eine Beteiligung im Einzelnen aufgebaut und geformt werden könnte und ob, selbst bei gleicher Ausgangslage, so eine Mobilisierung der Massen zum jetzigen Zeitpunkt wieder möglich wäre. Wie dem auch sei, wir stehen hinter den Gesprächen, die zwischen Sinn Féin und anderen antiumperialistischen Gruppen stattfinden. Irgendwelche Ergebnisse dieser Gespräche für uns in Anspruch zu nehmen, wäre jedoch falsch.

**IRIS:** Was ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt das Wichtigste?

**IRA:** Unterstützung zu organisieren und in verünftige Bahnen zu lenken. Und sicherzustellen, daß sich der Widerstand gegen die britische Herrschaft nicht nur auf militärischen Aktionen beschränkt, sondern jeder/r mit seiner/ihrer Art Widerstand leisten kann.

aus: IRIS, the republican magazine, July/August 1982, Number 3

**Erklärungen:**  
Brits = Ausdruck für britische Armee und Regierung; six counties = Nord-Irland; twenty-six counties = Republik Eire (Süd-Irland); republikanische Armee = Armee der Republik Eire, nicht IRA!

**Anmerkungen:**  
1. Im Frühjahr d.J. wurden in den USA zwei mutmaßliche Waffenverkäufer der IRA festgenommen, als gerade den Ankauf zweier 1. Im Frühjahr d.J. wurden in den USA zwei mutmaßliche Waffenverkäufer der IRA festgenommen, die gerade den Ankauf zweier Boden-Luft-Raketen eingefädelt hatten.  
2. Als "Loyalisten" wird die protestantische Bevölkerungsmehrheit Nord-Irlands bezeichnet.  
3. Aufruf, verfaßt von Pearse und Connolly und am Morgen des Osteraufstandes 1916 vor der Hauptpost in Dublin verlesen.  
4. General Kitson, britischer Counter-Insurgency-Strategie.  
5. Geralt Fitzgerald, Ex-Premier der Republik Eire.  
6. Nach Bobby Sands Wahl ins Unterhaus wurde ein Gesetz erlassen, das Gefängnisinsassen von der passiven Wahl ausschließt.

© für die Übersetzung: Arbeiterkampf

Niederlande:

Schule zu und Schiene frei

Lehrer und Eisenbahner im Streik gegen Lohnraub und Stellenabbau

Kalte Zeiten hat die „Mitte-Rechts“-Regierung den Werk-tätigen angekündigt. Alle Einkommen sollen einer dreimonatigen „Atempause“ unterliegen, die Gehälter der Beamten und die Sozialunterstützungen sollen eingefroren, allen im Unterrichtsbereich tätigen zusätzlich 1,65 % ihres Gehaltes abgezogen werden, um ein 278-Mio.-Gulden-Loch im Haushalt des Unterrichtsministeriums zu stopfen. 20.000 Lehrkräfte traten daraufhin im November in einen fünftägigen Streik. Die Eisenbahner legten für einen Tag den größten Teil des öffentlichen Verkehrs lahm.

20.000 Lehrer im Streik

Am 15.11. traten rund 20.000 Lehrkräfte, die in drei der vier großen Unterrichtsgewerkschaften organisiert sind, an etwa 2.000 Schulen in dem Streik. Im Landesdurchschnitt waren von diesem Schwerpunktsstreik 20% der Schulen betroffen, in einzelnen Großstädten war der Anteil jedoch wesentlich höher. In Amsterdam wurde etwa die Hälfte der insgesamt 500 Schulen bestreikt, in Rotterdam die Hälfte der Grundschulen und rund Dreiviertel der Mittelschulen.

Der Streik wurde von den Eltern weithin begrüßt und teilweise aktiv unterstützt. Elternräte und örtliche Gewerkschaftsabteilungen hatten über Nachbarschaftshilfe und Stadtteilzentren dafür gesorgt, daß die Kinder werktätiger Eltern auch während des Streiks versorgt werden. Zehn Mütter in Den Haag besetzten kurzerhand einen Kindergarten, dessen Personal nicht mitstreiken wollte und sperrten die Kindergartentorein.

Vier Mütter in Amsterdam, denen so mancherlei fehlte, um als Werk-tätige glaubhaft zu sein, fühlten sich gerufen, gegen den Streik „zum Schutz der berufstätigen Mütter“ vor Gericht zu ziehen. Der Richter kamte in dem Streik jedoch nicht die behauptete „unerträgliche Belastung“ sehen und befand überdies — auch Richter und nur Beamte —, daß Beamte ja auch das Streikrecht hätten.

Während aller Streiktage wurden Demonstrationen, Vollversammlungen und Kundgebungen durchgeführt, wovon gerade einige der kleineren besonders beachtenswert waren: Amsterdamer Lehrkräfte aus „Problemvierteln“ demonstrierten im Stadtteil gegen die drohende Reduzierung der kindergartensplätze gegen eine Einschränkung des Unterrichts für Ausländerkinder, für eine bessere Ausstattung der Spielplätze.

Die Schüler kommen

Vom zweiten Streiktage (16.11.) an begannen auch die Schüler und Schüle-rinnen selbst sich des Streiks anzunehmen. In Rotterdam zogen Schüler von bestreikten Schulen in Gruppen von jeweils mehreren Hundert zu den Schulen, an denen weiterunterrichtet wurde und warben für Teilnahme am Streik. Wo einladendes Rufen nichts fruchtete, wurde auch schon mal, und mal auch etwas heftiger, an die Scheiben geklopft und in hartnäckigen Fällen in die Schulen hineingegangen. Dabei wurde, wie ein Reporter erschreckt berichtet, gar „ein Lehrer mißhandelt“. Auf dem Hof einer Amsterdamer Schule kam es zu einer veritablen Haueres zwischen Schülern und streikunwilligen Lehrern, die jedoch nicht fair ausgefallen werden konnte, da Polizei die Lehrer-Mannschaft regelwüßig unterstützte. In Amsterdam wurde ein neues Denkmal enthüllt. In einem überdi-

menstonalen Abfallkorb steckt eine weggeworfene Schule.

Am dritten Streiktage (17.11.) signalisierte der Unterrichtsminister Kompromißbereitschaft, soweit das einem vernebelten Ministerkopf möglich ist. Die Sonderkürzung der Lehrergehälter solle unterbleiben, wenn sich Unterrichts- und Beamten-gewerkschaften dafür einsetzen würden, daß die fehlenden 278 Millionen Gulden von allen Beamten und Trendfolgern getragen werden (Trendfolger sind im öffentlichen Dienst Tätige, die zwar nicht Beamte sind, deren Gehälter aber denen der Beamten jeweils angeglichen werden). Das würde dann 2 Millionen Beschäftigte treffen, die jeweils ein halbes Prozent Kürzung hinzunehmen hätten. Am „Einfrieren“ der Gehälter von Beamten und Trendfolgern und der Sozialunterstützungen würde die Regierung jedoch festhalten.

Auch am dritten Streiktage schalteten sich Schüler in den Streik ein, um nicht-streikende Schulen in die Aktionen einzubeziehen. In Rotterdam mischte die Polizei jedoch mit und nahm acht Jungen im Alter von dreizehn bis sechzehn Jahren fest. Die Gewerkschaften verurteilten die Schuleraktionen „allerstrengstens“ — die Schüler würden die Scheiben ein, hinter denen sie selber sitzen, oder so ähnlich — und entblödeten sich in Rotterdam nicht, über ihre patrolberenden Streikposten mit der Polizei vertrauensvoll gegen die Schüler zusammenzuarbeiten.

Der (landesübliche) unterrichtsfreie Mittwochnachmittag wurde in vielen Städten zu Veranstaltungen genutzt, an denen auch die Lehrkräfte nicht-streikender Schulen zahlreich teilnahmen.

Putz beim Minister

Das Unterrichtsministerium in Den Haag ist „zum Irrenhaus geworden“, notierte ein Reporter. Vor dem Gebäude in Permanenz Protestaktionen, Petitionen und Protestbriefe werden sackweise ins Haus geschleppt, Schüler einer nicht-bestreikten Schule blockieren die Telefonleitungen des Ministeriums durch fortwährendes Anrufen.

In einer Kleinstadt errichteten Schüler Barrikaden vor den Schuleingängen, in Amsterdam räumten Studenten einer Fachakademie das Mobiliar auf die Straße und setzten dort den Unterricht fort.

Am vierten Streiktage (18.11.) schlossen sich vierzig weitere Schulen dem Streik an. In Breda verließen 5.000 Schüler um die Mittagszeit den Unterricht und demonstrierten durch die Stadt. Gegen die drohende Vergrößerung der Klassen wendeten sie ein: „Auch Jesus hatte nur zwölf Schüler“. Rund 2.000 Schüler eroberten die Endhove per Rad und besuchten die nicht-streikenden Schulen. In Assen demonstrierten 1.000 Schüler durch die Stadt. In Utrecht besetzten die Schüler der Gartenbauschule zum Verdraß der

streikunlustigen Direktion das Gebäude.

Am fünften und letzten Streiktage (19.11.) kündigten die Unterrichtsgewerkschaften für den Tag, an dem die Extrakürzung ihrer Gehälter im Parlament behandelt wird, einen allgemeinen Streik an. Eine Umlage des Finanzlochs auf alle Beamten und Trendfolger wurde einhellig abgelehnt. Eine der Gewerkschaften sah sich jedoch zu konstruktivem Mitdenken genötigt und telegraphierte dem Unterrichtsministerium, die fehlenden 278 Millionen Gulden sollten durch Kürzung aller Einkommen (ihrer jeweiligen Höhe entsprechend) eingetrieben werden.

Richtiger lagen da schon die 150 streikenden Lehrer aus Veendam, die dem Unterrichtsminister jeweils 1,65 Gulden überwiesen, damit er sich ein Abschiedsgeschenk kaufen kann. Und falsch lagen jene 35 Lehrer in Amsterdam auch nicht, die das Büro des für den Unterricht zuständigen Gemeinderates besetzten und ihm mitteilten, daß sie eine Registrierung der Streikenden (damit deren Gehälter einbehalten werden können) nicht wünschen würden.

Die dritte der großen Unterrichtsgewerkschaften, die protestantisch-christliche, hatte sich nur partiell an dem fünftägigen Streik beteiligt und zu einem Kurzstreik am 23.11. aufgerufen. Hieran beteiligten sich rund 1.000 der insgesamt 6.000 protestantischen Schulen, weitere viertausend unterstützten den Streik in unterschiedlicher Weise.

„Streik nach Fahrplan“

Von dem von der Regierung beabsichtigten „Einfrieren“ der Gehälter von Beamten und Trendfolgern sind auch die Eisenbahner betroffen.

Zwei der drei großen Transportgewerkschaften beschlossen für den 22.11. einen Schwerpunktsstreik, der in den drei nördlichen Provinzen, dem Bereich Amsterdam/Utrecht und in den drei nördlichen Provinzen, dem Bereich Amsterdam/Utrecht und in Südlmburg durchgeführt werden sollte. So wären zwar noch kleinere Strecken in den Niederlanden mit der Bahn zu befahren, der eigentliche Reiseverkehr aber würde völlig darniederliegen. Wer dann am Streiktage etwa von der BKO aus in die Niederlande einreisen wollte und die äußerst subtilen (wenn überhaupt!) Hinweise auf den bundesdeutschen Bahnhöfen überhört hatte, blieb an einer der Grenzstationen hängen.

An dem Streik beteiligten sich rund 2.500 Eisenbahner. Der Verkehr kam, wie erwartet, auf großen Strecken völlig zum Erliegen. Unterstützt wurde der Streik von den Bus- und Transschaffnern in Amsterdam, Groningen, Arnhem und auf einigen Provinzstrecken sowie von Postlern in etlichen Städten.

Diesem „Streik nach Fahrplan“ zollte ein Sprecher der Eisenbahngesellschaft NS das bedenkenwerte Lob: „Die Eisenbahner haben gezeigt, daß sie streiken können. Es war ein organisiertes Chaos“. Und ein Gewerkschaftssprecher kommentierte das Geschehen mit deutlich gemischten Gefühlen: „Ich habe seit Jahren keinen so ruhigen Streik mitgemacht.“

Sei es, wie es sei. Das von der Regierung beabsichtigte „Einfrieren“ der Gehälter von Beamten und Trendfolgern ist zwar noch nicht vom Tisch, die gleichfalls beabsichtigte dreimonatige „Atempause“ aller Löhne und Gehälter hat die Regierung jedoch schon während des Streiks aufgegeben.

Die Eisenbahner haben der Regierung, wenn sie ihnen tatsächlich an den Geldbeutel geht, „einen langen und heißen Winter“ versprochen („de Volkskrant“, 9. — 24.11.82).

Niederlande-Kommission

Hilfsaktionen deutscher Sinti und Roma für Polens Bevölkerung Winter 1982

Polens Roma in großer Not

Die sich verschärfende Wirtschafts- und Ernährungslage in Polen trifft die ärmsten Bevölkerungsteile besonders schwer. Zu ihnen gehört die große Mehrheit der etwa 100.000 polnischen Roma. Viele der Älteren von ihnen haben in den Konzentrationslagern gelitten.

Der „Zentralrat Deutscher Sinti und Roma“, der „Verein der polnischen katholischen Roma in der Bundesrepublik“, die „Cinti-Union“ und die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ rufen trotz der veränderten politischen Situation in Polen zu einer winterlichen Hilfsaktion für die notleidenden Roma auf.

Die Verbände beabsichtigen im Januar 1983 mit Lastwagen Lebensmittel nach Polen zu transportieren. Die Verteilung erfolgt gemeinsam mit den Vereinigungen der Roma in Polen.

Spenden auf das Sonderkonto „Humanitäre Hilfe der Gesellschaft für bedrohte Völker“, Gemeinnütziger Verein, Postfach Hamburg 7400.

Steuerabzugsfähige Spendenquittungen werden ausgestellt. Lebensmittelspenden bitte telefonisch absprechen.

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, 06221 / 13280  
Gesellschaft für bedrohte Völker, 0551 / 55822-23



# Der Abschied vom Proletariat

## Welche Chancen hat die Alternativökonomie?

Wie in AK 227 dargestellt, fordert Bahro die Abkehr vom gewerkschaftlich organisierten Proletariat, die Zerschlagung des Industriesystems und seine Ersetzung durch sich „selbstversorgende weitgehend autonome Einheiten“. Diesen „Rettungsbooten“ möglichst viel Energie zuzuführen müsse die „Hauptlinie sein, entlang derer die Grünen Umverteilungspolitik betreiben“. Diese Orientierung setzt an einer ökologisch inspirierten Strömung an, die mit überausviel Interesse an „kleinen überschaubaren Einheiten“ als „berechtigten Anliegen gegen die allseitige Zentralisation und Gigantonomie im Imperialismus artikuliert; besonders durch Großindustrien werden dem Augenchein nach ökologische Katastrophen provoziert, Verwaltungs- und Behördeapparate werden zentralisiert gegen die Interessen der Bevölkerung, die kaum noch zu übertreffender Eigenart und Individualität der Seele führt zu immer mehr Verelendung und Anonymität usw. auf

Da sie an realen Widerständen anknüpft, ist die diffuse Linie des „small is beautiful“ mittlerweile wohl in allen imperialistischen Metropolen verbreitet, sei es über ihre Ideologien (Huber, Lyons etc.), sei es über kulturelle Rhetorik (z.B. Öko-Romane wie der US-Science-Fiction „Dhokota“), der mit mehr als 50 000 verkauften Exemplaren in die Liste der am schnellsten wachsenden Bestseller, sei es in Form konkreter Projekte zum Aufbau von Alternativökonomien (USA, Holland, Schweiz, Frankreich, BRD und Westberlin etc.).

Grundriss einer „dualistischen kapitalistischen“ und „alternativen“ Gesellschaft: Die „dualistische“ Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die sich aus zwei Teilen zusammensetzt: der „dualistischen“ und der „alternativen“ Gesellschaft. Die „dualistische“ Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die sich aus zwei Teilen zusammensetzt: der „dualistischen“ und der „alternativen“ Gesellschaft.

Die „dualistische“ Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die sich aus zwei Teilen zusammensetzt: der „dualistischen“ und der „alternativen“ Gesellschaft. Die „dualistische“ Gesellschaft ist eine Gesellschaft, die sich aus zwei Teilen zusammensetzt: der „dualistischen“ und der „alternativen“ Gesellschaft.

Wir wollen in diesem AK den Ansatz von Gorz darstellen, weitere Artikel zu anderen Themen folgen, um Ideen folgen.

Andre Gorz's Thesen sind mit dem Buch „Abschied vom Proletariat“, seinem Konzept einer „Dualwirtschaft“ zum Bestseller geworden.

Gorz' „Abschied vom Proletariat“ erschien 1980 und wurde von bestimmter Teile der undogmatischen Linken schnell in den Rang eines neuen Evangeliums gehoben. Bereits vor Erscheinen der offiziellen BRD-Ausgabe ließ die „Taz“ erste Übersetzungen als Erstveröffentlichung kursieren. Seitdem gab es „Taz“-Interviews mit Gorz, Besprechungen, Kommentare etc. Die damals wie heute nicht einflusslosen „Undogmatischen Sozialisten in den Grünen“ (Hopflschek, Wolschke, Schloesser u.a.) feierten seinerzeit in ihrem Informationsdienst „rot und grün“ das Gorz-Buch als „realistische Utopie“ und „materialistisch begründete politische Strategie“ (Wolschke) sowie als „Bausteine zu einer konkreten Utopie“ bzw. „materialistisches und pragmatisches Pendant zu Bahros Alternative“ (nach Hefie ... 5/81). Daß in der Entstehungsphase der „Demokratischen Sozialisten“ von diesen Kräften (insbesondere von Hopflschek in seiner Funktion als grünes Bundesvorstandsmitglied) am beifügten auf den Coppix/Hansen-Ansatz eingeknüpft wurde, war eine folgerichtige Schlussfolgerung aus dem „Abschied vom Proletariat“.

### „Die Nicht-Klasse der nachindustriellen Proletariat“

Gorz behauptet, daß die Ersetzung qualifizierter Facharbeiterberufe durch beliebig austauschbare Jobs auch jeglichen Klassenzusammenhalt unter den Werktätigen auslösche. Bereits mit den Anfängen des industrialisierten Kapitalismus und seither mit zunehmender Tendenz habe der Umfang der Produktionsseinheiten mit seiner hierarchischen und sachbezogenen Arbeitsteilung einen Überblick über den Produktionsprozeß verunmöglicht mit dem Resultat, daß der Einfluß der Arbeiter auf die Produktion gebrochen und jegliche Arbeiterautonomie zerstört sei. Seine Schlussfolgerung

„Für die Arbeiter kommt also nicht mehr in Betracht, sich innerlich der Arbeit zu befreien, die Arbeit zu beherrschen oder Macht im Rahmen der Arbeit zu gewinnen. Nichts anderes kann mehr in Betracht kommen als die Befreiung von der Arbeit, indem man zugleich deren Natur, Inhalt und Modalitäten ablehnt. Aber die Ablehnung der Arbeit schließt die der traditionellen Strategie der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationsformen ein.“ (62)

Die neue Strategie der „Nicht-Klasse des nachindustriellen Proletariats“ bestünde nunmehr darin, „ne die Arbeit und die Apparatekomplexe größere Autonomie zu erobern, die der gesellschaftlichen Logik entzogen sind, sich ihr widersetzen und eine ziemlich eingeschränkte Entfaltung der individuellen Existenz erlauben.“ (67) Im Unterschied zur „traditionellen Arbeiterklasse“ handele es sich — so Gorz — bei der „Nicht-Klasse“ um „befreiende Subjektivität“, die endlich aufgehört habe, sich „an die immanenten Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklungen zu klammern: Wir gehen nirgendwo hin, die Geschichte erzeugt keinen Sinn. Von ihr ist nichts zu hoffen, auch ist ihr nichts zu opfern.“ (68) Es sei allein Aufgabe der Individuen, als „absolute Subjektivität“ den Ausstieg, die „Zäsur“ zu vollziehen, die „gleichermaßen das Jenseits des Produktivismus, die Ablehnung der Akkumulationstheorie und die Auflösung aller Klassen“ verkörpere. Als Ziel dieses Unterfangens präsentiere Gorz die „absolute Subjektivität“ der „Nicht-Klasse“ (69).

### „Die dualistische Gesellschaft“

#### „Die dualistische Gesellschaft“

Die anzustrebende Zukunftsgesellschaft soll demnach zweigeteilt sein in einen heteronomen (Gorzen-Gesetzten) und einen autonomen (d.h. selbstständig-unabhängigen) Sektor. „Die heteronome Sphäre gewährleistet die programmierte, geplante Produktion all dessen, was für das Leben der Individuen und für das Funktionieren der Gesellschaft notwendig ist, so wirksam wie möglich, folglich mit dem geringsten Aufwand und minimalen Ressourcen. In der anderen Sphäre produzieren die Individuen auf autonome Weise, außerhalb des Marktes, allein oder frei assoziiert, materielle oder immaterielle, nicht notwendige, aber den Wünschen, dem Geschmack und der Phantasie des Einzelnen entsprechende Güter und Dienste.“ (88) Beide Sphären sollen einander bedingen. Je effizienter z.B. in Großindustrien mit Serienfertigung die Gegenstände des täglichen Bedarfs erzeugt werden, um so mehr Zeit bleibe den Individuen für die Selbstanfertigung von „überschüssigen Objekten“, beispielsweise bunten Röcken zum Eigenbedarf. (2) Das fernerlich von Gorz deklarierte Motto seiner „Dualwirtschaft“ lautet: „Moral ist ohne Notwendigkeit, und Notwendigkeit ist ohne Moral.“ (101) Mit anderen Worten: Alle gesellschaftlichen Tätigkeiten (sei es die Staatsgewalt oder die arbeitsteilige Produktion) sind entfremdet, ohne Moral. Daran kann und soll man nichts ändern. Laut Gorz ist es „ausgeschlossen, die Anonymisierung, Banalisierung, mehr noch, die Trivialisierung der gesellschaftlich bestimmten Arbeit abzuwenden, wenn man nicht die Arbeitsteilung abschafft, was heißt: zu Handwerk und Dorfökonomie zurückkehrt.“ (91), was jedoch unmöglich sei. Immer mehr Verblödung und Abstumpfung menschlicher Tätigkeit sei geradezu Vorteil, da so „die für jede Arbeit unabdingbare (soziale) Qualifikation relativ rasch erworben werden kann.“ (92). (2)

Auf gleiche Weise werden die politischen Verhältnisse abgesteckt, deren Entfremdung in der Klassengesellschaft Gorz zum Programm erhebt. „Die Existenz eines von den Gewohnheiten verschiedenen Rechts, eines von der Gesellschaft verschiedenen Staats“ sei ebenso unerlässlich, wie die „absolute Objektivität des Gesetzes“ (100 f., Hervorhebungen AK). Einen „guten“ Staat, eine „gute“ Macht könne es jenseits der Räume für Selbstorganisation und Autonomie eben nicht geben. Mo-

ral begnüge erst im Bereich der Nicht-Notwendigkeit, der subjektiven Willkür. Und da der Widerspruch zwischen beiden Sektoren nicht zu lösen sei, begnüge der Anfang und das Ende der Gorz'schen Weisheit in der „Entdeckung von Widersprüchen, mit denen man in permanenter Spannung leben muß, ohne den Versuch zu unternehmen, sie lösen zu wollen.“ (108)

Die Orientierung, die Gorz in diesem Zusammenhang der „nachindustriellen Linken“ gibt, entspricht in diesem Punkt recht genau dem, was Bahro-Bahro den Grünen als Hauptlinie aufzudrängen sucht. Die derzeit „vorrangige Aufgabe“ bestünde in der „maximalen Erweiterung der autonomen Tätigkeiten“, die ihren Sinn und ihren Zweck in sich selbst haben, innerhalb (3) und vor allem außerhalb der Familie. (80) Zum neuen „Wesen des Kommunismus“ gehöre es, „wenn die Ideen der Selbstbegrenzung, Stabilisierung, Gerechtigkeit und Unmöglichkeit praktisch werden — wenn praktisch gezeigt wird, daß man nicht nur besser leben kann, indem man anders arbeitet und konsumiert, sondern auch, daß freiwillige und kollektive Begrenzung der Sphäre der Notwendigkeit schon jetzt — und allein sie — die Erweiterung der autonomen Sphäre erlaubt.“ (112)

Das fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

Die fatale daran ist, daß diese Empfehlungen an das Proletariat in einer Zeit gemacht werden, wo auch die Bourgeoisie den „freiwilligen und kollektiven“ Lohnverzicht und die „Begrenzung“ über sich herablassen muß. (112)

„Sankt Marx“ die vom Kapitalismus eingesetzte Maschine als „das mächtigste Kriegsmittel zur Niederschlagung der periodischen Arbeiteraufstände, strikes usw. wider die Autokratie des Kapitals“ charakterisiert. Aktualisiert wird diese Einschätzung durch die Computerisierung, die dem Kapitalisten eine nahezu lockere Kontrolle jeder Arbeiterleistung mit Mitteln erlaubt, wie sie bisher vorwiegend im Bundeskriminalamt zum Zwecke der Terroristenfahndung eingesetzt wurden.

All diese — von ihm nur am Rande und ungenau skizzierten Folgen des Profitsystems — wendet Gorz, wie wir gesehen haben, nicht gegen das Kapital, sondern ... gegen die Arbeiterklasse!

— so Gorz es will

### Exkurs: Kapitalistische Rationalisierung ...

Wie bereits angedeutet, sieht Gorz in der Entwicklung der Industriearbeit, in der Taylorisierung (d.h. extreme, wissenschaftlich fundierte Arbeitsteilung), in der Automatisierung und der Computerisierung den maßgeblichen Grund für die Deformierung und Entfremdung der Arbeiterklasse, die diesen Produktionsverhältnissen vollständig angepasst ist.

In dieser Argumentation steckt im Grunde die Forderung: Die wissenschaftliche Rationalisierung ist ein notwendiges Übel, das man erdulden muß, um die Maschine zu überwinden. Die Maschine ist ein notwendiges Übel, das man erdulden muß, um die Maschine zu überwinden.

So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte

von Marx analysierte Lohnverzicht der Arbeit unermittlich vorangeschoben. So erfindet bereits der Taylorismus einen Arbeitertypus, der „so böd und phlegmatisch ist, daß er in seinen geistigen Fähigkeiten mehr dem Ochsen gleicht, als jedem anderen Typ.“ (Taylor 1919, diese und folgende Angaben nach P. Low, Die Industrie und Arbeit 1981). Die Automatisierung wurde auf entsprechende gesteuert, die in Einzelteilen den Einsatz von Arbeiter „auf dem Intelligenzniveau eines Zwölfjährigen“ erforderlich machte, „weil (ihre) geistige Beschränktheit es (ihnen) ermöglicht, jenes Ausmaß an Geduld und Beharrlichkeit aufzubringen, das notwendig ist, um die Maschine beim Ablauf ihrer Operationen zu überwachen“ (nach „American Maschinist“, Juli 79). Zudem ermöglicht die Automatisierung eine schrittweise Aufhebung des Streikrechts: Während zuvor bestimmte Maschinisten-Abteilungen über eine Reihe von Kenntnissen verfügen, die für die Betriebsleitung nicht ohne weiteres zu ersetzen waren, so können jetzt per Telefon die Programme an entsprechend automatisierte Maschinen in Zweigwerken, z.B. im Ausland übertragen werden. Bereits im Kapital hatte der von Gorz glossierte



Fortf. von vorhergehender Seite

grationsmandat" der SPD-  
Opposition auf den Leim gehe, täu-  
schen über die objektive Zurechen-  
barkeit der SPD hinweg. Ebenso  
wie originalreformistische Grüne à la  
Hasenpfeifer (Baden-Württemberg)  
darauf orientieren, der SPD das „Öko-  
nomische“ zu überlassen, während die  
eigentliche Berufung der Grünen das  
„Ökologische“ sei, fordert Bahro eine  
Konzentration der Grünen auf die Aus-  
steigerbewegung mit dem Effekt, die  
real existierende Arbeiterklasse der He-  
gemonie der SPD zu überantworten.

Im Vergleich zwischen diesen beiden  
Koryphäen des Ökologismus zeigt sich,  
daß Bahro in einer Reihe von zentralen  
Punkten des Gorz-Programms überein-  
stimmt.

Entgegen Bahros besonders verant-  
wortungsloser Linie der „einseitigen  
industriellen Abrüstung“, propagiert  
Gorz das duale System von durchrati-  
onalisierten Großindustrien neben den  
„autonomen Sektoren“ das keines-  
wegs die Industriegesellschaft zugun-  
sten vorindustrieller handwerklicher  
Tätigkeit abschaffen möchte.

Dem Gorz-Gedanken ist in diesem  
Zusammenhang nicht nur die größere  
Realitätsnähe zugutezuhalten (Alternat-  
ivwirtschaft auf Grundlage  
von Industrieproduktion), er ist zudem  
erklärlicher und eindeutiger, da er offen  
erklärt, was Bahro hinter scheinradika-  
len Floskeln versteckt: auf die Lösung  
des Grundwiderspruchs zwischen Kapi-  
tal und Arbeit verzichten zu wollen.

AKW-Nein-Kommission

(1) Im Pflasterstrand Nr. 103 (April 81) wurden in  
einem 5-seitigen Beitrag mit sicherem Gefühl für  
das besonders zynische die Grundthesen des  
Gorz-Buches propagiert. Für den PS bestand Kon-  
sens darin, „daß wir zu schwach sind, das System  
zu revolutionieren“, deshalb müsse „unser aller-  
nützlichste Lebensweise eine Ruhezustandform mit dem  
Namen finden“. Da jedoch der autonome Sektor  
neben dem subvertierten nicht autonom existieren  
könne, müsse man an hohen Wachstums- und  
Ausbeutungsrate der kapitalistischen Ökonomie  
in Essen sein. Wir bedürfen ihrer Prosperität  
und wir bedürfen ihrer halbwegs erfolgreichen

Meinung der Ökoproblematik. ... Während wir  
im „äußeren“ Bereich reformistisch vorgehen  
können, dürfen wir uns im inneren Feld — das  
sind die Strukturen im Dualismus und unser eige-  
nes subjektives Verhalten — revolutionär geber-  
den (sofern wir können).“

(2) Gorz beruft sich mit dem Dualismus auf  
Marx, der am Ende des „Kapital“ aus dem „Reich  
der Freiheit im Lohnarbeit zum Reich der Not-  
wendigkeit“ zu sprechen kam. Das Reich der  
Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo die Arbeit-  
ten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit  
bestimmt ist, endlich es langt über der Natur der  
Sache nach jenseits der Synthese der eigentlichen  
materiellen Produktion. (Kap. IV, S. 413) Die  
Berufung auf Marx ist jedoch ausgesprochen  
schwach. Einige Zeilen weiter beim Marx  
daß auch im Rahmen der Notwendigkeit  
der vernünftige Mensch, die gesellschaftlichen  
Produzenten, durch ihren Stoffwechsel mit der  
Natur rational regeln, unter ihrer gemeinschaft-  
lichen Kontrolle bringen, statt wie ihn von einer  
hinteren Macht beherrscht zu werden, um nur den  
geringsten Kraftaufwand und unter den ihm  
menschlichen Natur widrigen und unangenehmsten  
Bedingungen zu leisten.

Während Gorz die Widerstände im Kapitalis-  
mus abstrumpfen versucht und um Verständnis  
für die „Trivialisierung und Banalisierung“ der Indus-  
triearbeit bittet, hat Marx in aller Schärfe „die Tenden-  
zen der Gleichmachung oder Nivellierung der Ar-  
beiten ... in der automatischen Fabrik“ als men-  
schenunwürdig angesehen. (Kapitel I, S. 442)

(3) Schließlich stellt Gorz in diesem Zusammenhang  
die Frauenbewegung, die „sich die kapitalistische  
Rationalität zu eigen macht“, wenn sie sich vor-  
nimmt, die Frau von den nicht-ökonomischen Tä-  
tigkeiten zu befreien, die weit für untergeordnet  
und spärlich gehalten, abgeworfen werden sollen.“  
Es geht nicht mehr darum, die Frau von der häus-  
lichen Tätigkeit zu befreien, schließlich habe  
Lohnarbeit im hochindustriellen Produktions-  
bereich zu gehören. Für alle zu gelten als der unange-  
nehmen autonomen Aktivitäten in der eigenen oder  
anderen Familie. (S. 413)

(4) In diesem Zusammenhang ist natürlich die aktuelle  
„Manifest der kommunistischen Partei  
(Marx/Engels, 1848) zum Thema „Der kritische  
statische Sozialismus und Kommunismus“

(5) In seinem 1978 veröffentlichten Aufsatz „Das  
goldene Zeitalter der Arbeitslosigkeit“ (im An-  
hang zum „Abschied ...“ in der Zeitschrift) erhebt  
Gorz die Mikroelektronik zum neuen revolutionä-  
ren Subjekt. Der polivalente, selbständig  
arbeitende, Produzent mit ungenutzten Fähigkeiten,  
von dem Marx träumte, kann durch die Mi-  
kroelektronik Wirklichkeit werden. Nicht durch  
autonome Planung und Erfindung, sondern durch  
den Mensch zu seinen ungenutzten Fähigkeiten  
durch Erfindung. Autonomie und Selbsttätigkeit  
werden Marginalisat und der Staat zugrunde gehen. (S. 413)

Karl Marx über André Gorz

„In Ländern wie in Frankreich,  
wo die Bauernklasse weit mehr als  
die Hälfte der Bevölkerung aus-  
macht, war es natürlich, daß  
Schriftsteller, die für das Proleta-  
riat gegen die Bourgeoisie auftra-  
ten, an ihre Kritik des Bourgeoisie-  
regimes des kleinbürgerlichen und  
kleinbäuerlichen Maßstab anlegten  
und die Partei der Arbeiter vom

nein untereinander, die Auflösung  
der alten Sitten, der alten Familien-  
verhältnisse, der alten Nationalität

Seinem positiven Gehalte nach  
will jedoch dieser Sozialismus ent-  
weder die alten Produktions- und  
Verkehrsmittel wiederherstellen  
und mit ihnen die alten Eigentums-  
verhältnisse und die alte Gesell-

Karl Marx über André Gorz

„In Ländern wie in Frankreich,  
wo die Bauernklasse weit mehr als  
die Hälfte der Bevölkerung aus-  
macht, war es natürlich, daß  
Schriftsteller, die für das Proleta-  
riat gegen die Bourgeoisie auftra-  
ten, an ihre Kritik des Bourgeoisie-  
regimes des kleinbürgerlichen und  
kleinbäuerlichen Maßstab anlegten  
und die Partei der Arbeiter vom  
Standpunkt des Kleinbürgertums  
ergriffen. Es bildete sich so der  
kleinbürgerliche Sozialismus.  
Dieser Sozialismus zerbredete  
höchst scharf, die Widersprüche  
in den modernen Produktions-  
verhältnissen. Er enthielt die  
griechischen Beschönigungen der  
Ökonomie. Er wies unwiderleglich  
die zerstörenden Wirkungen der  
Maschinerie und der Teilung der  
Arbeit nach, die Konzentration der  
Kapitalien und des Grundbesitzes,  
die Überproduktion, die Krisen,  
den notwendigen Untergang der  
kleinen Bürger und Bauern, das  
Elend des Proletariats, die Anar-  
chie der Produktion, die schrei-  
enden Mißverhältnisse in der Ver-  
teilung des Reichtums, den industri-  
ellen Vernichtungskrieg der Natio-

nen untereinander, die Auflösung  
der alten Sitten, der alten Familien-  
verhältnisse, der alten Nationalität

Seinem positiven Gehalte nach  
will jedoch dieser Sozialismus ent-  
weder die alten Produktions- und  
Verkehrsmittel wiederherstellen  
und mit ihnen die alten Eigentums-  
verhältnisse und die alte Gesell-  
schaft, oder er will die modernen  
Produktions- und Verkehrsmittel  
in den Rahmen der alten Eigen-  
tumsverhältnisse, die von ihnen ge-  
sprengt wurden, gesprengt werden  
mußten, gewaltsam wieder einsper-  
ren. In beiden Fällen ist er reaktio-  
när und utopisch zugleich.

Zunächst war in der Manufaktur  
und patriarchalische Wirtschaft  
auf dem Lande, das sind seine letz-  
ten Worte

Schließlich, als die hartnäckigen  
geschichtlichen Tatsachen jeden  
Kausch des Selbstbetrugs ver-  
scheuchen hatten, artete diese Form  
des Sozialismus in einen erbärm-  
lichen Katzenjammer aus ...“

aus: Manifest der kommunisti-  
schen Partei, Februar 1848

Leserbriefe

Was ist hier peinlich?

Erwiderung auf die Leserbriefantwort  
zu „Endlösung der Palästinafrage“ (u.  
AK 227, S. 291)

Es wird wohl jedem aufmerksamen  
AK-Leser aufgefallen sein, daß Kt. auf  
die Kernaussagen meines Leserbriefes  
einmal nicht eingegangen ist und zum  
anderen unter dem Schein des Wider-  
spruchs nur recht gegeben hat. Ich  
halte das für halbherzig und möchte  
deshalb, obwohl Anfrage und „Ant-  
wort“ nebeneinander schon so für sich  
sprechen, doch noch einmal um Stel-  
lungnahme bitten.

Kt. hat einschränkend zugegeben,  
daß das Wort „Endlösung“ sich nur  
auf die strategischen Pläne einer Per-  
son (Sharon und dahinter stehende  
Kreise) bezieht, nicht auf Israel insge-  
samt, auch nicht auf das politisch herr-  
schende. Das ist doch von der Sache  
her ein zusätzliches Argument dafür,  
den Begriff „Endlösung“ in diesem  
Zusammenhang und schon gar nicht in  
der plaktiven Form von AK 225 zu be-  
nutzen. „Endlösung“ ist nun einmal  
das Wort für die von einem politi-  
schen System bürokratisch durchge-  
führte Ausrottung des jüdischen Vol-  
kes. So ist durch Kt. Antwort zusätz-  
lich deutlich geworden, daß der in dem  
Wort enthaltene Vergleich nicht zu-  
trifft, umso unverständlicher sein halb-  
herziges Festhalten an der Überschrift.  
Peinlich ist m. E., den Streit um die Sa-  
che (Palästinafrage) und den Streit  
um das Wort so ins Verhältnis zu set-  
zen, wie Kt. es tut. Für ihn ist die Per-  
son Sharon offensichtlich dafür Ge-  
währsmann, daß die AK-Überschrift  
dann doch so plaktisch stehenbleiben  
kann. Für mich ist die durchorganisierte  
Konsequenz des NS-Systems und der  
heute noch lange nicht überwundene  
Antisemitismus, der leider auch aus  
dem Libanonkrieg seine Nahrung

Klaus-Peter Lehmann

\*\*\*

Kt.s Antwort auf den Brief von Klaus-  
Peter L., der die Projektierung der  
„Endlösung“ auf die Politik der herr-  
schenden Klasse Israels problematisier-  
te, fiel recht unwohl aus. Mag sein,  
daß ihm in der derzeitigen politischen  
Lage die notwendige uneingeschränkte  
Solidarität mit dem palästinensischen  
Volk kritische Reflexionen wie die von  
Klaus-Peter unangebracht erscheinen  
ließ.

Immerhin konnte ich aber in Gesprä-  
chen mit AK-Lesern feststellen, daß sie  
über die oberflächliche Antwort von  
Kt., der das Problem auf einen pein-  
lichen Streit um Worte meinte reduzie-  
ren zu können, irritiert waren.

Meines Erachtens bleibt gegenüber  
Kt. festzuhalten:

1 Der erste industriell durchgeführte  
Völkermord an den europäischen Ju-  
den durch den deutschen Faschismus  
hat eine geschichtliche Dimension, die  
auch mit der Politik der heutigen israe-  
lischen Führung gegenüber den Palästi-  
nensern nicht auf eine Stufe gestellt  
werden kann.

2. Die Problematik des heutigen Ju-  
dentums ist neben seiner imperialis-  
tischen Funktionalisierung eng mit der  
historischen Schuld unseres Kulturkrei-  
ses (und nicht nur unserer herrschen-  
den Klassen ...) gegenüber den Juden  
verbunden (K.P.L. geht ausführlich  
darauf ein).

3. Die Übertragung ausgerechnet des  
„deutschen“ Begriffs „Endlösung“  
durch westliche Linke ausschließ-  
lich (1) auf die israelische herr-  
schende Politik deutet auf verdeckten,  
möglicherweise unbewußten Antisemi-  
tismus hin (vergl. Daniel Diner in AK  
227). Er scheint schuldenlastende  
Funktion zu haben (dumpe im Hinter-  
grund: „Die sind heute auch nicht bes-  
ser als wir damals“).

Dazu paßt es, daß im AK (traditionell  
„der Zionismus“ mit faschistischer  
Ideologie auf eine Stufe gestellt wird —  
ein klares, „sauberes“ Feindbild  
(vergl. den Südafrika-Artikel in AK  
225). Arie Goral wies im AK 226 bis-  
sag auf die vermutete Geschichtsblindheit  
der AK-Leser in Sachen Judentum,  
Zionismus etc. hin. Grundlos?

Zu fordern wäre m. E.:

— Eine Diskussion darüber, daß es  
auch für westdeutsche Linke ein  
spezifisches „Problem Israel“ zu geben  
hat vor dem Hintergrund unserer Ge-  
schichte (wie es der Leserbrief von  
K.P.L. andeutet und wie es bei den  
„Marxistischen Gruppen“ exempla-  
risch nicht existiert).

— Auseinandersetzung nicht nur mit  
den nationalsozialistischen, sondern  
auch anderen historischen Formen der  
Judenverfolgung und ihren Ursachen,

— Untersuchung der Reaktionsweisen  
der Arbeiterbewegung auf Antisemitis-

— Differenzierte Darstellung der Pro-  
blematik des Zionismus (Stichwort: M.  
Buber), auch der heutigen Institution-  
en, Verbände etc. des Zionismus,

— Bemühen um Darstellung und Ver-  
ständnis jüdischer Kultur und Ge-  
schichte

— Auseinandersetzung mit dem, was  
an Judentum in diesem Land „übrig“  
geblieben ist (gut das Daniel Diner In-  
terview, die gelegentlichen Artikel von  
A. Goral), Auseinandersetzung mit  
heutigen — auch „linken“ — Formen  
des oft verdeckten Antisemitismus.

Dem Leserbrief von Klaus Peter L.  
kommt m. E. das Verdienst zu, über-  
haupt erst auf Fehlendes aufmerksam  
zu machen. Die Antwort von Kt. läßt  
dies Fehlende — leider — nochmals  
sehr deutlich spüren.

St. St., Hamburg

St. St., Hamburg

Kaminski, Karnscheid, Winter:

Antonio Gramsci,  
Philosophie und Praxis


Das Buch ist kürzlich im Sander-  
Verlag erschienen, ein ziemlicher Wäl-  
zer (315 Seiten). Die Autoren gehören  
zur Redaktion der Aufsätze zur Dis-  
kussion, dem Organ der Gruppe Neue  
Hauptseite Theorie (NHT). Das Pro-  
jekt einer umfassenden Kritik Gramscis  
bzw. seiner Rezeption in der westdeut-  
schen Linken bildete lange Zeit den er-  
klärten Mittelpunkt der NHT-Arbeit.

Dabei ging es nicht allein um Gram-  
sci, sondern weiter um den Einfluß der  
Kritischen Theorie (Marcuse u.a.) auf  
die westdeutsche Linke und des we-  
sentlich auf der philosophischen Ebene.  
Dieser Arbeitsansatz spiegelt sich in  
dem nun vorgelegten Buch deutlich wi-  
der und mag weniger philosophisch in-  
teressierten den Zugang erschweren.

Denn das Buch steht auf dem Kopf. Es  
beginnt mit der Philosophie und endet  
bei der Politik, die es zurecht als die ei-  
gentliche Ursache der Gramsci-Debat-  
ten benennt. Sehr ausführlich wird der  
Einfluß idealistischer Philosophie auf  
Gramsci herausgearbeitet, ebenso die  
Gemeinsamkeiten zwischen Gramsci,  
Lukacs der Kritischen Theorie und  
dem Subjektivismus überhaupt. Da-  
nach wird Gramscis Theorie der Politik  
und ihre Vereinnahmung durch den  
Reformismus dargestellt und kritisiert.

Ebensowenig fehlt eine historische  
Einordnung Gramscis in die Geschichte  
der italienischen Arbeiterbewegung  
und die damaligen Auseinandersetzun-  
gen in der Konstante.

HEINER KARUSCHET  
KLAUS WITTE



ANTONIO  
GRAMSCI  
PHILOSOPHIE  
UND  
PRAXIS  
Sander

Insamant handelt es sich um eine  
runde Sache und ein empfehlenswertes  
Buch. Im Gegensatz zu den meisten  
Arbeiten über Gramsci wird er in der  
NHT-Arbeit nicht einseitig vereinnahmt,  
sondern die Widersprüche in  
Gramscis Denken werden sorgfältig  
herausgearbeitet und analysiert, insbe-  
sondere der Widerspruch zwischen ei-  
ner konsequenten kommunistischen  
Politik Gramscis und seinen philoso-  
phischen Fehlern wird weder versucht  
noch beschönigt. Die Autoren kom-  
men so zu dem überzeugenden Ergeb-

J., Hamburg

Anzeige

Neuerscheinungen

Schulungsinfos  
Nr. 10 und 11  
behandeln das Thema  
„Politische Ökonomie“

Nr. 10  
enthält ein Referat zur historischen  
Einordnung des Marx-Textes  
„Lohn, Preis und Profit“ sowie  
Protokolle der Schulungsdiskus-  
sionen und ein Auswertungsreferat  
des vorhergehenden Schulungszy-  
klus über Imperialismustheorien.  
DIN A4, 24 Seiten, DM 3.—

Nr. 11  
enthält Materialien zur Geschichte  
und Theorien der ökonomischen  
Krisen der kapitalistischen Wirt-  
schaftsordnung  
DIN A4, 40 Seiten, DM 5.—

Zu bestellen über:  
Hamburger Satz- und  
Verlagskooperative,  
Postfach 7685, 2000 Hamburg 19  
gegen Vorauszahlung auf das  
Postcheckkonto Hamburg  
271 75 - 203

Nachtrag zu Tina Modotti  
(AK 226)

Im AK 226 wurde der Artikel „Tina  
Modotti, Schwester“ veröffentlicht.  
Der biografischen Darstellung ange-  
schlossen werden sollte ein zweiter Teil,  
dessen Schwerpunkt eine Auseinander-  
setzung mit den Auffassungen über Ti-  
na Modotti und die „feministische Äs-  
thetik“ ist, wie sie von den Autoren des  
Katalogs zur Fndä-Kahlo-Tina-  
Modotti Ausstellung, Laura Mulvey  
und Peter Wollen, vertreten werden.

Der Abdruck dieses zweiten Teils im  
AK wurde von Mitgliedern der AK  
Redaktion abgelehnt, dem Autor wurde  
die Publikation im (KB-)„Internen  
Bulletin“ vorgeschlagen. Der Autor  
war mit dieser Regelung nicht einver-  
standen und gab das per AK bekannt  
(siehe Nachschrift zum Tina-Modotti-  
Artikel im AK 226).

Eine Begründung für die Ablehnung

des Abdrucks konnte im „Endredak-  
tionsstreif“ nicht gegeben werden.  
Nachdem diese Begründung nun vor-  
liegt und in ihr schäussig aufgezeigt  
wird, daß eine Auseinandersetzung mit  
„feministischer Ästhetik“, sofern sie  
sich nur auf eine einzige und auch nur  
wenigen bekannte Quelle stützt, kei-  
nfalls ausreichend ist, zieht der Autor  
seinen Einspruch zurück und erklärt  
sich nachtraglich mit dem NHT-  
Abdruck einverstanden. (Die angebo-  
tene Veröffentlichung im „Inneren  
Bulletin“ wird, dem Wunsch des Au-  
tors entsprechend, ebenfalls nicht er-  
folgen.)

C. C

Dieser Text lag schon vor AK 227 vor und über auf dem Weg  
zwischen Satz und Layout durchgefallen. AK  
Redaktion



Heiner Karuscheit / Alfred Schröder

# Wechsel in Bonn und »neue Mehrheiten«

## Die sozialen Umschichtungen im Parteiengefüge, der Aufstieg der Grünen und die Schwierigkeiten der Kommunisten (1)

Wir veröffentlichen im folgenden den ersten Teil dieses Artikels, der in Kürze in den Aufsätzen zur Diskussion erscheinen wird. Während dieser ersten Teil die Aufarbeitung der Umschichtung anhand von Zahlenmaterial beinhaltet, beschäftigt sich der zweite Teil mit dem Aufstieg der Grünen und dem Verfall der KPD.

Die Einschätzung des Regimeswechsels und vor allem der nach 1980 bei den bürgerlichen Parteien Schwierigkeiten, sondern auch - und mehr noch - den Kommunisten. Sollen sie ein bundesweites grün-alternatives Wahlbündnis anstreben, die Grünen unterstützen oder was sonst? Vor allem in der politischen Bewertung der „Grünen“ können sie die Unsicherheiten der bürgerlichen Politiker, ohne über viel mehr als vage Vermutungen und wenig abgesicherte Behauptungen zu verfügen. Diese Unsicherheit ist Ausdruck davon, daß der politische Umbau in der BRD, wie er sich in Gestalt des parlamentarischen Systems der Nachkriegszeit herausgebildet hat, seine ersten Risse zeigt, ohne daß die Kommunisten dem gegenüber auf eine wissenschaftlich begründete Strategie zurückgreifen könnten. Die bürgerliche Publizistik bringt das Problem auf den Nenner: Die Stabilität unseres Parteiensystems ist gefährdet, und diese Gefährdung hat gegenwärtig zwei Seiten, nämlich den Niedergang der FDP und den Aufstieg der Grünen.

Um zu einer etwas fundierteren Einschätzung dieser Vorgänge zu gelangen, ist es unumgänglich, einige Zahlen vorzuschicken, die das Ausmaß der sozialen Umschichtung andeuten, die in der Nachkriegszeit in Westdeutschland vorangetrieben gegangen ist.

Auch wenn diese Zahlen der bürgerlichen Sozialstatistik entnommen sind und nicht auf dem Boden einer marxistischen Klassenanalyse gegeben werden können, so zeigen sie doch in etwa die Umrisse der gesellschaftlichen Veränderungen auf, die ihren Niederschlag in der Entwicklung der verschiedenen Parteien gefunden haben.

### 1. Die sozialen Umschichtungen der Nachkriegszeit

Die Bevölkerung der BRD ist zwischen 1950 und 1980 von ca. 50 Millionen auf ca. 62 Millionen Menschen gewachsen. Die erwerbstätige Bevölkerung - also der Teil, der selber arbeitet, gleich in welcher Stellung zu den Produktionsmitteln - stieg in dieser Zeit von ca. 20 Millionen auf ca. 26 Millionen (2). Sowohl vor der Krise 1966/67 als auch vor der Krise 1975/76 stieg diese Zahl sogar auf 27 Millionen. Innerhalb dieses allgemeinen Wachstums des Arbeitskörpers der Gesellschaft vollzogen sich allerdings sehr unterschiedliche Entwicklungen. Zunächst in der Arbeiterklasse: Die Anzahl der Arbeiter stieg von etwa 10 Millionen im Jahre 1950 auf über 12 Millionen Ende der fünfziger Jahre, schwankte bis zur Krise 1974

zwischen 12 und 13 Millionen und pendelte sich in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre auf etwas unter 11 Millionen ein (1). Unter Einbeziehung der gleichzeitigen Arbeitslosenzahlen von etwa 1 Million Mitte der vierziger Jahre ist die Zahl der Arbeiter also bei etwa 12 Millionen geblieben (4). Soweit ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist, dürfte dieser Rückgang vornehmlich mit dem Rückgang der Zahl der Arbeiter in der westdeutschen Wirtschaft zu tun haben. Der Rückgang der Zahl der Arbeiter in der westdeutschen Wirtschaft ist ein Ausdruck der sich vollziehenden Ausgliederung der Arbeiter aus dem Arbeitssektor und einer gestiegenen Lebenserwartung.

In dieser Zeit ist der Anteil der ausländischen Arbeiter rapide angestiegen. 1965 arbeiteten erstmals über 1 Million Ausländer in der BRD. Nach der Krise 1966/67 ging ihre Zahl wieder zurück, um dann bis zur Krise 1975/76 auf knapp 2,5 Millionen zu steigen und sich bis Ende der siebziger Jahre auf knapp 2 Millionen einzupendeln (5). An dieser Zahl wird ersichtlich die Funktion ausländischer Arbeitskräfte als industrielle Reservearmee deutlich. Andererseits bedeutet dies, daß von der ursprünglichen deutschen Arbeiterklasse eine Zahl von 2 Millionen die Gelegenheit erlirkt, vermittelt durch eine qualifizierte Ausbildung, die nachwachsende Jugend etc., aus der Rubrik „Arbeiter“ aus- und aufzusteigen - mit allen Folgen für die Lebensverhältnisse, das Klassenbewußtsein etc. Die ganze deutsche Arbeiterbevölkerung ist in den 60er und 70er Jahren „nach oben“ gerückt, und diese Umschichtung hat sich zusätzlich zu der in der Nachkriegszeit erheblich gestiegenen Konsumtion von Gebrauchsgütern, dem gewachsenen „Lebensstandard“, vollzogen. Eine zweite Konsequenz ergibt sich aus dem fehlenden Wahlrecht für Ausländer: Von der Klasse, die in der BRD den materiellen Reichtum produziert, sind (einschließlich der im Wahlalter befindlichen Familienangehörigen) ca. 3 Millionen parlamentarisch überhaupt nicht repräsentiert. Daß das wiederum seine Auswirkungen auf das politische Gesicht der Parlaments hat, liegt auf der Hand. Hierin liegt ein Grund, daß für die bürgerlichen Parteien die Mittelschichten als Wählerpotential immer bedeutsamer geworden sind, worauf noch eingegangen wird.

Noch weitergehende Veränderungen haben sich indes in den Klassen und Schichten oberhalb der Arbeiterklasse vollzogen. Stieg die Erwerbsbevölkerung zwischen 1950 und 1980 von 20 auf 26 Millionen, so nahm in der gleichen Zeit die Zahl der „Selbständigen“ - also der über eigene Erwerbsquellen verfügbaren Personen einschließlich der „mithelfenden Familienangehörigen“ - von 6,4 auf 3,5 Millionen Personen ab. Dahinter verbirgt sich in erster Linie der Rückgang der Bauernschaft. Zugleich stieg die Zahl der „abhängig Beschäftigten“ von 14 Millionen auf 22 Millionen (6). Das heißt: 1950 besaßen 20 Millionen Erwerbstätigen noch ca. ein Drittel eigene Produktionsmittel (bzw. ein Geschäft o.ä.), und nur 14

Millionen waren Lohnabhängige. Heute ist das Verhältnis umgekehrt: 22 Millionen Lohnabhängige und 14 Millionen Selbständige.

Die soziale Umschichtung ist ein Ausdruck der sich vollziehenden Ausgliederung der Arbeiter aus dem Arbeitssektor und einer gestiegenen Lebenserwartung. In dieser Zeit ist der Anteil der ausländischen Arbeiter rapide angestiegen. 1965 arbeiteten erstmals über 1 Million Ausländer in der BRD. Nach der Krise 1966/67 ging ihre Zahl wieder zurück, um dann bis zur Krise 1975/76 auf knapp 2,5 Millionen zu steigen und sich bis Ende der siebziger Jahre auf knapp 2 Millionen einzupendeln (5). An dieser Zahl wird ersichtlich die Funktion ausländischer Arbeitskräfte als industrielle Reservearmee deutlich. Andererseits bedeutet dies, daß von der ursprünglichen deutschen Arbeiterklasse eine Zahl von 2 Millionen die Gelegenheit erlirkt, vermittelt durch eine qualifizierte Ausbildung, die nachwachsende Jugend etc., aus der Rubrik „Arbeiter“ aus- und aufzusteigen - mit allen Folgen für die Lebensverhältnisse, das Klassenbewußtsein etc. Die ganze deutsche Arbeiterbevölkerung ist in den 60er und 70er Jahren „nach oben“ gerückt, und diese Umschichtung hat sich zusätzlich zu der in der Nachkriegszeit erheblich gestiegenen Konsumtion von Gebrauchsgütern, dem gewachsenen „Lebensstandard“, vollzogen. Eine zweite Konsequenz ergibt sich aus dem fehlenden Wahlrecht für Ausländer: Von der Klasse, die in der BRD den materiellen Reichtum produziert, sind (einschließlich der im Wahlalter befindlichen Familienangehörigen) ca. 3 Millionen parlamentarisch überhaupt nicht repräsentiert. Daß das wiederum seine Auswirkungen auf das politische Gesicht der Parlaments hat, liegt auf der Hand. Hierin liegt ein Grund, daß für die bürgerlichen Parteien die Mittelschichten als Wählerpotential immer bedeutsamer geworden sind, worauf noch eingegangen wird.

Noch weitergehende Veränderungen haben sich indes in den Klassen und Schichten oberhalb der Arbeiterklasse vollzogen. Stieg die Erwerbsbevölkerung zwischen 1950 und 1980 von 20 auf 26 Millionen, so nahm in der gleichen Zeit die Zahl der „Selbständigen“ - also der über eigene Erwerbsquellen verfügbaren Personen einschließlich der „mithelfenden Familienangehörigen“ - von 6,4 auf 3,5 Millionen Personen ab. Dahinter verbirgt sich in erster Linie der Rückgang der Bauernschaft. Zugleich stieg die Zahl der „abhängig Beschäftigten“ von 14 Millionen auf 22 Millionen (6). Das heißt: 1950 besaßen 20 Millionen Erwerbstätigen noch ca. ein Drittel eigene Produktionsmittel (bzw. ein Geschäft o.ä.), und nur 14

Millionen waren Lohnabhängige. Heute ist das Verhältnis umgekehrt: 22 Millionen Lohnabhängige und 14 Millionen Selbständige.

Die soziale Umschichtung ist ein Ausdruck der sich vollziehenden Ausgliederung der Arbeiter aus dem Arbeitssektor und einer gestiegenen Lebenserwartung.

wichtigen bei deren gleichzeitiger Ausdehnung. der erstmaligen Unterwerfung von Millionen Menschen unter das Lohnabhängigkeitsverhältnis, und der Übernahme von Millionen Menschen (unter Einbeziehung der Familienangehörigen) aus der Arbeiterklasse mitgefunden hat, kann nicht ohne Auswirkungen bleiben. Sie legt die Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse in einem Maße an politischer und sozialer Mobilisierung teilhaben kann, wie es in der Tat schon in der sechziger und sebziger Jahre diese These zu bestätigen, Angefangen von der Studentenbewegung bis zu den „neuen sozialen Bewegungen“ speisen sich diese Bewegungen nach allen praktischen Erfahrungen ebenso wie nach den vorliegenden Untersuchungen (9) in erster Linie aus Angehörigen oder dem Nahestehenden der neuen Mittelschichten. Nach wahrscheinlichster Wahrscheinlichkeit wird eine Entwicklung der Mittelschichten in der Gegenwart so viel kopplierter beschleunigt.

### 2. Die Entwicklung der Parteien

#### Die Herausbildung des Bürgerblocks

Bestimmend für das politische Gesicht der BRD nach der Staatsgründung war die 1949 nach der ersten Bundestagswahl entstandene Koalition des Bürgerblocks.

CDU/CSU, FDP und DP (Deutsche Partei) bildeten - ausgestattet mit einer knappen Koalitionsmehrheit - eine Regierung unter Bundeskanzler Adenauer. Neben der SPD standen damals noch sieben weitere Bundestagsparteien außerhalb der Regierungskoalition in der Opposition. Es waren dies neben der KPD die Bayern-Partei, das Zentrum, die WAV (Wirtschaftliche

	CDU/CSU	SPD	FDP	Sonstige
1949	31,0%	29,2%	11,9%	27,9%
1953	45,2%	28,8%	9,5%	16,5%
1957	50,2%	31,8%	7,7%	10,3%

Aufbau-Vereinigung), die DRP (Deutsche Rechts-Partei), der SSW (Südschleswiger Wählerverband), und die NG (Notgemeinschaft). Außer SPD und KPD gehörten die Oppositionsparteien überwiegend zum bürgerlich-konservativen Lager und wurden in der Folgezeit von der CDU/CSU aufgekauft. Nach dieser Konzentration des Parteienspektrums sah es allerdings in den Jahren 1949-52 gar nicht aus. Die bereits durch die Vielfalt der Oppositionsparteien ausgedrückte Zersplitterung setzte sich in den folgenden Jahren fort durch die Gründung der SRP (Sozialistische Reichspartei - eine kaum verhüllte Wiederaufnahme der NSDAP), die 1951 mit 11 % in Niedersachsen und in Bremen mit 7,7 % in die

Landesparlamente einzog, weiterhin durch die Gründung des BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), der 1950 mit 23,4 % in Schleswig-Holstein und 1951 in Niedersachsen mit 14,9 % ins Landesparlament einrückte. Diese weitere Zersplitterung des Parteienspektrums war direkter Ausdruck des auf anomalen Preisniveaus im 1948er wie der davon begünstigten Arbeiterklasse (1950 waren 1,2 % der Lohnabhängigen entlohnt).

Der im Zuge des Konsumboom und folgte ökonomische Ausdehnung führte zu einer gegenläufigen Tendenz im Parteienspektrum, der Konzentrationsprozess insbesondere des bürgerlichen Lagers hin zur CDU/CSU begann.

Auf der anderen Seite begünstigte der Herausfall der KPD und den Übergang des bürgerlichen Wählerpotentials zur SPD. Die Tendenz zur Zersplitterung fand dann 1953/54 ein rasches Ende. Auf der einen Seite verlor 1953 das Bundesverfassungsgericht die SRP als verfassungswidrige Partei, zum anderen führte vor allem der nun spürbare wirtschaftliche Aufstieg, das „Wirtschaftswunder“, zu einem entsprechenden „Wahlwunder“ (C. Haer/E. Fowl) bei der Bundestagswahl 1953. CDU/CSU erreichten mit 45,2 % der gültigen Stimmen die absolute Mehrheit im Deutschen Bundestag; außer der sich mühsam behauptenden Sozialdemokratie gerieten die übrigen Parteien in den Sog eines Konzentrationsprozesses zur CDU/CSU hin. In die gleiche Richtung wiesen auch die Wahlergebnisse der Jahre 1953-60. So schrumpfte während der Jahre 1953-60 das Parteiensystem der Bundesrepublik auf nur drei (bzw. vier) bedeutende, im Bundestag vertretene Parteien zusammen. CDU/CSU, SPD und FDP. (10)

Dieser Konzentrationsprozess führte zu einem eindeutigen politischen Übergewicht der CDU/CSU im Parteienspektrum der BRD in den 50er und 60er Jahren. Die Wahlergebnisse zu den Bundestagswahlen verdeutlichen dies.

Fortsatzung nächste Seite



Forta. von vorhergehender Seite

servativen Spektrums haben fortwährend an die CDU/CSU verloren und ihre schwindende politische Relevanz wird durch eine erneute Verschärfung der Sperrklausel (1966) für eine Vertretung im Bundestag (mindestens 5 % der Stimmen oder 3 Direktmandate) beschleunigt. Parallel zur Stimmenkonzentration auf die Union vollzieht sich der Übergang der wichtigsten parlamentarischen Vertreter dieser Parteien zur CDU/CSU, so verliert beispielsweise die FDP 1966 vier Minister und 16 Abgeordnete an die CDU/CSU. Ähnliche Entwicklungen vollziehen sich beim BHE und der DP. Die Union ist zu der politischen Vertretung des Bürgerblocks geworden.

## Die SPD von der Arbeiter- zur Volkspartei

In der vorigen Statistik stagniert das Wahlerpotential der SPD im Zeitraum von 1949 bis 1957 bei ungefähr 30 %. In den dann folgenden Bundestagswahlen ist ein deutliches Anwachsen der Wähleranteile zu verzeichnen. 1961 auf 36 %, 1965 auf 39 % und 1969 auf 40 %. Insgesamt hat die SPD in etwa über 10 Jahren somit über 10 % gewonnen. Diese Entwicklung wird von Seiten der Sozialdemokratie als eine Auswirkung des Godesberger Programms bewertet, und zwar mit Recht. Dieses Programm wird von Linken meist als Programm der endgültigen Abschneidung vom Klassenkampf

selbst für Aufsteiger halten, und Angehörige des öffentlichen Dienstes überrepräsentiert sind. (12)

Eine ähnliche, wenn auch bei weitem nicht so rasante Veränderung der Mitgliederstrukturen wie des Wahlerpotentials können wir auch bei der CDU/CSU feststellen. Während der Rückgang ihrer Arbeiterstimmen in dem benannten Zeitraum von 30 auf 23 % ihrer Wähler relativ gering ist, vollzieht sich auch hier der große Umschwung in Richtung auf die neuen Mittelschichten. Stellte die alte Mittelschicht 1953 mit 41 % das Hauptpotential der CDU-Wählerschaft dar, so war 23 Jahre später mit 29 % deutlich niedriger als die neuen Mittelschichten, die mit 44 % einen ähnlich hohen Anteil an der Wählerschaft der Union bilden wie bei der SPD.

In den beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU können wir somit in den 60er und 70er Jahren sowohl in ihrer Wählerschaft wie in ihrer Mitgliederstruktur eine deutliche Tendenz weg von ihrer ehemaligen Klientel hin zu den neuen Mittelschichten ausmachen. Die Mitgliederstrukturen sind — was die hohen Angestellten- und Beamtenanteile betrifft — ähnlich geworden. Zugleich blieben aber auch einige spezifische tradierte Ausprägungen der Sozialprofile beider Parteien erhalten. Ein starkes und stabiles Element der CDU/CSU-Wähler sind noch wie vor die Selbständigen, die Angehörigen der freien Berufe und der Landwirtschaft. In der SPD-Wählerschaft ist nach wie vor ihre traditionelle Basis, die Arbeiterschaft, überproportional vertreten.

## Prozentuale Verteilung der Wahlstimmen nach Schichten (11)

	SPD 1953/76	CDU 1953/76	FDP 1953/76
Arbeiter	71/36	30/23	20/17
alter Mittelstand	10/5	41/19	47/11
neue Mittelschichten	19/46	29/44	33/57

kritisiert, aber übersehen wird dabei ebenso oft, wie sehr es eine Reaktion auf die klassenmäßigen Umwälzungen der Nachkriegszeit war. Mit ihrem Wandel von der Arbeiter- zur Volkspartei trug die SPD der Tatsache Rechnung, daß der prozentuale Anteil der Arbeiter an der Wählerbasis zurückging, während der Anteil der unabhängigen neuen Mittelschichten kontinuierlich anwuchs. In Godesberg formulierte die SPD das Programm der Hinwendung zu diesen Schichten, die zunehmend Zielpunkt der politischen Aktivitäten aller bürgerlichen Parteien wurden. Deutlich wird dies bei einem Vergleich der Sozialstruktur der Wählerschaft von SPD, CDU und FDP bei den Bundestagswahlen 1953 und 1976.

Während die SPD 1953 hauptsächlich aus Arbeiterstimmen bestand, waren 1976 bereits die neuen Mittelschichten der starkste Wählerblock.

Hier hat sich jedoch ein deutlicher Abschwächungsprozeß vollzogen, der zu einer der signifikantesten Neuorientierungen beider Wählerschaften geführt hat. (13)

## Der Niedergang der FDP

Die FDP verstand sich seit ihrer Gründung als eine bürgerliche Partei, deren spezifische Klientel der selbständige Mittelstand war. In keiner Bundestagsfraktion war der Anteil der Selbständigen so hoch wie in der FDP-Fraktion des ersten deutschen Bundestages. 1953 lieferte der alte Mittelstand (der sich aus selbständigen Gewerbetreibenden, Freiberuflern und Landwirten zusammensetzte), noch fast die Hälfte des Wahlerpotentials der FDP, rund 2 % ihrer Anhänger stimmten damals für die Freien Demokraten. (14) Bei

der Rückgang des traditionellen Mittelstandes führte zu einer ernsthaften Einengung des eigentlichen Stammwählerpotentials der Liberalen, welches eben in diesen Schichten lag. Eine Orientierung hin zu jenen sogenannten Wechselwählern, die Anfang der 60er Jahre von der FDP in erste Linie von der Union zu gewinnen waren, wurde notwendig und entsprechend von Erich Mende die Idee der FDP als liberales Korrektiv der Union zu gewinnen waren, wurde notwendig und entsprechend von Erich Mende die Idee der FDP als liberales Korrektiv der Union geboren. Die politische Instabilität der Partei war damit vorgegeben. „Bei der Bundestagswahl 1965 verlor die FDP gegenüber 1961 3,3 % Prozentpunkte. Sie blieb aber mit 9,5 % deutlich über dem Tiefstand von 7,7 % aus dem Jahre 1957. Insgesamt bestätigte das Wahlergebnis die bisherigen Arbeitsverhältnisse und Konzentrationsstendenzen des Parteiensystems. Die traditionelle Vorherrschaft der Unionsparteien blieb erhalten, die Zahl der potentiellen Wechselwähler war gestiegen und die SPD festigte ihre Position als Volkspartei in Konkurrenz zur CDU/CSU. Die FDP verlor größtenteils die Antisozialismus-Wähler von 1961, konnte aber ihren Wählerstamm durch einen Stimmengewinn aus ländlichen Gebieten erweitern. Trotz der stabilen Basis im Vergleich zu 1957 begünstigten die strukturellen Wandlungsstendenzen des Parteiensystems langfristig nicht das Durchsetzungswissen einer Partei mit einziger Korrektivfunktion, weil sich die Position der Sozialdemokraten gegenüber den fünfziger Jahren entscheidend verändert hatte.“ (15)

Durch den Sturz der Regierung Erhard wurde die FDP in die Oppositionsrolle gedrängt, CDU/CSU und SPD bildeten unter Kiesinger die Große Koalition. Hierdurch wurde die bisherige Wahlkampfsstrategie der FDP unhaltbar, eine politische Linienorientierung unabweisbar. Die FDP vollzog diese Entwicklung in den Jahren von 1966 bis 72. Sie war Voraussetzung für die Koalitionsbildung mit der SPD im Jahre 1969. Dieser Wechsel sowohl in der Sozialstruktur der Wähler wie der Parteimitglieder wurde mit dem Wechsel an der Parteispitze von Mende zu Scheel eingeleitet. Barng berichtet von einem Gespräch zwischen W. Scheel und K. G. Kiesinger vor der Bundestagswahl 1969, in welchem Scheel diese Umstrukturierung deutlich als Aufgabe bezeichnet. „Er (Scheel) ... wollte erstelle der ausstehenden oder abrundernden Selbständigen die Jugend und den neuen Mittelstand in die FDP ziehen, wolle in der Schicht der Aufsteiger, bei den gehobenen Angestellten, Fuß fassen. 'Ne dann Gott befohlen', rief nach diesen offenkundigen, zuversichtlichen Eröffnungen seines Kleinkonkurrenzkiesingers erlöst und unglücklich aus.“ (16)

In der Mitgliedschaft der FDP schlägt sich der Wandel der Sozialstruktur folgendermaßen nieder:

In der Mitgliedschaft der FDP schlägt sich der Wandel der Sozialstruktur folgendermaßen nieder:

In der Mitgliedschaft der FDP schlägt sich der Wandel der Sozialstruktur folgendermaßen nieder:

	1965	1967	1971	1977
Arbeiter	14	14	5	5
Angestellte/Beamte	40	48	53	54
Selbständige	31	22	27	19
Landwirte	5	6	4	—
Rentner	—	—	—	12
Hausfrauen	—	—	—	11
in Ausbildung	—	—	2	9
Sonstige/keine Angaben	11	10	10	—

Während in den fünfziger Jahren die Selbständigen den Hauptblock innerhalb der FDP-Mitglieder bildeten, sind dies bereits Anfang der 70er die Angestellten und Beamten. Es findet eine eindeutige Umschichtung der Mitgliederstruktur vom zurückgehenden selbständigen Mittelstand zu den lohnabhängigen Mittelschichten statt. In den Jahren 1966 bis 1972 verändert sich gleichzeitig der regionale Schwerpunkt der FDP-Wählerschaft, der nun nicht mehr in den ländlichen Räumen zu finden ist, sondern in städtischen Gebieten und Ballungsräumen mit besonders hohem Beschäftigungsanteil im Dienstleistungsbereich. Gleichzeitig stieg der Anteil der jüngeren Wähler an der FDP-Gesamtwählerschaft. Die FDP blieb eine Partei mit überdurchschnittlichem Anteil an Wählern höherer Einkommens- und Bildungsschichten, deren Zusammensetzung sich sozialstrukturell dennoch erheblich änderte. Der Anteil der Selbständigen ging von 35 % im Jahre 1953, 33 % (1965) und 25 % (1969) auf 11 % zurück. Parallel schrumpfte der Anteil der Landwirte unter den FDP-Wählern von 15 % (1953), 6 % (1965) und 5 % (1969) auf 2 %. Hungern stieg der Anteil der Beamten und

Angestellten von 34 % (1953), 46 % (1965) und 60 % (1969) auf nunmehr 66 %. Der Arbeiteranteil, der bis 1965 bei etwa 15 % gelegen hatte, vergrößerte sich auf 21 % (1972). Die FDP wurde offensichtlich in stärkerem Maße als je zuvor auch von Facharbeitern gewählt. Die entscheidende Veränderung bestand allerdings im Absinken des Selbständigen- und des Landwirte-Anteils zugunsten der abhängig beschäftigten Angestellten- und Beamten-schaft.

Diese Verschiebung lag zwar auf der Linie einer allgemeinen Veränderung in der Berufsstruktur, trat hier aber wesentlich verstärkt auf, so daß von einer Ablosung des „alten Mittelstands“ (Selbständige) durch den „neuen Mittelstand“ (Beamte/Angestellte) gesprochen werden konnte. (18)

Diese Umorientierung ging nicht ohne krisenhafte Entwicklung vonstatten. Innerparteilich war die von heftigen Flügelkämpfen begleitet und mit einem Wahlergebnis von 5,8 % bei der Bundestagswahl 1969 lag die FDP am Rande ihres Existenzminimums. Mit der in diesen Jahren vollzogenen Umstrukturierung des Mitglieder- und Wählerpotentials paßte sie sich zwar der veränderten Sozialstruktur der Bundesrepublik an, ohne jedoch gleichzeitig an fundamentaler politischer Stabilität gewinnen zu können. Die neuen Wählerschichten der Partei lagen genau dort, wo auch CDU/CSU und SPD ihre neuen sozialen Schwerpunkte gewonnen hatten. Der Kampf um die sogenannte politische Mitte, die offenkundig in genau diesen Wählerschichten geschehen wird, wurde zum Hauptaugenmerk aller Parteien. Ohne wie CDU/CSU noch über eine spezielle Klientel zu verfügen, die — wenn auch in den letzten 20 Jahren deutlich abgeschwächt — noch immer das politische Gesicht dieser Parteien prägt, ist die FDP zu fortwährender politischer Instabilität mit der Tendenz hin zum politischen Exitus gekennzeichnet.

Diese Tendenz wurde in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wieder deutlicher. Komte sich die FDP zu Beginn der 70er Jahre außenpolitisch durch die „neue Ostpolitik“ und innenpolitisch als liberales Korrektiv der SPD gegenüber profilieren, was bis 1972 hauptsächlich auf Kosten der CDU/CSU geschah, so wird die Tendenzwende 1976 im Zuge der ökonomischen Krise sichtbar und zwar zuerst auf Landesebene. 1976 wurden die ersten liberal-konservativen Landesregierungen in Niedersachsen und im Saarland gebildet. Dieses Absinken von der sozial-liberalen Koalition führte zu entscheidenden Einbrüchen in den Landtagswahlen der kommenden Jahre. Gewann die FDP in den Landtagswahlen der Jahre 1974 und 1975 in Hamburg 10,9 % der Stimmen, in Schleswig-Holstein 7,1 %, in Niedersachsen 7,0 %, in Nordrhein-Westfalen 6,7 % und in Hessen 7,4 %, so reduzierte sich ihr Stimmenanteil in den Landtagswahlen 1978 bis 1980 in denselben Ländern

keinen Eindruck von der tatsächlichen Wählerschaft der Partei FDP. Diese Wählerbasis sind Produkt von taktischen Finessen im Bereich des politischen Überbaus. Sie vermögen dauerhaft zu keiner politischen Stabilität dieser Partei zu führen, verdeutlichen aber andererseits, wieso „führende FDP-Politiker notgedrungen Hasardeure, Abenteuer, Spielernaturen sein müssen.“ (19)

## Anmerkungen

(1) Der Artikel stellt einen komprimierten Auszug aus längeren Ausführungen zur ökonomischen und gesellschaftlichen Nachkriegsentwicklung in Westdeutschland dar, die demnach an anderer Stelle, voraussichtlich in den Aufsätzen zur DISKussion, veröffentlicht werden. Damit werden zunächst nicht mehr als erste Thesen formuliert, die im Verlauf näherer Untersuchungen zu erhalten oder zu ändern sind.

(2) Statistisches Taschenbuch 1982, Arbeits- und Sozialstatistik, hrsg. vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Tabellen 2.1. und 2.3.

(3) ebd., Tabelle 2.6

(4) Die gemachten Ausführungen einschließlich der empirischen Daten sind mit Vorbehalten zu lesen. Das liegt an klassenanalytischen Problemen, die hier nicht gelöst werden können (vgl. dazu A. Schröder, Klassenanalyse und Programm, in: AUPSATZ ZUR DISKussion Nr. 18/1982). So ist die Abgrenzung zwischen Arbeiterklasse und Mittelschichten sehr unscharf. Die BOST beispielsweise nehmen eine strikt ökonomische Einteilung vor: zur Arbeiterklasse gehören die Lohnabhängigen, die ihre Arbeitskraft gegen Kapital tauschen, gleich ob sie als „Arbeiter“ oder „Angestellte“, in der großen Industrie, beim Handelskapital oder beim Bankkapital tun. Zu den nicht selbständigen Mittelschichten dagegen rechnen die BOST diejenigen, die ihre Einkünfte aus „abgeleiteten“, „sekundären“ Revenuen (d.h. aus Steuern, Sozialabgaben etc.) beziehen. Das sind im wesentlichen die beim Staat, als Hauspersonal, bei den Sozialversicherungskassen (Renten-, Arbeitslosen-, Krankenversicherungskassen), aber auch bei den Gewerkschaften Beschäftigten; außerdem gehören die Rentner dazu, die die Rente als „abgeleiteten“ Einkommen hat. Dieses Vorgehen hat für ökonomisch eingetragene Auf der anderen Seite vertritt das Institut für Marxistische Studien und Forschung (IDK) in der Tendenz die Gleichsetzung von Arbeiterklasse mit Lohnabhängigkeit, was u.E. ebenfalls unzulässig ist.

Trotz dieser unterschiedlichen Ansätze kommen die verschiedenen mit maximal einem Anspruch vorgenommene Untersuchungen, was die allgemeine Richtung der Entwicklung anbelangt, zu ähnlichen Ergebnissen. Darum halten wir es für gerechtfertigt, im folgenden die nach den vorliegenden Zahlen sich darstellende Entwicklung zu umreißen. Das geschieht im Bewußtsein, daß infolgedessen möglich sind und eine ernsthafte Klassenanalyse noch ganz andere theoretische und empirische Aufgaben stellt.

Darum werden auch die Zahlenangaben für die „Arbeiter“ zunächst einfach aufgrund der bürgerlichen Statistik gegeben, ebenso wie für „Angestellte“ und Beamte. Diese Statistik weist z.B. die meisten bei Bahn und Post Tätigen als Beamte aus. Ebenso richtet sich die Zurechnung zu den Angestellten oder Arbeitern nach der Versicherungsform der Rentenversicherung. Als „Angestellte“ gilt darum der ins Angestelltenverhältnis übernommene Meister eines Industriebetriebs genauso wie der Manager der unter der Lohnform in Wirtschaft Unternehmen gewinn einstreicht. Dennoch zeigt auch die einfache Betrachtung der bürgerlichen Statistik eine bestimmte Entwicklung auf, die es u.E. rechtfertigt die dargelegten Schlußfolgerungen zu ziehen.

(5) Statistisches Taschenbuch 1982, Tabelle 2.7

(6) ebd., Tabelle 2.3., der Begriff der „neuen Mittelschichten“ wird hier global und unpräzise benutzt (siehe Anmerkung (4), um bestimmte an der Oberfläche der Gesellschaft hervortretende Erscheinungen zusammenzufassen. Hinter diesem Begriff verbergen sich Personengruppen, die von ihrer Ausbildung und Tätigkeit her äußerst unterschiedlich sind und zunächst nur durch das Kriterium der Lohnabhängigkeit verbunden sind: Intellektuelle und Bankangestellte ebenso wie Sozialarbeiter und technische Zeichner im Großbetrieb. Eine Klassenanalyse muß diese Gruppen nach ihrer Stellung im Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion erst noch systematisch differenzieren.

(7) ebd., Tabelle 2.6

(8) Marx, Theorien über den Mehrwert, MEW 26/3, S. 57

(9) vgl. etwa Fred Karl, Die Bürgerinitiativen. Soziale und politische Aspekte einer neuen sozialen Bewegung, Frankfurt 1981

(10) Studienreihe Politik, hrsg. von Hermann Giesecke, Band 4: Wolfgang Rudzio, Die organisierte Demokratie, Stuttgart, 1977, S. 66-88

(11) Aut. Staatsmonopolistischer Kapitalismus der Bundesrepublik Deutschland in Daten und Fakten, Frankfurt/M., 1981, Auszug aus der Tabelle 7/21, S. 282. Kleinere Abweichungen ergeben sich durch Rundungsfehler, größere durch die Existenz einer nicht erwähnten Restkategorie.

(12) SPD-Protokoll des Hamburger Parteitag, 1977, S. 481

(13) Gluchowski/Veen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 3/78, S. 323f.

(14) Jürgen W. Falter, zit. nach: Uwe Andersen/Wilhelm Woyke, Wahl '80, Opladen 1980, S. 90

(15) Heino Kaack, Die FDP, Miesenheim am Giesen 1979, S. 26f.

(16) A. Baring, Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, DVA, Stuttgart 1982, S. 98

(17) Quelle: J. Raschke, Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek b. Hamburg 1978

(18) Heino Kaack, a.a.O., S. 47

(19) A. Baring, Machtwechsel, ebd.



# Krankenhausgeld und Theater GmbH

„... hoffe ich zugleich, daß es den Bühnen gelingt, die Herausforderung zu bestehen, die sich aus der erschwerten wirtschaftlichen Situation für uns alle ergibt“ (H. D. Genscher, Grußwort, „Theater heute“ 9/82).

„Unser barockes Lebensgefühl, daß nicht nur die Bretter der Welt bedeuten, sondern auch die Welt eine Bühne ist, errichtet zum Rollenspiel der Menschen, läßt uns Theater als eine ständige Bestätigung eigenen Denkens, Wollens und Handelns erleben“ (F. J. S. Grubwori, „Theater heute“ 11/82).

Es geht steil bergab mit dem Kulturstaat BRD. Nachdem durch die Einführung eines Krankenhausgeldes, immer höhere Rezeptgebühren und restriktivere Auslegung der vorhandenen Gesetze ein prinzipieller Umschwung in der Sozialpolitik — weg vom sozialen Netz der Solidargemeinschaft in den freien Fall des eigenverantwortlichen Individuums zu beobachten ist, ist jetzt auch auf dem Kultursektor die Wende da, am deutlichsten sichtbar im Bereich des Schauspiels — der, relativ gesehen, politisch engagiertes Kunstsparte. Es geht an die finanzielle Substanz des bisherigen, hochsubventionierten Stadttheater- und Staatstheater-Systems. Der erste Schritt in den Theater-Tod fand in Bremen statt, als dort statt eines festen Ensembles nur mehr ein kleiner Schauspielersammler bleiben sollte, ansonsten Gastspieler (trieb angestrichen wurde Das BRD-Theater rebellerte und brachte eine große Protestveranstaltung zustande. Die Schließung wurde abgewendet, vorläufig.

Es ging weiter, Platz in verschiedenen von Schauspielern besetzten Bühnen, die sich nicht auf den Nachtragshaushalt nicht aufgerückt. Die kleine Krise wurde von den einzelnen Häusern individuell gemeinagt, der Betrieb ging weiter. Dann, im Herbst dieses Jahres, schlugen SPD und Verwaltung in Dortmund zu.

## Stadttheater Dortmund

80 Millionen DM erwartet die Verwaltung Dortmunds an Debit für 1981. Kassenquerschnitt war spärlich. Am 1. VII.81 Weihnachtsfest für Sozialhilfeempfänger, Kinderheimen, Kliniken und Theater. Mindestens 5 Millionen DM meinte Oberstadtdirektor H. Henze (SPD) aus der „Umstrukturierung“ der Städtischen Bühnen. In einer Version war das die Schließung des Sprechtheaters gewesen, in einer anderen die Schließung der Oper. In seiner Version war das die Schließung des Sprechtheaters gewesen, in einer anderen die Schließung der Oper.

In Dortmund wird Variante III, das sogenannte Querbetreten, hoch gehandelt. Alle Fraktionen sehen darin eine gute Möglichkeit, die Empörung gering zu halten, und auch die Lokalpresse hat sich mit diesem Gedankengang abgefunden.

Der Vorteil der Sparvariante III wird von der Theaterkommission gleich zu Anfang genannt: „... unter Anerkennung und Anwendung des Primats künstlerischer Freiheit der Leitungsorganen der Stadt. Bühnen (...) möglich sein muß, das Leistungsangebot aller Sparten den veränderten finanziellen Rahmenbedingungen anzupassen, ohne daß es zu überproportionalen Verlusten vor allem in künstlerischer Hinsicht und bei den Einnahmen kommt“ (Berichtsvorlage an den Hauptausschuß vom 21. 11. 82). Theater soll also mit wenig Geld selbst sehen, wie es seine Funktion in der kapitalistischen Gesellschaft weiter erfüllt.

Im Schauspiel sollen von 62 Mitgliedern des künstlerischen Ensembles 16 nach Ablauf ihrer Verträge nicht mehr weiterbeschäftigt werden; außerdem sollen von 204 Mitgliedern der Technik und der Werkstätten 45 „freigesetzt“, das heißt entlassen oder in anderen Bereichen der Stadtverwaltung weiterbeschäftigt werden. Von insgesamt derzeit 556 im Bereich der Städtischen Bühnen Beschäftigten (dazu gehören noch Musiktheater, Verwaltung, Intendant und Orchester) sollen bis 1984/85 eingespart werden. macht etwa 5 Millionen DM (alle Angaben siehe Berichtsvorlage).

Die Konsequenzen sind erheblich: das Kindertheater verliert in jedem Fall seine eigene Spielstätte, das „Theater am Ostwall“, und einen Großteil seines Ensembles, das dann zur Weihnachtsmärchenzeit durch Mimen des Schauspielensembles aufgestockt werden soll. Fortschrittliche Kindertheaterarbeit wird dadurch so gut wie unmöglich. Das Schauspiel selbst muß in kürzeren Rhythmen produzieren, die Belastung für die einzelnen Spieler und auch für die verbleibende Technik wird größer. Der Spielraum, Experimente zu machen, wird kleiner.

In der Beschlussvorlage heißt es: „Es ist nicht auszuschließen, daß der Umfang des im Wege einer Quereinwanderung notwendigen Personalabbaus auch bei entsprechend angepaßten Spielplänen zu einer erheblichen Minderung der künstlerischen Qualität der verbleibenden Angebote führt.“ Aber das macht ja nur

## Not macht erfinderisch

„Theater heute“ geht in seinem Novemberheft der Krise auf den Grund. In Erinnerung soll nach Meinung Peter von Beckers gerufen werden: „daß die Bundesrepublik ein Sozialstaat und ein Kulturstaat ist, und deshalb im Konfliktfall zwei Rechtsgüter gegeneinander abzuwägen sind und keines zu Gunsten des anderen in der Substanz verletzt werden darf“ (Th. h. 11/82, S. 4). Nun werden aber gerade bei den Gütern in ihrer Substanz ganz erheblich verletzt, weil nämlich Unternehmern reihenweise Pleite gehen, die mehrere Auftritte immer nicht Geld kostet (von der politischen Auftragsung, weil Bundeskasse, hier gar nicht zu reden), und das verbleibende Geld für Investitionshilfen verbleibend wird (s. „konkret“ 11/82).

Diesen Zusammenhang beziehen aber weder das Theater noch die von sozialen Kürzungen Betroffenen in ihre Aktionen und Proteste mit ein. Der Widerspruch besteht eben nicht zwischen Sozial- und Kulturstaat, sondern diese beiden Teilbereiche haben jeweils ihre Funktionen — Bildung und Reproduktion der Arbeitskraft — zu erfüllen, solange nicht übergeordnete Interessen dem entgegenstehen. Bedroht und sie durch die ökonomische Krise aufgrund ihrer propagierten Rolle, die sie in der Kultur spielen haben, auch nicht.

Peter von Becker, in: „Theater heute“ 11/82, S. 4.

und eine Majorität der fortschrittlichen Theaterleute kann er hinter sich wissen —, wir müßten die gegenwärtige Finanzkrise als Chance sehen, innerhalb des Systems zu reformieren. „Ironie des Schicksals. Ausgerechnet unter den Witterungsbedingungen eines im übrigen fortschrittsverdrängten politischen Klimas sind die praktischen Chancen für eine Reform des deutschen Staats- und Stadttheaters so groß wie nie zuvor seit 1945“ (Th. h. 11/82, S. 9).

Dieser Gedanke kehrt in der Debatte um die Finanzsituation des Theaters immer wieder. Dortmunds Kulturdezernent Sondermann erklärt grinsend, daß Kindertheater ohne eigene Spielstätte die Möglichkeit hätte, „hin zum Publikum zu gehen“, ganz neue Schichten zu erschließen.

G. Rühle, FAZ Theaterkritiker, hat schon viel früher in „Theater heute“ die „kommunale dramatische Anstalt“ einen „Dickwurst“ geschimpft und dabei im Auge gehabt, daß „ein ärmeres, aber leichteres, heiteres Theater, (...) kein schlechtes Ergebnis wäre“ (Th. h. 10/81, S. 7).

Auch Horst Siede, Regisseur, und Hermann Wüdrich, Dramaturg und Lektor, sehen in ihren in „Theater heute“ ausgebreiteten Strukturveränderungsvorschlägen ähnliche Chancen. „Das deutsche Theatersystem scheint mir in seiner gegenwärtigen Form unzeitgemäß und am Ende (...) Dabei ist die Fragestellung für die Theaterleute, ob nicht bei weniger Subventionen der öffentlichen Hand, aber völliger Umstrukturierung des Theatersystems mehr künstlerische Qualität her auskommen kann“ (Th. h. 11/82, S. 8). Horst Siede geht dabei von einer „Interessenskoalition“ zwischen Politikern und Künstlern aus, ein abenteuerlich anmutender Gedanke, das Interesse der Theaterangestellten ist es doch, bessere Bedingungen zu bekommen, das Inter-

esse der Politiker aber nur, so viel wie möglich zu sparen. Qualität spielt für sie kaum eine Rolle.

Abenteuerlich ist aber auch der zweite Ansatz von Siede, Wüdrich und (modifiziert) von Beckers. Siede drückt es am deutlichsten aus: „Alle, die im Theater arbeiten, sollen sich des existenziellen Risikos und Einsatzes als Voraussetzung für Kunst wieder bewußt werden (...)“. Damit endlich sind wir dann wieder im Reich des Künstlers als Trapezkünstler, dem das soziale Netz nur hinderlich ist.

Die ideologische Kehrtwende auch der Theater, die durch derartige Thesen deutlich wird, soll weiter unten untersucht werden, hier blicke ich noch kurz bei den konkreten Einsparungsvorschlägen: Die Beschnedung sozialer Errungenschaften steht bei v. Becker, Wüdrich und Siede im Vordergrund, denn Theaterkosten sind überwiegend Personalkosten. Bei den Schauspielern und Regisseuren ist diesbezüglich nicht

Theaters“: „Die Transformation (...) schließt aber auch selbstverständlich die eigendynamische Entwicklung zur Verschönerung, je Verdinglichung von Kultur als rein privatwirtschaftlicher Dienstleistungs-Produktion mit ein. (...) Auch scheint eine generelle Neigung der öffentlichen Rechtsträger erkennbar zu sein, ihre Intendanten in zunehmendem Maß mit juristischen, administrativen oder betriebswirtschaftlichen Fachleuten als Managern zu besetzen“ (S. 254).

Die schwierige finanzielle Situation des Schauspielhauses Düsseldorf — in der Spielzeit 82/83 ein Etatminus von 2,6 Mio. DM, das 20 Mitgliedern des künstlerischen Personals und 48 der im Bereich Technik Taugen der Arbeitsplatz gekostet hat — zeigt recht deutlich, daß auch der Weg in die GmbH keine zufriedenstellende Lösung sein kann. Auch nicht, wenn Intendant Günter Beetz meint, daß sich beim Krisenmanagement die „beweglichere

spieler fehlt. Im Augenblick sind die Vorstellungen für den Monat Januar noch nicht zu bezahlen.

Die „Katakomben“ spielt dabei das einzige künstlerisch halbwegs annehmbare Kinderstück in der Stadttheaterweihnachtsmärchenzeit: „Rotkäppchen“ nach Fiod de Colongne. Nur in dem kleinen Raum in der Pfingstweidenstraße haben Kinder die Möglichkeit, ins Spiel kommentierend einzugreifen, rumzulaufen, nach der Vorstellung mit den Schauspielern zu sprechen, in den großen Theatern werden sie dagegen über zwei Stunden lang in ihren Stühlen festgehalten und bekommen Theatereffekte vorgeführt. Nur, das qualitativ anspruchsvolle Kindertheater der „Katakomben“ ist gar nicht gefragt, genauso wenig wie die Mitarbeit von Laien im alten Dortmunder Kindertheaterensemble den Kulturpolitikern wichtig erscheint oder deren kritische Beschäftigung mit der Situation von „Deutschländern und Eingeborenen“ (Deutschländer = in der BRD geborene Türken, Eingeborene = wir). Die bundesdeutsche Ernaufführung des Märchentückes „Ameley, der Biber und die Prinzessin auf dem Dach“ von Tankred Dorst wird dagegen ob seiner harmlosen Kindertümlichkeit von der FAZ willkommen geheißen: „Das Schöne an Dorsts ‚Märchen‘ ist, daß man sich ihm ganz vordergründig zuwenden (...) kann“. Die Figuren „präsentieren sich als farbige, lebendige Märchenfiguren“ (FAZ, 8. 11. 82). Das Schauspiel Frankfurt unter seinem neuen Intendanten Adolf Dresen hat allerdings die Rückendeckung aller konservativen Kräfte in der Mainmetropole: ihm werden so schnell keine Entlassungen verordnet werden.

Auch im Falle Dortmund darf bezweifelt werden, ob es nur die rein finanzpolitischen Erwägungen der Kulturoberen sind, die das Kindertheater stützen wollen. „Vielleicht kann das Kindertheater mit seiner neuen Struktur auch wieder mehr Publikum anziehen. Wir finden kritisch engagiertes Kindertheater sehr wichtig, aber es muß doch auch mal nur Schönes auf der Bühne zu sehen sein, ohne Hintergedanken. Dieser Meinung sind auch Experten, die wir befragt haben. Es gibt ja auch noch Idyllen auf der Welt — Weihnachten z. B. — warum also nicht auf der Bühne“, teilte SPD-Kulturdezernent Sondermann einem erlauteten Reporter mit (pers. Mitteilung) und entschwand.

## Künstereloxistenz

Es kann kein Zweifel bestehen, daß Kunstproduktion besonderen Bedin-

Es kann kein Zweifel bestehen, daß Kunstproduktion besonderen Bedingungen unterliegt, und grundsätzlich kann die Befreiung der Theater von ihren monströsen Verwaltungsapparaten sinnvoll und wichtig sein. Nur kann der Weg in der derzeitigen Situation sicher nicht zurück in die Zeiten führen, in denen arbeitslose Schauspielerei hungernd unter dem Regenschirm überm Bett unter dem Dach hockten und froren. Die erkämpften sozialen Sicherheiten müssen gerade in Zeiten der Rezession unbedingt erhalten bleiben und sollten nicht fragwürdig erscheinenden „Strukturformen“ zum Fraß vorgeworfen werden. Eine Interessenskoalition Künstler - Politiker gibt es nicht, und ein ärmeres Theater wird es eher schwerer haben, aus seiner derzeitigen auch künstlerischen Stagnation herauszufinden. Der völlige Abbruch der Mitbestimmungsexperimente, die Neukonstituierung des Künstlers als unbürgerlicher, gemalcher Existenz und die Rückbesinnung auf das hehre Ideal der Bildung und der Werkzeuge, wie sie herzulande immer häufiger praktiziert werden, sind sicher keine gut gangbaren Wege aus der Krise. Überdies hat die Einsparpolitik an den Schauspielhäusern auch noch viel weitreichendere Konsequenzen: Neue Stücke, für deren Aufführung Tantiemen abzuführen und, werden noch weniger gespielt werden als derzeit bereits üblich. Die Bühnenverlage nehmen heute schon weniger Manuskripte an als noch vor einigen Jahren. Auch die Förderung von Schriftstellern durch Auftragsarbeiten der Schauspielhäuser (so sind z.B. P. P. Zehn „Georg Elser“ oder F. Kuz „Stinkwut“ entstanden) wird nachlassen müssen. Schiller und Goethe sind da in jeglicher Beziehung billiger: die Zuschauerzahlen sind gesichert, in die Klassiker rennt das

Fortsetzung nächste Seite



Die Katakomben. Ein Theaterstück, das in der Pfingstweidenstraße in Dortmund aufgeführt wird. (Foto: ...)

Organisationsform der GmbH“ bewahrt habe

## Das arme, arme Theater

Fast völlig angespart werden in der großen Debatte zwei Bereiche: die konkreten politischen Hintergründe und Konsequenzen (Peter von Becker bemerkt zwar selbst, daß in den CDU/CSU regierten Ländern und Großstädten die Kulturpolitik sehr schonend behandelt werden, zieht daraus aber kaum Schlüsse) und die finanzielle Situation der sogenannten „freien“ Gruppen. Am Beispiel des Frankfurter Kindertheaters „Katakomben“ dazu ein paar Anmerkungen: Kindertheater mit eigenen Ensembles gibt es im Bereich der staatlichen und städtischen Bühnen in der gesamten Rhein-Main-Region überhaupt nicht. Die „Katakomben“ in der Schließung des alten Kinder- und Jugendtheaters TAT die einzige professionelle Kinderbühne der Gegend. Bis 1980 bekam die „Katakomben“ einen jährlichen Zuschuß von 260 000 DM und weitere 80 000 DM im Nachtragshaushalt. Zwischen 7 und 8 Schauspielern waren fest angestellt. Seit 1980 gibt es für die „Katakomben“ kein Geld mehr aus dem Nachtragshaushalt, seit 1982 zusätzlich eine Eisensperre von 10 %.

Außerdem hat die „Katakomben“ aus dem Jahr 1980 noch ein Defizit von 100 000 DM, das jährlich 16 000 DM Zinsen kostet. Alles in allem (Inflationssrate, Entlassungen und nicht-Erhöhen etc.) hat die „Katakomben“ heute etwa 50 % der finanziellen Zuschüsse von vor drei Jahren. Die Folge: die Schauspielerei werden mittlerweile pro Vorstellung bezahlt und bekommen keine Jahres- sondern nur noch Stückverträge; ein seit Monaten geplantes neues Stück, „Alles Plastik“ von Gips, kann nicht probiert werden, weil das Geld für zwei Schau-



# Der »unpolitische« Buntbuchverlag mit dem heimeligen Häuschen

Wir „Heimeligen“ sehen uns nicht erst seit gestern dem arg bauchlastigen Vorwurf „ausgesetzt“, „nicht mehr politisch“ zu sein. Zwar scheint sich darum nur die kleine Gemeinde des KB zu sorgen und wohl auch hier weder nur eine kleine Minderheit.

Die aber, wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen zu erfahren war, hält sich hartnäckig von Freiburg bis Hamburg (also landauf und landab) an diesem nicht ganz frischen Gerücht fest. Die „allerunpolitischsten“ Buntbücher seien nun kurz vorgestellt und der kritischen Prüfung der Leser/innen des AK (auf den Sachverhalt der Politik hin) ausgesetzt.

Vielleicht kommt es ja so doch noch mal zu einer in h a l t l i c h e n Auseinandersetzung mit den Beiträgen dieses Verlages. Übrigens: ein Prospekt kann angefordert werden über:

**Buntbuchverlag  
Bartelsstr. 30  
2000 Hamburg 6.**  
In diesem Prospekt („Satana Bibliothek“) ist ausführliches über die Bücher zu finden.

In den 2 1/2 Jahren seines Bestehens sind bei Buntbuch ca. 30 Buchtitel neu erschienen.

Große Beachtung fanden wir zunächst durch die Veröffentlichung des Hauptwerkes des türkischen revolutionären Dichters Nazim Hikmet, die „Menschenlandschaften“. Auch die bürgerliche Literaturkritik erkennt Nazim als Dichter von Weltan. Was beispielsweise die „Frankfurter Rundschau“ bei der Herausgabe seinerzeit ärgerte, war im wesentlichen, daß dieses wichtige Werk in einem so kleinen linksradikalen „Popelverlag“ erschien und eben nicht bei den großen „Literaturmachern“. Pablo Neruda, sicher auch Ak-Leser/innen ein Begriff, schrieb über Nazim 1973.

Forts. von vorhergehender Seite

Bildungs- oder auch Nichtbildungsbürgertum zuhauf. Tantiemen werden nicht fällig und zumindest die Stücke

Forts. von vorhergehender Seite

Bildungs- oder auch Nichtbildungsbürgertum zuhauf. Tantiemen werden nicht fällig und zumindest die Stücke selbst werden von der Theaterkritik nicht als „unausgereift“ abgewürgt. Reduzierung der Theaterpreise wird also auch die Literaturlandschaft in der BRD einbeziehen.

Das muß in der Öffentlichkeit aber erstmal klar werden. Wichtig ist also die Öffnung der Theater für ein Bündnis mit den Gruppen, die vom Abbau des Sozialstaats betroffen sind, und eine Zusammenarbeit der immer noch relativ hochsubventionierten Stadt- und Staatstheater mit den Landestheatern und noch mehr mit den ständig vor der Pleite stehenden kleinen Bühnen wie der „Katakomben“ oder auch dem Mainzer „unterhaus“. Also nicht ein Versuch, Theater durch Selbstkasteiung der Politiker gegenüber zu legitimieren: so marktwirtschaftlich rentabel könnten wir arbeiten, wenn wir mit unseren Pfunden wuchern könnten, wie wir wol en, sondern das Bemühen, Theater gegen die Eingriffe der Politik durch eine Legitimation beim Publikum so weit wie möglich zu erhalten.

## Zu Schlechterletzt

Claus Peymann wird in „Theater heute“ mit dem Satz zitiert: „Die Theater machen gegenwärtig eine größere Krise durch als während des Faschismus, da ihr Bestand in Frage gestellt wird“ (zit. n. H. Wandreck Th. h. 11/82, S. 10), eine Bemerkung, die nicht gerade übertriebene analytische Fähigkeiten verleiht, in anderer Richtung aber nachdenklich stimmen so lie. Denn Einrichtungen, wie in Frankfurt z.B. die Alte Oper, die Opernkultur überhaupt, aber eben auch diejenigen Theater, die von Kürzungen nicht oder nur kaum bedroht sind, bewegen sich leicht in Richtung einer Repräsentations- und Bildungskultur. Goethe, Kleist und vor allem Schiller waren auch im Nationalsozialismus gefragte Autoren. Schlummer als gar kein Stadttheater ist sicher ein gleichgeschaltetes.

Fassanbuss

„Der größte Dichter, der für die ganze Welt schrieb. Der große Mann, der der ganzen Welt gehört. Der Patriot, der in seiner Heimat unterdrückt wurde.“

Es gibt keinen zweiten Nazim im Gedicht des Jahrhunderts. Für mich ist er das Zeichen der Liebe und des Kampfes!“

Eine Leseprobe aus dem Band 4 des fünfbandigen Epos:

„Ich liege lang ausgestreckt, Hacıbaba, liege lang ausgestreckt auf dem Grunde des Atlantiks, auf meinen Ellbogen gestützt schaue ich nach oben.“

Europa unterscheidet sich von Amerika an der Oberfläche des Atlantiks, nicht auf dem Grund des Meeres. (...)

Auf einmal fiel ein U-Boot neben mich.

Wie ein zerstückelter Sargdeckel wurde die Luke des Turmes geöffnet

und Hans Müller, aus München, kam zum Vorschein.

Bevor er im Frühjahr 39 Matrose wurde, war Hans Müller aus München in Hitlers Sturmabteilung, sechster Trupp erste Schar vierte Rotte, der dritte SA-Mann von rechts.

Hans Müller aus München lebte drei Dinge:

1. Gerstenwasser mit goldenem Schaum.

2. Anna, prall und weißhäutig wie eine ostpreussische Kartoffel.

3. Rotkraut.

Für Hans Müller aus München gab es drei Pflichten:

1. Die Obrigkeit begrüßen wie ein schlagender Blitz.

2. Auf die Pistole schwören.

3. Mindestens drei Juden pro Tag anzuhallen

und ihre Sippe zu beschimpfen.

Hans Müller aus München hatte in seinem Kopf, in seinem Herz, in seinem

Mund drei Pflichten:

1. Der Führer

2. Der Führer

3. Der Führer

Hans Müller aus München lebte,

zusammen mit seiner Liebe, seiner Pflicht, seiner Angst glücklich

bis zum Frühjahr '39.

(...)

Und nun, gegen Ende des Herbstes '41,

sitz er mir hier gegenüber auf dem Grunde des Atlantiks.

(...)

Das alles weiß ich zwar, mein Herr, aber er weiß das alles nicht.

Der vierte Band sei Euch deshalb besonders ans Herz gelegt, weil er eine zeitgemäße Sichtungnahme gegen den Krieg ist.

Aber zentrale Bedeutung haben die fünf Bände selbstverständlich deshalb, weil sie für alle, die das türkische Volk wirklich verstehen wollen, unverzichtbare Lektüre sein müßten — müßten deshalb, weil diese Erkenntnis eben noch nicht überall zum Gemeingut gezählt werden kann — leider.

Als wohl einziger westdeutscher Verlag hat Buntbuch sich um die kontinuierliche Publizierung türkischer Autorinnen und Autoren gekümmert. Dieser Sektor ist aus dem Verlagsprogramm nicht mehr wegzudenken und gehört zu den unverzichtbaren „Essentials“ des Verlages.

Wer nicht mit hoffnungsloser Blindheit geschlagen ist, wird mit geringer Phantasie die politische Begründung hierfür schon selbst entdecken...

Aus dem Herbstprogramm '82 seien aus diesem Verlagsbereich noch empfohlen:

„Du bist verwundet“, von Erdal Öz.

Der Autor beschreibt eindringlich die Folgen von Knaus und Folter auf den einzelnen direkt betroffenen Menschen.

Der/die Leser/in kann sich der Wirkung seines Romans gefühlsmäßig nicht entziehen, er/sie wird direkt in das Geschehen einbezogen.

„Soll ich hier zu werden“, von Aysel Özakin. Hier wird in einigen Erzählungen ein dichtes Bild von den Problemen und der Denkweise in der BRD lebender türkischer Mitbürger gezeichnet. Dabei verzichtet die Autorin jedoch nicht auf durchaus kritische Anmerkungen, ihre eigenen Landsleute betreffend. Es ist wohl das Buch über das Miteinander/Gegeneinander von Türken und Deutschen — geht auch in die Tiefen eines „linken“ Rassismus — wichtig und lesenswert.

Diese Kritik bezieht sich auf einen Satz in dem Artikel „Linkssozialisten in Europa“ (AK 224, S. 36). Der umstrittene Satz lautet: „Es gibt also noch: Die kleinen linken Verlage, die nicht wie der einst führende Internationalismus-Verlag ‚Trikont‘ heutzutage in Mystizismus und Indianerzauber machen; die nicht wie ‚Buntbuch‘ immerhin Nachfolger des Hamburger J. Reents-Verlages, über der Suche nach einem den Zeitläufen entsprechenden Verlagsensemble — am Anfang stand ein aufgeschlagenes Buch, aus dem eine Faust herauspringt, versehen mit der Parole ‚Bücher sind Waffen‘, am bisherigen Ende steht ein heimelig nachdunkles Haus mit rauchendem Schornstein — ihr politisches Programm fast verloren zu haben scheinen.“

Im Frühjahr '83 wird Buntbuch erneut ins Wespennest der Rassistin stehen — mit einem Beitrag, der, unter-

Im Frühjahr '83 wird Buntbuch erneut ins Wespennest der Rassistin stehen — mit einem Beitrag, der, unterstützt von der „Initiative mit Ausländern befreundeter Frauen“ (IAF), auf die besonderen infame Diskriminierung von Frauen, die mit Ausländern befreundet sind, eingeht. Das Buch mit dem Titel „Ich liebe einen Ausländer“ wird eine Sammlung von Erfahrungsbereichen und einen Beratungsteil enthalten.

Handelt es sich bei diesem Verlagssektor eher um ein „kaltes aber tiefes Wasserchen“, bei dem nicht auf spekulative Erfolge zu hoffen ist, überrascht „Der Tod des Märchenprinzen“ denn doch etwas mit der erreichten Popularität. Umstritten wie selten ein Buch aus der Frauenbewegung, wurde es mit Abstand der Bestseller des Verlages.

Na ja, kennt ja eh jede(r), gelb. Vielversprechend ist der jüngste Frauenroman „Wenn die Schlechten weichen“ von Astrid Schmeda. Astrid lebt in ihrem Buch die Lebenserfahrungen von fünf Freundinnen unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlichen Alters Revue passieren. Da sind die Frauen der Nachkriegsgeneration und die der Zwischenkriegsgeneration, die einander verstehen möchten — aktiv in der Frauenbewegung, suchen sie trotz aller Unterschiedlichkeit wichtige Gemeinsamkeiten. Spannend erzählt, mit viel Liebe und einer hier nicht zu vermutenden Ausstrahlung menschlicher Wärme.

Beiträge schreibender Frauen zu Veröffentlichungen, ist ein zweiter Schwerpunkt der Verlagsarbeit, der (selbstverständlich) auch von Frauen betreut wird.

Ein relativ neuer Bereich ist die Reihe der „Asphaltstreifen“ — ein Zeugnis der großen Experimentierfreudigkeit des Verlages. Was diese Reihe soll — dazu der Verlag selbst:

„Die Wohlfühlgesellschaft ist tot. Ruhe und Wohlfühl sind erhalten durch das fleißige Schaffen eines Volkes mit dem Ziel des materiellen Wohlstandes, ist durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst in Unruhe und Unordnung geraten. Sicherheit,

das große bürgerliche Ziel einer Nachkriegsgesellschaft, ist der praktischen Unsicherheit gewichen.“

(...)

Der Name Asphaltstreifen leitet sich aus dem Begriff der Asphaltliteratur ab, den die Nazis geschaffen haben. „Der Kampf richtet sich gegen die Zersetzungserscheinungen unserer angebundenen Denk- und Lebensformen, d.h. gegen die Asphaltliteratur, die vorwiegend für den großstädtischen Menschen geschrieben ist, um ihn in seiner Beziehungslosigkeit zur Umwelt, zum Volk und zu jeder Gemeinschaft zu bestärken und völlig zu entwurzeln. Es ist die Literatur des intellektuellen Nihilismus“ (aus den Richtlinien zur Anfertigung schwarzer Listen).

Was dem einen kein Leid, ist dem anderen sein Freud. Deshalb war der Begriff „Asphaltstreifen“ auch gerade der richtige für diese Reihe. In loser Reihenfolge sollen Texte aus den zwanziger Jahren und auch aus unserer Zeit veröffentlicht werden, solange sie zur „Besatzung unseres Narrenschiffes“ gehören. Gefördert werden sollen Texte, die unsere Angst überwinden helfen, die einen anderen Weg weisen, als der Mystik, Depression und Angst zu verfallen. Denn wer keinen Mut zum Träumen hat, verliert die Kraft zu kämpfen. Unser Lachen ist der halbe Sieg („Laßt sie nicht lachen! Das ist der Anfang der Rebellion“, war der Rat der Sklavenhändler an die Adresse der weißen Kunden ihrer schwarzen Opfer).

Auftakt in diesem Sinn und das „Räubermärchen“ von Jakob Haringer (u.a. Besprechung in der TAZ), Pelje Pershings „Lyrischer Müll“ und jetzt Johnny Riegers „Mein Leben gehört mir“. „Unser Bekenntnis war so einfach, daß es jeder verstehen konnte: MEIN LEBEN GEHÖRT MIR — und niemand soll darüber bestimmen, sich die reinmischen oder darin herumzuführen, keiner dieser Kerle mit oder ohne Uniform, kein Staat und kein Gott“.

Nun zum vorerst letzten Arbeitsgebiet des Verlages: in zeitkritischen Stellungnahmen hat sich der Verlag naturgemäß den Veröffentlichungen gegen den Krieg gewidmet. In dieser, nennen wir sie: „Vorkriegszeit“ legen wir besonderen Wert auf diejenigen, die dem Krieg und den Kriegstreibern den konpromittierten Kampf abgesagt haben. Mit dieser Haltung haben sich der Verlag die Herausgeber und der Künstler Hofreiter eine Anklage der Staatsanwaltschaft wegen Verunglimpfung eingehandelt. Es handelt sich um das Buch „Laßt mich bloß in Frieden“. Die diversen Solidaritätsbekundungen in verschiedenen Zeitungen, u.a. im AK, werden Euch ja nicht entgangen sein (7).

genahnt. Es handelt sich um das Buch „Laßt mich bloß in Frieden“. Die diversen Solidaritätsbekundungen in verschiedenen Zeitungen, u.a. im AK, werden Euch ja nicht entgangen sein (7).

Wichtig ist mir noch, auf das Buch von Armin T. Wegner hinzuweisen. Er gehört zur Generation der vergessenen Dichter — von der Naziverfolgung ins Exil gezwungen, ist er buchstäblich der deutschen Literaturgeschichte „entfallen“. Eine Begründung dafür könnte sein Standort als radikaler Pazifist sein, dessen Kritik sowohl die Machenschaften der Sozialdemokratie traf als auch die Militarisierung der jungen revolutionären Sowjetunion der 20er Jahre verurteilte.

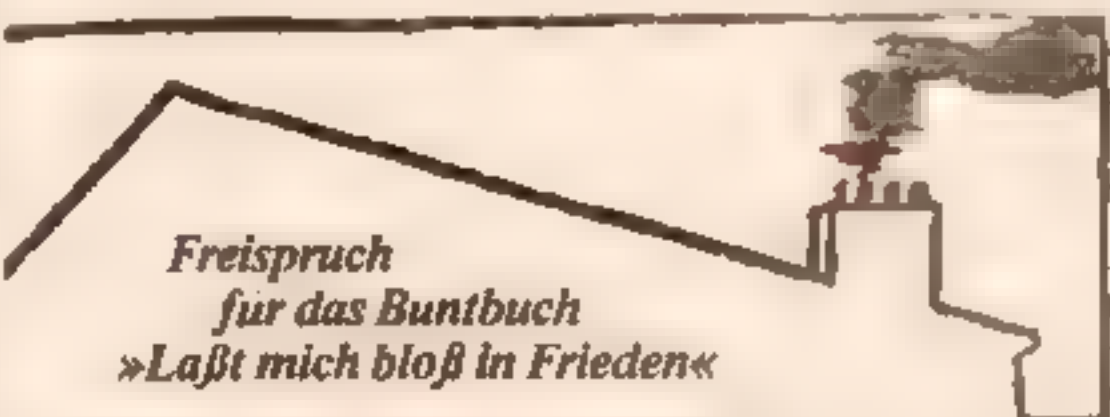
Zum Abschluß ein Auszug aus Wegners „Genug vom Kriege“ „Jene aber sind nicht besser, die rufen ‚Genug vom Kriege — wir wollen uns betäuben mit Wein, Tanz, Religion, Theater, Liebe, Fröhlichkeit. Wir sind satt vom Tode‘. Die so sprechen, haben das Leiden nicht gekannt. Sie sind es, die in Wahrheit der Lüge dienen, um eines Witzes, eines schönen Buches willen sind sie bereit, die Stunde um ihren Schmerz zu betrügen. In ihrem Schlaf, ihrer Feigheit, ihrer Gedankenlosigkeit, ihrer Armut werden sie den Frieden immer wieder verraten, wie sie ihn das erste Mal verraten haben. Wir aber wollen den Krieg singen ohne Ende. Wir Dichter, wir Maler, wir Musiker, wir Schauspieler, wir Philosophen, wir Volkswirte, wir Politiker, wir Menschheitsfreunde, wir wollen den Krieg so furchtbar an die Wände eures Lebens malen, daß ihr nie mehr aufhört, ihn anzustarren. (...) Nein, niemals genug vom Kriege! Niemals genug von Haß, Leiden, Verrat, Feindschaft, von zerstörten Feldern, die keine Saat mehr tragen (...) Niemals genug vom in der Tiefe zerrissenen Schiffe, von einem Brei von Blut und menschlichem Fleisch, von erschossenen Kindern, von abgeschnittenen Gliedern und vergeblichen Frauen. (...) Hundert Jahre sollen eure Nahrung von grauenhaften Träumen gequält sein, daß noch die Enkel emsteigen aus ihren Betten fahren, (...) — bis das Verbrechen dieses Jahrhunderts getilgt ist und die Menschen, die in Schuld und Wahnsinn den Erdball bevölkern, erkennen, daß keine Macht mehr ihre Herzen bewegen darf, als die Güte.“

Armin T. Wegner hat im ersten Weltkrieg die barbarische Verfolgung der Armenier miterlebt und war Zeuge und Ankläger verabschiedungswort ger Verbrechen, dem Mord an diesem Volk, an dem die Deutschen beteiligt waren.

Leider kann dieser Überblick aus Platzgründen notwendigerweise nicht vollständiger und ausführlicher sein, trotzdem ist er ein ansehnlicher Querschnitt durch die Arbeit eines sichtbar „entpolitisierten“ Verlages.

Ein freier Mitarbeiter des Buntbuch-Verlages

Ein freier Mitarbeiter des Buntbuch-Verlages



## Freispruch für das Buntbuch »Laßt mich bloß in Frieden«

Am Freitag, d. 3.12.82, ging vor dem Amtsgericht Hamburg der Prozeß wegen Staatsverunglimpfung gegen Jürgen Hofreiter (Graphiker), Norbert Ney (Schriftsteller) und Meike Lüdemann (Verlagsmitarbeiterin) sowie unser Anti-Kriegs-Lesebuch „Laßt mich bloß in Frieden“ zuende.

Die Angeklagten wurden freigesprochen, der Beschlagnahmebescheid gegen das Buch, der seit dem 5.1.82 bestand, wurde aufgehoben.

Eine symbolische Bepunktung des Fahnenweidzeremoniells der Bundeswehr durch eine satirische Fotomontage Jürgen Hofreiters auf dem Rücktitel des Buches war der Grund gewesen, dasselbe zu beschlagnahmen und die o. g. Leute wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole (§ 90a StGB) anzuklagen.

Die eigentlich spannende Kontroverse im Prozeß war die, ob eine Satire Kunst im juristischen Sinne ist und somit unter die Kunstfreiheitsgarantie des Grundgesetzes (Art. 5.3) fällt, oder — wie der Staatsanwalt meinte, — ob sie es nicht ist und deshalb nach jedem normalen Strafrecht anklagbar ist. In unserem Falle hat der Richter die Frage bejaht. Für ihn ist die Satire Hofreiters ein Kunstwerk und der Urheber bzw. die an der Verbreitung beteiligten Personen sind nicht nach § 90a StGB zu verurteilen.

Wir vermuten, daß sich die Staatsanwaltschaft mit diesem Urteil nicht zufrieden geben wird.

Im Augenblick aber haben wir die kuriose Situation vorliegen, daß unser Buch wieder freigegeben, die Angeklagten freigesprochen sind, der Geschäftsführer unserer Auslieferung Proli jedoch zu DM 4.500,— Geldstrafe verurteilt wurde. Der Gießener Amtsrichter, der diesen Fall dort zu bearbeiten hatte (ein Major der Reserve und Militärrichter im Verteidigungsfall) befand, daß Hofreiters Fotomontage kein Kunstwerk sei. Dazu brauchte er nicht einmal einen Kunstsachverständigen zu Rate ziehen, er war „sachkundig“ genug, das allein zu entscheiden.

Der Proli-Buchvertrieb hat gegen dieses Urteil Rechtsmittel eingelegt.

Es dürfte schlecht bestellt sein um die Freiheit der Kunst in diesem Lande, wenn sich eine Rechtsprechung wie die des Gießener Amtsrichters durchsetzt.

Hamburg, den 6.12.82 Buntbuch-Verlag



# »Eine deutsche Revolution«

## Versuch einer politischen Filmkritik

Mir geht es nicht darum, den von Helmut Herbst bei den Berliner Filmfestspielen '82 vorgestellten Film „eine deutsche revolution“ nach ästhetischen Gesichtspunkten zu kritisieren (das haben bereits genügend andere getan), sondern vielmehr um eine der beiden zentralen Figuren des hessischen Widerstandes im Jahre 1834: um

Georg Büchner.

Der Film schildert die Geschichte des wohl bekanntesten Flugblattes der deutschen Literaturgeschichte: „Der hessische Landbote“ — Produkt des 21-jährigen Medizinstudenten Georg Büchner aus Darmstadt und des Pfarrers Weidig aus Butzenbach. Zusammen mit anderen Oppositionellen druckten sie die Flugschrift und verbreiteten sie unter den hessischen Bauern. Durch einen Spitzel verraten, wird ein Großteil der Gruppe um Büchner und Weidig verhaftet; anderen gelingt die Flucht ins Ausland. Der Film schildert die politische Situation im absolutistischen Hessen — Hunger, Verfolgung, Haft, Folter ... und zeigt damit die Triebfeder für Georg Büchners politisches Handeln:

„Die politischen Verhältnisse könnten mich rasend machen. Das arme Volk schleicht geduckt den Karren, worauf die Fürsten und Liberalen ihre Affenkomödie spielen.“ (1)

Für ihn ist nicht wie für viele andere die Frage der Unterdrückung und des Unrechts nur eine Frage der Zensur und der politischen Unfreiheit, sondern auch des Massenelends der Bauern; deshalb schreibt er: „Der materielle Druck, unter welchem ein großer Teil Deutschlands liegt, ist ebenso traurig und schimpflich als der geistige; und es ist in meinen Augen bei weitem nicht so besträubend, daß dieser oder jener Liberale seine Gedanken nicht drucken lassen darf, als daß viele Familien nicht

instande sind, ihre Kartoffeln zu schmelzen.“ (2)

Aus dieser Erkenntnis und aus den Erfahrungen im nachrevolutionären Frankreich (3) heraus kommt Büchner zum Entschluß, daß „... das Verhältnis zwischen Arm und Reich (...) das einzige revolutionäre Element in der Welt ...“ (4) ist.

Damit setzt er sich in offenem Widerspruch zu all denen, die nur politische und wirtschaftliche Freiheiten für das Bürgertum auf ihre Fahnen geschrieben haben. Für ihn steht nicht nur der Adel auf der anderen Seite der Barrikade, sondern auch das Großbürgertum. Genau hier fängt der Film von Helmut Herbst an, Büchner zu verfälschen. Ohne sich auch nur auf eine Zeile aus Büchners Feder berufen zu können, läßt er Büchner das Privateigentum verteidigen und stempelt ihn damit als radikalen Kleinbürger ab. Ihm wird untergeschoben, daß „Aufteilung des Eigentums (...) nur zur Plünderung“ führt, daß Abschaffung der Stände nur bei voller Anerkennung des Privateigentums möglich sei — Recht auf Eigentum wird sogar als ein Menschenrecht deklariert. (5) Dies alles in offenem Widerspruch zu Büchners Schriften: „Ihr habt Kollern am Leib und sie haben Magendrücken, ihr habt Löcher in den Jacken und sie haben warme Röcke, ihr habt Schwielen an den Händen und sie haben Samthände. Ergo ihr arbeitet und sie tun nichts, ergo ihr habt erworben und sie haben gestohlen.“ (6)

So formuliert Büchner in seinem Drama „Dantons Tod“ sein Verhältnis zum Privateigentum. Doch damit nicht genug: Nach Klemm und Becker (7) war für die Gesellschaft für Menschenrechte „alles Vermögen (...) Gemeineigentum“, das anzustrebende Ziel war die „Gütergemeinschaft“. Damit befand sich der Zirkel um Büchner auf

dem theoretischen Stand der französischen Frühkommunisten. Von Verteidigung des Privateigentums also keine Spur.

Um die entrechteten und ausgebeuteten Massen zum Aufstand zu führen, gründete Büchner nach französischem Vorbild in Gießen und Darmstadt Geheimzirkel, die Gesellschaft für Menschenrechte. Die Aufgabe dieser Zirkel bestand in der Agitation. „Soll jemals die Revolution auf eine durchgreifende Art ausgeführt werden, so kann und darf das bloß durch die große Masse des Volkes geschehen, durch deren Überzahl und Gewicht die Soldaten gleichsam erdrückt werden müssen. Es handelt sich also darum, die große Masse zu gewinnen, was vorderhand nur durch Flugschriften geschehen kann.“ (8) Eine solche Flugschrift war der „Hessische Landbote“. Er stellte kein moralisches Pamphlet dar, sondern den Versuch einer ökonomischen Analyse. Er bewies anhand der hessischen Steuerstatistik, daß das arme Volk regelrecht ausgebeutet wird und die aus ihm herausgequetschten Gelder zu seiner eigenen Unterdrückung verwendet werden.

Neben der Agitation sammelten die revolutionäre Waffen und bildeten sich an diesen aus, denn „wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Gewalt“. (9)

Das Ziel der Revolution, die anzustrebende Staatsform, „muß ein durchsichtiges Gewand sein, das sich dicht an das Leib des Volkes schmiegt. Jedes Schwellen der Adern, jedes Spannen der Muskeln, jedes Zucken der Sehnen muß sich darin abdrücken.“ (9)

Es wurde sogar die Möglichkeit ins Auge gefaßt, neben „Moral, Religion, Recht“ auch den „Staat überhaupt aufzuheben“. (10)



Gerade durch das Revolutionskonzept, das auf die Massen setzt, beschäftigte sich Büchner mit der Frage nach dem Verhältnis zwischen Sein und Bewußtsein. Er stellt die Frage: „Was ist das, was in uns hurt, lügt, stiehlt und mordet?“ (11), um an anderer Stelle die Antwort selbst zu geben: „Ich verachte Niemanden, am wenigsten wegen seines Verstandes oder seiner Bildung, weil es in Niemandes Gewalt liegt, kein Dummkopf oder Verbrecher zu werden, — weil wir durch gleiche Umstände wohl Alle gleich würden, und die Umstände außer uns liegen.“ (12)

Dies alles zeigt, daß Büchner kein radikaler Demokrat war, wie ihn die bürgerliche Geschichtsschreibung und auch H. Herbst gerne hätten, sondern ein revolutionärer Frühkommunist, dessen Perspektive in Marx' „kategorischem Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein er-

niedriges, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, liegt. (13)

### Anmerkungen und Quellen

- 1) Georg Büchner, Werke und Briefe, dtv Weltliteratur, S. 253
- 2) Becker (Mitarbeiter Büchners) vor Garicht über Büchners politische Anschauungen, nach Gerhard Schaub: Georg Büchner, Friedrich Ludwig Weidig, Der Hessische Landbote, München, Wien 1976, S. 176
- 3) Büchner studierte 1831 - 33 in Straßburg
- 4) Werke, S. 209
- 5) Nach Film: „eine deutsche revolution“
- 6) Werke, S. 12
- 7) nach Th. M. Mayer in: Texte & Kritik, Bonndorfer Georg Büchner III, München 1979, S. 5/6
- 8) Becker vor Garicht nach Ernst Johannes, Rowohlt Monografie: Georg Büchner, S. 78
- 9) Werke, S. 10
- 10) Th. M. Mayer, S. 5
- 11) Werke, S. 37
- 12) Werke, S. 253
- 13) MEW I, S. 305

## Literaturkalender 1983

Kalender, Wandkalender — die meisten verschandeln die Wohnung und sind eine Zumutung für den Geldbeutel; wenige sind akzeptabel; sehr wenige vorzüglich. Vorzüglich, was den Inhalt angeht, die Aufmachung, den Preis.

Einer dieser sehr wenigen vorzüglich ist auch den informierten und literarisch interessierten Linken, sofern sie nicht auf die Abnahme von DDR-Druckerzeugnissen abonniert sind, wenig bekannt: Der „Literaturkalender“ vom Aufbau-Verlag.

Jede Woche ein sorgfältig gestaltetes Blatt im Format 35 mal 23 cm; darauf außer einem Kalendarium mit den jeweiligen Geburts- bzw. Todesdaten von meist Schriftsteller/Inne/n Farbproduktionen von Aquarellen, Ölgemälden, Buchillustrationen, Fotos, (die älteren im Braunton, die neueren im kühlen schwarz-weiß), Holzschnitte, Karikaturen. Alles in guter Druckqualität auf starkem Papier und mit einer Spiralheftung, die auch noch nach einem Jahr die Kontenance behält. Zusätzlich zur Darstellung im Bild werden die Schriftsteller/innen jeweils mit einer kurzen eigenen Äußerung oder einer Information vorgestellt.

Namen aus dem „Literaturkalender“ 1983: Puschkin, Stendhal, Christa Wolf, Brecht, Marx (100. Todestag am 14. März), Cardenal, der Maler Heinrich Vogeler, Erich Mühsam, der Grafiker Carl Meffert (mit einem Lithoschnitt zu Gladkows „Zement“), Apollinaire, Christoph Martin Wieland, Anna Seghers, Lion Feuchtwanger ... und rund vierzig weitere.

Wer allwöchentlich einen kleinen Ausflug in einen jeweils anderen Abschnitt der Literatur der letzten rund fünf-hundert Jahre unternehmen will: Für elf Westmark ist das Schmuckstück in bestgeführten Buchhandlungen oder aber in den Collectiv-Buchläden zu erstehen.

K., Hamburg



Brecht/Vorher. Zeichnung von Herbert Sandberg 1983

FEBRUAR	7 MO	8 DI	9 MI	10 DO	11 FR	12 SA	13 SO

Eine Seite (Originalgröße 35 x 23 cm) aus dem „Literaturkalender“ 1983 vom Aufbau-Verlag (DDR)

## Literaturkritik, konkrete

„Konkret“ hat für seine Oktober-Ausgabe zehn Kritiker/innen gefragt: „Welches war für Sie das beste und welches das schlechteste Buch, mit dem Sie sich in letzter Zeit beschäftigt haben?“

Der Informationswert der Antworten ist, was den Gehalt angeht, notwendig gleich Null; der Informationswert über den geistigen Gehalt mancher Kritiker hingegen beträchtlich.

Werner Mathes, Chefredakteur des Westberliner „Tip“-Magazin, nennt als „schlechtestes Buch“ die Buntbuch-Anthologie „Laßt mich bloß in Frieden“ und begründet: „Dieses Buch steht für mich stellvertretend für so viele Schnellschüsse in Sachen 'Frieden'.“ Steht stellvertretend ... und da fällt dem Schriftleiter Mathes keiner der dreißig oder fünfzig Titel der gutkapitalistischen Verlage ein, die schnellschießend in Frieden machen. Ihm fällt ausgerechnet jener Verlag ein, der eines der ersten Bücher für die (neue) Friedensbewegung herausgegeben hat („Ist der Dritte Weltkrieg noch zu verhindern?“, 1980). Und ihm fällt nur einer jener Verlage ein, deren „Vorarbeit“ ausbeutend die (großen) gutkapitalistischen Verlage ihre Schnellschüsse lancieren (oder haben etwa Rowohlt, Klempner, Goldmann etc. pp. das Informationsbedürfnis der Friedensbewegung „entdeckt“?). Überdies ist Mathes als „Kenner der Szene“ informiert genug um zu wissen, daß ein kleiner Verlag wie Buntbuch aufgrund geringer personeller und finanzieller Kapazitäten zu Schnellschüssen auch gar nicht in der Lage wäre (an der Anthologie wurde z.B. etwa ein halbes Jahr gearbeitet).

Mathes übersieht somit zwar wohlwollend die tatsächlichen „Schnellschüsse in Sachen 'Frieden'“, verfügt ansonsten aber über einen kriminallistisch geschärften Blick. Zum schlechtesten Buch erklärt er es, teilt er weiter mit, „obwohl es wegen einer Illustration beschlagnahmt wurde — aber so gar da habe ich den Verdacht, daß das aus PR-Gründen von Verlag und Herausgeber einkalkuliert wurde.“ Bei seinem „Tip“-Magazin kann Chefredakteur Mathes seine Potenzen offensichtlich nicht so recht ausleben. Ob er's nicht mal woanders versuchen sollte, wo er so richtig Schlagzeilen bauen

kann? Zum Beispiel diese: „Links-Verlag besticht Staatsanwalt, Buch zu beschlagnahmen.“

Peter Piwitt („Literaturkritiker bei Konkret“) hat Svende Merians „Tod des Märchenprinzen“ (Buntbuch-Verlag) zum schlechtesten Buch erkorren: „Weil es mich auf Anhieb gerührt hat. (Wie Franz Lehars 'Lustige Witwe').“ Nun ist Svende Merians Buch zwar auf mancherlei Kritik gestoßen, ob aber gerade Piwitts Kompetenz ausreicht, sich an der Beurteilung eines Frauenbuches zu versuchen, das ist doch recht zweifelhaft. In „Konkret Sexualität“ (1981) führte Piwitt vor, welche hohe Sensibilität Frauen entgegenzubringen er in der Lage ist: „... in einer sexuellen Beziehung“, fabelte er, „sollte alles möglich sein, was nicht aus Verachtung geschieht. Und sogar Vergewaltigung könnte ja schon sein, ließe sich — sechs Richtige — der Vergewaltiger selbst bestimmen.“ Durchschnittliche Machos fassen das, ohne Literaturkritiker zu sein, prägnanter: Frauen wollen ja vergewaltigt werden ...

Aber Piwitt kann auch hochmoralisch sein. Etwa dann, wenn (der Chauvi) Piwitt auf (den Chauvi) Henrik M. Broder stößt. Der nämlich hatte in einem „Konkret“-Artikel „Ich bin ein Chauvi“ (Broder später in der „Zeit“: „...einerseits durchaus ernst gemeint, andererseits aber auch eine ironische Provokation gegenüber den immer mehr sich ausbreitenden 'Softies'“) seine Passion für voluminöse weibliche Körperteile bekannt. Da ist Piwitt aber richtig böse geworden. Nachdem er Broder „Hochmut und ... Verachtung für den Sexualpartner, an dem nur das Fleisch interessiert“, vorgeworfen hatte, fragte Piwitt sich sehr deutsch, von welcher „Weltanschauung Broder verhöhnt worden ist“ und wußte auch gleich die Antwort: „eine sprichwörtlich patriarchalische, nämlich jüdische Erziehung“. Alle Chauvis sind Juden? Aber Piwitt ist doch Arier?

Ein vielseitiger Mann also, dieser Piwitt: Vergewaltigung für möglicherweise schon haltend, ist er von einem Frauenbuch gerührt wie von einer Klischee-Operette und läßt den Antisemiten raushängen. Zu vielseitig, dieser Literaturkritiker Piwitt, um noch auszumachen, womit er denkt und wdrauf er sitzt.

K., Hamburg



# Abschied vom Lieben Gott

Zum 350. Geburtstag von Spinoza John Lennon

Imagine there's no heaven,  
it's easy if you try,  
no hell below us,  
above us only sky.  
Imagine all the people  
livin' for today ...

Gehe aus deinem Vaterlande  
und von deiner Freundschaft  
und aus deines Vaters Hause  
in ein Land, das ich dir  
zeigen will

(1. Mose, 12,1)

Am 24. November 1632 wurde in Amsterdam der jüdische Philosoph Baruch de Spinoza geboren. Über kaum eine historische Persönlichkeit ist, gemessen an ihrer Bedeutung, hierzulande so wenig bekannt wie über diesen Mann. Dabei hat der deutsche Philosoph Hegel, der seinerseits stark auf Marx und Engels gewirkt hat, über Spinoza geschrieben: „... Überhaupt ist Spinoza ein solcher Hauptpunkt der modernen Philosophie, daß man in der Tat sagen kann: Du hast entweder den Spinozismus oder gar keine Philosophie“.

Spinoza hat, mitten im vom religiösen Fanatismus und Aberglauben beherrschten 17. Jahrhundert, mit gerade unglaublicher Kühnheit und Konsequenz alles bestritten, was bis dahin traditionell über Gott und Welt gedacht und geschrieben worden war. Er hat, wie Friedrich Engels formulierte, „darauf beharrt, die Welt aus sich selbst heraus zu erklären“. Was das damals bedeutete, läßt sich daran erkennen, daß ein Jahr nach Spinozas Geburt, 1633, der Astronom Galileo Galilei unter Androhung der Folter seine naturwissenschaftlichen Erkenntnisse und Theorien widerrief. Und erst wenige Jahrzehnte waren vergangen, weil im Jahre 1600 wegen ähnlicher Einsichten und Überlegungen Giordano Bruno in Rom als Ketzer verbrannt worden war. Daß die Hauptwerke Spinozas verboten und verfolgt wurden, versteht sich unter solchen Umständen von selbst. Es war, ein Jahrhundert nach Spinozas Tod, der Philosoph und Schriftsteller Lessing, der den Verfeimten wiederentdeckte und für die deutsche Kultur zugänglich machte, aus der ihn erst der Nazismus — bis heute nachwirkend — wieder verbannte.



Baruch de Spinoza kam aus einer Familie spanisch-portugiesischer Juden. Seit Spanien und Portugal im 8. Jahrhundert fast vollständig unter arabischer Herrschaft gelangt waren, hatten Juden dort bei relativ großer religiöser Toleranz und geistiger Freiheit an einer Blüte der Naturwissenschaften und der Philosophie entscheidend mitgewirkt. Das änderte sich vollständig mit der schrittweisen „Rückeroberung“ (Reconquista) der iberischen Halbinsel durch christliche Herren (Anm. 1). 1492 wurden die Juden durch ein königliches Edikt aus Spanien vertrieben, 1496/97 auch aus Portugal, wohin sich zunächst viele spanische Juden gewandt hatten. (Anm. 2). Zu dieser Zeit waren die Niederlande noch spanische Provinzen. Jedoch mit der Unabhängigkeitserklärung der Niederlande (um 1580 — Anm. 3) wurden sie zu einem bevorzugten Ziel jüdischer Einwanderung. In Amsterdam entstand die bedeutendste Gemeinde portugiesischer Juden oder — wie sie sich selbst im Unterschied zu den Juden aus Mittel- und Osteuropa nannten — Sephardim.

Die Niederlande, seit 1648 endgültig und in aller Form von Spanien unabhängig, erlebten damals einen ungeheuren Aufschwung des Kapitalismus. Niederländische Kaufleute drangen auf der Jagd nach Profiten und Einflußgebieten nach Südafrika, Indonesien, Ceylon, Hinterindien und sogar bis nach Japan vor. Auf dem amerikanischen Kontinent gründeten sie das spätere New York (damals Nieuw-Amsterdam), und das riesige Brasilien stand drei Jahrzehnte lang, von 1624 bis 1654, unter ihrer Herrschaft. Die niederländische Flotte verfügte über

bis 1654, unter ihrer Herrschaft. Die niederländische Flotte verfügte über ebensoviel Schiffe wie alle übrigen Länder Europas zusammen, und als militärische Macht hielten die Niederlande England ebenso stand wie Frankreich.

In geistiger und religiöser Beziehung entsprach dieser Entfaltung des Kapitalismus in den Niederlanden ein relativ großer Spielraum, gemessen an den Zuständen in anderen Teilen Europas. Daß die Verhältnisse trotzdem von völliger Toleranz und intellektueller Freiheit weit entfernt waren, zeigt sich u.a. an den Geschicken Spinozas.

Als Sohn einer Familie jüdischer Kapitalisten bekam Baruch de Spinoza die traditionelle, stark religiös geprägte Ausbildung. Zu dieser Ausbildung gehörte allerdings auch das Kennenlernen von Philosophen der arabisch-jüdischen Epoche Spaniens wie Moses ben Maimon (1135 - 1204) und Averroes (1126 - 1198). Sie hatten bereits wichtige Ansätze gemacht, religiöse Dogmen mit wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen zu konfrontieren. Darüber hinaus kam Spinoza in Berührung mit dem hohen Stand der Naturwissenschaften im Renaissance-Italien und mit den Thesen des französischen Mathematikers, Physikers und Philosophen Descartes (1596 - 1650), der 1644 in Amsterdam seine Hauptschrift „Principia Philosophiae“ publiziert hatte. Spinozas Widersprüche zur jüdischen Religion und Tradition entwickelten sich so ungestüm und offen, daß 1656 in der Synagoge der Cherm gegen ihn verkündet wurde. (Der Cherm entspricht ziemlich genau dem Bannfluch der katholischen Kirche; er beinhaltet den Ausstoß aus der Gemeinde und das Verbot jedes Kontakts zu dem Verfluchten, einschließlich selbstverständlich der Lektüre seiner

Schriften). 1660 war Spinoza auf Betreiben der Rabbiner sogar gezwungen, Amsterdam zu verlassen, wobei der Magistrat der Stadt offensichtlich mit den Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in dem Bestreben übereinstimmte, antireligiöse Freidenkerei zu unterdrücken. Von nun an bis zu seinem Tod lebte Spinoza außerhalb Amsterdams, seit 1669 in Den Haag. Aus dem Familien-Geschäft war Spinoza ausgestiegen; mit dem Schleifen optischer Linsen für Fernrohre versuchte er sich aus eigener Kraft zu erhalten; er blieb jedoch angewiesen auf Unterstützung und gelegentlichen Schutz durch naturwissenschaftlich interessierte, geistig aufgeschlossene Freunde aus der Bourgeoisie.

Die Hauptarbeiten Spinozas sind der Theologisch-Politische Traktat und Die Ethik nach geometrischer Methode dargestellt. Beide Texte sind in lateinischer Sprache gefaßt. Der Theologisch-Politische Traktat wurde 1670 publiziert. Dem Drängen von Freunden, diese Schrift auch in einer niederländischen Übersetzung herauszubringen, widersprach Spinoza ganz entschieden, weil er in diesem Fall ein sofortiges Verbot befürchtete: In der Eliten-Sprache Latein galt eine Publikation im Allgemeinen als nicht so gefährlich wie in der Sprache des Volkes! — Spinozas Vorsicht konnte jedoch nicht verhindern, daß der Traktat 1674 verboten wurde, nachdem (seit 1672) in der niederländischen Innenpolitik die monarchistische Reaktion die Oberhand über die eher liberalen Bestrebungen von Teilen der Großbourgeoisie gewonnen hatte. — Unter dem Eindruck dieser Erfahrungen gab Spinoza seine 1675 abgeschlossene Ethik gar nicht erst zur Veröffentlichung frei. Sie wur-

de erst nach seinem Tod von Freunden Spinozas herausgegeben und in der Tat wenige Monate später verboten.

Spinoza starb am 21. Februar 1677 an der Schwindsucht.

„Das ganze Gesetz besteht in der Liebe gegen den Nächsten“

Was in der Bibel über Gott ausgesagt wird, stammt nicht aus irgendwelchen übersinnlichen Offenbarungen, sondern allein aus der menschlichen Vor-

stellungskraft. Das ist eine der Kernaussagen des Theologisch-Politischen Traktats, die Spinoza vor allem mit einer kritischen und umfassenden Durchleuchtung der Texte des Alten Testaments belegt. Der Zweck der Bibel bestehe darin, vermittels des Gehorsams gegen Gott die Menschen zu einem vernunftgemäßen Leben anzuhelfen, nämlich: „... Was jeder tun muß, um Gott zu gehorchen, lehrt die Schrift an vielen Stellen aufs klarste: das ganze Gesetz besteht in dem einen, nämlich in der Liebe gegen den Nächsten“. Daher ist niemand verpflichtet, irgendetwas aus der Bibel zu glauben, „als was zur Befolgung dieses Gebotes unbedingt notwendig ist“. (S. 214). „Was übrigens Gott oder jenes Vorbild des wahren Lebens ist, ob er Feuer, Geist, Licht, Gedanke usw. ist, gehört nicht zum Glauben ... Es gehört ferner nicht zum Glauben, ob einer annimmt, daß Gott nach seinem Wesen oder nach seiner Macht allenthalben ist, daß er die Dinge aus Freiheit leitet oder nach Notwendigkeit, daß er die Gesetze als Herrscher vorschreibt oder sie als ewige Wahrheiten lehrt, daß der Mensch aus freiem Willen oder aus der Notwendigkeit göttlichen Ratschlusses Gott gehorcht, und daß endlich die Belohnung der Guten und die Bestrafung der Bösen auf natürlichem oder auf übernatürlichem Wege erfolgt“. (S. 218). Es ist gleichgültig, wie die Menschen über all diese Fragen denken, solange sie an der Nächstenliebe festhalten und sich an der Nächstenliebe und Gerechtigkeit festhalten. Jeder Glaube, der hierzu führt, soll als zulässig (und zweckmäßig) gelten. (S. 217).

„In der Natur der Dinge gibt es nichts Zufälliges“

Spinoza wurde selbstverständlich von allen religiösen Richtungen als Atheist angegriffen. Und dies wohl zu recht, denn nichts von allem, was Gott von Religionen und Sekten an wunderlichen Eigenschaften und Tugenden

zugeschrieben wird, ließ Spinoza als wahr, das heißt als vernunftgemäß gelten. In seinem Denken war kein Platz für einen Gott, der sich ärgert oder sich freut, der die Guten in den Himmel holt und die Bösen in die höllischen Kochtöpfe abkommandiert, der Ansprachen aus brennenden Dornenbüschen hält oder gelegentlich mit eigener Hand dem Kriegsglück etwas nachhilft, der einen Sohn in die Welt setzt und ihn anschließend aufgrund perverser Konstruktionen ins Kreuz schlagen und auferstehen läßt.

Gott sei, so die Definition Spinozas (in enger Anlehnung an Descartes), „das unbedingt unendliche Wesen, das heißt die Substanz, die aus unendlich vielen Attributen besteht, deren jedes ewige und unendliche Wesenheit ausdrückt“. (Die Ethik, S. 4). „Weder Verstand noch Wille“ gehören nach Ansicht Spinozas zu den Eigenschaften Gottes (S. 22). Gott verfolgt auch keinerlei Zwecke; denn Gott ein zweckmäßiges Handeln zuzuschreiben, würde bedeuten, daß er etwas anstrebt, was ihm fehlt; das aber wäre unvereinbar mit der behaupteten unbedingten Vollkommenheit Gottes. (S. 42 - 43). „Alles, was geschieht, geschieht allein durch die Gesetze der unendlichen Natur Gottes und folgt aus der Notwendigkeit seiner Wesenheit“ (S. 20). „In der Natur der Dinge gibt es nichts Zufälliges, sondern alles ist kraft der Notwendigkeit der göttlichen Natur bestimmt, auf bestimmte Weise zu existieren und zu wirken“. (S. 31).

Etwas vereinfacht kann man Gott in der Definition Spinozas gleichsetzen mit Natur und Weltall. Alles, was geschieht, wird durch die ewigen und unveränderlichen Naturgesetze bewirkt. Für Wunder, die traditionelle Hauptattraktion sämtlicher Religionen und Sekten, bleibt kein Platz mehr: „Das Wort Wunder (kann) nur mit Beziehung auf die menschlichen Anschauungen verstanden werden“ und bedeutet „nichts anderes ... als ein Werk, dessen natürliche Ursache wir nicht nach dem Beispiel eines anderen gewohnten Dinges erklären können oder wenigstens der nicht erklären kann, der von einem Wunder schreibt oder spricht“. (Traktat, S. 96). „Ein völliger Unsinn ist es also, zum Willen Gottes seine Zuflucht zu nehmen, wenn man etwas nicht versteht“.

„Im Gegenteil, weil wir wissen, daß alles von Gott bestimmt und eingerichtet ist und die Wirkungen der Natur aus Gottes Wesen folgen, die Naturgesetze aber Gottes ewige Ratschlüsse und Willensakte sind, so müssen wir unbedingt schließen, daß wir Gott und seinen Willen um so besser erkennen, je besser wir die natürlichen Dinge erkennen und je klarer wir erkennen, wie sie von ihrer ersten Ursache abhängen und wie sie nach ewigen Naturgesetzen wirken“. (S. 99). Der einzige Zugang zur Gotteskenntnis führt für Spinoza also über die Naturwissenschaften — eine Kampfansage an alle Religionen und Sekten, die ihre Gottesbegriffe gerade in den unerforschten Nischen und toten Winkeln der Wissenschaft unterzubringen versuchen. „Und daher kommt es, daß wer nach den wahren Ursachen der Wunder sucht und die Dinge in der Natur als ein Gelehrter zu verstehen und nicht als ein Tor sich über sie zu wundern bemüht ist, allenthalben als ein Ketzer und Gottloser gilt ... Denn sie wissen, daß mit dem Aufhören der Unwissenheit auch das Staunen aufhört, das heißt das einzige Mittel, das sie haben, um ihre Beweise zu führen und ihr Ansehen zu erhalten“. (Ethik, S. 44).

Mit der materialistisch-wissenschaftlichen Betrachtung sämtlicher Naturvorgänge entfällt im übrigen jeder scheinbare Grund für die Menschen, sich mit Blick auf Gottes Wohlwollen oder Zorn in bestimmter Weise zu verhalten, Unterdrückung in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach dem Tode hinzunehmen. Damit hat Spinoza (ohne es in letzter Konsequenz zu wollen, wie noch zu zeigen sein wird) erheblich zur Erschütterung aller Formen





von Herrschaft des Menschen über den Menschen beigetragen, von denen keine ohne die Hilfsmittel des Irrationalismus und Obskurantismus auskommt.

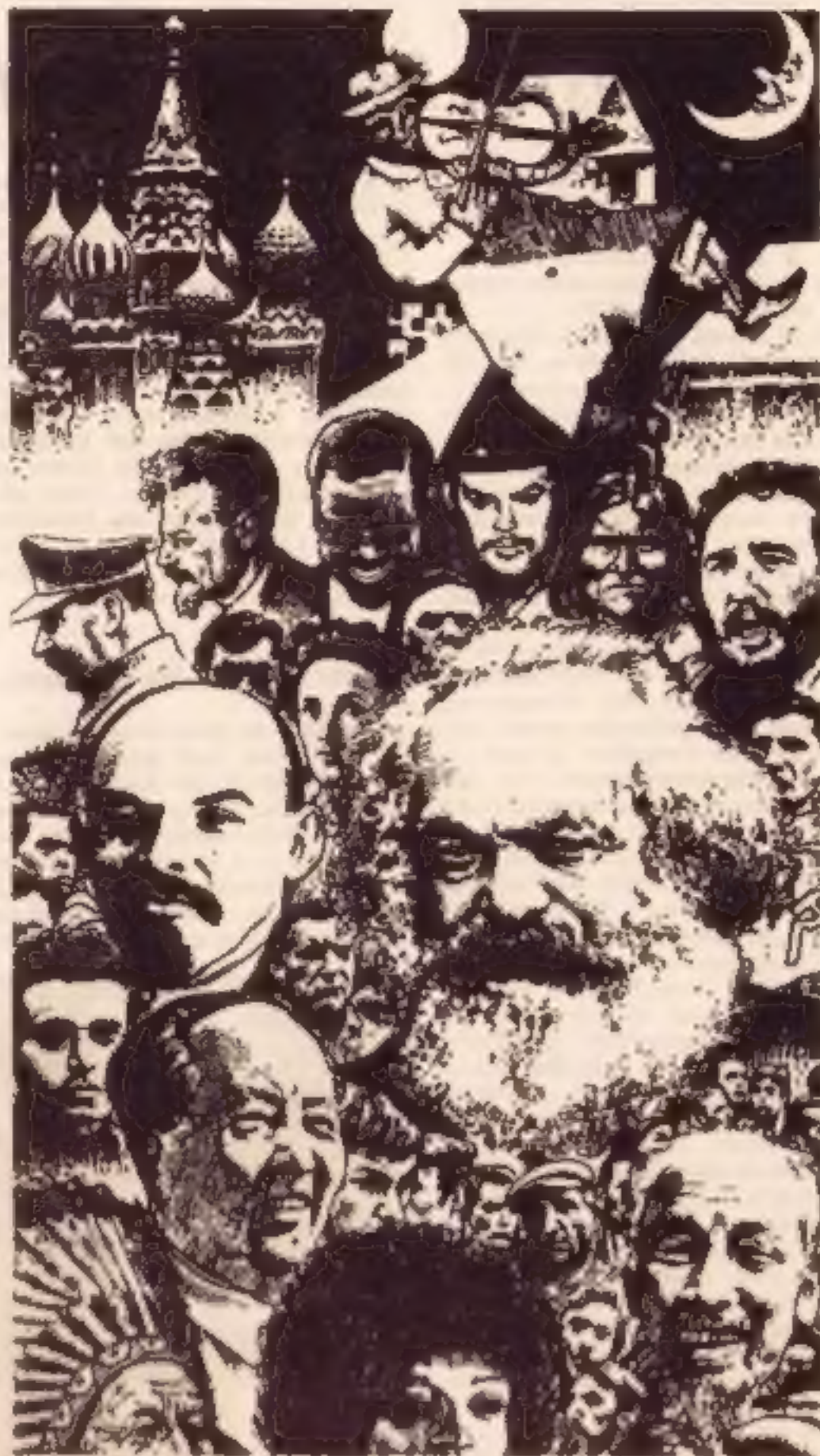
### „Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit“

In seinen Anschauungen über Wesen und Funktion des Staates (entwickelt vor allem in der zweiten Hälfte des Theologisch-Politischen Traktats) lehnte sich Spinoza sehr eng an den Engländer Thomas Hobbes (1588 - 1679) und dessen 1651 erschienenes Hauptwerk „Leviathan“ an. Ausgehend von der These, daß alle Menschen von Natur aus gleich seien, hatte Hobbes die Notwendigkeit einer repressiven Staatsmacht herleiten wollen: „...Dieser Gleichheit der Fähigkeiten entspringen die gleichen Hoffnungen, ein Ziel zu erreichen. So werden zwei Menschen zu Feinden, wenn beide zu erlangen versuchen, was nur einem von ihnen zukommen kann (...). Und hieraus folgt, daß Krieg herrscht, solange die Menschen miteinander leben ohne eine oberste Gewalt, die in der Lage ist, die Ordnung zu bewahren. Und es ist ein Krieg, den jeder einzelne gegen jeden führt. (...). Wenn ein jeder gegen jeden Krieg führt, so kann auch nichts als unerlaubt gelten. Für die Begriffe Recht und Unrecht, Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit bleibt kein Raum. Wo es keine Herrschaft gibt, gibt es auch kein Gesetz.“ Das bezeichnet Hobbes als den „Naturzustand“. Der „Naturzustand“ würde schließlich auf die gegenseitige Vernichtung der menschlichen Gattung hinauslaufen. Deswegen hätten sich die Menschen kraft ihrer Vernunft entschieden, einen Vertrag (Rousseau nannte das später den „contrat social“, Gesellschaftsvertrag) abzuschließen. Durch diesen Vertrag verzichten die Menschen mehr oder weniger auf ihre natürlichen Rechte und übertragen sie auf den Staat bzw. auf einen absoluten Souverän. Den so entstandenen Staat bezeichnete Hobbes auch als „Maschine“, „Großen Menschen“ oder — nach einem biblischen Fabelungeheuer — als Leviathan. Gemeint ist, daß die menschliche Individualität aufgehoben wird durch das größere Individuum Staat.

Spinozas Bearbeitung der Staatstheorie von Hobbes ist widersprüchlich: Auf der einen Seite befürwortete Spinoza das Prinzip des absoluten Gehorsams gegenüber der „höchsten Gewalt“ im Staate. Man müsse „unbedingte alle Befehle der höchsten Gewalt ausführen... mögen sie auch noch so widerständig sein“; die höchste Gewalt sei ihrerseits „an kein Gesetz gebunden“ (S. 238). Würde man etwa ein subjektives Widerstandsrecht des einzelnen anerkennen, so könnte nach Ansicht Spinozas das Staatswesen keinen Bestand haben: „...Denn ist es auch göttlich, nach eigenem Gutdünken gegen den Beschluß der höchsten Gewalt, deren Untertan man ist, zu handeln, weil wenn dies jedem erlaubt wäre, der Untergang des Staates die notwendige Folge sein würde. Ja, der einzelne kann geradezu nicht gegen den Beschluß und das Gebot der eignen Vernunft handeln, solange er nach dem Beschluß der höchsten Gewalt handelt, denn er selbst hat ja, der Vernunft gehorchend, ein für allemal beschlossen, sein Recht, nach eigenem Urteil zu leben, auf sie zu übertragen“ (S. 302 - 303).

Von der absoluten Verpflichtung zum Gehorsam will Spinoza allerdings die Gedankenfreiheit ausdrücklich ausnehmen. Jeder soll „unbeschränkt denken und urteilen und damit auch sprechen“ dürfen, vorausgesetzt, daß er die höchste Gewalt als einzige Entscheidungsinstanz anerkennt. So darf man beispielsweise ein Gesetz als unvernünftig kritisieren, muß sich diesem aber trotzdem unterwerfen (S. 302). Auch die „Freiheit des Philosophierens“ (d.h. der Weltanschauung und der wissenschaftlichen Forschung) ebenso wie die Freiheit des Glaubens sollen im Staat bestehen. Denn der Zweck des Staates sei nicht, zu herrschen, die Menschen fremder Gewalt zu unterwerfen und sie in Furcht zu halten. „Es ist nicht der Zweck des Staates, die Menschen aus vernünftigen Wesen zu Tieren oder Automaten zu machen, sondern vielmehr zu bewirken, daß ihr Geist und ihr Körper ungefährdet seine Kräfte entfalten kann, daß sie selbst frei ihre Vernunft gebrauchen und daß sie nicht mit Zorn, Haß und Hinterlist sich bekämpfen noch feindselig gegeneinander gesinnt sind. Der Zweck des Staates ist in Wahrheit die Freiheit“ (S. 301).

Der Widerspruch zwischen dieser Zweckbestimmung und der Forderung nach absolutem Gehorsam gegenüber der höchsten Gewalt ist nicht leicht aufzulösen. Für Spinoza selbst hob sich dieser Widerspruch auf in der These,



daß tyrannische, „widersinnige“ Herrschaftsausübung zwar möglich, aber eben unvernünftig und daher zum Scheitern verurteilt sei. „Eine Gewalt herrschaft hat noch niemand lange behauptet“, zitiert Spinoza zustimmend den römischen Philosophen Seneca (1. Jh.) (S. 238).

Die gesamte Konstruktion bei Hobbes sowohl wie bei Spinoza ist bereits in ihren Prämissen idealistisch: Zweifelsfrei geht die Entstehung der Staaten nicht auf im Sinne der Vernunft frei abgeschlossene Verträge, sondern in erster Linie auf Gewalt und Unterdrückung zurück. Da der Staat in erster Linie Instrument der reichsten und mächtigsten Klassen der Gesellschaft ist, kann gar keine Rede davon sein, daß der Staat — wie von Hobbes und Spinoza vorausgesetzt — allen Menschen in annähernd gleichem Ausmaß Nutzen bringt. Daher kann der Staat auch den „Kampf aller gegen alle“ nicht aufheben, sondern kann ihn lediglich in den Formen maßigen und ihn, vor allem im Interesse der herrschenden Klassen, zu regulieren versuchen.

Wenn Spinoza von Demokratie spricht, meint er im wesentlichen die Herrschaft der Bourgeoisie, im Gegensatz zur Monarchie und Adels Herrschaft. Es ist in erster Linie diese Klasse, die expandierende Bourgeoisie, deren Interesse an freier Entfaltung gegen alle Enghelten und Beschränkungen der vorkapitalistischen Zustände und Klassen Spinozas Werk zum Ausdruck bringt. Und diese aufstrebende Klasse war durchaus gewillt, auch mit diktatorischen Methoden zu regieren.

An Demokratie im Sinne von Volksherrschaft hat Spinoza zumindest bei Abfassung des Theologisch-Politischen Traktats nicht gedacht. Zum richtigen Verständnis dieser Tatsache muß bedacht werden (neben den erwähnten Verbindungen Spinozas zu Teilen der Bourgeoisie), daß das Volk der Niederlande in den damaligen Auseinandersetzungen vorwiegend zugunsten der monarchistischen Reaktion und des religiösen Fanatismus in Erscheinung trat, d.h. als Verbündeter des Adels gegen die Bourgeoisie. Ein liberaler und rationalistischer Philosoph wie Spinoza hatte also durchaus Anlaß, von Volksbewegungen mehr zu befürchten als zu erhoffen. Allerdings kam er gegen Ende seines Lebens in seinem unvollendet gebliebenen Politischen Traktat (1676)

zur Schlußfolgerung: „Unser Urteil über sie (die Volksmassen — Anm. d. Verf.) wird allzuoft durch Überlegung über Macht, Vermögen und Erziehung beeinflusst. Daß die Masse so ungehörig ist, daß sie wenig Urteilskraft hat, ist eine Folge der Tatsache, daß sie bewußt von den Staatsangehörigen ferngehalten wird. Ohne diesen Fehler verdienten sie wahrlich eher zu regieren als regiert zu werden“.

### Der diskrete Charme der Dummheit

#### Der diskrete Charme der Dummheit

Das Faszinierendste an der Philosophie Spinozas scheint mir zu sein, daß kaum einer seiner Gedanken als wirklich neu anzusehen ist. Alle wesentlichen Argumente gegen religiöse Verbildung, Wunder-Glauben und überhaupt gegen alle Formen menschlicher Dummheit waren bereits rund 2000 Jahre vor Spinoza von griechischen Naturwissenschaftlern und Philosophen vorgebracht worden. Xenophanes (2. Hälfte des 6. vorchr. Jahrhunderts) hatte bereits festgestellt, daß kein Mensch sichere Aussagen über die Götter machen könne; aller Glauben beruhe lediglich auf Vermutungen und Meinungen. Heraklit (um 500 v. Chr.) schrieb: „Unsere Welt hier, die für alle die gleiche ist, schuf weder einer von den Göttern noch einer von den Menschen. Vielmehr war sie schon immer und ist und wird immer sein...“. Kriktas (2. Hälfte des 5. vorchr. Jh.) nahm die Theorie vom Naturzustand vorweg: Ursprünglich hätten sich die Menschen in einem Zustand befunden, der nichts anderes kannte als den Kampf ums Dasein als Kampf aller gegen alle. Dann habe sich die Vernunft geregt, und zur Sicherung ihrer Existenz hätten sich die Menschen Gesetze gegeben. Wie aber sollte man die Einhaltung der Gesetze durchsetzen? „Da hat ein schlauer, kluger Mann den Sterblichen die Gottesfurcht erfunden“. — Demokratie (3./4. vorchr. Jh.) behauptete: „Nichts geschieht zufällig, sondern alles aus einem Grunde und unter dem Zwang der Notwendigkeit“. Er entwickelte auch die These, daß alle Materie aus „unendlich vielen, unendlich kleinen und mit Sinnesorganen nicht mehr wahrnehmbaren Körperchen“ bestehe; diese nannte er Atomoi (Unteilbare). Das Weltall sei, so sagte Demokrit, unend-

lich in seiner Ausdehnung und in der Zeit, also von niemandem erschaffen. Es gebe im All unendlich viele Welten, von denen die einen noch im Wachsen, andere bereits im Schwinden seien. Ständig entstünden neue Welten.

Daß die Erde eine Kugel sei, stand für die Griechen schon um 500 v. Chr. fest. Eratosthenes (275 - 195 v. Chr.) unternahm sogar eine Berechnung des Erdumfangs, mit einem für die Mittel der damaligen Zeit verblüffend niedrigen Fehler von nur 10 %. Und um 200 - 150 v. Chr. hatten griechische Wissenschaftler mit der Berechnung und Analyse der Umlaufbahnen des Mondes und der Planeten bereits einen Erkenntnisstand, der in Europa erst durch Kopernikus (1473 - 1543) wieder erreicht wurde.

Das Christentum, seit dem 4. Jahrhundert Staatsreligion im damaligen zivilisierten Europa, hat es gründlich fertig gebracht, das bis dahin erreichte Niveau der Naturwissenschaften und ihrer praktischen Anwendung zu zerstören. Die Erde war nun wieder eine Scheibe, mit dem Himmel als Käseglocke darüber. Zweifel an diesem Weltbild wurden mit Folter und Scheiterhaufen niedergehalten.

Es war das Verdienst der arabisch-jüdischen Kultur, vor allem in Spanien, die griechische Philosophie und Naturwissenschaft wiederzuentdecken und auf diese Weise zu bewahren und weiterzuentwickeln. Von diesem kulturellen Milieu ist die Arbeit Spinozas nicht zu trennen.

Nach der Lektüre der Schriften Spinozas ist die Konfrontation mit den heutigen Realitäten umso entsetzlicher: Lediglich um einige der größten Exzesse und Widerwärtigkeiten abgemildert, verbreiten Kirchen und Sekten nach wie vor den steilsten Unfug. Und noch populärer und bunter ist die Vielfalt von privaten Gotteserklärungen und Aberglauben aller Sorten, die neben den offiziellen Kirchen existieren. Madame Tesser, Nostradamus, Bermuda-Dreieck, Dämonen reichen als Stichworte dafür wohl aus. Daß die „Bild“ soeben zum dritten Mal in zwei Jahren denselben Quark als „große Hexenserie“ anbietet, demonstriert die Beliebtheit derartiger Themen, selbst in den dümmlichsten, phantasielosesten Fassungen. — Die Alternativ-Szene entdeckt dafür die Tarot-Karten, die Hexen-Mächte und alle Arten von exotischen Natur-Religionen — und seien es auch nur solche, die sich gerade eben ein paar clevere Leute aus den Fingern gesogen haben.

Mit der einfachen Erkenntnis, daß alles nach den Naturgesetzen abläuft und daß sich nirgendwo Götter und Dämonen versteckt halten, um unser Leben zu beeinflussen, und vor allem mit der Erkenntnis der Begrenztheit des menschlichen Lebens (keine Auferstehung, Seelenwanderung etc.) läßt sich offensichtlich auch 300 Jahre nach Spinoza schwer leben. Es lohnt aber den Versuch.

Kl., Hamburg

Kl., Hamburg

### Anmerkungen

1) Die Reconquista begann im 11. Jahrhundert, hatte ihren Höhepunkt im 13. Jahrhun-

### Buchtip

Eine vorzügliche und preiswerte Biographie Spinozas ist in der Reihe der resoro-Bildmonographien auf dem Markt. Autor ist der Niederländer Theun de Vries. Die besondere Aufmerksamkeit des Autors gilt den historischen, politischen und sozialen Hintergründen. Also auch für marxistisch Vorgebildete ohne Verdauungsstörungen gut lesbar. Preis DM 7,80.

Die Gesamtausgabe der Schriften Spinozas liegt im Hamburger Felix Meiner Verlag vor. Die Bände können auch einzeln bezogen werden. So kostet die „Ethik“ (337 S.) beispielsweise DM 19, der „Theologisch-Politische Traktat“ (367 S.) DM 38.

Das „Gesamtverzeichnis aller Taschenbücher“ (gemeint: aller zum Zeitpunkt des Erscheinens — Herbst 1982 — lieferbaren in der BRD erschienenen), das rund 35.000 Titel(n) aufführt, enthält einen (in Zahlen: 1) Titel von Spinoza, und zwar die zweisprachige (lt./dt.) Reclam-Ausgabe der „Ethik“.

An einer allgemeineren Religions- und Philosophiebücherei (unter diesen beiden Sachbegriffen müßte ja Spinoza eingeordnet sein) der Taschenbuch-Verlage kann es nicht liegen: Unter Philosophie werden über 400 Autoren mit jeweils einem bis zu zehn Titel aufgeführt (sowohl Texte von Philosophen als Sekundärliteratur), unter Religion ähnlich viele.

dert und wurde 1482 mit der Zerstörung des arabischen Königreichs Granada abgeschlossen. Die politische und ideologische Parallele zwischen der Reconquista und den „Kreuzzügen“ im östlichen Mittelmeer (1095 - 1291) ist offensichtlich.

2) Es ist zu beachten, daß diese Ausreibungen nicht die Juden als Volk, sondern als Religionsgemeinschaft betrafen. Den spanischen und portugiesischen Ausreibungsdiktanden konnte sich also entziehen, wer zum Katholizismus konvertierte. Sehr viele Juden machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Mit einem Schimpfwort wurden als marranos, Schweine, genannt. Ein großer Teil der marranos hielt an zentralen jüdischen Bräuten fest, verheiratete sich nur innerhalb des eigenen Milieus usw. Damit machten sie sich nach katholischen Begriffen der Ketzerlei schuldig und wurden von der Inquisition verfolgt. Wer das „Judaisieren“, d.h. das Festhalten an jüdischen Bräuten, verdächtigt wurde, landete im schlimmsten Fall auf dem Scheiterhaufen. Beispielsweise wurde noch im Jahre 1680 ein riesiges Autodafé (Masseverbrennung) in Madrid veranstaltet, um der Vernichtung des spanischen Königs Karl II einen angemessenen Rahmen zu geben. 16 marranos wurden bei dieser Gelegenheit verbrannt. Der König ließ es sich nicht nehmen, mit eigener Hand Feuer an den Scheiterhaufen zu legen. — Wie lange dieses katholische Brauchtum beibehalten wurde, ist mir nicht bekannt. Offiziell wurde die Inquisition erst 1834 abgeschafft.

3) Genau gesagt waren es nur die nördlichen Provinzen der Niederlande, die damals ihre Selbstständigkeit in einem Jahrzehnte dauernden Kampf gegen die Spanier erkämpften; sie entsprechen dem heutigen niederländischen Staat. Die südlichen Niederlande, heute Belgien, wurden erst 1830 ein autonomer Staat.





# Spendenaufwurf

## 30 000 Mark

### für den

# »Arbeiterkampf«

Der Arbeiterkampf kann in seinem Umfang nur durch eine größere Technik aufrechterhalten werden. Dies ist ohne größere Zuschüsse nicht möglich.

Wir haben im vergangenen Jahr damit begonnen, einen Satzbetrieb neben der Ak-Erstellung aufzubauen, der auch vielen linken Gruppen und Organisationen in Hamburg zugute kommt und auch kommerzielle Aufträge erledigt. Das Technik-Kollektiv ist mit großem Einsatz an den Aufbau herangegangen, dennoch wird der Aufbau auch weiterhin noch Zuschüsse benötigen. Mit 30.000 DM Spende können wir aber auch bei der zu erwartenden Kostensteigerung den Betrieb und den Arbeiterkampf im kommenden Jahr sichern.

30.000 DM ist viel Geld. Wenn alle etwas beisteuern, wird es einfacher: Umgerechnet auf jeden AK-Leser bedeutet das 6 DM in einem Jahr, umgerechnet auf unsere Mitglieder sind es für jeden, der zahlen kann, durchschnittlich einmal 100 DM Spende. Wir meinen, das kann zu schaffen sein.

Wir werden den Stand der Spendenkampagne regelmäßig im AK veröffentlichen.

Spenden auf das Konto:  
Heinrich Eckhoff  
BLZ 200 800 00  
Kto.-Nr. 480 610 400  
Dresdner Bank Hamburg

## Nächstes Mal nur 4000 Krüppel?

„Wir können nicht ausschließen, daß sich Ähnliches wie die Contergan-Katastrophe noch einmal ereignet“.

(Prof. R. Kopf, Vorsitzender des Bundesverbandes Pharmazeutische Industrie, am 23.11.82 im ZDF). Vor 25 Jahren kam das Medikament „Contergan“ auf den Markt; vor 20 Jahren wurde es in den Ländern der 1. und 2. Welt wieder vom Markt genommen. Die Bilanz: Über 5000 verkrüppelte Kinder in der BRD, von denen bis heute über 2200 gestorben und etliche hundert durch die Nervenkrankheit „Polyneuritis“ dauerhaft geschädigt sind. „Eine Katastrophe“, hieß es. „Wir sind tief erschüttert“, teilten alle befragten Prominenten mit, und die Betroffenheit war groß. Ähnlich einer Naturgewalt schien das thalidomidhaltige Contergan die BRD heimgesucht zu haben: Niemand wußte etwas, niemand hätte es verhindern können ...

Dieses Weihnachtsmärchen von der großen Katastrophe wurde am 23.11.82 vom ZDF weiterverfolgt. Hans Mohl und seine getreuen Mitarbeiter hatten gesammelt und gesammelt wie bei der „Aktion Sorgenkind“. Das stolze Ergebnis: „Erstmals in der Geschichte des ZDF widmen sich ein Dokumentarfilm und die darauffolgende Diskussionsrunde '5 nach 10' einem Thema: der Contergan-Katastrophe“, verkündete der Moderator die frohe Botschaft. Seine Mitarbeiter aus dem „Gesundheitsmagazin Praxis“, Jungredakteur Michael Heuer, übernahm den ersten Part, eine 45 Minuten-Dokumentation „Contergan — auf den Spuren der Katastrophe“.

Er hätte einiges an Fakten lesen können, hätte er gekonnt, gewollt, gesollt. Wer aber hätte das erwartet? Contergan ist ein weißer Fleck auf der pluralistischen Informations-Landkarte der BRD: Nach etlichen Zeitungsartikeln und Rundfunksendungen war das Thema erschöpft. Der Prozeß, der längste in Europa seit Nürnberg, dauerte zwar über fünf Jahre, aber weder rotoro-aktuell brachte einen seiner berühmt-berüchtigten Schnellschüsse zustande noch Kiepenheuer und Witsch noch ein unbekannter Kleinverlag. Bisher ist in der BRD kein einziges Buch erschienen, das sich

sie Kinder, na also! Gut, daß keine von diesen ätzenden Querulanten dabei waren, die mit sich und der Welt nicht zufrieden sind und deshalb Behindertenbewegung und sowas gründen. Gerücheweise war sogar zu vernehmen, daß Contergankinder (heute über 20) zum 25. Jahrestag von Contergan die Medikamentenauslieferung von Grünenthal blockieren wollten. Davon berichtete Heuer natürlich nichts: das Unterfangen schlug auch fehl, die Eltern der Contergankinder drohten ihren aufmüpfigen Sprößlingen den Ausschuß aus dem Conterganverband an, wenn sie das mittlerweile so gute Verhältnis zu Grünenthal stören würden.

### „Heber gar kein Medikament ...“

... als solch verhängnisvolle Folgen“. Die FAZ teilte ihrer geeinigten Leserschaft am 25.11. das Resultat der an den Dokumentarfilm anschließenden '5 nach 10'-Diskussionsrunde mit. Dabei war bei der Expertenrunde, die am Anfang der Sendung stand, der FAZ-Journalist Reiner Flohl noch einer der kritischsten Geister. Am bemerkens-

aber nicht in diesem Ausmaß. Nächstes Mal also nur 4000 Krüppel ...

In einer kritischen Ecke fand anschließend ein Streitgespräch zwischen Müttern und dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe, Prof. G. Oehlert, statt: Verhältnis werdende Mutter und Arzt. Fakten brachten Uta König („stern“) und eine andere freiberuflich tätige Journalistin vor. Prof. Oehlert hatte nur Statistiken an der Hand, die das jeweils genaue Gegenteil belegen sollten: Frauen lieben ihre Gynäkologen, freuen sich über jede Sekunde, die der geschätzte Arzt ihnen widmet und hegen auch nicht die leisesten Zweifel an der Kompetenz der männlichen Arztgötter. Na also, was machi's da, daß Uta König und ihre Kollegin den Applaus der im Studio anwesenden Frauen auf ihrer Seite hatten, wenn sie derartige Statistiken anfochten. Die Frauen draußen in unserem Lande sind halt anders ...

### Hurra, wir leben intensiv!

Die letzte Viertelstunde nach 90 Minu-



umfassend mit Contergan auseinandergesetzt hat. Zufall? Die schwedischen Wissenschaftler Henning Sjöström und Robert Nilsson konnten ihr Manuskript „Contergan und die Macht der Arzneimittelkonzerne“ nur im britischen Penguin Verlag (1972) und im VEB Verlag Volk und Gesundheit der DDR (1975) publizieren. Also: Spurensuche wurde von Heuer nicht betrieben, er trat in die Fußstapfen seines großen Vorbilds Mohl: ein bißchen Mitleid ...

### Hurra, wir sind betroffen !!

Claudia Schmidt hat es geschafft! Hat Abitur, arbeitet in der Redaktion der Behindertenzeitschrift „pro“ (der Name spricht für sich) mit und will demnächst Psychologie und Theologie studieren. Na also: ohne Arme geht's doch auch, von wegen, wir sind eine Ellenbogengesellschaft. Man muß nur wollen! Claudia führte am 23.11. die TV-Zuschauer durch Heuer's Dokumentation: Sie als Betroffene kennt sich aus mit Behinderten, zeigt uns den armen, weil geistigbehinderten Marco, der hat's nicht geschafft, macht nicht's, schnell weiter zu Sabine, die kann — obwohl taub — Autofahren, also: geschafft! Herzlichen Glückwunsch und ein bißchen Mitleid. Und erst Stefan: verkrüppelte Beine und gibt trotzdem Konzerte, Texte von H. D. Hösch und Stefan. Macht nix, daß er nicht singen kann, weil: „der ist mutig“, strahlt eine alternativ gekleidete, nichtbehinderte Frau in die Kamera. Das reicht. Nein? Also Zugabe: „Ich lebe durch meine Behinderung viel intensiver als meine nichtbehinderten Freunde!“

Contergan ein Psychopharmakon? Intensität und Abenteuer?

Darzwischen streut Heuer ein paar Zahlen, einige Nachhilfe-minuten in Biologie (so sieht ein Fötus aus ...) und Statements von unverantwortlichen Verantwortlichen: Nicht vorbersehbar das Ganze, aber wir sind erschüttert, sogar: zutiefst erschüttert. Da sind sich Hersteller Chemie Grünthal, Gesundheitsministerin und Wissenschaftler einig. Claudia guckt nachdenklich und verkündet dann auf einer grünen Wiese: „Ich will jetzt auch lernen, mit Einsamkeit umzugehen“. Außerdem will

wertesten in der Runde war wohl Prof. Widukind Lenz, der Kinderarzt, der 1960 (damals noch nicht Prof.) dem Contergan auf die Spur kam und dafür übelsten Repressalien ausgesetzt war: vom Bestechungsversuch bis zur versuchten Erpressung und dauerhafter Überwachung durch Privatdetektive, die die Firma Grünenthal auf ihn angesetzt hatte (hierzu ist dringend die Lektüre von „Contergan — oder die Macht der Arzneimittelkonzerne“ zu empfehlen, steht in jeder guten Uni-Bibliothek!). Vom Prozeß wurde er schließlich — weil zu engagiert um die Wahrheit bemüht — ausgeschlossen: wegen Befangenheit.

Heute ist er ein Paradeferd der Pharmaindustrie. „Die Contergan-Katastrophe war etwas Einzigartiges. Heute geht meine Sorge in eine umgekehrte Richtung: Viele Mütter haben panische Angst vor Mißbildungen der Kinder in der Schwangerschaft und lassen deswegen nach jeder kleinen Medikamenteneinnahme gleich eine Abtreibung vornehmen, und die Ärzte machen das unbegründeterweise auch noch mit“ ('5 nach 10', Mitschrift v. 23.11.).

An Duogynon/Cumorit (I) wurde an diesem Abend, der ja dem Thema „Kann sich die Katastrophe wiederholen?“ gewidmet war, von niemandem gerührt. Wäre nicht Prof. Eberhard Greiser vom Institut für Sozialmedizin Bremen anwesend gewesen — der Eindruck einer rührend ums Wohl ihrer Klientel besorgten und selbstkritischen Pharmaindustrie wäre perfekt gewesen. In den wenigen Minuten Redezeit, die er zur Verfügung hatte, konnte er immerhin darauf hinweisen, daß Arzneimittel-Skandale an der Tagesordnung sind, daß in der BRD der Standard der Arzneimittel-Sicherheit im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern oder auch zu big brother USA erschreckend niedrig ist (von den RGW-Ländern gar nicht zu reden ...) usw. Für konkrete Anfragen Greisers war der anwesende Pharma-Vertreter, Prof. R. Kopf, unzuständig, gerade darüber wußte er nie so genau bescheid, und so konnte Hans Mohl am Schluß zusammenfassen: Nicht alles ist gut, aber vieles ist sich Contergan besser. Die Katastrophe kann sich zwar wiederholen (hat sie schon Anm. F.),

ten Expertengelaber war dann den Contergan-Geschädigten selbst vorbehalten: Stefan war wieder da, Claudia und dann noch Karin. „Wie haben Sie denn ihr Arzneimittel-Bewußtsein entwickelt?“, fragt Michael Heuer die Geschädigten und dann, „Dalli, dalli!“, wir hatten es schon befürchtet: Schaden schützt vor Dummheit nicht! Keiner der Betroffenen war der Pharmaindustrie gegenüber kritisch, alle sie delten ihre Kritik an übertriebenem Medikamentenkonsum bei den einzelnen an, vor allem den einzelnen Müttern. „Macht es Sie nicht betroffen, daß die einzelnen Verbraucher aus der Katastrophe nichts gelernt haben?“ Doch, Herr Heuer, das macht uns sehr betroffen. Und das ist dann schon wieder eine tolle Leistung unserer freien Gesellschaft: Sie schafft es, daß Arbeitslose CDU wählen und daß durch Profitsucht der Pharmaindustrie Geschädigte den Medikamentenkonsum des einzelnen Verbrauchers angreifen.

Dann die Schlußappelle: Überprüft, liebe TV-Zuschauer, euer eigenes Medikamentenverhalten. Und: „Wir sollten uns auch immer wieder ins Gedächtnis rufen, daß seit Contergan zehnmal so viele Kinder durch den Alkoholismus ihrer Mutter behindert auf die Welt gekommen sind!“ Er heißt Mohl. Sein Kopf ist hohl.

der NB-Fassanbase

Anm. 1: Duogynon/Cumorit ist ein ursprünglich als hormonaler Schwangerschaftstest und zur Behandlung des Ausbleibens der Regelblutung ohne Schwangerschaft eingesetztes Präparat der Schering AG, dessen Anwendung mehrere hundert Kinder verkrüppelt hat. Ein Prozeß gegen Schering wurde am 19.12.80 eingestellt: Der Fötus ist nämlich kein schätzenswerter Mensch, es sei denn, der soll abgetrieben werden.

Literaturempfehlungen: „Mögliche Nebenwirkung Tod“, Adam Hehn u.a., rotoro-aktuell 4742; „Neunmal teurer als Gold“, Adam Hehn u.a., rotoro-aktuell 4067; und vor allem, im Herbst 83 erscheinend, „Dokumentation des Krüppeltribunals 1981“, Pahl-Rugenstein.

# Arbeiterkampf

## Abonnement

### für Leser, die sich etwas mehr Zeitung zutrauen

Absender: .....

An die  
Hamburger Satz-  
und Verlagskooperative  
Lindenallee 4  
Postfach 7685  
2000 Hamburg 19

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

- ☐ Halbjahresabo DM 33,— ☐ Förderabo DM 50,—  
☐ Jahresabo DM 60,— ☐ Förderabo DM 100,—  
☐ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postfachamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203  
☐ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

Ort, Datum

Unterschrift

#### Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir die Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Hamburg, den von mir/uns zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres Girokontos.

\* Nicht zu unterschreiben, bitte streichen

Kto. Nr.  
Kto.-Inhaber  
bei der  
mittels Lastschrift einzuziehen

BLZ

den

(Unterschrift)